



Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich - Benchmarking-Bericht 2009 -

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072
Fax: 0421 496 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de
<http://www.finanzen.bremen.de>

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Begleit-AG Benchmarking
Referat 20, Frau Warnke
Telefon: 0421 361 10162
E-Mail: marion.warnke@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:

Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Statistisches Landesamt
An der Weide 14-16
28195 Bremen
<http://www.statistik.bremen.de>

erschienen im Juni 2010

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Einleitung	5
1.1 Stand und Perspektiven	5
1.2 Berichtsaufbau und Verfahren	8
1.3 Datengrundlagen und methodische Hinweise	10
1.3.1 Datengrundlagen und –verarbeitung	10
1.3.2 Methodische Hinweise	11
II. Ausgaben- und Personalstruktur nach Produktplänen	13
III. Zentrale Strukturkennziffern	21
IV. Produktplan-Berichte	35
- Bürgerschaft	36
- Rechnungshof	39
- Senatskanzlei	42
- Bundesangelegenheiten	46
- Inneres	51
- Justiz	56
- Sport	63
- Bildung	67
- Kultur	70
- Hochschulen und Forschung	75
- Arbeit	79
- Jugend	85
- Soziales	89
- Gesundheit	95
- Umwelt, Bau, Verkehr, Europa und Entwicklungszusammenarbeit	99
- Wirtschaft	104
- Häfen	110
- Finanzen / Personal	114
V. Prüfaufträge	119
VI. Benchmarking der Stadt Bremerhaven	123
VII. Städtevergleich Bremen/Bremerhaven	137
VIII. Anlagen	145
8.1 Quellenangaben zu den Kennziffern	146
8.2 Zeitreihen der Kennziffern (als CD erhältlich)	

I. Einleitung

1.1 Stand und Perspektiven

Basierend auf dem Beschluss einer bremischen Staatsräteklausur vom 28. Oktober 2002, der Länder- und Großstädtevergleiche auf Produktplanebene als Grundlagenmaterial für politische Prioritätensetzungen, für die Fortschreibung der Finanzplanung und die Entwicklung von Ressortstrategien einforderte, werden mit dem „Benchmarking-Bericht 2009“ die bremischen Aktivitäten zur vergleichenden Abbildung und Bewertung der Kosten und Leistungen öffentlicher Aufgabenwahrnehmung des Landes zum sechsten Mal in zusammenfassender Veröffentlichung dokumentiert. Die damit bereits länger währende, intensive und umfassende Aufbereitung entsprechender Vergleichsbetrachtungen war dabei bisher durch fortlaufende inhaltliche Weiterentwicklungen geprägt. Im Rahmen dieses Entwicklungsprozesses konnten in verschiedener Hinsicht ausgesprochen positive Impulse ausgelöst und Argumentationshilfen geleistet werden:

- Insbesondere auch aufgrund der engagierten Unterstützung durch das Statistische Landesamt und durch teilweise weitreichende Eigeninitiativen der Ressorts verfügt Bremen inzwischen über ein Spektrum von Ländervergleichsdaten, das in Umfang, Differenziertheit und nutzerfreundlicher Aufbereitung der auch in Zeitreihen vorliegenden Kennziffern ansonsten bundesweit nicht vorfindbar ist. Gleiches gilt für die Städte Bremen und Bremerhaven, denen aufgrund der Benchmarking-Aktivitäten vor allem bei den zentralen Strukturkennzahlen aktuell eine Vielzahl von Vergleichswerten aus Städten jeweils entsprechender Größenordnung zuzuordnen ist.
- Im Zusammenhang mit der Erstellung des jährlichen Benchmarking-Berichts ist es gelungen, innerbremisch Prozesse und Abstimmungen zu initiieren, die alle Beteiligten fordern, sich noch intensiver mit der Aufgabenwahrnehmung in einzelnen Bereichen unter Kosten- und Leistungsgesichtspunkten auseinander zu setzen, und dabei ein ausgeprägteres Bewusstsein für den notwendigen Blick auf Ausgangslagen und Entwicklungen in Vergleichsstädten und/oder –ländern zu schaffen. Diskussionen zur Meßbarmachung ressortspezifischer Ziele mit Hilfe zuzuordnender Kennzahlen wurden zumindest angestoßen.
- Die Ergebnisse der Städte- und Ländervergleiche können Bremen-intern, aber auch in überregionalen Zusammenhängen in vielfältiger Hinsicht genutzt werden. Im Rahmen der bremischen Klageschrift für das Bundesverfassungsgericht (insbesondere Bremen-Hamburg-Vergleiche), im Zusammenhang mit den Beratungen der Föderalismusreform-Kommission II (AG „Haushaltsanalysen“) und aktuell auch bei der Vorbereitung des auf vollständigen Abbau des Finanzierungsdefizits ausgerichteten Konsolidierungskurs 2010/2020 des Stadtstaates waren und sind die entsprechenden Vergleichsbetrachtungen von zentraler Bedeutung: Insbesondere im Städte- und/oder Ländervergleich konnte Bremen Diskussionen zum vertretbaren Niveau öffentlicher Leistungen und Standards fundiert führen und bezogen auf die Aufgabenwahrnehmung des Stadtstaates erfolgreich bestehen. Zugleich können sich aus den Vergleichsbetrachtungen u. U. Ansatzpunkte für vertiefende aufgabenkritische Prüfungen ergeben.
- Die Beteiligung am Benchmarking-Prozess schafft auch innerhalb der Ressorts Know-how und Routine im Umgang mit Vergleichsbetrachtungen, deren zukünftig intensivere Nutzung durch die zwischenzeitliche Verabschiedung des Grundgesetz-Artikels 91d („Bund und Länder können zur Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltungen Vergleichsstudien durchführen und die Ergebnisse veröffentlichen.“) und die weiterhin laufenden Bemühungen zur Schaffung für Kosten- und Leistungs-

vergleiche geeigneter haushaltssystematischer Voraussetzungen (Überarbeitung Funktionenplan; Integrierter Produktrahmenplan) vorgezeichnet ist.

Trotz dieser positiven Aspekte sind Form und Inhalt des Benchmarking-Berichts sowie insbesondere auch die Prozesse seiner Erstellung und Verwertung einer ständigen kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dabei ist vor allem auch zu prüfen, ob das Interesse an den Ergebnissen der abgebildeten Vergleiche und deren Nutzung noch in hinreichendem Maße besteht, wie zu weitgehende Routine und Spannungslosigkeit bei der Aufbereitung und Kommentierung der Daten vermieden werden können und ob der mit der Erstellung verbundene erhebliche Aufwand noch gerechtfertigt ist. Folgende Sachverhalte sind hierbei zu berücksichtigen:

- Bei den Datengrundlagen des Benchmarking-Berichts sind die Grenzen des Verfügbaren annähernd erreicht. Ohne verbesserte Auswertungsmöglichkeiten der Finanzstatistik (FKZ; IPR) und/oder ergänzende Beiträge aus der Kosten-/Leistungsrechnung (z. B. Bildung vergleichbarer Kostenträger) sind nennenswerte Ausweitungen des Kennzahlensystems für Städte- und Ländervergleiche nicht mehr möglich.
- Versuche zur Verknüpfung fachpolitischer Ziele mit Kennzahlen, die zumindest eine teilweise Quantifizierbarkeit dieser Ziele ermöglichen und damit auch als Maßstäbe für Planungen und Zielerreichungsgrade dienen könnten, sind bisher wenig erfolgreich gewesen. Einerseits liefern die verfügbaren Städte- und Ländervergleiche hierfür nur in Ausnahmefällen passende Kennzahlen und die Alternative rein bremsischer Kennzahlen konnte – u. U. aufgrund des damit verbundenen Anspruchs, rückwärtsgerichtete Benchmarking-Ergebnisse in konkreten Einzelfällen durch vorausplanbare Zielzahlen zu ersetzen – offensichtlich nur unzureichend vermittelt werden. Andererseits ist nachvollziehbar, dass eine grundsätzliche Bereitschaft, Grade der Zielerreichung messbar zu gestalten und damit ggf. Begründungs- und Rechtfertigungszwänge zu schaffen, nicht in allen Bereichen vorausgesetzt werden kann.
- Die im Bericht zusammengestellten Städte- und Ländervergleiche sollen aussagefähige, ergänzende Maßstäbe zur Beurteilung von Kosten, Leistungen und Rahmensetzungen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung nach Produktplänen schaffen. Die Möglichkeiten intensiverer inhaltlicher Diskussionen dieser Datengrundlagen im Kontext aufgabenkritischer Betrachtungen wurden von den befassten Gremien (Staatsräte; Senat; Deputationen; Haushalts- und Finanzausschuss) bisher allerdings nur wenig genutzt. U. U. trägt hierzu auch die Art der zwischen Produktplan-Verantwortlichen und Begleit-AG durchgängig einvernehmlich vorgenommenen Aus- und Bewertungen der Kennzahlen im Bericht selbst bei.

Für das weitere Verfahren sind hieraus und generell folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

- Bemühungen, die Ziele der Bereiche messbar oder zumindest messbarer zu gestalten, sollten nach Auffassung der Benchmarking-AG nur noch mit vermindertem Einsatz und mit Bereichen, die diese Anstrengungen aktiv unterstützen, fortgesetzt werden. In Kauf zu nehmen ist damit, dass vielfach Fortschritte bei der Umsetzung fachpolitischer Ziele nicht zu belegen und Fragen zur Effizienz des Mitteleinsatzes, zur Eignung der vorhandenen (Förder-) Instrumente oder zu den generellen Möglichkeiten, auf die Gestaltung entsprechender Zielzahlen durch Ressorthandeln Einfluss zu nehmen, nicht zu beantworten sind.
- Parallel zu den Zieldefinitionen und der abgestuften Wertigkeit der daraus abgeleiteten Einzelziele könnte auch eine Sortierung der zuzuordnenden Kennzahlen nach dem Grad ihrer Wichtigkeit für die Aufgabenwahrnehmung der Bereiche erfolgen. Aufgrund der vorstehend beschriebenen Problematik konnte dieser Ansatz, der zukünftig eine konzentriertere Auswahl der zu kommentierenden Kennzahlen ermöglichen würde, im aktuellen „Benchmarking-Bericht“ noch nicht umgesetzt werden.

- Alternativ könnte die Erstellung eines separaten Kurzberichtes erwogen werden, in dem jeweils wenige ausgewählte Kennzahlen – aus Städte- und Ländervergleichen oder sonstigen Quellen – Umfeld und Zielgrößen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung einzelner Bereiche beschreiben und in Form jährlicher Aktualisierungen Aufschlüsse und Begründungen für den Grad der eingetretenen Veränderungen bzw. erzielten Fortschritte geben.
- Die zu beteiligenden Gremien könnten darüber hinaus spezielle Auswertungen des „Benchmarking-Berichts“ abfordern, die zentral zu diskutierende Aspekte hervorheben und damit ergänzend zum eher beschreibenden Charakter des Berichts selbst konkrete Kennzahlen-gestützte Anknüpfungspunkte für grundsätzliche Erörterungen der Kosten und Leistungen in einzelnen Aufgabenfeldern bieten könnten. Im Vorfeld des Konsolidierungszeitraumes 2010/2020 könnten hierfür entsprechende Bedarfe bestehen.
- Der Umfang der Produktplan-Berichte ist teilweise deutlich zu beschränken. Zwar ist das gemeinsam mit den Ressorts aufgebaute Kennzahlen-Spektrum – einschließlich der ergänzenden Auswertungen aus Vergleichsringen und sonstigen eigenen Quellen der Bereiche – in vollem Umfang beizubehalten. Die hierauf gerichteten Kommentierungen sind allerdings stark zu verkürzen und verstärkt am Stellenwert der einzelnen Kennzahlen auszurichten. Hinweise auf Rahmenbedingungen und Perspektiven sind erheblich zu kürzen. Über den Verbleib der Abbildungen der kamerale Daten in den Einzelberichten der Produktpläne ist noch zu entscheiden.
- Das Spektrum der abgebildeten Produktpläne ist zu überprüfen. Sofern bei Fortschreibungen des Benchmarking-Berichts auch weiterhin nahezu ausschließlich auf Städte- und Ländervergleiche zurückgegriffen wird, sollten für Bereiche, die hier keine oder nur wenig aussagefähige Kennzahlen aufweisen, bis zu einer eventuellen Verfügbarkeit entsprechender Vergleichsdaten alternative Formen der Darstellung (z. B. Konzentration auf eigene KLR-Daten) gewählt werden. Andererseits sollten Möglichkeiten geprüft werden, zukünftig auch den IT-Bereich (Produktplan 96) in die Vergleichsbetrachtungen des Benchmarkings einzubeziehen.
- Mit der Aufnahme von Kennzahlenvergleichen der Städte Bremen und Bremerhaven mit Großstädten jeweils vergleichbarer Größenordnung (Abschnitt VII; vgl. 1.2.) und der grundlegend überarbeiteten Kommentierung der zentralen Strukturkennzahlen (Abschnitt III) weist auch der vorliegende Benchmarking-Bericht wieder einige Neuerungen auf. Für zukünftige Aktualisierungen könnten als Weiterentwicklungen eine ausführlichere – den ursprünglichen Intentionen des Benchmarking-Berichts entsprechende – Abbildung von Vergleichsdaten der drei Stadtstaaten sowie erste umfassendere Auswertungen auf Ebene der Funktionskennziffern vorgesehen werden.
- Das Statistische Landesamt Bremen hat durch die Veröffentlichung des gesamten Bestandes der Benchmarkingdaten und -metadaten auf CD bereits umfassende Angebote zur Nutzung der in den Berichten dargestellten Städte- und Ländervergleiche geschaffen. Für zukünftige Berichte ist geplant, die Daten in einer internetbasierten, interaktiven Anwendung zu visualisieren und dadurch die Analyse- und Interpretationsmöglichkeiten für die Nutzer und Nutzerinnen zu verbessern.
- Der im Benchmarking-Bericht des Vorjahres erhobene Anspruch, Datenerfassung und –auswertung grundsätzlich geschlechterspezifisch zu gestalten, konnte im vorliegenden Bericht noch nicht abschließend umgesetzt werden. Systematische Aufschlüsse sind hier bisher nur in den Berichtsbeiträgen der Produktpläne Bildung und Wissenschaft enthalten. Das Ziel der Ausweitung entsprechend differenzierter Abbildungen – ggf. in Form eines ergänzenden Kapitels – wird allerdings beibehalten.

1.2 Berichtsaufbau und Verfahren

Die Erstellung des „Benchmarking-Berichts 2009“ wurde erneut durch die **Begleit-AG** „**Benchmarking**“ koordiniert, der unter gemeinsamer Federführung der **Senatorin für Finanzen** mit der **Senatskanzlei** - wie in den Vorjahren – Vertreter und Vertreterinnen des **Rechnungshofes**, des **Statistischen Landesamtes** und der **Magistratskanzlei Bremerhaven** angehören.

Aktuell sehen die Verantwortlichkeiten wie folgt aus:

Produktplan	Ressort	Begleit-AG
Bürgerschaft	Frau Müller	Frau Tiedemann, Frau Warnke
Rechnungshof	Frau Gagelmann	Frau Tiedemann, Frau Warnke
Senat / Senatskanzlei	Frau Buhr	Herr Klusewitz, Herr Schröder
Bevollmächtigte beim Bund	Herr Brandstaeter	Herr Klusewitz, Herr Schröder
Inneres	Herr Krawinkel	Frau Gagelmann, Herr Sommer
Justiz	Frau Staats, Herr Sperlich	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Sport	Herr Krawinkel	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Bildung	Frau Moning, Herr Jasker	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Kultur	Frau Krupke	Frau Gagelmann, Herr Schröder
Hochschulen / Forschung	Herr Albensoeder, Herr Schütte-Thuy	Frau Adrian, Frau Rösel, Herr Bade
Arbeit	Frau Jung	Frau Behnke, Frau Tiedemann, Frau Warnke
Jugend und Soziales	Frau Jung	Herr Klusewitz, Herr Sommer, Frau Tiedemann
Gesundheit	Frau Jung	Herr Klusewitz, Herr Polansky
Umwelt, Energie, Europa und Entwicklungszusammenarbeit	Frau Delp, Frau Odenkirchen, Frau Rüpke	Herr Holzschneider, Herr Polansky
Bau / Verkehr	Frau Delp, Frau Odenkirchen, Frau Rüpke	Herr Holzschneider, Herr Polansky
Wirtschaft	Herr Dr. Knogge	Herr Klusewitz, Herr Schröder
Häfen	Herr Lattner, Frau Vasterling-Will	Herr Schröder, Herr Sommer
Finanzen / Personal	Herr Obst-Kruse	Frau Gagelmann, Frau Behnke

Die vorbereitenden Arbeiten zum Benchmarking-Bericht 2009 wurden ab August 2009, d. h. etwas später als in den Vorjahren üblich, aufgenommen. Das Abstimmungsverfahren zwischen der Begleit-AG und den Ressortverantwortlichen wurde – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – auf ein sog. „Ressortgespräch“ verkürzt. Die Gespräche fanden in Kleingruppen mit den jeweils Verantwortlichen der Begleit-AG und den entsprechenden Benchmarking-Beauftragten der Ressorts unter Beteiligung der **Spiegelreferate** der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen statt.

Auf dieser Grundlage wurden von der Begleit-AG in Abstimmung mit den Ressortvertretern die Produktplan-Berichte erstellt und parallel dazu vom Statistischen Landesamt die Kennziffern-Sets überarbeitet. Diese **Darstellungen zu den einzelnen Produktplänen (Abschnitt IV)** bilden weiterhin den Hauptteil des Benchmarking-Berichts ab.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Aktualisierung der Produktplan-Berichte standen – gemäß Auftrag des Senats – Bemühungen um eine Konkretisierung der fachpolitischen Zielsetzungen und deren Messbarmachung durch geeignete Kosten- und Leistungs-Kennzahlen sowie die Erledigung der produktplan-spezifischen Prüfaufträge des Benchmarking-Berichts 2008.

Die **Textpassagen der einzelnen Produktplan-Blätter** behandeln systematisch folgende Schwerpunkte und Fragestellungen:

- Vorbemerkungen
- Ziele und Aufgabenschwerpunkte
- Haushalt und Personal
- Benchmarkingergebnisse
- Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Aus den Produktplan-Berichten ergeben sich teilweise **Prüfaufträge**, die im **Abschnitt V** zusammengefasst sind. Um diese im Rahmen der Fortsetzung des Benchmarking-Prozesses weiter zu verfolgen, bedarf es entsprechender **Beschlüsse auf Staatsräteebene**.

Flankiert werden die Produktplan-Darstellungen im anliegenden Benchmarking-Bericht durch ausführliche Darstellungen und Auswertungen zur Ausgaben- und Personalstruktur der betrachteten Produktpläne im Zeitraum von 2005 bis 2010, wobei im Sinne einer umfassenden aufgabenorientierten Abbildung abweichend von der ansonsten üblichen Systematik Ausgaben für Versorgungsaufwendungen und AIP-Maßnahmen (bis 2007) dezentral zugeordnet werden (**Abschnitt II**).

Abschnitt III bietet ein tabellarisch aufbereitetes Set zentraler Strukturkennzahlen, die im Städte- und Ländervergleich Rahmenbedingungen und übergeordnete Zielgrößen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung in Bremen dokumentieren. Einzelne Kennzahlen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit sowie Wirtschaftskraft werden zudem als Großstädtevergleich grafisch aufgearbeitet und kommentiert.

Erstmals bilden die zentralen Strukturkennzahlen im aktuellen Benchmarking-Bericht auch die Grundlage für einen Städtevergleich, der die beiden bremischen Städte miteinander und im Verhältnis zum jeweiligen Durchschnitt ihrer Vergleichsstädte darstellt (**Abschnitt VII**).

Im abschließenden **Abschnitt VI** wird analog zur Darstellung für Bremen über die Benchmarking-Aktivitäten der Stadt **Bremerhaven** berichtet. Der Abschnitt beinhaltet die zentralen Strukturkennziffern für die Stadt Bremerhaven und ihre Vergleichsstädte, die ebenfalls neben der ausführlichen tabellarischen Darstellung teilweise grafisch aufbereitet und kommentiert werden.

1.3 Datengrundlagen und methodische Hinweise

1.3.1 Datengrundlagen und -verarbeitung

Die Datenverarbeitung, -haltung und -aufbereitung erfolgt – mit Ausnahme der kameralen und Personaldaten - zentral im Statistischen Landesamt Bremen. Die qualitative und quantitative Weiterentwicklung der Datengrundlagen und v.a. der Metadaten für die Kennzahlen wurde auch mit dem diesjährigen Benchmarking-Bericht fortgesetzt.

Datenverarbeitung und -aufbereitung

Die Datenverarbeitung und -aufbereitung umfasst im Wesentlichen folgende Arbeitsschritte:

- Recherche und Aufbereitung der sog. Basiszahlen, welche die Grundlage für die Berechnung der Kennzahlen bilden
- Verwaltung und Bereitstellung der Eingabemasken für die Erhebung ressortspezifischer Daten (s.u.)
- Berechnung der Kennziffern
- Aufbereitung der Kennziffern für die Tabellen im Bericht
- Verwaltung der Metadaten/ Aufbereitung der Metadaten für den Bericht
- Datenaufbereitung für das Benchmarking-Infosystem.

Methodisch finden verschiedene Datenverarbeitungs- Datenbank- und Statistikprogramme Anwendung (SPSS, vba für Excel, Access).

Datenstand und Quellen

Die 372 Kennziffern des Benchmarking-Bericht 2009 sind aktuell mit über 50.000 Datensätzen hinterlegt (Stand Ende 01/2010), wobei ein Datensatz jeweils durch die Kombination der Eigenschaften "Ort" (=Vergleichsstadt/-land) – "Zeit" (=Berichtsjahr) – "Kennziffer" sowie dem eigentlichen Wert definiert ist.

Neben der Aufbereitung von Veröffentlichungen der **amtlichen Statistik** (hier sind insbesondere der Regionalstatistische Datenkatalog des Bundes und der Länder ("Statistik regional"), Fachserien oder die Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu nennen), gewinnt die Verarbeitung **ressortspezifischer Daten** zunehmend an Bedeutung. Das 2006 eingeführte Verfahren zur standardisierten Erhebung von Basiszahlen aus den Ressorts wurde beibehalten und ausgebaut. Dazu stellt das Statistische Landesamt Bremen den Ressorts sog. Eingabemasken zur Verfügung. Per E-Mail werden die ausgefüllten Eingabemasken an das Statistische Landesamt zurückgeschickt, programmgesteuert ausgelesen und die Daten der zentralen Datenbank angefügt. Korrekturen bzw. Ergänzungen erfolgen über den Austausch der jeweiligen Eingabemaske. Etwa 280 Merkmale mit über 12.000 Merkmalswerten wurden auf diese Weise erhoben.

Verstärkt werden Informationen aus Vergleichsringen für den Benchmarking-Bericht genutzt, vorrangig aus der **IKON-Vergleichsdatenbank** der KGSt.

Tabellarische Darstellungen

Für die Tabellen im Benchmarking-Bericht werden die vorliegenden Daten auf unterschiedliche Weise aufbereitet:

Den Produktplan-Tabellen vorangestellt sind die **zentralen Strukturkennziffern** zu den Themen Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskraft im Städte- und Ländervergleich. Diese bilden das Umfeld öffentlicher Aufgabenwahrnehmung ab, ohne unmittelbar mit den Aktivitäten eines einzelnen Ressorts in Verbindung gebracht zu werden. Ergänzt werden die Tabellen durch grafische Darstellungen und Kommentierungen.

Die folgenden **Produktplan-Tabellen** sind – je nach Datenverfügbarkeit – im Städte- oder Ländervergleich dargestellt. Für einige Produktpläne werden Ergebnisse aus Vergleichsringen verwendet. Diese werden ebenfalls in einheitlichen Tabellen dargestellt, gemäß der Vergleichsring-Philosophie können für diese Merkmale jedoch nur der eigene Städtewert, Minimum und Maximum und der Durchschnittswert veröffentlicht werden.

Sowohl die Zentralen Strukturkennziffern als auch die Produktplan-Tabellen zeigen das jeweils aktuell verfügbare Berichtsjahr. Die **Zeitreihen** der Kennziffern befinden sich auf der CD in der Anlage. Für jedes Thema/ jeden Produktplan wird eine Excel-Datei angelegt, die für jede Kennziffer ein Tabellenblatt mit den vorliegenden Berichtsjahren (max. sieben) enthält. Ergänzt werden die tabellarischen Darstellungen durch ein Diagramm, in dem der Wert für die Stadt/das Land Bremen im Vergleich zum Städtedurchschnitt/Bundeswert im Zeitverlauf dargestellt wird. Angaben zur Berechnung der Kennziffer, Quellenangaben, etc. ergänzen die Darstellung (s. u. Metadaten).

Metadaten

Zur Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit für den/die Nutzer/in ist jede Kennziffer mit weiterführenden Informationen hinterlegt. Diese umfassen Angaben zur Datenherkunft, zur Berechnung der Kennziffer oder spezifische Hinweise, die für die Interpretation von Bedeutung sind. Dargestellt sind diese Metadaten an zwei Stellen: eine Kurzform mit Quellenangabe und Fußnoten zum aktuellen Berichtsjahr befindet sich im Kapitel 8.1 des Hauptbandes. Zusätzliche Angaben zur Berechnung der Kennziffer u.ä. befinden sich in der Anlage bei der Darstellung der Zeitreihen.

1.3.2 Methodische Hinweise

Auswahl der Vergleichsstädte und -länder

Grundlage des Berichts sind Städte- und Ländervergleiche. Die zwölf Vergleichsstädte der **Stadt Bremen** sind die Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern. Am Städtevergleich **Bremerhaven** sind elf weitere Städte beteiligt. Neben Städten mit vergleichbarer Größe und zentralörtlichen Funktionen wurden auch zwei Küstenstädte (Rostock, Wilhelmshaven) ausgewählt, die für einen Vergleich mit Bremerhaven von Bedeutung sind.

Im **Ländervergleichen** werden alle Bundesländer und der Bundeswert bzw. der Länderdurchschnitt dargestellt. Die Zeitreihen in der Anlage zeigen zudem die Durchschnittswerte für die Stadtstaaten, Flächenländer West und Flächenländer Ost.

Durchschnittswerte

Die Errechnung der **Städte- und Länderdurchschnittswerte** erfolgt über eine ungewichtete Zusammenführung der Einzelwerte (Quotient der Summen). Dargestellt wird der Durchschnitt nur, wenn mind. sechs (Städtevergleiche) bzw. acht (Ländervergleiche) Einzelwerte vorliegen.

Rangfolge

Die Ermittlung des **Ranges** der Stadt bzw. des Landes Bremens innerhalb der Vergleichsregionen ist ein rein rechnerischer Vorgang und stellt keine inhaltliche Bewertung dar. Der Höchstwert der dargestellten Kennziffern ist als Rang 1 definiert. Für die Darstellung gilt die gleiche Regel wie für den Rang: es müssen mind. sechs (Städtevergleiche) bzw. acht (Ländervergleiche) Einzelwerte vorliegen.

Abweichung vom Städtedurchschnitt bzw. Bundeswert

In die tabellarische Darstellung der Kennziffern ist ein **Balkendiagramm** eingebunden. Es zeigt für jede Kennziffer die relative Abweichung des Wertes der Städte Bremen bzw. Bremerhaven oder des Landes Bremen vom Durchschnitt (Städtedurchschnitt/ Bundeswert). Hierzu werden die in unterschiedlichen Größenordnungen vorliegenden Werte auf eine Skala von -1 bis 1 normiert. Der niedrigste Kennzifferwert der Reihe (x_{\min}) repräsentiert -1 und der höchste Wert (x_{\max}) 1, während dem Städtedurchschnitt/Bundeswert (x_0) der Wert 0 zugeordnet wird. Der Wert Bremens/Bremerhavens wird dann per nichtlinearer Interpolation mittels der exponentiellen Funktion $y = a + b * \exp(c*x)$ berechnet, wobei die Koeffizienten a, b und c derart bestimmt werden, dass die Kurve (x,y) durch die Punkte ($x_{\min}, -1$), ($x_0, 0$) und ($x_{\max}, 1$) verläuft. Im Grenzfall, dass die Punkte auf einer Geraden liegen, erfolgt die Berechnung durch eine lineare Interpolation.

Entwicklungszeiträume/ Zeitreihen

Die jährliche Aktualisierung der bestehenden Kennziffern ermöglicht in zunehmenden Maß die Darstellung **zeitlicher Entwicklungen**, entweder als durchgehende **Zeitreihen** oder als relative Veränderung ausgehend von einem Basisjahr. Zudem können bei ausgewählten Kennziffern **Durchschnitte aus mehreren Berichtsjahren** gebildet werden. Dies betrifft vorrangig Kennziffern, deren jährliche Ausprägungen durch die Abhängigkeit von singulären Ereignissen oder konjunkturellen Einflüssen starken Schwankungen unterliegen.

II. Ausgaben- und Personalstruktur nach Produktplänen

II. Ausgaben- und Personalstruktur nach Produktplänen

Zum vorliegenden „Benchmarking-Bericht 2009“ wird im folgenden die Darstellung der wesentlichen kameralen Ausgangswerte erläutert:

- Neben den generellen Entwicklungsreihen für Personalausgaben, Sonstige konsumtive Ausgaben, Investitionsausgaben sowie Gesamtausgaben (gegliedert nach Produktplänen) werden bei den konsumtiven und investiven Sachausgaben die jeweiligen Ressortschwerpunkte der Aufgabenwahrnehmung abgebildet. Damit wird eine Verbesserung der Bezüge zwischen (Leistungs-) Kennziffern und Mitteleinsatz erreicht; zumindest wird über die aufgabenbezogene Darstellung für das weitere Verfahren ablesbar, in welchen Bereichen aufgrund des dafür erforderlichen Mitteleinsatzes ein besonderes Interesse an Ausbau und Intensivierung der Benchmarking-Ansätze bestehen sollte.

Dargestellt werden jeweils die Ist-Entwicklung 2005 bis 2009 (einschließlich der betraglichen und prozentualen Entwicklung im genannten Zeitraum) sowie die Haushaltsanschläge 2010.

- In den produktplanbezogenen Darstellungen der Ist-Werte 2005 bis 2007 sind die AIP-Anteile den jeweiligen Bereichen zugeordnet. Nach Auflösung des AIP sind die jeweiligen AIP-Anteile in den entsprechenden Produktplanansätzen berücksichtigt. Da seit Haushaltsaufstellung 2008 diese Zuordnung Grundbestandteil der Ressortbudgets ist, können somit bei Bedarf mittelfristige Zeitreihenanalysen vorgenommen werden.
- Bei den Personalausgaben wurden gleichfalls die jeweiligen (Personal-) AIP-Anteile zugeordnet; zusätzlich wurden hier auch die (zentral veranschlagten) Anteile an Versorgung den PPI-Budgets zugeordnet. Wie im Vorjahresbericht erfolgt die (nachrichtliche) Ausweisung des Beschäftigungsvolumens (in Vollzeitäquivalenten) sowie die Pro-Kopf-Ausgaben (je VZÄ) der Personalausgaben (ohne Versorgungsanteile).

Nachfolgend werden die Personalausgaben (Tab. 1), Sonstige konsumtive Ausgaben (Tab. 2) und Investitionsausgaben (Tab. 3) für die Jahre 2005 bis 2009 in der Gliederung nach Produktplänen dargestellt. Zusätzlich werden die in den Produktplan-bezogenen Darstellungen jeweils zugeordneten AIP-Anteile (Tab. 4) sowie Anteile an Versorgung (Tab. 5) ausgewiesen. Mit Ausweisung des Beschäftigungsvolumens (umgerechnet in Vollzeitäquivalenten; Tab. 6) wird die Darstellung der kameralen Ausgangswerte komplettiert.

Zwangsläufig beeinflusst und dementsprechend im Aussagegehalt beeinträchtigt sind die einzelnen Zeitreihen der Ausgabearten dabei durch Aus- und Wiedereingliederungen von Organisationseinheiten, Nettostellungen sowie Umschichtungen zwischen Personal-, konsumtiven und investiven Ausgaben in den verschiedenen Produktplänen.

Zu den bedeutsameren organisatorisch oder haushaltstechnisch bedingten Verzerrungen, die bei der Analyse und Interpretation der Zeitreihen zu berücksichtigen sind, gehören folgende Veränderungen:

2005:

- Ausgliederung der Kindertagesheime der Stadtgemeinde Bremen zum Eigenbetrieb KiTa Bremen (Produktplan 41 Soziales)
- Umorganisation der Sozialzentren, Gründung der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS)
- Neuerrichtung der Kultur-Einrichtungsförderung Bremen im Kernbereich

2006:

- Wiedereingliederung des Eigenbetriebs Judit in das Kapitel Justizvollzugsanstalt des Landeshaushalts (Produktplan 11 Justiz)
- Wiedereingliederung der Kasse der Performa-Nord als Landeshauptkasse in den Landeshaushalt (Produktplan 91 Finanzen/Personal)
- Reintegration des Bauamtes Bremen-Nord aus den Sonderhaushalten in den Kernbereich mit einer organisatorischen Umverteilung des Personals im senatorischen Bereich, ASV und im Eigenbetrieb Stadtgrün und Neuaufstellung eines verkleinerten Amtes in Bremen Nord
- Errichtung der Anstalt für Versorgungsvorsorge Bremen.

Obwohl aktuell keine Wiedereingliederungen oder Ausgliederungen aus dem Kernhaushalt erfolgten, kam es zu Neuzuschnitten innerhalb des Kernbereiches. Die daraus resultierenden haushaltstechnisch bedingten Veränderungen führten zu Verlagerungen der Eckdaten in einzelnen Produktplänen. Die betroffenen Bereiche sind nachfolgend beschrieben:

- Der Senatskanzlei sind mit Beginn der Legislaturperiode 2007/2011 die Angelegenheiten des Stadteilmanagements, der Ortsämter und Beiräte sowie die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung aus dem Innenressort zugeordnet worden.
- Der Produktplan Bundesangelegenheiten hat entsprechend der Koalitionsbeschlüsse für die laufende Legislaturperiode einen neuen Zuschnitt erhalten. Die Bereiche Europaangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit wurden in die Zuständigkeit des Produktplans Umwelt, Bau, Verkehr und Europa verlagert.
- Seit 2008 werden Mittel aus allen bisherigen Produktplänen im neuen Produktplan 96 IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen gebündelt.
- Durch Verlagerung der Eigenreinigung in die 2009 neu gegründete Anstalt für Immobilien kommt es zu Verschiebungen von Personal in den sonstigen konsumtiven Bereich (8 Mio. €).
- Integrationskräfte in Kindertagesstätten werden ab 2009 nicht mehr über die Ausgabeart „Sozialleistungsausgaben“ finanziert, sondern als sonstiger konsumtiver Zuschuss an den Eigenbetrieb KiTa geleistet.
- Verlagerung der Fachdienste für den Arbeitsschutz, des Gewerbeaufsichtsamtes des Landes Bremen und der Landeseichdirektion Bremen vom Produktplan Arbeit zum Produktplan Gesundheit ab 2010.
- Im Zusammenhang mit der Einführung der Echtmieten zum 01.01.2010 kommt es zu Verlagerungen von investiven zu konsumtiven Ausgaben sowie einer zusätzlichen Veranschlagung konsumtiver Einnahmen.

Abschließend werden die Anteile der Eckdaten 2010 nach Produktplänen – wie im Benchmarking-Bericht 2008 – grafisch dargestellt (jeweils Haushalt Land und Stadtgemeinde Bremen).

Tabelle 1

PPI	Personalausgaben nach Produktplänen:	Ist					Veränderungen		Anschlag
		2005	2006	2007	2008	13/2009	2008-2009	2010	
		Tsd. €					%	Tsd. €	
01	Bürgerschaft	9.710	9.483	10.145	9.969	10.177	207	2,1	10.207
02	Rechnungshof	2.388	2.246	2.327	2.433	2.367	-65	-2,7	2.705
03	Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	4.709	4.825	4.831	7.908	7.741	-167	-2,1	7.348
05	Bundesangelegenheiten	2.688	2.642	2.538	1.447	1.493	46	3,2	1.387
06	Datenschutz/Informationsfreiheit	699	669	689	645	616	-29	-4,5	604
07	Inneres	152.455	148.595	149.589	146.126	152.577	6.451	4,4	147.611
08	Gleichberechtigung der Frau	807	788	701	714	726	12	1,6	677
09	Staatsgerichtshof	38	38	38	35	37	2	5,7	39
11	Justiz	59.541	62.034	61.176	62.126	64.416	2.290	3,7	61.584
12	Sport	1.258	1.177	1.140	1.105	982	-122	-11,1	1.011
21	Bildung	294.188	284.838	281.959	282.820	288.132	5.311	1,9	285.456
22	Kultur	6.535	6.541	6.542	6.411	6.690	279	4,4	6.164
24	Hochschulen / Forschung	2.289	2.211	2.327	2.444	2.505	61	2,5	2.214
31	Arbeit	13.086	12.268	11.755	11.767	6.777	-4.990	-42,4	6.411
41.01	Jugend	14.132	12.186	11.915	12.832	13.738	907	7,1	12.735
41.xx	Soziales	39.740	39.791	39.558	40.930	41.436	505	1,2	36.660
51	Gesundheit	15.516	15.307	15.289	16.214	22.452	6.238	38,5	21.120
68	Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	40.643	42.437	40.809	43.486	43.748	262	0,6	41.288
71	Wirtschaft	5.992	5.585	5.697	6.191	6.458	267	4,3	5.708
81	Häfen	7.634	7.212	7.302	7.316	7.739	423	5,8	6.891
91	Finanzen / Personal	76.764	75.444	74.614	71.616	76.017	4.402	6,1	75.671
92	Allgemeine Finanzen 1)	312.677	314.012	320.879	336.330	359.239	22.909	6,8	412.036
93	Zentrale Finanzen	0	0	0	0	0	0	°	0
94	AIP 2)	2.237	2.103	2.014					
95	Stadtrenovierungsfonds	0	0	0	0	0	0	°	0
96	IT-Ausgaben der FHB	0	0	0	0	0	0	°	0
Gesamtausgaben Personal:		1.065.723	1.052.431	1.053.834	1.070.867	1.116.064	45.197	4,2	1.145.524

- 1) PPI 92 einschließlich zentral veranschlagter Anteile an Versorgung (in den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die Anteile an Versorgung dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Vgl. hierzu auch Tabelle 5).
- 2) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte (Ist-Werte) sind die AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Ab 2008 sind die jeweilige AIP-Anteile in den entsprechenden PPI-Ansätzen veranschlagt.

Tabelle 2

PPI	Konsumtive Ausgaben nach Produktplänen:	Ist					Veränderungen		Anschlag
		2005	2006	2007	2008	13/2009	2008-2009	2010	
		Tsd. €					%	Tsd. €	
01	Bürgerschaft	6.848	6.909	7.341	7.378	7.735	357	4,8	7.701
02	Rechnungshof	362	363	347	362	320	-42	-11,6	368
03	Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	1.774	1.706	1.805	5.954	9.551	3.598	60,4	5.342
05	Bundesangelegenheiten	2.812	2.399	2.607	1.821	1.721	-100	-5,5	1.688
06	Datenschutz/Informationsfreiheit	90	84	89	98	98	0	0,4	126
07	Inneres	66.143	64.365	64.385	66.369	69.835	3.465	5,2	65.425
08	Gleichberechtigung der Frau	297	238	249	234	229	-5	-2,0	226
09	Staatsgerichtshof	4	4	6	8	10	2	29,6	6
11	Justiz	42.137	39.995	41.381	39.221	38.718	-503	-1,3	41.777
12	Sport	8.681	8.041	9.034	8.912	11.090	2.178	24,4	8.661
21	Bildung	155.024	183.687	184.330	190.521	204.267	13.746	7,2	203.287
22	Kultur	66.826	64.232	62.721	66.366	67.513	1.146	1,7	66.537
24	Hochschulen / Forschung	205.521	193.497	192.957	269.609	279.600	9.990	3,7	276.960
31	Arbeit	44.814	43.157	49.856	39.484	31.491	-7.993	-20,2	33.766
41.01	Jugend	170.800	170.256	183.087	203.739	234.029	30.290	14,9	234.731
41.xx	Soziales	489.144	493.309	499.171	498.607	514.807	16.200	3,2	515.139
51	Gesundheit	11.540	12.631	12.626	12.959	13.856	897	6,9	14.623
68	Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	143.780	127.464	125.272	129.589	126.893	-2.696	-2,1	151.311
71	Wirtschaft	25.118	25.501	24.508	36.270	34.028	-2.242	-6,2	29.923
81	Häfen	17.778	17.519	14.226	3.741	2.957	-784	-21,0	3.471
91	Finanzen / Personal	20.095	26.430	26.190	14.844	18.616	3.772	25,4	13.731
92	Allgemeine Finanzen	69.333	63.073	61.198	56.871	56.547	-324	-0,6	90.608
93	Zentrale Finanzen	90.252	99.769	101.366	109.251	101.040	-8.211	-7,5	109.357
94	AIP 1)	21.091	82.109	92.815					
95	Stadtrenovierungsfonds	0	0	0	0	0	0	°	0
96	IT-Ausgaben der FHB	0	0	0	16.016	17.202	1.186	°	26.270
Gesamtausgaben konsumtiv:		1.660.264	1.726.738	1.757.570	1.778.222	1.842.152	63.930	3,6	1.901.033

- 1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte (Ist-Werte) sind die AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Ab 2008 sind die jeweilige AIP-Anteile in den entsprechenden PPI-Ansätzen veranschlagt.

Tabelle 3

PPI	Investive Ausgaben nach Produktplänen:	Ist					Veränderungen		Anschatz
		Tsd. €					%		Tsd. €
01	Bürgerschaft	296	376	400	298	351	53	17,9	355
02	Rechnungshof	10	25	12	17	23	7	40,2	13
03	Senat/Senatskanzlei/Kirchl. Ang.	882	1.282	1.152	1.012	2.714	1.702	168,1	2.924
05	Bundesangelegenheiten	112	79	91	37	45	8	20,9	63
06	Datenschutz/Informationsfreiheit	12	11	4	2	1	0	-20,7	14
07	Inneres	13.916	10.515	11.264	9.259	9.565	306	3,3	6.073
08	Gleichberechtigung der Frau	14	2	3	10	4	-6	-64,5	3
09	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0	°	0
11	Justiz	2.546	3.728	3.272	5.625	5.329	-295	-5,2	4.935
12	Sport	6.122	6.760	5.662	3.154	4.054	900	28,5	2.369
21	Bildung	25.639	24.963	21.689	22.977	23.560	583	2,5	22.215
22	Kultur	5.711	7.137	6.221	5.857	7.926	2.069	35,3	10.698
24	Hochschulen / Forschung	113.830	64.668	45.803	48.075	48.261	185	0,4	43.834
31	Arbeit	1.050	1.263	1.568	1.082	833	-249	-23,0	972
41.01	Jugend	3.976	1.667	1.592	1.349	4.374	3.025	224,3	3.081
41.xx	Soziales	10.658	8.880	4.356	3.727	2.644	-1.082	-29,0	2.782
51	Gesundheit	29.051	31.823	27.016	28.528	30.168	1.640	5,7	27.932
68	Umwelt / Bau / Verkehr / Europa	88.208	62.956	56.184	89.316	87.195	-2.121	-2,4	110.539
71	Wirtschaft	56.965	84.117	59.059	142.337	122.083	-20.254	-14,2	98.139
81	Häfen	54.703	52.314	48.727	37.953	30.076	-7.877	-20,8	57.477
91	Finanzen / Personal	5.208	4.469	2.126	892	736	-156	-17,5	534
92	Allgemeine Finanzen	72.561	41.495	38.943	43.445	39.075	-4.370	-10,1	376
93	Zentrale Finanzen	10.526	8.937	11.121	5.687	28.976	23.289	409,5	2.659
94	AIP 1)	186.340	150.609	115.388					
95	Stadtreparaturfonds	-1	0	0	0	0	0	°	0
96	IT-Ausgaben der FHB	0	0	0	4.096	5.820	1.725	°	6.534

1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte (Ist-Werte) sind die AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet. Ab 2008 sind die jeweilige AIP-Anteile in den entsprechenden PPI-Ansätzen veranschlagt.

Tabelle 4

PPI	Umlage ISP / AIP nach Produktplänen:	Ist					Veränderungen		Anschatz
		2005	2006	2007	2008	13/2009	2008-2009	2010	
		Tsd. €					%		Tsd. €
I.	Personalausgaben 1)								
07	Inneres/StaLa	61	42	62					
24	Hochschulen / Forschung	189	168	213					
68	Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	1.295	1.115	1.259					
71	Wirtschaft	663	757	522					
91	Finanzen / Personal	28	21	18					
	Summe AIP-Personalausg.: 2)	2.237	2.103	2.075					
II.	Konsumtive Ausgaben 1)								
07	Inneres			12					
22	Kultur	614	716	2.864					
24	Hochschulen / Forschung	2.160	61.389	71.411					
68	Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	1.348	1.199	951					
71	Wirtschaft	16.970	18.666	17.435					
91	Finanzen / Personal		139	142					
	Summe AIP-Kons. Ausg.: 2)	21.091	82.109	92.815					
III.	Investive Ausgaben 1)								
12	Sport	27	15	28					
21	Bildung	178	24	70					
22	Kultur			572					
24	Hochschulen / Forschung	30.850	8.319	9.614					
41.01	Jugend	308	139	955					
51	Gesundheit	16							
68	Umwelt/Bau/Verkehr/Europa	18.610	42.664	47.602					
71	Wirtschaft	136.351	89.809	56.548					
81	Häfen		9.638						
	Summe AIP-Inv. Ausg.: 2)	186.340	150.609	115.388					

1) In den PPI-bezogenen Darstellungen der kameralen Ausgangswerte sind die AIP-Anteile dem jeweiligen Produktplan zugeordnet.
2) Ab 2008 sind die jeweilige AIP-Anteile in den entsprechenden PPI-Ansätzen veranschlagt.

Tabelle 5

Zuzuordnende Anteile Personalausgaben im Produktplan 92 (Versorgung, Tarifeffekte etc.)	Ist					Veränderung		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	13/2009	2008 - 2009	2010 (1)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Produktplan	312.677	314.012	320.860	336.330	359.239	22.909	6,8	
01 Bürgerschaft	862	747	779	772	852	79	10,3	
02 Rechnungshof	1.994	1.965	1.944	2.013	2.270	257	12,7	
03 Senat und Senatskanzlei	3.955	3.949	4.111	4.168	4.282	114	2,7	
05 Bund	647	700	695	671	697	26	3,9	
06 Datenschutz	75	68	69	97	211	114	117,5	
07 Inneres	73.094	71.722	71.668	73.908	77.574	3.666	5,0	
08 Gleichberechtigung der Frau	50	56	102	122	125	3	2,5	
11 Justiz	30.490	29.985	30.428	31.460	33.237	1.777	5,6	
12 Sport	251	240	238	232	234	2	1,0	
21 Bildung	125.957	127.525	132.094	140.506	151.877	11.371	8,1	
22 Kultur	2.734	2.521	2.571	2.870	3.044	174	6,1	
24 Hochschulen und Forschung	480	543	398	548	573	25	4,6	
31 Arbeit	4.419	4.117	4.153	4.522	4.603	81	1,8	
41 Jug./Soziales (ab 2005 ohne KiTa)	8.991	8.962	9.510	9.929	10.685	756	7,6	
51 Gesundheit	4.315	4.170	4.342	4.379	4.713	334	7,6	
68 Bau, Umwelt und Verkehr	22.311	24.166	24.368	25.114	26.652	1.538	6,1	
71 Wirtschaft	1.625	1.692	1.710	1.834	1.985	151	8,2	
81 Häfen	6.252	5.980	5.895	5.924	6.212	288	4,9	
91 Finanzen / Personal	24.173	24.904	25.783	27.260	29.412	2.152	7,9	

1) Anschlag 2010 ohne Aufteilung des PPL 92

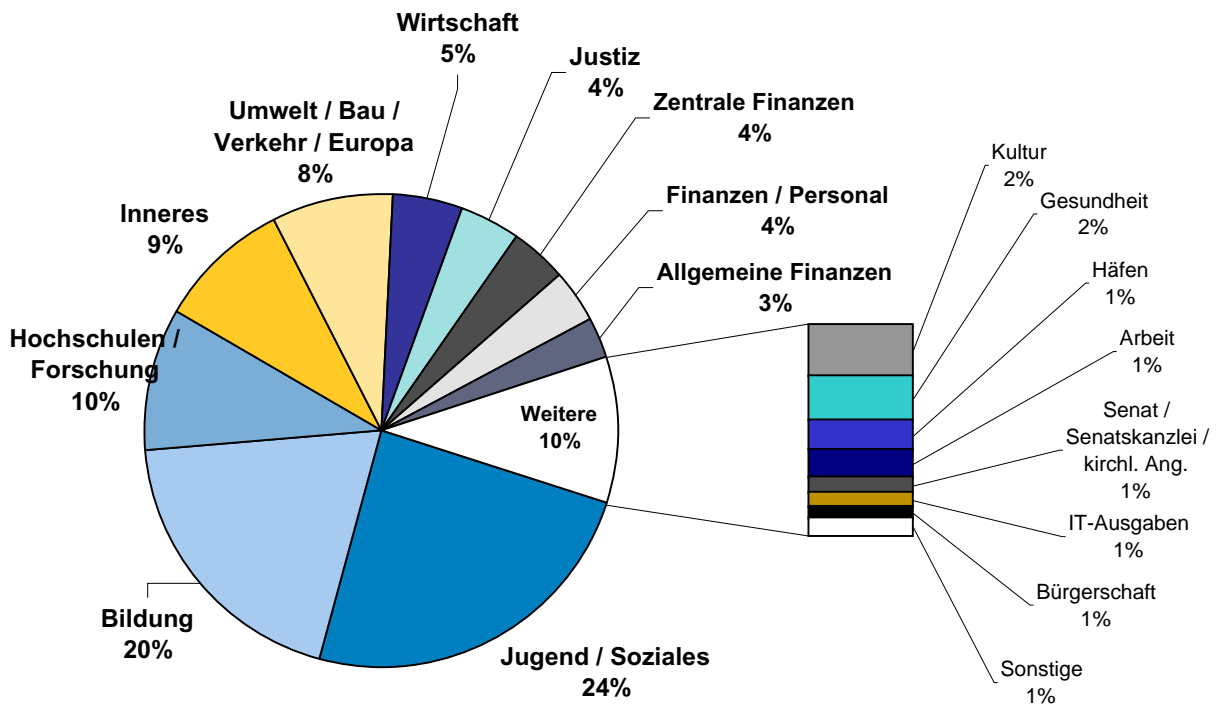
Tabelle 6

Beschäftigungsvolumen Produktpläne (inkl. Refinanzierte)	Ist					Veränderung		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	13/2009	2008 - 2009	2010 (1)	
	Beschäftigungsvolumen					%	BVOL	
Produktplan	15.138	15.247	15.121	15.045	14.668	-377	-2,5	13.352
01 Bürgerschaft	59	59	55	56	60	4	6,8	55
02 Rechnungshof	42	39	42	42	40	-3	-6,0	42
03 Senat und Senatskanzlei	67	73	71	123	114	-9	-7,4	111
05 Bund	41	43	42	28	27	-1	-4,5	23
06 Datenschutz	13	13	13	12	12	-1	-7,2	10
07 Inneres	3.743	3.754	3.706	3.577	3.521	-56	-1,6	3.462
08 Gleichberechtigung der Frau	14	13	13	12	11	-1	-8,5	11
11 Justiz	1.224	1.305	1.289	1.323	1.272	-51	-3,9	1.182
12 Sport	29	28	29	25	22	-3	-11,8	24
21 Bildung	5.502	5.454	5.422	5.427	5.240	-187	-3,5	4.938
22 Kultur	121	122	121	112	117	6	5,0	69
24 Hochschulen und Forschung	39	41	41	42	37	-4	-10,7	34
31 Arbeit	248	239	230	224	131	-94	-41,8	131
41 Jug./Soziales (ab 2005 ohne KiTa)	1.085	1.085	1.100	1.122	1.116	-6	-0,6	701
51 Gesundheit	263	270	269	293	360	67	22,8	301
68 Bau, Umwelt und Verkehr	777	817	792	808	780	-28	-3,4	650
71 Wirtschaft	110	102	105	116	111	-6	-4,8	86
81 Häfen	139	133	138	134	131	-3	-2,5	116
91 Finanzen / Personal	1.583	1.622	1.606	1.567	1.567	0	0,0	1.407
94 AIP 2)	38	36	37	0		0	-100,0	

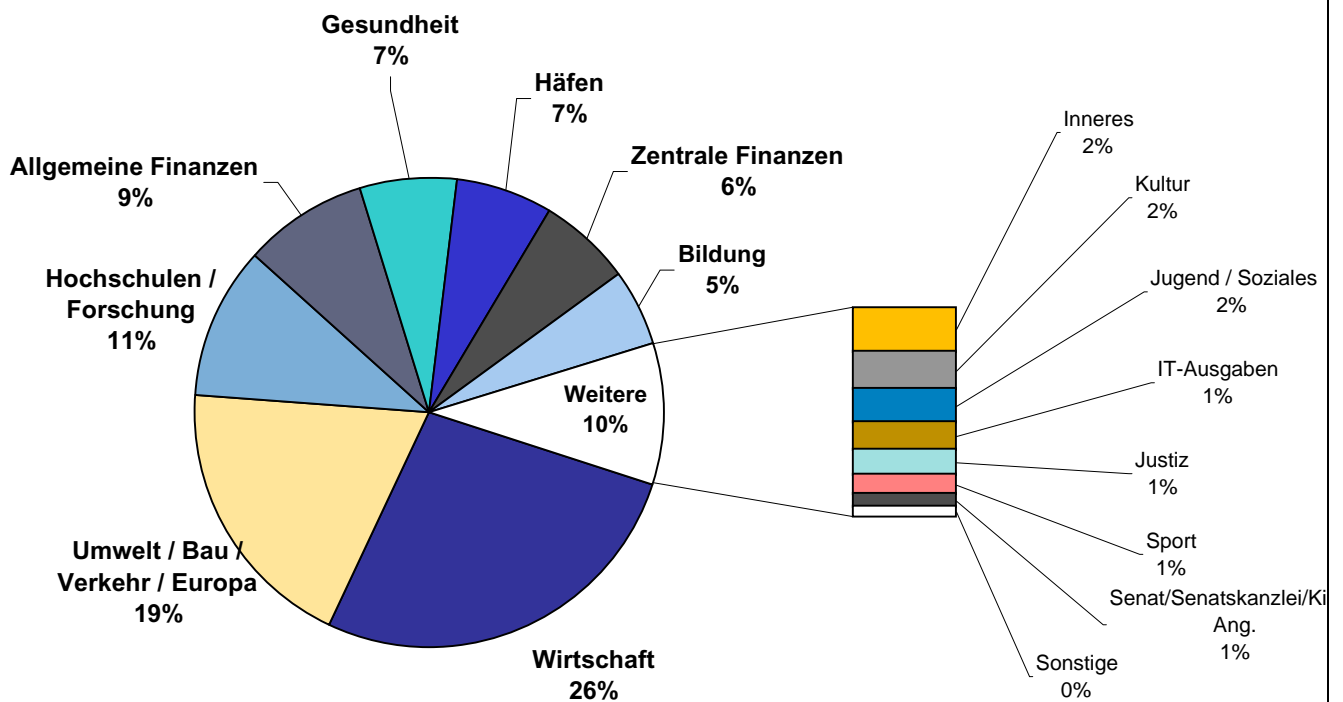
1) Anschlag 2010 ohne Refinanzierte, inkl. Verschiebung von Mitteln für EDV- Personal in den konsumtiven Haushalt
 2) Ab 2008 sind die jeweilige AIP-Anteile in den entsprechenden PPI-Ansätzen veranschlagt.

IST-Werte 2009 nach Produktplänen *)
(Land und Stadtgemeinde Bremen)

Die **Gesamtausgaben** betragen 3.412 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



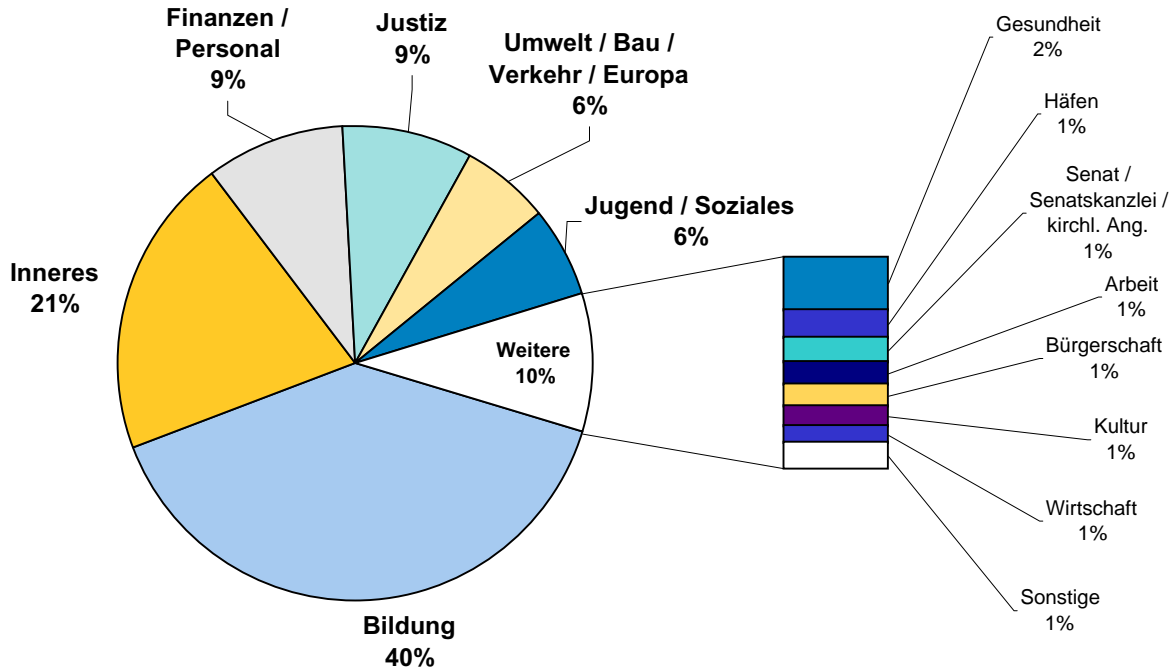
Die **investiven Ausgaben** betragen 454 Mio. €. Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



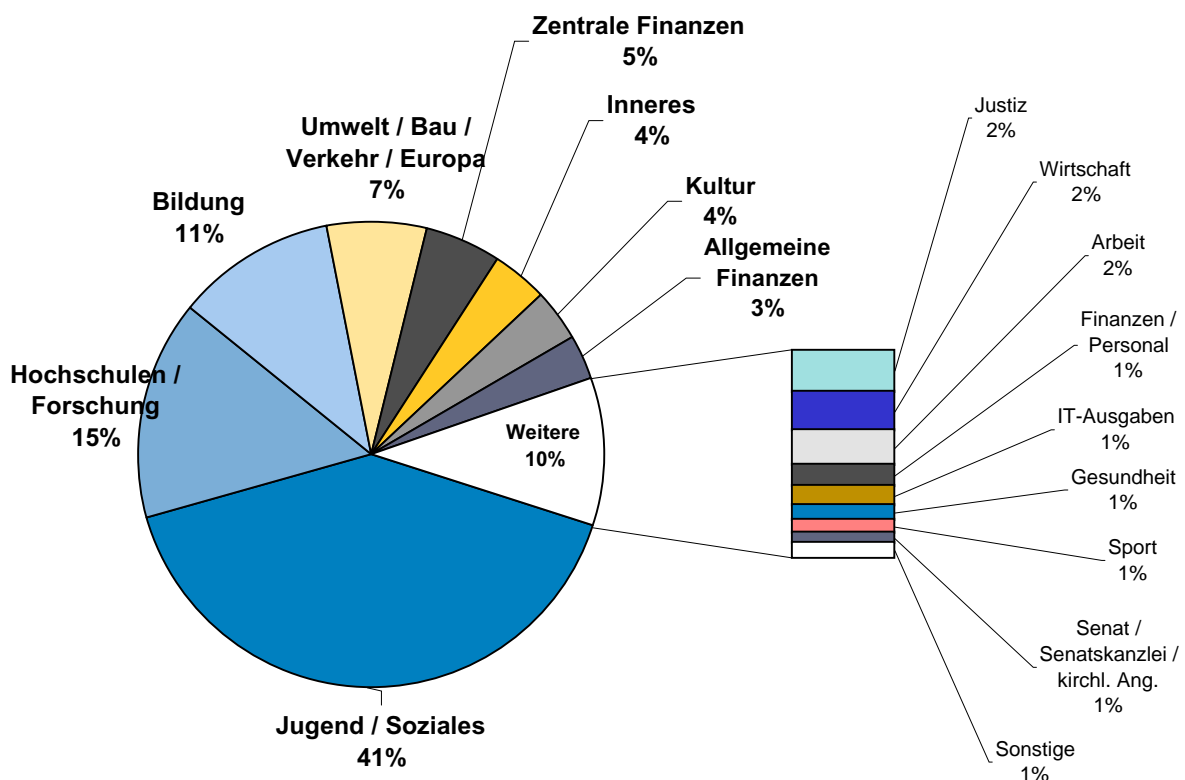
*) Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans AFi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet. Stand: 13. Monat 2009

Benchmark-Eckdaten 2009 nach Produktplänen *)
(Land und Stadtgemeinde Bremen)

Die **Personalausgaben** betragen 1.116 Mio. €.
 Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



Die **sonstigen konsumtiven Ausgaben** betragen 1.842 Mio. €.
 Die Produktpläne sind daran prozentual wie folgt beteiligt:



*) Inhaltlich den Ressorts zuzurechnende Personalausgaben des Produktplans Afi (Versorgung, Beihilfe, etc.) wurden entsprechend zugeordnet.

III. Zentrale Strukturkennziffern

Tabelle A: Bevölkerung

Stand: 29.01.2010

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet
			Min	Ø	Max																
A-A-01	Bevölkerungsveränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		0,6	2,2	1,0	-0,7	<u>-2,5</u>	1,8	-0,9	3,1	0,3	3,1	3,2	7,5	1,6	1,9	9	-0,5	
A-A-02	Bevölkerungsveränderung männlich in den letzten 5 Jahren	%	2008		1,1	2,9	1,5	-0,4	<u>-1,9</u>	2,2	-0,4	3,3	0,9	3,0	3,5	7,7	2,1	2,3	9	-0,3	
A-A-03	Bevölkerungsveränderung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	2008		0,2	1,6	0,5	-1,1	<u>-3,0</u>	1,5	-1,3	2,9	-0,2	3,1	3,0	7,3	1,1	1,5	9	-0,7	
A-B-01	Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		1,5	1,0	4,5	-1,3	<u>-1,4</u>	5,7	0,3	5,4	.	-0,6	10,2	8,8	4,2	3,5	7 von 12	-0,7	
A-B-02	Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		-2,3	-0,2	0,0	-3,0	-3,9	-0,4	<u>-4,4</u>	2,2	-0,9	0,7	-0,5	2,7	0,6	-0,2	10	-2,0	
A-C-01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		2008		1,27	1,25	1,30	1,38	1,40	1,32	1,33	1,39	1,28	1,29	1,37	1,30	<u>1,20</u>	1,30	11	1,38	
A-D-01	Bevölkerungsdichte	EW/qkm	2008		<u>1.682</u>	2.346	3.849	2.084	2.122	2.690	2.757	2.677	2.545	2.457	1.733	4.275	2.894	2.751	13	230	
A-E-01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	2008		12,4	12,8	12,0	13,3	13,7	12,5	12,7	13,0	12,4	13,1	<u>10,6</u>	12,4	12,4	12,5	9	13,6	
A-E-02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	2008		66,3	68,4	69,2	65,8	<u>64,9</u>	67,7	65,0	69,7	67,7	68,6	67,1	69,8	68,8	68,3	10	66,0	
A-E-03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	2008		21,3	18,8	18,8	20,9	21,4	19,8	22,3	<u>17,3</u>	19,9	18,3	22,4	17,7	18,9	19,3	4	20,4	
A-F-01	Ausländeranteil	%	2008		13,0	13,8	14,0	15,9	16,6	18,1	12,1	20,7	14,5	16,5	<u>6,5</u>	23,4	22,9	15,9	11	8,8	
A-G-01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	%	2007		25,7	27,1	30,2	20,8	<u>18,7</u>	26,9	23,7	.	.	26,3	.	.	.	27,0	5 von 8	18,7	
A-H-01	SGB II Leistungsempfänger (Alg 2, Sozialgeld) je 1.000 Einwohner/-innen (0 bis unter 65 Jahre)	Anzahl	2008		165,1	138,5	215,1	171,2	179,6	129,2	179,1	129,2	169,7	139,5	201,9	<u>62,0</u>	81,8	.	7	.	
A-H-02	Verbraucherinsolvenzen je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		2,7	1,8	1,7	1,9	1,5	1,6	<u>1,1</u>	1,8	2,8	1,4	3,1	1,2	1,7	1,8	3	1,5	
A-I-01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	Euro	2007		21.143	23.366	15.342	16.901	15.722	22.055	18.597	18.051	18.098	19.850	<u>14.631</u>	22.604	22.071	18.930	5	18.411	
A-I-02	Primäreinkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	Euro	2007		23.403	27.766	16.597	18.813	17.140	27.820	21.102	24.482	21.153	24.284	<u>14.589</u>	30.866	27.563	22.448	7	21.410	

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle A: Bevölkerung

Stand: 29.01.2010

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
			Min	Ø	Max																		
A-A-01	Bevölkerungsveränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		-0,1	2,2	1,0	0,7	1,0	-0,3	-0,3	-0,6	-0,5	-2,8	0,6	-1,8	-3,8	-3,0	<u>-5,4</u>	-4,4	-0,5	6	
A-A-02	Bevölkerungsveränderung männlich in den letzten 5 Jahren	%	2008		0,4	2,9	1,5	0,9	1,2	-0,4	-0,1	-0,4	-0,5	-2,6	0,8	-1,6	-3,7	-2,5	<u>-5,1</u>	-4,0	-0,3	6	
A-A-03	Bevölkerungsveränderung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	2008		-0,6	1,6	0,5	0,5	0,8	-0,3	-0,5	-0,8	-0,4	-2,9	0,4	-2,0	-3,8	-3,4	<u>-5,8</u>	-4,8	-0,7	9	
A-B-01	Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		0,8	1,0	4,5	0,4	1,1	-0,2	-0,5	-1,3	-1,6	-0,9	1,8	-2,1	-6,3	-3,0	<u>-7,7</u>	-5,6	-0,7	5	
A-B-02	Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		-2,7	-0,2	0,0	-0,4	-1,2	-1,4	-2,5	-2,2	-2,7	<u>-5,2</u>	-2,8	-3,2	-2,8	-3,5	-5,1	-3,9	-2,0	9	
A-C-01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		2008		1,30	1,25	1,30	1,37	1,36	1,38	1,42	1,40	1,38	<u>1,25</u>	1,42	1,41	1,43	1,45	1,40	1,39	1,38	14	
A-D-01	Bevölkerungsdichte	EW/qkm	2008		1.637	2.346	3.849	301	177	287	167	526	203	401	179	86	<u>72</u>	228	116	140	230	3	
A-E-01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	2008		12,6	12,8	12,0	14,6	14,3	14,0	14,6	14,2	13,9	12,4	14,3	11,1	10,8	10,8	<u>10,4</u>	10,6	13,6	9	
A-E-02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	2008		66,1	68,4	69,2	66,1	66,4	66,2	64,8	65,6	65,6	65,6	<u>64,4</u>	66,9	67,5	65,0	65,9	66,8	66,0	9	
A-E-03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	2008		21,4	18,8	<u>18,8</u>	19,3	19,4	19,8	20,6	20,2	20,5	22,0	21,3	22,0	21,7	24,1	23,7	22,6	20,4	7	
A-F-01	Ausländeranteil	%	2008		12,6	13,8	14,0	11,8	9,4	11,1	6,6	10,5	7,7	8,3	5,2	2,6	2,4	2,7	<u>1,8</u>	2,1	8,8	3	
A-G-01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	%	2007		25,6	27,1	30,2	<u>16,7</u>	17,9	17,9	18,4	17,6	17,0	18,4	17,7	17,6	19,8	21,6	18,2	18,7	18,7	3	
A-H-02	Verbraucherinsolvenzen je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		2,5	1,8	1,7	1,2	<u>1,1</u>	1,5	2,2	1,4	1,4	2,0	2,0	2,1	1,6	1,6	.	1,5	1,5	1	
A-I-01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	Euro	2007		20.646	23.366	15.342	20.196	19.670	19.026	17.689	19.290	17.855	18.110	17.778	15.545	<u>14.610</u>	15.289	14.634	14.898	18.411	2	
A-I-02	Primäreinkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	Euro	2007		22.422	27.766	16.597	24.719	24.252	23.401	20.330	22.378	21.197	20.370	20.376	16.523	14.704	14.977	<u>14.385</u>	15.047	21.410	5	

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle B: Beschäftigung

Stand: 19.10.2009

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet
			Min	Ø	Max																
B-A-01	Arbeitsplatzdichte: erwerbstätige Personen am Arbeitsort je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2007		594	619	471	499	<u>445</u>	819	531	922	726	659	567	720	784	610	8	491	
B-B-01	Erwerbstätige Personen am Arbeitsort: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007		<u>-0.5</u>	3,9	3,7	4,4	2,6	2,2	0,6	0,5	-0,3	2,1	6,4	0,0	-0,3	2,1	13	4,1	
B-C-01	SV Beschäftigte (Wohnort) je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008		308	330	<u>287</u>	294	300	338	295	345	321	326	314	377	334	318	9	333	
B-C-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich je 1.000 Einwohner	Anzahl	2007		333	338	<u>281</u>	327	355	364	330	362	336	350	311	390	357	331	9	365	
B-C-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2007		268	300	277	246	<u>232</u>	300	250	314	293	285	297	350	297	289	10	287	
B-D-01	SV Beschäftigte (Wohnort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		1,3	4,9	0,1	1,0	-0,3	1,7	<u>-2,5</u>	2,4	0,6	0,8	7,0	4,1	-1,2	1,7	6	1,9	
B-D-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007		-5,0	-1,9	-8,1	-4,8	-6,1	-4,9	<u>-8,3</u>	-5,4	-4,1	-7,6	0,5	-3,2	-7,3	-5,4	7	-2,7	
B-D-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007		-1,8	-0,7	<u>-5,9</u>	-3,8	-4,6	-4,4	-5,6	-2,2	-3,9	-4,1	-1,3	-1,5	-5,5	-3,6	4	-2,5	
B-E-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort) je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008		437	450	<u>315</u>	334	317	614	368	733	525	459	399	518	577	436	8	335	
B-E-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich je 1.000 Einwohner	Anzahl	2007		506	488	<u>304</u>	360	386	675	407	822	577	512	390	559	639	467	7	367	
B-E-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2007		354	386	309	286	<u>234</u>	514	316	619	464	384	393	471	504	386	9	288	
B-F-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		0,7	6,3	1,5	1,4	1,2	4,4	-0,3	2,6	-0,6	0,9	5,8	1,9	<u>-1,1</u>	2,2	10	1,9	
B-F-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007		-4,1	0,3	-6,3	-4,5	-2,6	-2,7	<u>-7,3</u>	-4,6	-5,7	-6,7	3,8	-4,6	-5,9	-4,2	5	-2,7	
B-F-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007		-0,5	0,6	<u>-3,9</u>	-2,0	-0,6	-2,5	-0,7	-0,9	-2,3	-2,6	0,3	-1,3	-2,1	-1,7	3	-2,5	
B-G-01	Anteil der Einpendler/innen über Gemeindegrenzen an den SV Beschäftigten	%	2008		43,2	38,2	<u>21,5</u>	43,5	47,0	61,9	50,3	66,4	55,9	48,7	41,6	45,7	60,8	44,3	10	.	
B-G-02	Anteil der Auspendler/innen über Gemeindegrenzen an den SV Beschäftigten (Wohnort)	%	2008		19,3	15,7	<u>13,7</u>	35,9	43,9	30,9	37,8	28,6	28,0	27,9	25,9	25,4	32,3	23,6	11	.	
B-G-03	Pendlersaldo insgesamt		2008		70.620	213.187	97.765	23.165	<u>8.573</u>	160.974	42.580	257.944	105.975	131.991	43.572	187.011	146.132	114.576	9	.	
B-G-04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	Anzahl	2008		295	267	90	119	<u>55</u>	449	200	529	388	289	212	272	422	271	5	.	
B-H-01	Akademikerquote (Wohnort)	%	2007		12,7	12,8	14,6	10,4	<u>6,2</u>	16,0	11,0	18,2	15,5	15,5	17,9	20,5	19,4	15,1	10	9,9	
B-H-02	Akademikerquote (Arbeitsort)	%	2007		11,9	12,6	13,8	10,7	<u>8,2</u>	15,3	12,3	17,3	13,7	14,0	16,7	20,4	20,7	15,0	11	9,9	
B-I-01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	%	2008		0,4	0,6	0,6	1,0	0,5	0,4	1,3	0,2	1,1	0,6	0,5	0,4	<u>0,1</u>	0,5	11	0,6	

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle B: Beschäftigung

Stand: 19.10.2009

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
			Min	Ø	Max																		
B-A-01	Arbeitsplatzdichte: erwerbstätige Personen am Arbeitsort je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008			594	629	478	522	530	515	461	484	460	496	448	414	438	466	425	451	491	2
B-B-01	Erwerbstätige Personen am Arbeitsort: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			2,4	7,3	7,4	4,3	5,1	3,4	4,1	3,9	5,0	1,9	3,9	3,5	2,7	2,8	1,1	1,9	4,1	13
B-C-01	SV Beschäftigte (Wohnort) je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008			303	330	287	348	355	336	320	318	332	315	314	347	345	345	348	361	333	15
B-C-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich je 1.000 Einwohner	Anzahl	2007			328	338	281	387	391	370	357	361	370	364	335	352	344	360	364	382	365	15
B-C-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2007			263	300	277	296	305	290	268	261	279	254	280	326	327	314	313	322	287	14
B-D-01	SV Beschäftigte (Wohnort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			1,4	4,9	0,1	2,9	4,3	0,8	2,0	1,3	2,5	1,3	2,4	2,4	-0,3	0,1	-1,5	-0,8	1,9	8
B-D-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			-4,9	-1,9	-8,1	-0,9	0,2	-4,0	-2,1	-3,9	-1,7	-2,6	-2,7	-2,8	-6,6	-3,3	-4,8	-4,6	-2,7	14
B-D-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			-2,6	-0,7	-5,9	-1,1	-0,3	-2,2	-1,9	-3,2	-0,4	-1,1	-1,5	-2,1	-5,3	-4,6	-6,7	-7,5	-2,5	10
B-E-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort) je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008			431	450	315	362	361	357	304	323	299	340	287	292	313	334	312	325	335	2
B-E-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich je 1.000 Einwohner	Anzahl	2007			495	488	304	405	400	400	336	368	328	397	305	299	300	341	314	335	367	1
B-E-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2007			350	386	309	304	307	303	257	264	256	271	257	273	309	310	294	300	288	2
B-F-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			1,6	6,3	1,5	2,8	4,3	0,7	1,7	1,1	2,4	0,5	2,5	0,6	-1,1	0,3	-2,5	-0,6	1,9	7
B-F-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			-3,0	0,3	-6,3	-1,2	0,1	-3,8	-2,4	-4,1	-1,8	-3,2	-2,3	-4,9	-8,1	-2,7	-5,8	-4,0	-2,7	8
B-F-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			-0,8	0,6	-3,9	-1,2	-0,5	-1,6	-2,2	-3,4	-1,0	-1,4	-2,3	-4,3	-5,5	-4,0	-7,1	-7,7	-2,5	3
B-G-01	Anteil der Einpendler/innen über Landesgrenzen an den SV Beschäftigten	%	2008			42,4	38,2	21,5	8,6	6,2	14,5	9,4	5,7	11,1	15,3	13,7	14,7	4,4	6,0	7,2	6,5	.	1
B-G-02	Anteil der Auspendler/innen über Landesgrenzen an den SV Beschäftigten (Wohnort)	%	2008			18,3	15,7	13,7	5,0	4,8	9,2	13,9	4,1	19,9	8,6	21,1	28,2	13,3	9,1	16,8	15,9	.	4
B-G-03	Pendlersaldo insgesamt		2008			84.174	213.187	97.765	146.243	68.614	127.031	-126.791	95.955	-132.503	25.382	-76.676	-138.702	-53.720	-47.518	-85.594	-81.847	.	6
B-G-04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	Anzahl	2008			295	267	90	38	15	59	-52	17	-110	73	-94	-188	-103	-34	-115	-111	.	1
B-H-01	Akademikerquote (Wohnort)	%	2007			11,6	12,8	14,6	10,4	9,8	11,3	8,2	9,3	7,7	8,3	7,2	9,5	8,6	12,8	8,5	9,7	9,9	4
B-H-02	Akademikerquote (Arbeitsort)	%	2007			11,1	12,6	13,8	10,5	9,8	11,6	7,8	9,3	7,3	7,7	6,3	9,6	8,9	13,0	8,8	10,1	9,9	5
B-I-01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	%	2008			0,4	0,6	0,6	0,4	0,4	0,5	0,7	0,7	0,5	0,6	0,7	0,5	0,5	0,6	.	0,5	0,6	15

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle C: Arbeitslosigkeit

Stand: 19.10.2009

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet
				Min	Ø	Max																
C-A-01	Arbeitslosenquote	%	2008		11,4	9,4	16,1	15,1	14,1	10,7	13,6	9,6	.	12,0	.	6,2	<u>5,9</u>	11,8	6 von 11	8,7		
C-A-02	Arbeitslosenquote Frauen	%	2008		10,9	8,6	14,1	15,0	15,4	10,0	12,8	8,9	.	11,4	.	5,9	<u>5,8</u>	10,9	6 von 11	8,9		
C-B-01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008		46,2	45,1	<u>43,3</u>	46,7	49,3	46,2	45,0	45,3	44,9	46,5	45,8	47,8	47,3	45,2	6	49,0		
C-B-02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008		8,4	8,6	10,4	8,7	7,7	<u>5,0</u>	8,5	9,7	9,4	7,2	12,0	7,8	7,1	9,1	8	10,4		
C-B-03	Anteil der 55jährigen und älter an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008		10,9	10,9	10,0	11,7	<u>9,5</u>	13,1	12,8	11,6	11,1	11,4	11,8	16,0	12,8	11,2	10	13,1		
C-B-04	Anteil Langzeitarbeitslose (1 Jahr und mehr) an allen Arbeitslosen	%	2007		44,2	<u>38,5</u>	41,0	49,2	49,1	52,8	52,6	42,0	49,5	47,3	45,4	40,6	39,0	43,9	8	36,7		

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
C-A-01	Arbeitslosenquote	%	2008		12,6	9,4	16,1	<u>4,6</u>	4,8	7,4	8,6	9,4	6,3	8,0	8,6	14,5	15,5	14,3	15,3	12,4	8,7	6		
C-A-02	Arbeitslosenquote Frauen	%	2008		12,1	8,6	14,1	<u>5,0</u>	<u>5,0</u>	7,6	8,8	9,6	6,6	8,4	8,5	14,2	15,2	14,7	15,8	13,3	8,9	7		
C-B-01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008		46,2	45,1	<u>43,3</u>	51,8	50,5	49,1	49,3	48,6	49,7	49,2	48,2	48,4	47,9	50,1	50,5	52,1	49,0	14		
C-B-02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008		8,9	<u>8,6</u>	10,4	9,7	10,5	10,4	10,4	9,7	12,0	9,4	11,5	11,1	11,4	11,5	10,8	10,4	10,4	15		
C-B-03	Anteil der 55jährigen und älter an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008		10,5	10,9	<u>10,0</u>	14,3	14,9	12,6	11,9	12,3	13,1	12,2	11,8	14,6	13,0	15,7	14,0	15,4	13,1	15		
C-B-04	Anteil Langzeitarbeitslose (1 Jahr und mehr) an allen Arbeitslosen	%	2007		44,9	38,5	41,0	32,9	32,8	<u>28,5</u>	33,4	42,0	35,5	37,1	33,3	31,8	34,7	37,8	38,5	40,2	36,7	1		

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle D: Wirtschaftskraft

Stand: 29.01.2010

Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*	Bundesgebiet
				Min	Ø	Max																
D-A-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner/-in	Euro	2007		42.125	48.852	<u>24.873</u>	30.314	28.789	68.300	35.983	77.818	47.833	44.495	26.664	56.303	60.046	42.208	8	30.346		
D-B-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007		14,6	10,9	<u>7,7</u>	13,3	18,6	11,8	11,9	9,8	18,6	13,4	19,0	13,2	12,0	11,9	4	15,2		
D-C-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person	Euro	2007		70.904	78.967	52.841	60.742	64.650	83.374	67.757	84.358	65.893	67.543	<u>47.018</u>	78.160	76.574	69.206	6	61.790		
D-D-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007		15,2	6,8	<u>3,9</u>	8,5	15,5	9,4	11,2	9,2	19,0	11,1	11,8	13,3	12,3	9,6	3	10,6		
D-E-01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		-0,04	0,01	-0,01	-0,02	-0,05	-0,07	-0,16	<u>-0,29</u>	-0,06	0,05	-0,07	-0,06	-0,15	-0,05	5	-0,04		
D-E-02	Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgaben (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		1,61	3,50	3,22	3,09	<u>0,74</u>	1,99	1,22	4,88	1,77	3,22	3,07	3,85	1,28	2,93	10	1,65		
D-F-01	Insolvenzverfahren (Durchschnitt der letzten 5 Jahre) je 10.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		32	21	22	24	15	22	16	22	29	19	36	15	<u>13</u>	21	2	18		

Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
D-A-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner/-in	Euro	2008		41.903	50.559	25.556	33.884	35.525	36.379	26.926	30.113	26.626	30.171	25.939	21.723	<u>21.447</u>	22.619	22.436	21.876	30.346	2		
D-B-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		16,6	14,9	12,0	15,6	16,5	12,8	16,9	14,8	14,4	22,5	<u>10,8</u>	17,1	15,3	14,4	16,8	14,8	15,2	5		
D-C-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person	Euro	2008		70.558	80.395	53.418	64.914	66.983	70.597	58.371	62.153	57.903	60.822	57.918	52.473	48.982	48.518	52.790	<u>48.491</u>	61.790	3		
D-D-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		13,9	7,1	<u>4,3</u>	10,8	10,8	9,1	12,2	10,5	9,0	20,2	6,7	13,2	12,3	11,3	15,5	12,7	10,6	3		
D-E-01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		-0,06	0,01	-0,01	-0,09	-0,05	-0,03	-0,02	-0,04	-0,05	-0,06	0,15	0,09	-0,01	-0,08	-0,08	<u>-0,12</u>	-0,04	12		
D-E-02	Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgaben (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		1,36	3,50	3,22	1,35	2,44	1,95	1,56	1,35	1,57	1,05	1,90	0,87	0,69	1,21	<u>0,37</u>	0,82	1,65	8		
D-F-01	Insolvenzverfahren (Durchschnitt der letzten 5 Jahre) je 10.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		29	21	22	<u>13</u>	13	16	23	18	17	23	23	22	21	20	.	18	18	1		

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

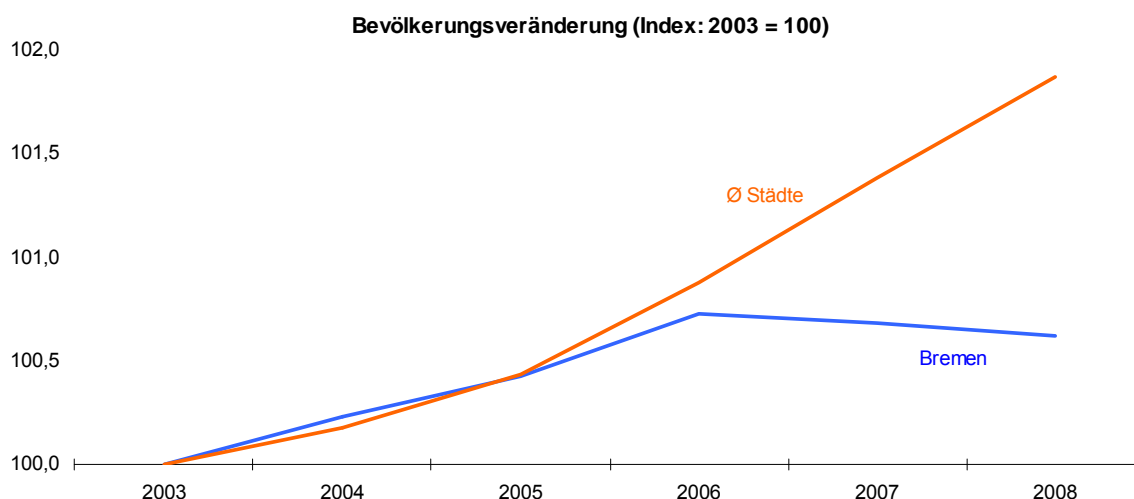
Zentrale Strukturkennziffern

Nachfolgend wurden aus den vier Tabellen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit sowie Wirtschaftskraft einzelne Kennzahlen näher betrachtet und grafisch aufgearbeitet:

Bevölkerung (Tabelle A)

Die Einwohnerentwicklung der Großstädte spiegelt seit Jahren einen wieder auflebenden Trend zur Urbanisierung wider: Seit 2004 verzeichnen die Großstädte ununterbrochen eine positivere Bevölkerungsentwicklung als das Bundesgebiet insgesamt, das seit zwei Jahren sogar Bevölkerungsverluste aufweist. Die Anziehungskraft der Großstädte als Zentren der Wirtschafts- und damit auch der Arbeitskraft bzw. der kulturellen Angebote nimmt - über alle Großstädte gesehen – am aktuellen Rand sogar noch an Dynamik zu.

Die Stadt Bremen – die in den Jahren vor 2004 noch teilweise deutlich höhere Bevölkerungsgewinne als der Durchschnitt der Großstädte aufwies - verzeichnet jedoch seit zwei Jahren wieder Bevölkerungsrückgänge und fällt somit in der aktuelle Fünfjahresentwicklung (+ 0,6 %; Kennzahl A-A-01) deutlich hinter die Zuwachsraten der Großstädte (+ 1,9 %) zurück.

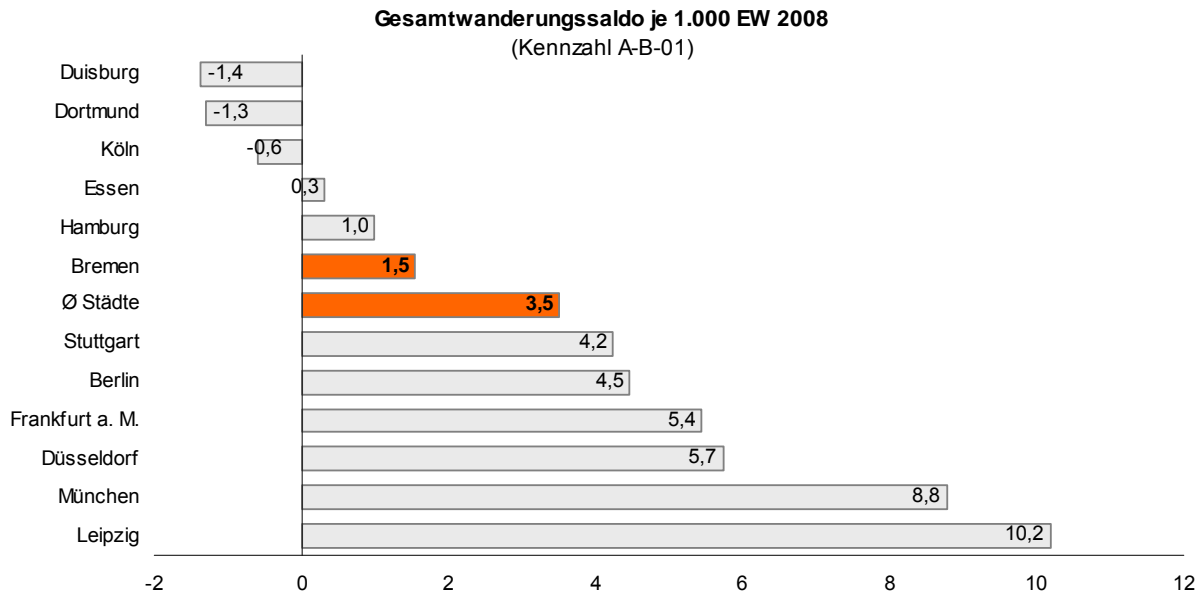


Dabei ist zu beachten, dass aufgrund der größtenteils einwohnerbezogenen bundesstaatlichen Finanzverteilung Bevölkerungsveränderungen beachtliche finanzielle Auswirkungen für den Stadtstaat haben. Aktuell (Stand 2009) verlieren die Bremer Haushalte statistisch mit jedem Einwohner auch rd. 3.750 € an steuerabhängigen Einnahmen pro Jahr. Allein aus der Differenz zur Bevölkerungsentwicklung des Durchschnitts der Großstädte seit 2003 resultieren für die Bremischen Haushalte somit rechnerische Mindereinnahmen für 2008 von ca. 27,5 Mio. €.

Wie schon das Beispiel der Stadt Bremen zeigt, verläuft die grundsätzlich positive Bevölkerungsentwicklung der Großstädte nicht gleichmäßig: So weisen einerseits die drei Ruhrgebietsstädte Duisburg, Essen und Dortmund im Zeitraum 2003 - 2008 Einwohnerverluste auf, andererseits verzeichnet München seit 2003 einen Zuwachs von fast 92.000 Einwohnern.

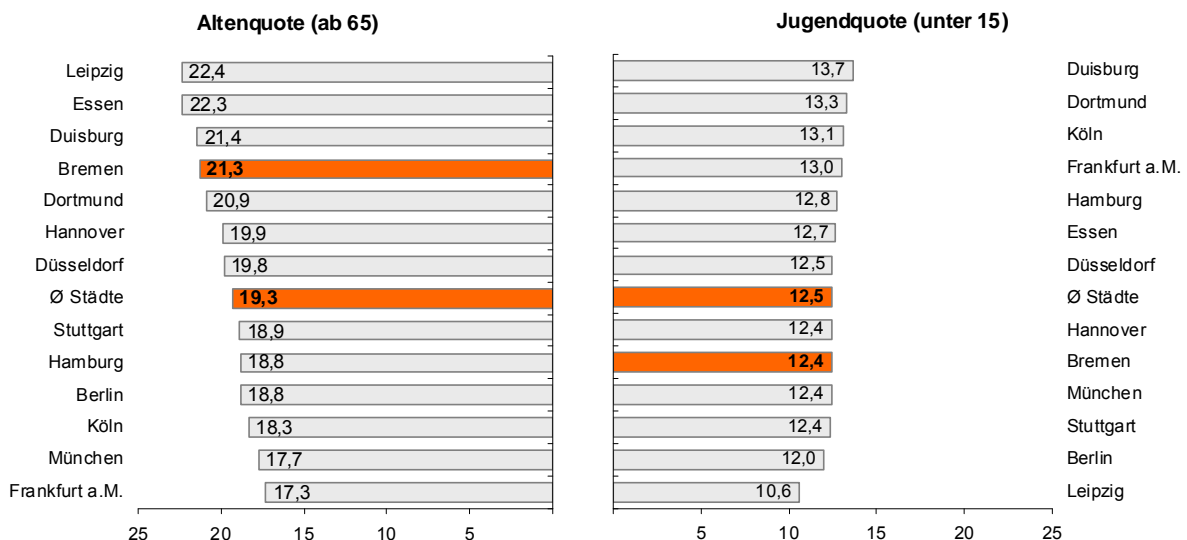
Angesichts des seit Jahren anhaltenden negativem natürlichen Bevölkerungssaldos (Geburten / Sterbefälle) fast aller Städte und Gemeinden ist ein positiver Wanderungssaldo notwendig, um einen Bevölkerungsrückgang zu vermeiden. Die Einwohnergewinne aus den Zu- und Fortzügen gehen in der Stadt Bremen jedoch seit 2002 (+ 7,0 pro 1.000 Einwohner) kontinuierlich zurück. 2008 kamen im Saldo nur noch 1,5 Neubürger je 1.000 Einwohner

nach Bremen (Kennzahl A-B-01). Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren dabei in den letzten Jahren weniger eine nachlassende Zugkraft der Stadt Bremen für Neubürger aus der Fernwanderung als vielmehr erhöhte Fortzüge (+ 5,4 % ggü. Vorjahr) vor allem in das direkte Umland der Stadt Bremen. Insgesamt liegt der Wanderungssaldo der Stadt Bremen aktuell deutlich unter dem Vergleichswert der Großstädte (+ 3,5 Neubürger je 1.000 Einwohner).



Auffällig sind die Werte von Leipzig und München, die im Saldo mit 10 bzw. 9 Neubürgern je 1.000 Einwohnern fast doppelt so viele Neubürger begrüßen konnten, wie die nächstbesseren Großstädte Düsseldorf und Frankfurt. Duisburg, Dortmund sowie Köln weisen aktuell sogar negative Wanderungssalden auf.

Die Veränderung der Altersstruktur vollzieht sich in Deutschland insgesamt, im Durchschnitt der Großstädte und auch in Bremen weitgehend identisch: Während der Anteil der ab 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (Altenquote; Kennzahl A-E-03) auf hohem Niveau weiterhin kontinuierlich steigt, sinkt sowohl der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (Jugendquote; Kennzahl A-E-01) als auch das Erwerbspersonenpotenzial.



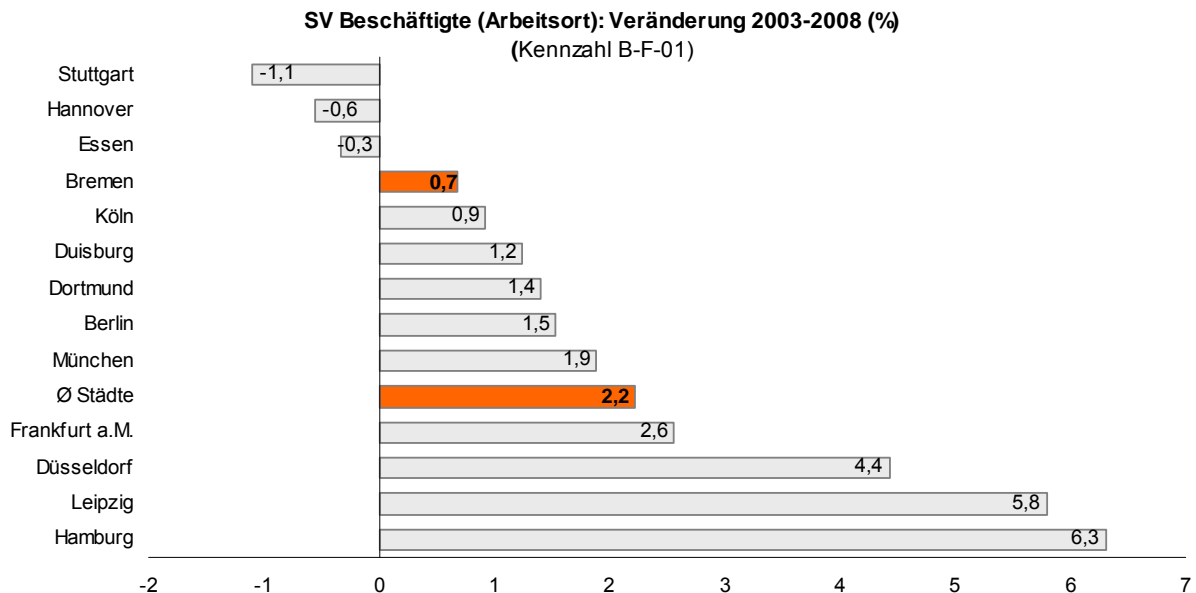
Inzwischen verzeichnet jedes Bundesland und jede Großstadt einen höheren Anteil an Bürgern über 65 Jahren als an unter 15-Jährigen. Noch vor acht Jahren betrug dabei die

Differenz dieser beiden Quoten 1,1 %-Punkte, aktuell ist sie bei weiter steigender Tendenz schon auf 6,8 %-Punkte angestiegen.

Insgesamt gleicht sich die Jugendquote der einzelnen Großstädte – auf immer niedrigerem Niveau - zunehmend an. Mit Ausnahme von Leipzig liegen die Quoten aktuell in einer Bandbreite von nur noch 12,0 % - 13,7 %. Die Stadt Bremen verzeichnet dabei 2008 - wie auch schon in den Vorjahren - eine marginal höhere Jugendquote, ein deutlich geringeres Erwerbspersonenpotential sowie eine deutlich höhere Altenquote als der Durchschnitt der Großstädte.

Beschäftigung / Arbeitslosigkeit (Tabellen B / C)

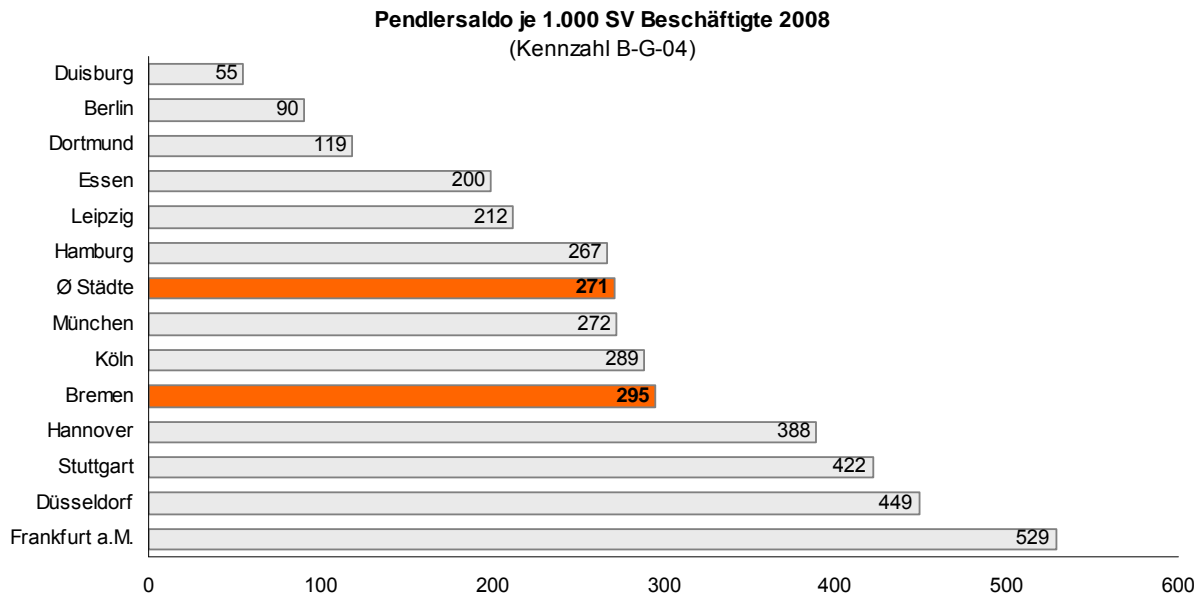
Nur drei Städte verzeichnen aktuell bei der Betrachtung der letzten fünf Jahre eine schlechtere Arbeitsplatzentwicklung (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; Kennzahl B-F-01) als die Stadt Bremen, die somit mit einem Zuwachs von + 0,7 % deutlich den Referenzwert der Großstädte (+ 2,2 %) verfehlt.



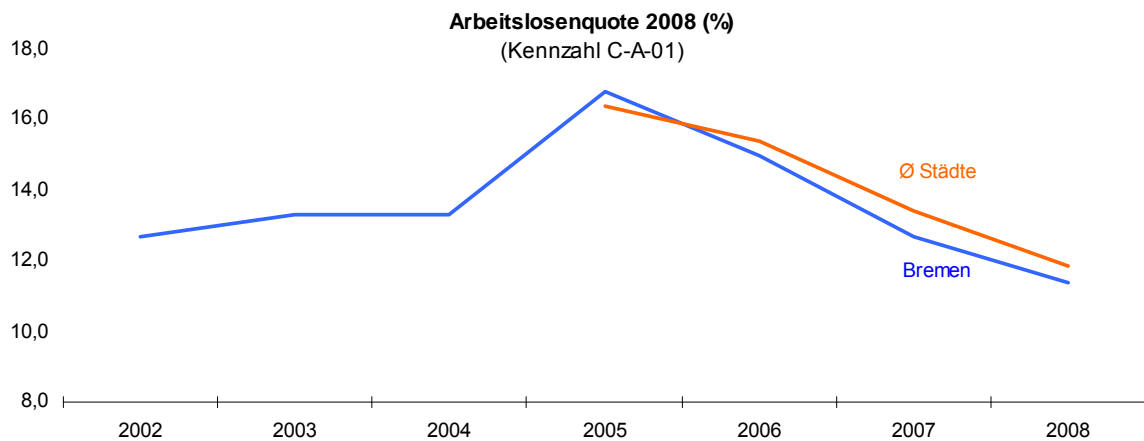
Auffällig ist, dass noch mit Stand 2007 im davorliegenden Fünfjahreszeitraum bis auf Leipzig und Hamburg alle Großstädte einen Arbeitsplatzabbau der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verzeichneten. Nach dem Boomjahr 2008 weisen nun auch im Fünfjahreszeitraum zehn von dreizehn Städten wieder einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen auf.

Der Pendlersaldo (Kennzahl B-G-04) verdeutlicht, in welchem Umfang Beschäftigte im Stadtgebiet Arbeitsplatzangebote, Infrastrukturen und sonstige Leistungen der Großstädte in Anspruch nehmen und gleichzeitig kommunale wie staatliche Steueranteile an das Umland leisten, das bei den drei Stadtstaaten zudem einem anderen Bundesland angehört.

Im Saldo, das heißt nach Gegenrechnung der in anderen Gemeinden tätigen Einwohner der Stadt Bremen, entfallen auf 1.000 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte innerhalb der Stadtgrenzen über die letzten Jahre relativ konstant ca. 300 Einpendler. Nach wie vor fällt der stadtbremische Pendlersaldo damit höher als im Durchschnitt aller bundesdeutschen Großstädte aus, auch wenn die extrem hohen Werte von Hannover, Stuttgart, Düsseldorf und insbesondere Frankfurt deutlich unterschritten werden. Nur geringe Einpendlerüberschüsse weisen erwartungsgemäß auch weiterhin die Ruhrgebietsstädte und Berlin auf.

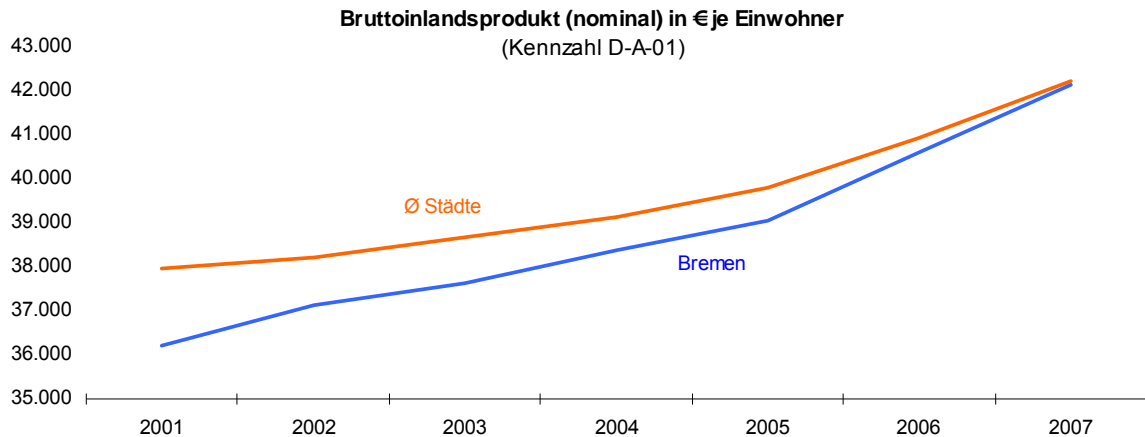


Die Arbeitslosigkeit geht sowohl in der Stadt Bremen als auch im Durchschnitt der Großstädte seit der großen Arbeitsmarktreform 2005 stetig zurück. In Bremen liegt die Arbeitslosenquote aktuell (2008; Kennzahl C-A-01) mit 11,4 % sogar fast 2 %-Punkte unter dem Wert von 2004, obwohl 2004 die ehemaligen Sozialhilfeempfänger noch nicht als arbeitslos geführt wurden. Innerhalb der Städte nimmt Bremen aktuell einen mittleren Platz ein, wobei der Durchschnittswert (11,8 %) geringfügig über dem Bremer Wert liegt. Stuttgart mit 5,9 % und Berlin mit 16,1 % verdeutlichen dabei die sehr große Bandbreite der Großstädte bei diesem Belastungsindikator.

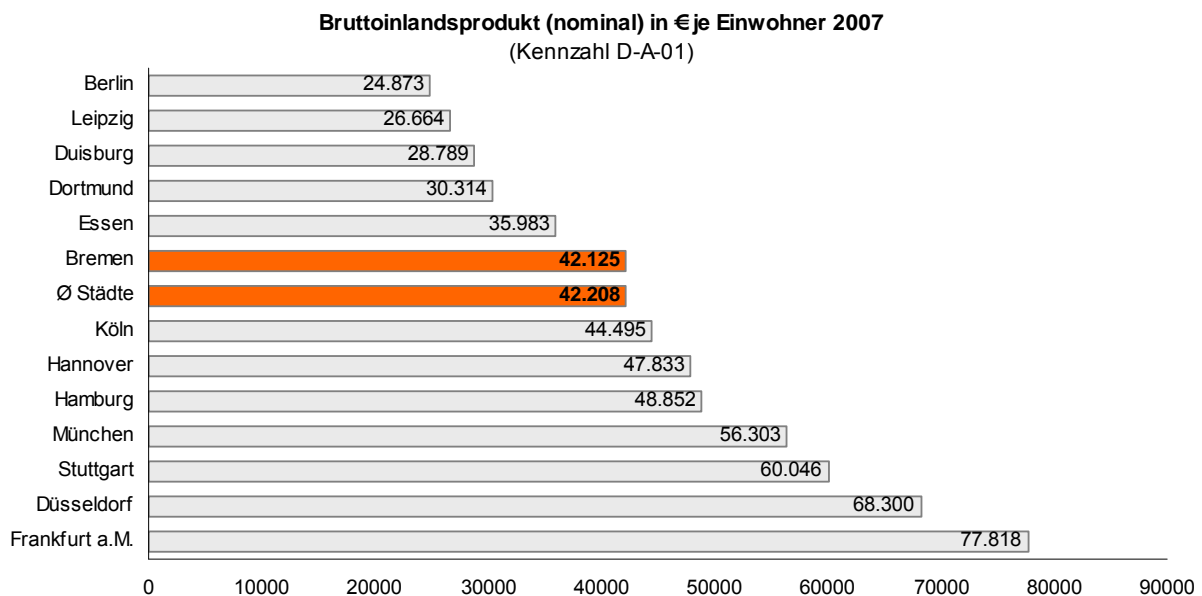


Wirtschaftskraft (Tabelle D)

Die Stadt Bremen hat seine Wirtschaftskraft in den letzten Jahren überdurchschnittlich steigern können und weist daher – nach langem Aufholprozess - 2007 erstmals die gleiche einwohnerbezogene Wirtschaftskraft (gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt) wie der Durchschnitt der Vergleichsstädte auf.

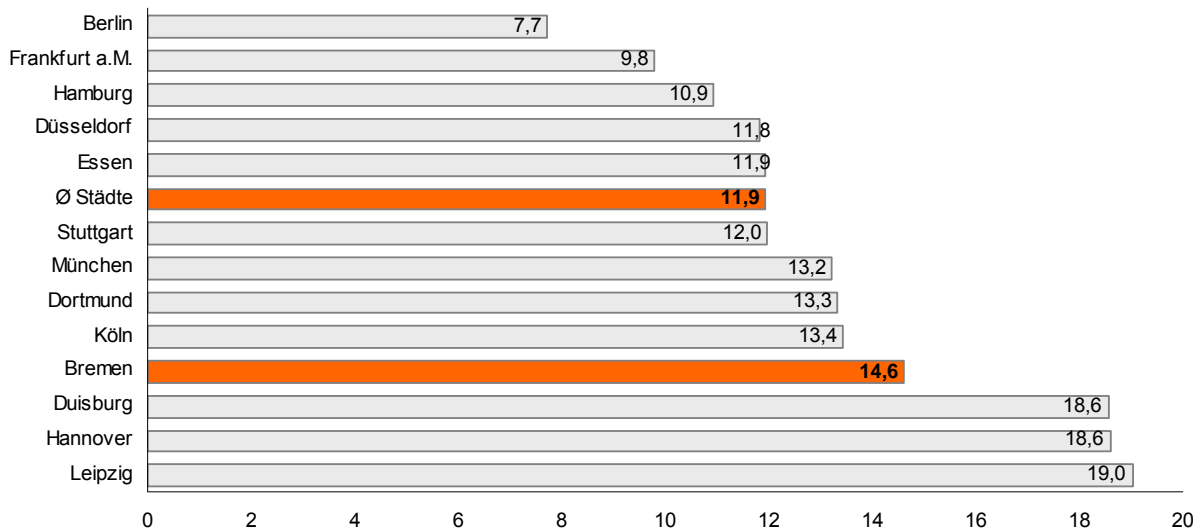


Diese Betrachtungsweise verdeckt jedoch die tatsächliche wirtschaftliche Lage Bremens, da der Durchschnittswert der Großstädte u. a. durch die extrem niedrige Wirtschaftskraft Berlins nach unten verzerrt wird. Tatsächlich verzeichnen bis auf die Ruhrgebietsstädte alle westdeutschen Großstädte eine deutlich höhere einwohnerbezogene Wirtschaftskraft als Bremen. Eine von der geografischen Lage und Struktur vergleichbare Stadt wie Hannover weist z. B. eine um 14 % höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Bremen auf.



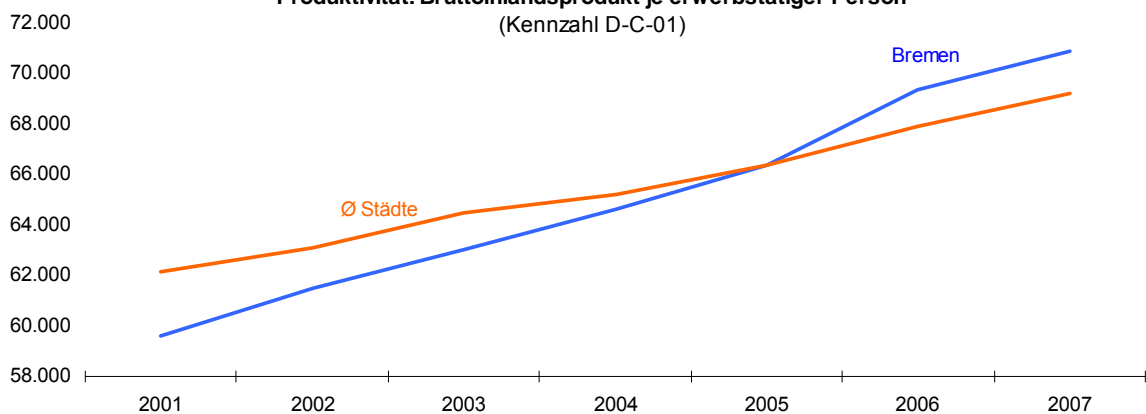
Die Rangfolge der Großstädte bei der Wirtschaftskraft ist zwar relativ stabil, in den letzten Jahren näherten sich die eher wirtschaftsschwächeren sowie die im Mittelfeld der Wirtschaftskraft befindlichen Städte jedoch den besonders wirtschaftsstarken Großstädten etwas an: So verzeichnete seit 2002 von den vier besonders wirtschaftsstarken Großstädten nur München eine erkennbar überdurchschnittliche BIP-Entwicklung, während besonders wirtschaftsschwache Großstädte wie Leipzig oder Duisburg weit überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielen konnten. Nur Berlin als Stadt mit der geringsten Wirtschaftskraft weist auch die niedrigste Steigerungsrate der letzten fünf Jahre auf und koppelt sich somit immer weiter von allen anderen Großstädten ab.

Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen): Veränderung in den letzten 5 Jahren (%)
(Kennzahl D-B-01)



Die Produktivität, also die Wirtschaftsleistung je Arbeitsplatz (Erwerbstätigen), fiel in Bremen - gemessen am Durchschnitt der Großstädte - lange Zeit unterdurchschnittlich aus. Der notwendige Strukturwandel zu produktiveren und damit auch wettbewerbsfähigeren Arbeitsplätzen ist jedoch spätestens seit 2002 erkennbar. Aufgrund der dynamischen Entwicklung insbesondere in den letzten fünf Jahren, bei der die Stadt Bremen mit einem Produktivitätszuwachs von über 15 % die drittbeste Entwicklung aller Großstädte verzeichnete, weist Bremen inzwischen eine im Großstädtevergleich überdurchschnittliche Produktivität aus (Kennzahl D-D-01). Trotz dieser positiven Entwicklung ist es Bremen jedoch nicht gelungen, an die Produktivität der fünf besonders wirtschaftsstarken Städte Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, München und Stuttgart heranzureichen.

Produktivität: Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person
(Kennzahl D-C-01)



IV. Produktplan-Berichte

Bürgerschaft

Vorbemerkungen

Die Bremische Bürgerschaft ist die Volksvertretung des Landes Bremen. Von den 83 Abgeordneten werden 68 in der Stadt Bremen und 15 in Bremerhaven gewählt. Die 68 Bremer Abgeordneten bilden zugleich die Stadtbürgerschaft, das Gemeindeparlament der Stadt Bremen. Der Produktplan Bürgerschaft umfasst neben der Verwaltungs- auch die parlamentarische Ebene (Landtag und Stadtbürgerschaft).

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Es ist nicht Aufgabe des Benchmarkings die Ziele des Parlaments darzulegen, daher werden nachfolgend die Aufgabenschwerpunkte der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft abgebildet.

Z1	Sicherstellung und Unterstützung der Arbeit der Bremischen Bürgerschaft
Z1-1	Unterstützung des Landtages und der Stadtbürgerschaft bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben (Gesetzgebung, Budgetrecht, Kontrolle des Senats) durch die Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft

Gleichwohl werden aufgrund der Kostenrelevanz neben der Abbildung der Verwaltungskosten auch Kennzahlen abgebildet, die die parlamentarische Ebene betreffen.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte spiegeln sich in nachfolgender Darstellung wider:

Ausgabepositionen Produktplan "Bürgerschaft"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	10.571	10.231	10.924	10.741	11.028	287	2,7	°
davon: Personalausgaben (Produktplan)	9.710	9.483	10.145	9.969	10.177	207	2,1	10.207
zugeordnete Anteile an Versorgung der Beschäftigten	862	747	779	772	852	79	10,3	°
zuzügl. - Anteile der Abgeordneten 3)					2.107			2.042
Gesamt zugeordnete Anteile an Versorgung					2.959			1.197
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	59	59	55	56	60	4	6,8	55
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	164.294	161.008	183.456	177.268	169.441	-7.827	-4,4	°
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	6.848	6.909	7.341	7.378	7.735	357	4,8	7.701
dar.: Mittel für die Fraktionen	4.846	4.748	5.353	5.373	5.464	90	1,7	5.517
Sonstige konsumtive Ausgaben	2.002	2.161	1.988	2.005	2.271	267	13,3	2.184
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	296	376	400	298	351	53	17,9	355
Gesamtausgaben	17.715	17.515	18.665	18.417	19.114	697	3,8	°

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

3) Anmerkung: Ab dem Jahr 2009 werden die Versorgungsleistungen der Abgeordneten gesondert ausgewiesen.

4) Die Erhöhung des Beschäftigungsvolumen resultiert aus der Angliederung des Landesbehindertenbeauftragten.

Dem Landtagspräsidenten stehen bei der Durchführung seiner Aufgaben rd. 70 Beschäftigte (53,5 Vollzeitäquivalente) zur Seite.

Benchmarkingergebnisse

Der Ländervergleich zeigt, dass die Spanne bei den Abgeordneten (01-A-02) im Jahr 2008 zwischen 51 (Saarland) und 187 (Nordrhein-Westfalen) liegt, wobei neben der geografischen Größe des Bundeslandes auch das Wahlverfahren und die damit einhergehende Sitzverteilung eine Rolle spielen kann. Das bremische Landesparlament zählt zurzeit 83 Sitze. Eine

vergleichende Relation zwischen Parlamentssitzen und Einwohnerzahl ist nur eingeschränkt aussagefähig.¹ Die Bürgerschaftskanzlei weist zudem darauf hin, dass eine weitere Verkleinerung des Parlaments schon aus Gründen der verfassungsrechtlich gebotenen Wahlgleichheit und der Gleichheit beim Erfolgswert der Stimmen in den beiden Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven nach der zu Beginn der 16. Wahlperiode erfolgten Verringerung der Abgeordnetenmandate nicht vorgenommen werden kann, da diese zu Lasten des Wahlbereiches Bremerhaven gehen würde. Schließlich wären diesbezügliche strukturelle Veränderungen nach der Landesverfassung nur durch einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft oder Volksentscheid möglich.

Im Vergleich zum letzten Bericht sind die Gesamtausgaben ohne Investitionen (01-B-01) im Land Bremen um rund 0,5 gestiegen; dennoch liegt Bremen im Stadtstaatenvergleich mit 7,4 Mio. Euro unter den Werten von Hamburg und Berlin. Auch im Ländervergleich weist Bremen trotz der Ausgabensteigerung immer noch erheblich geringere Gesamtausgaben auf als der Bundesdurchschnitt.

Bei den Gesamtausgaben ohne Investitionen je Abgeordneter/Abgeordneten (01-B-02) liegt das Land Bremen mit 88,8 Tsd. € insgesamt weiterhin unter dem Länderdurchschnitt, zum Vorjahr ergibt sich allerdings eine Kostensteigerung in Höhe von rd. 5,1 Tsd. €. Die Verwaltungskosten (01-C-01) insgesamt als auch die Bremischen Verwaltungskosten je Abgeordneter/Abgeordneten (01-C-02) sind im Vergleich zum letzten Bericht erneut gesunken. Die Bremer Verwaltungskosten je Abgeordneten entwickeln sich damit analog zum Länderdurchschnitt, nur Brandenburg, Sachsen und Berlin weisen noch geringere Verwaltungskosten auf.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Bremen als kleinstes Bundesland steht hinsichtlich der Anzahl der Abgeordneten bundesweit an viertletzter Stelle. Gemessen an der Einwohnerzahl würde Bremen zwar die Spitzenposition einnehmen. Eine einwohnerbezogene Auswertung der vorliegenden Ergebnisse ist aber nur eingeschränkt aussagefähig und wird aufgrund der verfassungsrechtlich vorgesehenen Doppelfunktion von Abgeordneten des Landtages und der Stadtbürgerschaft derzeit nicht weiter verfolgt. Zudem ist die Freie Hansestadt Bremen als Bundesland nach der Landesverfassung in zwei Wahlbereiche eingeteilt, in denen getrennt die Fünf-Prozent-Klausel Anwendung findet.

Eine Landtags-Umfrage der Bürgerschaftskanzlei zu den Fraktionszuschüssen hat ergeben, dass eine Vergleichbarkeit auf Länderebene nicht gegeben ist. Die Bürgerschaftskanzlei begründet dies damit, dass die von den Landtagen teilweise unvollständig übermittelten Daten sowie die erheblichen strukturellen Unterschiede bei den Finanzierungen keine Grundlage für ein Benchmarking bilden und keine Aussage über die Angemessenheit der in Bremen gezahlten Fraktionszuschüsse zulassen (so gibt es in anderen Ländern z.B. eine Vielzahl nicht quantifizierter Sachleistungen und nicht als Fraktionszuschüsse ausgewiesene Leistungen wie das Bereitstellen von Büros in den Landtagsgebäuden oder direkt an die Abgeordneten geleistete Mittel für Mitarbeiter). Zu prüfen wäre, ob ein rein bremischer Vergleich zu den Fraktionszuschüssen als Zeitreihe in den Benchmarking-Bericht ab 2010 aufgenommen werden kann.

Bei einem künftigen Vergleich von Abgeordnetenbezügen wird die jüngste Reform (Frühjahr 2010) des bremischen Abgeordnetenrechts zu berücksichtigen sein.

¹ Aus Sicht der Bürgerschaftskanzlei ist ein Vergleich zu Flächenstaaten, aber auch zu den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, die neben dem Landesparlament über eine voll ausgestattete Bezirksebene mit Bezirksbürgermeistern und Bezirksparlamenten verfügen, nicht möglich.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Ø	Max															
01-A-01	Ratsmitglieder	Anzahl	2008				68	121	149	88	74	82	82	93	64	90	70	80	60	86	11

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
01-A-02	Abgeordnete	Anzahl	2008				83	121	149	139	.	110	152	187	101	51	69	88	71	124	97	88	109	12
01-B-01	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen	1.000 Euro	2008				7.378	7.623	10.264	9.959	.	13.209	10.758	23.596	8.608	3.952	6.637	6.131	9.227	12.545	7.837	9.312	9.802	12
01-B-02	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Abgeordneten	Euro	2008				88.889	63.003	68.883	71.647	.	120.081	70.773	126.183	85.228	77.490	96.190	69.668	129.956	101.167	80.796	105.823	90.206	7
01-C-01	Länderparlamente: Verwaltungskosten	1.000 Euro	2008				1.849	3.870	3.261	5.487	.	5.406	4.224	13.685	4.645	1.457	2.426	1.511	4.106	2.662	2.883	4.240	4.114	13
01-C-02	Länderparlamente: Verwaltungskosten je Abgeordneten	Euro	2008				22.275	31.983	21.888	39.478	.	49.147	27.786	73.182	45.986	28.569	35.154	17.173	57.837	21.469	29.720	48.184	37.860	12

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Rechnungshof

Die Tätigkeit des Rechnungshofs ist u. a. darauf ausgerichtet, zu einem wirtschaftlichen und ordnungsgemäßen Umgang mit öffentlichen Mitteln beizutragen sowie sicherzustellen, dass Bremen seine Interessen als Gesellschafter von Kapitalgesellschaften wahrnimmt, damit diese ihre Aufgaben effizient erfüllen. Zur Erreichung dieser Ziele sind gegenwartsnahe, maßnahmenbezogene Prüfungen in der Kernverwaltung einschließlich der Sondervermögen, der Betriebe sowie den landesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts und Zuwendungsempfänger durchzuführen. Aufbauend auf einer Analyse des Sachverhalts, Sachkenntnissen und Prüfungserfahrungen wird er auch beratend tätig.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Zentrales Ziel des Rechnungshofes ist es, die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sicherzustellen und zu fördern, siehe dazu nachstehende Abbildung.

Z1	Förderung und Sicherstellung der ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
Z1-1	Gegenwartsnahe, maßnahmenbezogene Prüfungen und Beratung der Kernverwaltung einschließlich der Sondervermögen, der Betriebe sowie der landesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts und der Zuwendungsempfänger hinsichtlich des wirtschaftlichen und ordnungsgemäßen Umgangs mit öffentlichen Mitteln
Z1-2	Begleitung der Reformvorhaben und Umsteuerungsprozesse im Rahmen des NSM

Der Rechnungshof ist nicht wie eine Verwaltungsbehörde organisiert, sondern besitzt eine Kollegialverfassung. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofs beträgt zusammen 45 Personen. Wesentliche Entscheidungen fällt das Kollegium, das aus den Mitgliedern des Rechnungshofs besteht, die richterlich unabhängig sind. Zunehmendes Gewicht bei Prüfungen gewinnt die Frage, ob die Verwaltung ausreichend konkrete Ziele definiert hat und sie im Vergleich mit anderen Gebietskörperschaften darstellt und ggf. aus den Ergebnissen Folgerungen gezogen hat.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt:

Ausgabepositionen Produktplan "Rechnungshof"	Ist					Veränderungen		Anschlag 2010 (2)
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	%	
	Tsd. €							
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	4.381	4.211	4.271	4.446	4.637	191	4,3	°
davon: Personalausgaben (Produktplan)	2.388	2.246	2.327	2.433	2.367	-65	-2,7	2.705
zugeordnete Anteile an Versorgung	1.994	1.965	1.944	2.013	2.270	257	12,7	°
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	42	39	42	42	40	-3	-6,0	42
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	56.982	57.159	55.144	57.437	59.434	1.997	3,5	°
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	362	363	347	362	320	-42	-11,6	368
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	10	25	12	17	23	7	40,2	13
Gesamtausgaben	4.753	4.599	4.630	4.825	4.981	156	3,2	°

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Benchmarking-Kennzahlen zur Quantifizierung der Zielsetzungen bzw. zur Messung der Zielerreichungsgrade liegen nicht vor. Es gibt jedoch Ansätze hierzu zwischen einzelnen Landesrechnungshöfen und dem bremischen Rechnungshof. Diese Vergleiche dienen jedoch wegen der Unabhängigkeit der Rechnungshöfe von Verwaltung und Legislative nur internen Zwecken. Auch die Detailziele und die genannten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele lassen sich nicht direkt durch Wirkungskennzahlen im Rahmen eines Benchmarkings abbilden, so dass Struktur- und Inputkennzahlen dargestellt werden, die die Rahmenbedingungen der Prüfung bzw. Beratung näher beschreiben.

Hierzu gehört auch die differenzierte Betrachtung der „Ausgaben des Rechnungshofs Bremen und Rechnungshöfe der Flächenländer“. Die Rechnungsprüfungsausschüsse haben im Rahmen ihrer Befassung mit dem Benchmarking-Bericht 2008 an den Rechnungshof den Wunsch herangetragen, diese Kennzahl differenzierter nach den von den Rechnungshöfen wahrgenommenen Aufgaben darzustellen und zusammen mit der Kennzahl „Ausgaben der Rechnungshöfe je Einwohner/in“ (02-B-01) ihrer besonderen Bedeutung nach an den Anfang des Ländervergleichs zu stellen. Dieser Bitte ist der Rechnungshof mit der Aktualisierung der Daten nachgekommen. Die gewählte Definition der Kennzahlen (02-A-01bis 02-A-03) wurde mit den Rechnungshöfen der Länder vereinbart. Ausschlaggebend für die Zuordnung der Rechnungshöfe zu den drei Kennzahlen ist, wer in welchem Umfang faktisch die überörtliche Kommunalprüfung wahrnimmt und dementsprechend auch über die Haushaltsmittel verfügt. Trotz dieser Aufteilung bestehen weiterhin strukturelle Unterschiede zwischen den Rechnungshöfen, die die Vergleichbarkeit einschränken, so ist z. B. der Rechnungshof Schleswig-Holstein für die überörtliche Kommunalprüfung der Kreise und Städte über 20.000 Einwohner/in zuständig. Hingegen Sachsen-Anhalt für die kreisfreien Städte und Gemeinden mit mehr als 25.000 Einwohner/in zuständig ist.

Dem Rechnungshof wurden bei der Berechnung der Kennzahlen im Tabellenblatt auch die Ausgaben und Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) Bremerhaven zugerechnet, obwohl der Rechnungshof das Amt nicht steuern kann. Hierzu gibt der Rechnungshof Folgendes zu bedenken: Das RPA Bremerhaven und der Rechnungshof seien voneinander unabhängige selbstständige Einrichtungen im Zweistädtestaat Bremen. Insofern hinke auch ein Vergleich mit den Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

Bei der Betrachtung der internen Struktur der Rechnungshöfe wird deutlich, dass Bremen den höchsten Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen des jeweiligen Rechnungshofs (02-C-02) aufweist. Zu beachten ist jedoch, dass der Hamburger Rechnungshof durch Vorprüfungsstellen unterstützt werden kann. Im Großstadtvergleich verzeichnet der Rechnungshof Bremen (kommunale Ausgaben) mit 3,5 Euro je Einwohner/in nach Dortmund die geringsten Kosten. Im Durchschnitt aller Großstädte liegen die Ausgaben der Rechnungsprüfungsämter mit 5,5 Euro je Einwohner/in sehr deutlich über dem Bremer Wert. Eine Erklärung könnte die grob ermittelbare Trennung zwischen Landes- (60 %) und Kommunalausgaben (40 %) des Rechnungshofs Bremen sein, da eine regelhafte Trennung der Tätigkeitsbereiche nach Landes- und Kommunalaufgaben nicht möglich ist.

Das maximal zu prüfende Ausgabevolumen je Prüfer liegt im Jahr 2008 für den Städttestaat Bremen (33 Prüfer Rechnungshof, 11 Prüfer RPA) mit 95,6 Mio. Euro leicht über dem Wert Hamburgs, jedoch deutlich hinter Berlin zurück. In Berlin wird rechnerisch je Prüfer ein Haushaltsvolumen von 97,7 Mio. Euro geprüft. Bei der Betrachtung, wie viel Mittel den Rechnungshöfen je Einwohner/in zur Verfügung stehen, besteht zwischen Bremen (8,3 Euro) und Hamburg (8,6 Euro) einerseits und Berlin (6,0 Euro) andererseits ein deutlicher Unterschied.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Betrachtet man die Benchmarkingergebnisse insgesamt, kann man von einem positiven Gesamtergebnis ausgehen. Ziel des Rechnungshofs muss es sein, sich aktiv an der Weiterentwicklung von Vergleichsdaten und ihrer Bewertung zu beteiligen, so dass im internen Verhältnis der Rechnungshöfe untereinander ggf. Folgerungen gezogen werden können.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Ø	Max															
Z1	02-B-02	Ausgaben des Rechnungshof Bremen/der städtischen RPÄ (nur kommunale Rechnungsprüfung) je Einwohner/in	Euro	2008			3,5	.	.	4,0	4,9	4,9	5,2	10,7	5,4	5,0	4,2	5,4	7,0	5,5	11 von 11

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
Z1	02-A-01	Ausgaben der Rechnungshöfe mit Prüfungsaufgaben ausschließlich im Landesbereich	1.000 Euro	2008			.	.	.	18.422	31.450	.	11.035	36.592	.	2.656	.	10.301	x	x
Z1	02-A-02	Ausgaben der Rechnungshöfe mit überörtlicher Kommunalprüfung – landesweite Zuständigkeit	1.000 Euro	2008			4.990 ¹⁾	17.080	13.525	.	9.960	x	x
Z1	02-A-03	Ausgaben der Rechnungshöfe mit überörtlicher Kommunalprüfung – begrenzte Zuständigkeit	1.000 Euro	2008			18.501	.	6.749	.	5.309	.	10.021	.	.	x	x
Z1	02-B-01	Ausgaben der Rechnungshöfe je Einwohner/in	Euro	2008			8,3 ²⁾	8,6	6,0	x	x
Z1	02-C-01	Rechnungshof: zu prüfendes Ausgabenvolumen je Stelle im Prüfdienst	Mio. Euro	2008			95,6 ²⁾	95,3	97,7	x	x
Z1	02-C-02	Rechnungshof: Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen der RH	%	2008			89,7 ²⁾	86,9	87,9	x	x

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 7.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

- 41
- 1) Prüfung der Stadtgemeinde Bremen und überörtliche Gemeindeprüfung Bremerhaven
 - 2) In den Ergebnissen des Rechnungshofs Bremen sind die Werte des Rechnungsprüfungsamtes Bremerhaven enthalten, obwohl der Rechnungshof das Amt nicht steuern kann. Ohne Berücksichtigung dieser Werte beträgt
 - das zu prüfende Ausgabenvolumen je Prüferin bzw. Prüfer 130,1 Mio. € (RPA Bremer haben: 48,9 Mio. €),
 - der Anteil des Prüfungsdienstes an den Gesamtstellen 87,1 % (RPA Bremerhaven: 94,3 %) und betragen
 - die Ausgaben des Rechnungshofes 7,5 €/je EW (RPA Bremerhaven: 4,5 €/je EW)."

Senatskanzlei

Vorbemerkungen

Für die Aufgabenwahrnehmung der Senatskanzlei stehen aussagefähige Städte- oder Ländervergleiche hinsichtlich des Mittelbedarfs und der erbrachten Leistungen des Bereichs nach wie vor nicht zur Verfügung. Auch zwischenzeitliche eigene Bemühungen der Senatskanzlei um geeignete Vergleichsmaßstäbe (insbesondere Pilotprojekt zur Vereinheitlichung von KLR-Strukturen mit der Staatskanzlei des Landes Hessen und mit der Stadt Frankfurt/M.) waren in dieser Hinsicht erfolglos.

Die nunmehr im Grundgesetz (Artikel 91 d) verankerte Option zur Durchführung von Vergleichsstudien zur Leistungsfähigkeit der Verwaltungen, für die die Strukturen des angestrebten einheitlichen Produktgruppenhaushaltes längerfristig als Datengrundlagen dienen könnten, könnte u. U. zukünftig die Bereitschaft anderer Bundesländer zu einem transparenteren, Vergleichsbetrachtungen zulassenden Umgang mit Kenngrößen ihrer eigenen Aufgabenwahrnehmung deutlich erhöhen. Derzeit kann jedoch zur Beurteilung der Kosten und Leistungen der Senatskanzlei nur auf rein bremische Kennzahlen zurückgegriffen werden. Aufgrund einer bereits über mehrere Jahre laufenden, auch aufgaben-orientierten KLR und einer differenzierten Erfassung von Leistungskennzahlen ist der Bereich hier gut aufgestellt.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Zu den Aufgabenstellungen des Bereichs gehört vorrangig, den Senat, insbesondere den Präsidenten des Senats, bei der Erfüllung seiner verschiedenartigen Aufgaben und Verpflichtungen zu unterstützen sowie die Politik des Senats zu koordinieren und nach außen zu vertreten. Die nachfolgend abgebildeten, zentralen Zielsetzungen der Senatskanzlei sind dementsprechend auf die Wahrnehmung dieser Servicefunktionen und auf ministerielle Aufgaben ausgerichtet.

Z1	Umsetzung der Koalitionsvereinbarung sowie der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats für die laufende Legislaturperiode
Z2	Aufgabenwahrnehmung als Dienststelle des Präsidenten des Senats sowie der Landesregierung (Senat)
Z3	Wahrnehmung der Ressortaufgabe „Der Senator für kirchliche Angelegenheiten“

Integriert sind die neu zugeordneten Geschäftsbereiche „Stadtteilmanagement, Ortsämter, Beiräte“ sowie „Landeszentrale für politische Bildung“, die sich auch in den differenzierteren Aufgabenschwerpunkten der Senatskanzlei widerspiegeln. Diese eher als Aufgabenstellungen zu verstehenden Zielsetzungen des Bereichs weisen gegenüber dem Vorjahr – abgesehen von den neu zugeordneten Bereichen - keine Veränderungen auf:

- Ressortkoordinierung und Gesamtsteuerung
- Senatsangelegenheiten
- Medienrecht, -politik und -wirtschaft
- Protokoll und internationale Beziehungen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Senats
- Verwaltungs- und Veranstaltungsaufgaben Rathaus
- Kirchliche und kirchenrechtliche Angelegenheiten
- Angelegenheiten der Beiräte, der Ortsämter und des Stadtteilmanagements
- Leistungen der Landeszentrale für politische Bildung

Im Rahmen dieser Aufgabenfelder hat die Senatskanzlei eine Vielzahl von Einzelaufgaben definiert, die eine Mischung aus (abgeleiteten) Zielsetzungen und konkreten Umsetzungsmaßnahmen darstellt. Das Spektrum der Handlungsfelder betrifft dabei u. a.

- die Anpassung des Radio-Bremen-Gesetzes an die staatsvertraglichen Regelungen der Länder,
- die Umstrukturierung des Bürgerrundfunks,
- die gemeinsame Filmförderungseinrichtung "nordmedia" mit Niedersachsen,
- die Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften,
- die Konzeption "Offenes Rathaus",
- die Erhaltung und Präsentation der UNESCO-Welterbestätte "Bremer Rathaus"
- die Stärkung der Beiratsrechte und die Weiterentwicklung der Ortsämter zu einem Stadtteilmanagement,
- die Bildung von Stadtteilbudgets,
- das "Impulsprogramm für lebenswerte Städte",
- die Gedenkstätte U-Boot-Bunker "Valentin" in Bremen-Farge sowie
- die Föderalismusreform.

Haushalt und Personal

Entwicklung und Stand der kameralen Eckdaten des Produktplanes „Senatskanzlei“ sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Deutlich wird, dass der starke Anstieg der Personalausgaben im Ist des Haushaltsjahres 2008 nahezu ausschließlich auf die zwischenzeitliche Zuordnung des Stadtteilmanagements und der Landeszentrale für politische Bildung zurückzuführen ist. Bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wirken sich neben diesen beiden Faktoren insbesondere auch die Zuwendungen des Landes an den Deutschen Evangelischen Kirchentag 2009 in Bremen aus, bei den Investitionsausgaben ab 2009 Mehrbedarfe im Bereich des Stadtteilmanagements, die auch die „Globalmittel der Beiräte“ umfassen und durch „Impulsgelder für lebenswerte Städte“ ergänzt werden.

Ausgabepositionen Produktplan "Senatskanzlei"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	%	2010 2)
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	8.664	8.774	8.942	12.076	12.023	-52	-0,4	
davon: Personalausgaben (Produktplan)	4.709	4.825	4.831	7.908	7.741	-167	-2,1	7.348
zugeordnete Anteile an Versorgung	3.955	3.949	4.111	4.168	4.282	114	2,7	
davon: Stadtteilmanagement				2.599	2.560	-39	-1,5	2.641
Landeszentrale für politische Bildung				387	372	-15	-3,9	329
Sonstiges				9.090	9.092	2	0,0	-2.970
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) 1)	67	73	71	123	114	-9	-7,4	111
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €) 3)	56.378	54.041	54.903	57.631	60.350	2.719	4,7	
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.774	1.706	1.805	5.954	9.551	3.598	60,4	5.342
davon Stadtteilmanagement				881	1.033	152	17,2	619
Landeszentrale für politische Bildung				212	193	-20	-9,3	219
Deutscher Evangelischer Kirchentag				2.250	5.650	3.400	151,1	
Sonstiges 4)				2.610	2.676	66	2,5	4.503
Investitionsausgaben	882	1.282	1.152	1.012	2.714	1.702	168,1	2.924
davon Stadtteilmanagement				654	681	27	4,1	1.071
Impulsgelder				89	1.719	1.630	16,6	1.234
Sonstiges 5)				269	314	45	16,6	620
Gesamtausgaben	11.320	11.762	11.899	19.041	24.288	5.247	27,6	

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschließlich refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

3) Personalausgaben ohne Amtsbezüge und Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des Senats

4) 2010: Einschließlich "Zentrale Gedenkveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit" in Bremen (1,7 Mio.€)

5) 2010: Einschließlich "Bau einer Trauerhalle auf dem Jüdischen Friedhof" (385 T€)

Differenzen dieser kameralen Eckdaten zum Ressourcenverbrauch der im Bereich erfassten Kostenträger-Gruppen (siehe unten), resultieren vor allem aus der Beschränkung der KLR-daten auf die Produktgruppe der Senatskanzlei, den in der Kostenträgerrechnung berücksichtigten Gemeinkosten, den einbezogenen kalkulatorischen Kosten, den mit Durchschnittswerten berechneten Personalkosten sowie Abgrenzungsrechnungen.

Benchmarkingergebnisse

An die Stelle nicht verfügbarer Vergleichswerte anderer Länder und Städte treten bei der Senatskanzlei als „Benchmarks“ eigene Erfassungen zum Stand und zur Entwicklung aufgabenbezogener Ressourcenverbräuche und Leistungskennzahlen. Der Ressourcenverbrauch lässt sich dabei mit Hilfe der KLR in nachfolgenden Kostenträgergruppen zusammenfassen:

Kostenträgergruppen

	Ist					Anteil	Veränder.
	2004	2005	2006	2007	2008		
	1.000 €					%	
Präsidialangelegenheiten / Ressortkoordin.	1.742	1.600	1.663	1.498	1.306	22,6	-25,0
Staats- und Zentralangelegenheiten	1.744	1.600	1.747	1.730	1.685	29,2	-3,4
Medienangelegenheiten	231	206	198	189	189	3,3	-18,2
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	854	763	784	737	666	11,5	-22,0
Kirchliche Angelegenheiten	474	568	568	559	466	8,1	-1,7
Protokoll und Veranstaltungswesen	1.693	1.143	1.392	1.244	1.455	25,2	-14,1
Zusammen	6.738	5.880	6.352	5.957	5.767	100,0	-14,4

Erkennbar ist, dass die Ressourcenverbräuche in allen erfassten Kostenträgergruppen (ohne die seit 2008 neu hinzu gekommenen Aufgabenbereiche) über den beobachteten Gesamtzeitraum 2004/2008 rückläufig ausfallen. Vor allem für die Aufgabenfelder der „Präsidialangelegenheiten / Ressortkoordinierung“ (- 25 %) sowie der „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ (- 22 %) sind deutlich verringerte Aufwendungen zu verzeichnen. Rund 77 % des gesamten Mittelbedarfs entfallen auf die drei zentralen Aufgabenfelder „Staats- und Zentralangelegenheiten“, „Präsidialangelegenheiten / Ressortkoordinierung“ sowie „Protokoll und Veranstaltungswesen“ (2004: 75 %).

Die aufgaben-orientierten Mittelbedarfe werden in den internen Auswertungen der Senatskanzlei flankiert durch ein relativ breites Spektrum von Kennzahlen zur Quantifizierung der Leistungserbringung des Bereichs. In der nachfolgenden Übersicht sind die Ist-Werte dieser Leistungskennzahlen der letzten fünf Jahre mit den Werten verknüpft, die als Plandaten für den Produktgruppenhaushalt 2010/2011 angemeldet wurden.

Leistungskennzahlen

	Ist					Plan		
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Senatsveranstaltungen	586	507	472	401	435	400	400	400
Drittveranstaltungen	75	64	97	72	92	70	70	70
Eheschließungen im Rathaus	109	132	127	151	133	120	120	120
Belegungswochen Untere Rathaushalle	30	27	33	30	17	25	25	25
Ehrungen für Jubilare / Ordensvorgänge	4.853	3.978	4.176	3.818	4.680	3.500	3.500	3.500
Veröffentlichungen im Verkündungswesen	355	352	307	348	373	300	300	300
Pressemitteilungen	1.955	1.804	1.864	1.570	1.809	1.820	1.500	1.500
Ausgaben elektronischer Pressespiegel	220	220	220	220	252	400	250	250
Medienwert Fotoservice (in €)	21.150	17.320	13.730	18.140	33.258	20.000	20.000	20.000
Referenten (Landeszentr. f. pol. Bildung)					78	80	80	80
Studienfahrten (LfpB)					8	10	10	10
Vernetzte / koordinierte Projekte (LfpB)					18	15	15	15

Praktisch alle Leistungskennzahlen weisen im Zeitverlauf relativ deutliche Schwankungen auf, in denen sich die nur begrenzte Planbarkeit der in den jeweiligen Aufgabenbereichen zu erfüllenden Anforderungen widerspiegelt. Direkte Bezüge der einzelnen Leistungen zu den damit verbundenen Kosten bzw. Erträgen werden nicht hergestellt.

Für den Aufgabenbereich „Stadtteilmanagement / Ortsämter und Beiräte“ werden als Leistungskennzahlen ab 2009 die Anzahl der

- Beiratssitzungen,
- Sitzungen der Beiratsausschüsse,
- Einwohnerversammlungen und
- Bürgeranträge

erfasst.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Versuche, geeignete Benchmarking-Kennzahlen zur Aufgabenwahrnehmung der Senatskanzlei auch aus externen Vergleichsbetrachtungen zu erhalten, sollten angesichts derzeit erkennbar mangelnder Bereitschaft anderer Länder oder Großstädte, in Kooperation mit Bremen die hierfür notwendigen Voraussetzungen und Strukturen zu schaffen, zunächst eingestellt werden. Bis zu einer eventuellen Auswertbarkeit vergleichbarer Produktgruppenhaushalte auf KLR-Basis können Kosten- und Leistungskennzahlen als Maßstäbe zur Bewertung der Aufgabenwahrnehmung nur den eigenen Auswertungen des Bereichs entnommen werden.

Bundesangelegenheiten

Vorbemerkungen

In den bisherigen Benchmarking-Berichten wurde bereits durchgängig auf die extrem eingeschränkte Eignung des Produktplanes für Ländervergleiche hingewiesen, die nach wie vor Bestand hat. Höchst unterschiedliche Organisations- und Aufgabenstrukturen der jeweiligen Vertretungen in Berlin schließen kosten- und leistungs-orientierte Gegenüberstellungen mit anderen Bundesländern auf Basis entsprechender statistischer Aufbereitungen derzeit noch komplett aus.

Lediglich für den Ressourceneinsatz bestehen einzelne Vergleichskennzahlen, die durch Eigeninitiative der bremischen Landesvertretung (Auswertung von Haushaltsplänen) ermittelt und aufbereitet werden. Auch hier sind belastbare Vergleiche allerdings kaum möglich: Einerseits sind Quervergleiche absoluter Werte angesichts der unterschiedlichen Größe der vertretenen Länder nur begrenzt aussagefähig. Andererseits besitzen jedoch auch einwohner-bezogene Kennzahlen nur eingeschränkte Aussagekraft, weil die Anzahl der zu bearbeitenden Vorgänge und Verfahren vielfach nicht unmittelbar mit der Bevölkerungszahl des jeweiligen Bundeslandes korrespondiert.

Die bremische Landesvertretung und die Benchmarking-AG gehen daher davon aus, dass belastbare Kosten- und Leistungsvergleiche nur durch vergleichbare Kostenträgerstrukturen in den jeweiligen Einrichtungen herzustellen sind. Die bremische Landesvertretung ist hierauf bereits seit einigen Jahren gut vorbereitet (vgl. „Benchmarkingergebnisse“). Die Umsetzung der im Benchmarking-Bericht des Vorjahres als Prüfauftrag formulierten Bitte, „auf Basis der vorhandenen Kostenträgerstrukturen Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Ländervertretungen zu prüfen und dabei als Einstieg eine Abstimmung mit der Einrichtung des Landes Hamburg zu versuchen“, scheidet allerdings derzeit noch an unterschiedlichen Vorgehensweisen der einzelnen Länder bzw. an den erheblichen Vorlaufzeiten für die Einführung entsprechender Strukturen. Nach Einschätzung des Bereichs werden hier auch zum Benchmarking-Bericht des kommenden Jahres noch keine belastbaren Werte vorliegen.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Für die Umsetzung der im Vorjahresbericht geäußerten Bitte, durch eine weitere Konkretisierung der fachpolitischen Ziele Voraussetzungen für deren verbesserte Messbarkeit und Überprüfbarkeit im Sinne von Erfolgskontrollen zu schaffen, sieht der Bereich keine Möglichkeiten. Die „Schaffung bzw. Unterstützung der Arbeits- und Besprechungsbedingungen bremischer Bediensteter in Berlin“, die insbesondere auch durch die Vorhaltung der Angebote des Gästehauses gewährleistet wird, wurde zwar im Kennzahlensystem (Kostendeckungsgrad des Gästehauses), bisher jedoch nicht im Zielsystem des Produktplanes berücksichtigt. Die Ziele des Bereichs bleiben damit im Vorjahresvergleich zunächst unverändert:

Z1	Sicherstellung der Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes für das Land Bremen
Z2	Präsenz des Landes Bremen in Berlin als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort zur Sicherung der Position Bremens gegenüber Bund, Ländern und ausländischen Vertretungen
Z3	Aktive Vertretung bremischer Interessen (politische Repräsentanz; Begleitung von Gesetzesvorhaben; Vermittlung von Gesprächen und Kontakten)

Der Bereich verfolgt dementsprechend drei Hauptziele, die nicht mit Detailzielen, jedoch mit einer Vielzahl einzelner Aufgabenwahrnehmungen und Verantwortlichkeiten hinterlegt sind. Hierzu gehören insbesondere Tätigkeiten im Bundesrat (Gesetzgebung, Ausschussarbeit, Vorbereitung von Senatsvoten), die inhaltliche Begleitung bremischer Zuständigkeiten (Vorsitz im ständigen Beirat der Länder beim Bundesrat; Vermittlungsausschuss), Zusammenarbeit und Informationsaustausche mit Bundesregierung, Bundestagsabgeordneten, anderen

deutschen Ländern, diplomatischen Vertretungen, Wirtschaft, Medien und gesellschaftlichen Institutionen sowie die Durchführung vielfältiger Veranstaltungen (Symposien, Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen).

Haushalt und Personal

Entwicklung, Stand und Struktur der kameralen Eckdaten des Produktplanes 05 – vor und nach der zum Haushaltsjahr 2008 vollzogenen Herausnahme der Aufgabenbereiche „Europaangelegenheiten“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ – sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst. Mit knapp 1,25 Mio. € entfielen im Jahr 2009 rd. 72 % der ausgewiesenen konsumtiven Ausgaben auf Mieten und Pachten, weitere 10 % (181 T€) auf die Bewirtschaftung der Grundstücke und die Gebäudeunterhaltung (einschließlich Übernachtungszimmer und Außenanlagen).

Ausgabepositionen Produktplan "Bundesangelegenheiten" *)	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	%	2010 2)
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	3.335	3.342	3.233	2.118	2.191	72	3,4	
davon: Personalausgaben (Produktplan)	2.688	2.642	2.538	1.447	1.493	46	3,2	1.387
zugeordnete Anteile an Versorgung	647	700	695	671	697	26	3,9	
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	41	43	42	28	27	-1	-4,5	23
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	65.096	62.011	60.487	51.265	55.371	4.106	8,0	
Sonstige konsumtive Ausgaben	2.812	2.399	2.607	1.821	1.721	-100	-5,5	1.688
dar. Bundesangelegenheiten	1.728	1.598	1.777	1.821	1.721	-100	-5,5	1.688
Europaangelegenheiten	302	310	369					
Entwicklungszusammenarbeit	782	492	462					
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	112	79	91	37	45	8	20,9	63
Gesamtausgaben	6.259	5.820	5.931	3.976	3.957	-20	-0,5	

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben: ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen: ohne refinanzierte Stellen

*) Bis 2007: Einschließlich "Europaangelegenheiten" und "Entwicklungszusammenarbeit"

Benchmarkingergebnisse

Die **Personalausstattung** der bremischen Vertretung in Berlin bewegt sich seit Erfassung entsprechender Vergleichsdaten (2003) relativ konstant zwischen 27,4 und 28,3 Stellen. Der Stellenbestand der Landesvertretung liegt damit aktuell (2009: 27,4 Stellen) leicht über dem Durchschnittswert der ostdeutschen Flächenländer (26,6 Stellen) und auch über dem Vergleichswert des Saarlandes (25 Stellen). Die mit der bremischen Einrichtung wahrscheinlich am unmittelbarsten zu vergleichende Vertretung Hamburgs weist einen Bestand von 31 Stellen auf.

Der Mittelaufwand für **konsumtive Sachausgaben** stellt nach den Haushaltsplan-Auswertungen des Bereichs in der bremischen Vertretung sowohl absolut als auch in Relation zum Stellenbestand den zweitniedrigsten Wert aller Bundesländer nach Sachsen-Anhalt dar. Allerdings könnten hier Unterschiede in der Buchungspraxis und/oder Abweichungen zwischen Planung und Vollzug die Vergleichbarkeit der Länderdaten durchaus beeinträchtigen. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, dass die für die bremische Landesvertretung als geplante konsumtive Sachausgaben abgebildeten 289 T€ nur knapp 17 % der im Haushaltsjahr 2009 tatsächlich geleisteten laufenden Ausgaben widerspiegeln (vgl. „Haushalt und Personal“).

Ein ausgesprochen geringer Anteil (8,7 %) der den Haushaltsanschlägen entnommenen Gesamtbeträge für konsumtive Sachausgaben wird nach den internen Auswertungen in der bremischen Vertretung für den **Veranstaltungsbereich** aufgewendet (25 T€). Kein anderes Bundesland hat in seinen Haushaltsplänen für Veranstaltungen seiner Repräsentanzen in Berlin geringere Beträge und Mittelanteile veranschlagt. Obwohl auch hier u. U. Einschränkungen in der Vergleichbarkeit der Länderdaten zu berücksichtigen sind, ist die eher zurückhaltende Finanzierung von Veranstaltungen über den Etat der Landesvertretung auch an der Entwicklung der für diesen Aufgabenbereich angesetzten rein bremischen Planzahlen deut-

lich abzulesen: Im Zeitraum 2003/2009 reduzierten sich die pro Jahr für Veranstaltungen veranschlagten konsumtiven Sachausgaben um knapp drei Viertel des Ausgangswertes (2003: 93 T€).

Diese Entwicklung spiegelt sich nach Einschätzung des Bereichs – zumindest am aktuellen Rand – auch in den internen **Auswertungen** des Mitteleinsatzes der Landesvertretung **nach Kostenträgern** wider, mit denen im Produktplan – als durchaus geeignetem Anknüpfungspunkt für zukünftige Ländervergleiche – durch eigenes Engagement der Dienststelle Transparenz hinsichtlich der Kostenstruktur der Aufgabenwahrnehmung geschaffen wird. Für 2008, dem aktuellsten Auswertungsstand der hausinternen Kostenträger-Statistik, wird festgestellt, dass der Bereich der Gesetzgebungsarbeit im weiteren Sinne, zu dem die Landesvertretung die ersten drei der nachstehend differenziert aufgeführten Kostenträgergruppen rechnet, zu Lasten des Veranstaltungs- und Repräsentationsbereiches, der im Jahr 2007 noch durch korrespondierende Mehreinnahmen Zuwächse im Vollzug verzeichnen konnte, deutlich angestiegen ist. Nur noch knapp 48 % aller erfassten Kosten entfielen 2008 auf den Bereich „Besucher, Veranstaltungen, Repräsentation“.

Insgesamt weist die Kostenträgerstruktur der Landesvertretung nachfolgende Anteile und Veränderungen auf (in %):

	2006	2007	2008
Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung	16,4	9,3	13,2
Beobachtung und Kontaktpflege Deutscher Bundestag	14,5	9,0	16,1
Kontakte zu Ressorts, Bund und Ländern	9,7	13,2	15,1
Besucher, Veranstaltungen, Repräsentation	51,9	62,6	47,9
Gästehaus	7,6	5,9	7,7

Die Zunahme der Kostenanteile für den **Betrieb des Gästehauses** ist im Zusammenhang mit der Einnahmenentwicklung dieses Bereichs zu betrachten. Durch intensive Werbemaßnahmen in den bremischen Ressorts und verstärkte Bemühungen um längerfristige Vermietungen ist es der Landesvertretung gelungen, die Übernachtungszahlen des Gästehauses 2008 im Vorjahresvergleich um 45 % auf 880 zu steigern. Bei einer Erhöhung der Erlöse aus dem Betrieb der Einrichtung um knapp 21 % und nur leichtem Anstieg der zuzuordnenden laufenden Kosten (+ 3,2 %) konnte der Überschuss zur Deckung fester Kosten damit binnen Jahresfrist um über 61 % auf knapp 24 T€ verbessert werden.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Trotz bzw. wegen der für Ländervergleiche schwierigen Ausgangslage, die durch fehlende Kennzahlen der amtlichen Statistik und stark divergierende Organisationsstrukturen und Kosten-Leistungs-Erfassungen der im Prinzip für Vergleichsbetrachtungen geeigneten anderen Landesvertretungen in Berlin geprägt ist, ist der Bereich ausgesprochen engagiert darum bemüht, die eigene Aufgabenwahrnehmung zumindest hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs transparent und bewertbar zu gestalten und im Dialog mit den anderen Bundesländern für verbesserte Vergleichsmöglichkeiten zu werben. Mit den Einrichtungen der übrigen Länder konnten dabei aus verschiedenen Gründen nunmehr bereits seit einigen Jahren keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden, so dass eine Fortschreibung diesbezüglicher Prüfaufträge zumindest aktuell wenig sinnvoll erscheint.

Gleichwohl sollte die bereits im Vorjahresbericht geäußerte Bitte, als Einstieg in Ländervergleiche über Kostenträger-Strukturen eine Abstimmung mit der Vertretung des Landes Hamburg zu suchen, in Form eines Prüfauftrages erneuert werden. U. U. können dabei Vorbereitungen des bundeseinheitlichen, KLR-basierten „Integrierten Produktrahmens“, an dessen Konzeption insbesondere auch Hamburg maßgeblich beteiligt war, als Orientierungshilfen dienen.

Möglichkeiten, auch die Leistungsseite der Aufgabenwahrnehmung in der Landesvertretung – z. B. durch eigene, nicht zwangsläufig mit Vergleichswerten zu verbindende Kennzahlen (Sitzungen, Stellungnahmen, Veranstaltungen o. ä.) – abzubilden und durch eine weitere Konkretisierung der Ziele Aussagen zu ihrer Realisierung zu ermöglichen (Prüfaufträge des

Vorjahres), werden vom Bereich nicht gesehen. Angesichts dieser Einschätzung und unter Berücksichtigung der hierfür in der Tat extrem schwierigen Ausgangssituation in den Aufgabenfeldern des Produktplanes sollten Fortschritte in dieser Richtung derzeit nicht weiter erwartet werden.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *		HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Max																		
05-A-01	Stellen der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	Anzahl	2009			27,4	31,0	.	57,5	59,0	42,5	42,0	43,0	59,5	<u>25,0</u>	32,0	28,0	<u>25,0</u>	<u>25,0</u>	28,0	27,0	36,8	11
05-A-02	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	1.000 Euro	2009			289,0	781,0	.	1222,2	1275,1	1274,2	620,0	1496,6	796,6	616,9	558,6	375,5	344,3	<u>216,5</u>	527,5	652,7	736,4	14
05-A-03	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin je Stelle	Euro	2009			10.547	25.194	.	21.256	21.612	29.981	14.762	34.805	13.388	24.676	17.456	13.411	13.772	<u>8.660</u>	18.839	24.174	20.016	14
05-A-04	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: enthaltene Mittel für Veranstaltungen etc.	1.000 Euro	2009			<u>25,0</u>	122,0	.	400,0	190,0	438,0	237,0	483,0	160,0	114,0	110,0	90,0	101,0	135,0	79,5	137,0	188,1	15
05-A-05	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: Anteil der enthaltenen Mittel für Veranstaltungen etc.	%	2009			<u>8,7</u>	15,6	.	32,7	14,9	34,4	38,2	32,3	20,1	18,5	19,7	24,0	29,3	62,4	15,1	21,0	25,5	15

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Inneres

Vorbemerkungen

Im Ressort Inneres gibt es neben dem bremischen Städte- und Ländervergleich der Ressorts eine Reihe weiterer Benchmarking-Aktivitäten. Sowohl die Feuerwehr als auch die Polizei sind Mitglieder in entsprechenden Vergleichsringen. Hinzugekommen ist nunmehr auch das Stadtamt, das mit seiner Zulassungsstelle und der Führerscheinstelle an der Vergleichsringarbeit teilnimmt.

Die in den Vergleichsringen der Polizei und der Feuerwehr erhobenen Daten können nicht im Benchmarkingbericht verwendet werden, da sich die Mitglieder der Vergleichsringe darauf verständigt haben, von einer Veröffentlichung abzusehen.

Inzwischen liegen zu einer Reihe der vielfältigen Teilaufgaben im Ressort verlässliche Vergleichsdaten vor, so dass ein guter Überblick über das Leistungsspektrum möglich ist.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Gefahrenabwehr
Z1-1	Senkung der Kriminalitätsbelastung
Z1-2	Erhalt der subjektiven Sicherheit
Z1-3	Verbesserung der Verkehrssicherheit (Reduzierung schwerer Verkehrsunfälle bzw. Verkehrsunfallfolgen)
Z1-4	Sicherstellung einer schnellen und verlässlichen Hilfeleistung nach „110-Anrufen“
Z2	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr
Z2-1	Brandschutz
Z2-2	Notfallversorgung
Z2-3	Katastrophenschutz
Z3	Weiterentwicklung zu einem leistungsstarken Dienstleister für Bevölkerung und Wirtschaft
Z3-1	Verkürzung von Warte- und Bearbeitungszeiten
Z3-2	Verstärkte Nutzung von eGovernment (unter Einbindung der Wirtschaft)
Z3-3	Kooperationen in der Region Nordwest und mit den norddeutschen Ländern

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt:

Ausgabepositionen Produktplan Inneres	Ist					Veränderungen		Anschl.NT
	2005	2006	2007	2008	2009	2008-2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	225.610	220.359	221.319	220.034	230.151	10.117	4,6	147.611
davon: Personalausgaben (Produktplan)	152.455	148.595	149.589	146.126	152.577	6.451	4,4	147.611
zugeordnete Anteile an Versorgung	73.094	71.722	71.668	73.908	77.574	3.666	5,0	°
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	61	42	62	0	0	0	0,0	0
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	3.743	3.754	3.706	3.577	3.521	-56	-1,6	3.462
darunter Polizeivollzug	2.377	2.411	2.396	2.335	2.283	-52	-2,2	2.291
darunter Feuerwehr	507	502	505	492	490	-2	-0,5	502
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	40.736	39.586	40.364	40.850	43.331	2.481	6,1	42.639
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	66.143	64.365	64.396	66.369	69.835	3.466	5,2	65.425
dar.: Personalkostenerstattung Polizei Bremerhaven	31.806	31.108	29.989	31.622	33.560	1.938	6,1	33.569
Sachkostenerstattung Polizei Bremerhaven				605	1050	445	73,6	1470
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	13.916	10.515	11.264	9.259	9.565	306	3,3	6.073
dar.: Investitionskostenerstattung Polizei Brhv.				728	616	445	73,6	569
Gesamtausgaben	305.669	295.239	296.979	295.662	309.551	13.889	4,7	°

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2004-2009 einschl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Die Erfüllung des Zieles „Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Gefahrenabwehr“ (Z1) kann in den Unterzielen „Senkung der Kriminalitätsbelastung“ (Z1-1) und „Verbesserung der Verkehrssicherheit (Reduzierung schwerer Verkehrsunfälle bzw. Verkehrsunfallfolgen)“ (Z1-3) sowohl beim Mitteleinsatz, den Rahmenbedingungen als auch beim „Output“ mit Kennzahlen hinterlegt werden.

Zum Teilziel „Erhalt der subjektiven Sicherheit“ (Z1-2) gibt es aus den Vergleichsstädten keine Werte, da dort vergleichbare Untersuchungen nicht durchgeführt werden. Gemäß der durchgeführten Befragungen fühlen sich die Menschen in Bremen sicher bzw. sehr sicher. Im Vergleich zur Vorbefragung ist kein signifikanter Rückgang beim Sicherheitsgefühl feststellbar. Auch geschlechterspezifisch gibt es keine Unterschiede.

Die Polizeidichte (Einwohner je Polizeibeamter – 07-A-01) ist gegenüber dem Vorjahr im Städtevergleich leicht gesunken und liegt auf einer mit Stuttgart vergleichbaren Höhe, aber 0,4-Punkte unter dem Durchschnitt. Die Werte für die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin wurden für diesen Vergleich rechnerisch um einen Landesanteil bereinigt, um überhaupt mit den anderen Städten vergleichbar zu sein.

Im Ländervergleich, in dem eine Unterscheidung von Vollzug und Nichtvollzug, sowie kommunalen Aufgaben und Landesaufgaben nicht möglich ist, liegt der Wert für die Kennzahl Personaldichte in Bremen mit 4,8 wie in den Vorjahren rd. 10% unter dem Hamburger Wert, aber deutlich über den Zahlen der Flächenländer.

Die Zahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner (07-B-01) liegt in Bremen in etwa auf dem Vorjahresniveau. Bremen liegt um 15,37 -Punkte über dem Durchschnitt und hinter Frankfurt und Hannover auf dem dritten Platz. Die Anzahl der von den Beschäftigten im Vollzug bearbeiteten Strafanzeigen (07-B-04) ist im Vergleich zu den anderen Städten am zweit höchsten und auch im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Sie liegt 31,0%-Punkte über dem Durchschnitt.

Obwohl Bremen im Vergleich zu den anderen Städten immer noch die niedrigste Aufklärungsquote hat (07-B-03), ist hier erfreulicherweise ein deutlicher Anstieg um 4,1%-Punkte zu verzeichnen. Die Ursache für die niedrige Aufklärungsquote liegt wie im Vorjahr hauptsächlich in der Kriminalitätsstruktur. Der hohe Anteil von Kriminalitätsfeldern mit niedriger Aufklärungsquote und eine Abnahme von Deliktsfeldern mit hoher Aufklärungsquote bestimmen in Bremen wesentlich die insgesamt niedrige Aufklärungsquote.

Unverändert niedrig ist die Zahl der Straßenverkehrsunfälle je 100.000 EW (07-C-01). Hier liegt Bremen knapp vor Duisburg auf Platz eins. Die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen Verletzten je 100.000 EW (07-C-02) liegt im Bereich des Städtedurchschnitts.

Im Bereich der Feuerwehr stehen – wie im Vorjahr – Daten eines Vergleichsringes von 15 bundesdeutschen Großstädten zur Verfügung. In Bezug auf die Schutzziele (07-H-01 und 07-H-02) befindet sich Bremen im Durchschnitt: Hinsichtlich der Funktionen (07-H-01) liegt ein leichter Unterdurchschnitt vor, das Schutzziel in Minuten (07-H-02) ist im Bereich des Durchschnitts mit anderen Städten durchaus vergleichbar. Die Zahl der Brandeinsätze (07-J-01) in Bremen liegt deutlich über dem Durchschnitt. Es ist demgegenüber eine unterdurchschnittliche bevölkerungsbezogene Anzahl der Feuerwehrbeamtinnen und –beamten festzustellen (07-I-02). Im Benchmarking-Bericht des vergangenen Jahres war aufgefallen, dass es von 2006 auf 2007 zu einer erheblichen Erhöhung des Personalfaktors gekommen war, die auf die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit nach dem Urteil des EuGH zurück zu führen war. Eine entsprechende Steigerung war allerdings im Durchschnitt der teilnehmenden Städte nicht zu verzeichnen gewesen. Der Personalfaktor (07-K-01) in Bremen ist in 2008 wieder auf den Wert von 2006 (2008: 4,2, entspricht auch Minimalwert; mittlerer Wert = 4,8; Städtedurchschnitt = 5,1) gesunken. Im Durchschnitt unter den teilnehmenden Städten ist der Personalfaktor von 2006 auf 2008 um 15,9 % gestiegen.

Produktplan 07 Inneres: Kennziffern aus Vergleichsringen

Stand: 27.10.2009

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Median	Ø Städte*	Rang Bremen
					Min	Ø	Max						
Z2-1	07-H-01	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Funktionen)	Anzahl	2008				8,0	6,0	18,0	10,0	10,3	.
Z2-1	07-H-02	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Minuten)	Anzahl	2008				10,0	5,0	12,0	10,0	9,3	.
Z2-1	07-I-02	Ist-Zahl der Feuerwehrbeamten je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008				0,88	0,88	1,33	1,10	1,15	.
Z2-1	07-J-01	Brandeinsätze je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008				6,5	1,9	8,1	4,2	4,6	.
Z2-1	07-K-01	Personalfaktor bei der Feuerwehr	Anzahl	2008				4,2	4,2	6,4	4,8	5,1	.
Z2-2	07-L-01	Rettungsdienst: Anzahl Rettungswagen (RTW) je 100.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008				5,0	2,0	8,0	4,0	5,0	.
Z2-2	07-L-02	Rettungsdienst: Rettungswagen (RTW)-Einsätze je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008				89,9	55,7	115,0	89,9	87,5	.
Z2-2	07-L-03	Rettungsdienst: Rettungswagen (RTW)-Besetzstunden	Anzahl	2008				142.510	42.889	736.392	145.544	205.359	.
Z2-2	07-L-04	Rettungsdienst: Anzahl Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF) je 100.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008				0,9	0,8	1,4	0,9	0,9	.
Z2-2	07-L-05	Rettungsdienst: Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF)-Einsätze je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008				25,9	17,3	54,9	25,9	29,1	.
Z2-2	07-L-06	Rettungsdienst: Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF)-Besetzstunden	Anzahl	2008				43.800	17.500	160.688	41.200	52.699	.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

** Beteiligte Städte: Berlin, Bochum, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig, München

Das Stadtamt hat mit zwei Arbeitsbereichen (Zulassungsstelle und Führerscheinstelle) die Vergleichsringarbeit aufgenommen. Die ersten Datenermittlungen sind erfolgt und werden zurzeit durch die KGSt ausgewertet. Im Rahmen des Benchmarking-Berichtes 2010 wird über die Ergebnisse berichtet werden. Inwieweit die ermittelten Zahlen dargestellt werden können, ist mit den teilnehmenden Städten noch abzustimmen. Besonders für den Bereich der Führerscheinstelle wird die Frage einer möglichen geschlechtsspezifischen Datenerhebung in den Vergleichsring hineingetragen werden. Für das Standesamt Bremen-Mitte ist beabsichtigt, einen Vergleichsring zu initiieren. Die Vorbereitung dazu soll im Herbst 2010 begonnen werden. Auf die bisherigen Benchmark-Erhebungen wurde aufgrund der zu erwartenden Vergleichsringauswertungen verzichtet.

Weitergeführt werden konnten die zwei Vergleiche für den Statistikbereich. Zuerst einmal sind die Ausgaben nach den jeweiligen Haushaltsansätzen ausgewählter kommunaler Statistischer Ämter im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (07-O-01) verglichen worden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Aufgabenfelder der kommunalen statistischen Ämter und die Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Grundlagen verschieden sein können. Insbesondere Umfang und Schwerpunkt der Erhebungen und Analysen der Ämter können erheblich differieren. Weiterhin ist die Erbringung von Vorleistungen (und damit verbundene Verrechnungen) anderer Behörden für die kommunale Statistik aus dem Quellenmaterial nicht vollends ersichtlich. Vorbehaltlich dieser Einschränkungen zeigt der Vergleich der Pro-Kopf-Ausgaben für die kommunale Statistik in den meisten ausgewiesenen Städten einen Wert etwa zwischen 2 € und 3 €. Der besonders niedrige Wert für Bremen (1,8 €, entspricht dem niedrigsten Wert) erklärt sich aus den Synergieeffekten durch die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben der Kommunal- und Landesstatistik unter einem Dach. Der besonders hohe Pro-Kopf-Wert für Stuttgart (5,9 €) ergibt sich aus der Einrechnung von Versorgungsleistungen dort. Ebenso verhält es sich mit Duisburg (6,4 €), wobei vermutlich ein weiterer Grund für den hohen Pro-Kopf-Wert dort im besonderen Aufgabenzuschnitt des Amtes liegt (Wahrnehmung der städtischen Europaangelegenheiten, Betrieb eines Existenzgründungsbüros).

Der Vergleich der Ausgaben nach den jeweiligen Haushaltsansätzen der Statistischen Ämter der Länder zeigt den Pro-Kopf-Wert der Ausgaben nach Haushaltsansatz in den Bundesländern für die Durchführung der Bundesstatistik sowie für die Landesstatistik (07-O-02). Auch diese Zahlen sind nur mittelbar vergleichbar, da die Statistikämter der Länder neben der Durchführung der Bundesstatistik unterschiedliche Aufgaben gemäß den jeweils gelten-

den Landesstatistikgesetzen wahrnehmen. Weiterhin sind das Zusammenwirken der Landesstatistik mit der Kommunalstatistik und die Verrechnung der hier anfallenden Aufwendungen in den Bundesländern nicht einheitlich geregelt.

Vergleicht man die Ausgaben dennoch, so lässt sich feststellen, dass die Mehrzahl der Länder auf einen Pro-Kopf-Wert zwischen 3 € und 6 € kommen (Bremen: 5,8 €, entspricht Rang 6 von 15, Höchstwert Brandenburg mit 9,5 €, niedrigster Wert Niedersachsen mit 2,8 €). Dabei zeigt sich in der Tendenz, dass bevölkerungsreiche Länder geringere, Bundesländer mit geringeren Bevölkerungszahlen höhere Ausgaben für die Landesstatistik pro Einwohner aufweisen. Dieses hängt einerseits mit größeren Fallzahlen und damit verbundenen geringeren Fixkosten pro Erhebung in diesen Bundesländern zusammen, andererseits müssen auch kleinere Statistische Landesämter die im Verbund der Landesämter erforderliche Infrastruktur vorhalten. Weiterhin lassen sich in den Stadtstaaten höhere Aufwendungen für Erhebungen im Bereich der Wirtschaftsstatistiken (z.B. Betriebsstätten, Arbeitsplätze, etc.) pro Einwohner annehmen.

In den Fällen Berlin/Brandenburg und Hamburg/Schleswig-Holstein kann davon ausgegangen werden, dass mit der Zusammenlegung der Statistikbehörden der Länder zunächst besonders hohe Migrationsaufwendungen verbunden sind. Hinzu kommt, dass in Hamburg und Berlin die Aufgaben der Kommunalstatistik von den Landesbehörden wahrgenommen und nicht getrennt ausgewiesen werden.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Bemühungen des Ressorts Inneres, in weiteren Arbeitsbereichen Vergleichsringen beizutreten oder auch neue Vergleichsringe zu initiieren, haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass in verschiedenen Aufgabengebieten des Ressorts mittlerweile methodisch sehr gut vergleichbare Daten vorliegen.

Es ist zu hoffen, dass zukünftig auch Ergebnisse aus den Vergleichsringen zur Polizei, Feuerwehr sowie zum Stadtamt veröffentlicht werden können und die Vergleichspartner einer Veröffentlichung zustimmen.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Ø	Max															
Z1-1	07-A-01	Polizeidichte: Polizeibeamte im Vollzug (VZÄ) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			3,6	4,0	4,4	3,1	2,2	4,4	3,1	4,6	.	4,4	.	4,2	3,6	4,0	8 von 11
Z1-1	07-B-01	Straftaten je 100.000 Einwohner/-innen (HZ)	Anzahl	2008			14.643	13.347	14.097	12.206	10.088	12.768	9.810	15.874	15.044	13.897	11.949	8.122	9.421	12.692	3
Z1-1	07-B-02	Straftaten je 100.000 Einwohner/-innen (HZ): 5-Jahresdurchschnitt	Anzahl	2008			14.946	13.887	14.840	11.420	9.851	13.862	9.994	16.890	15.508	14.320	12.686	8.619	9.693	13.202	3
Z1-1	07-B-03	Aufklärungsquote	%	2008			43,0	45,5	49,5	49,7	49,2	44,1	49,8	59,6	64,1	43,8	48,3	60,2	61,2	.	13
Z1-1	07-B-04	Bearbeitete Straftaten bezogen auf die Beschäftigten der Polizei im Vollzug	Anzahl	2008			41,0	33,0	32,2	39,3	45,1	28,6	31,4	34,6	.	31,6	.	19,0	25,9	31,3	2 von 11
Z1-2	07-C-01	Verkehrsunfälle (UHZ) je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			2.814	3.657	3.609	3.594	2.839	4.539	4.695	3.100	.	3.995	.	3.700	3.870	3.674	11 von 11
Z1-2	07-C-02	Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen (VHZ) je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			540	615	516	425	338	501	490	592	.	586	.	552	488	531	5 von 11
Z1-1	07-D-01	Polizeireviere (24h)	Anzahl	2008			7	29	38	14	6	15	7	19	.	14	.	25	14	17	9 von 11
	07-D-02	Polizeireviere mit eingeschränkten Öffnungszeiten	Anzahl	2008			11	18	2	1	3	0	7	0	.	0	.	1	0	4	2 von 11
Z1-3	07-F-01	Notrufe über Tel. 110: Ausgelöste Einsätze je 100 Einwohner/-innen	Anzahl	2007			11,3	12,5	18,4	7,8	.	29,5	15,0	30,1	.	33,9	.	19,5	18,8	19,2	9 von 10
	07-F-02	Notrufe: Durchschnittliche Eintreffzeit bei Alarmfahrten	mm:ss	2008			5,54	.	10,00	7,46	5,13	5,00	6,04	.	5,07	.	8,66	8,00	6,77	6 von 9	
Z1-4	07-G-01	Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens der männlichen Bevölkerung	%	2008			74,1	x	x
Z1-4	07-G-02	Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens der weiblichen Bevölkerung	%	2008			74,0	x	x
Z3-1	07-M-01	Standesämter: Standesbeamte/-beamtinnen je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2007			3	3	.	5	.	.	3	4	.	.	4	.	2	4	4 von 7
Z3-1	07-M-02	Standesämter: Beurkundungen je Standesbeamten/-beamtin	Anzahl	2007			894	360	.	466	.	.	871	768	.	.	737	.	1.238	713	2 von 7
Z3-1	07-N-01	Zulassungswesen: Zulassungsvorgänge je Stelle (VZÄ)	Anzahl	2007			10.494	4.937	6.347	14.002	8.863	.	x	x
Z3-1	07-N-02	Zulassungswesen: Anzahl zugelassener Fahrzeuge je Stelle (VZÄ)	Anzahl	2007			10.629	9.311	6.502	11.642	8.310	.	x	x
	07-O-01	Statistik: Ausgaben für die Kommunalstatistik je Einwohner/-in	Euro	2008			1,8	.	.	2,3	6,4	2,8	2,6	3,3	2,5	2,1	2,0	2,5	5,9	3,0	11 von 11

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
Z1	07-A-02	Beschäftigte der Polizei (VZÄ) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			4,8	5,2	6,2	2,6	2,9	2,8	2,8	2,5	2,9	3,2	2,7	3,8	3,9	3,4	3,8	3,3	3,1	3
Z1/Z2	07-E-01	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz je Einwohner/-in	Euro	2006			316	353	394	186	213	236	221	226	212	228	290	290	252	277	232	235	3	
Z1	07-E-02	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei je Einwohner/-in	Euro	2006			218	256	296	116	139	145	122	124	139	136	131	164	169	149	159	133	143	3
Z1	07-E-03	Personalkosten je Beschäftigten (VZÄ) der Polizei	Euro	2006			37.951	37.600	39.095	39.426	38.859	39.523	37.298	38.834	39.096	36.291	38.132	33.843	35.338	34.972	34.844	32.674	37.903	8
	07-O-02	Statistik: Ausgaben für die Landesstatistik je Einwohner/-in	Euro	2008			5,8	6,8	4,7	3,1	4,5	4,7	2,8	3,5	5,5	6,2	5,3	9,5	.	6,3	5,3	6,8	.	6

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Justiz

Vorbemerkungen

Für den Produktplan Justiz liegt umfangreiches Benchmarking-Material auf Länderbasis vor. Um die Übersichtlichkeit zu verbessern und die Aussagekraft des verwendeten Datenmaterials zu erhöhen, wurde wie in den vorangegangenen Benchmarking-Berichten eine veränderte Darstellungsweise gewählt einschließlich Ergänzungen um Ergebnisübersichten, die in der Darstellung dem Bericht der Sachverständigenkommission „Justiz Bremen im Benchmark“ entsprechen und justiztypische Vergleichskennzahlen enthalten. Diese Berichtsgestaltung, die bereits in den vergangenen Jahren auf Zustimmung gestoßen ist, wird auch im aktuellen Bericht beibehalten.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Eine moderne und leistungsfähige Justiz gehört zu den Eckpfeilern der Demokratie. Kernaufgabe der Justiz ist die Gewährung individuellen Rechtsschutzes und damit verbunden die Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit. Eine bürgerfreundliche und effiziente Rechtspflege ist nicht nur ein wesentlicher Faktor für ein funktionierendes Gemeinwesen, sondern stellt gleichzeitig auch einen Standortvorteil im wirtschaftlichen Wettbewerb dar. Darüber hinaus leistet die Justiz durch eine effektive Strafverfolgung einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit.

Z1	Gewährung individuellen Rechtsschutzes / Rechtssicherheit für die Allgemeinheit
Z1-1	Gewährung von Rechtsschutz / Herstellung von Rechtssicherheit durch Rechtsprechung in den gerichtlichen Verfahren der Ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den fachgerichtlichen Verfahren.
Z1-2	Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung mittels Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs/ Sicherstellung der Strafverfolgung.
Z1-3	Vollzug von Freiheitsstrafe mit dem Ziel, den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung zu befähigen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.
Z1-4	Justizgewährung innerhalb angemessener Frist; effiziente Steuerung der zur Verfügung stehenden Ressourcen in Abhängigkeit vom Geschäftsanfall (Personal-/Finanzmanagement).

Unter dem Oberbegriff der Modernisierung der Justiz werden in der laufenden Legislaturperiode schwerpunktmäßig Maßnahmen vorangebracht, die darauf zielen, die Justiz noch leistungsfähiger und effektiver zu machen.

Mit der Zusammenführung aller bremischen Gerichte an einem Standort konnte das ambitionierte Vorhaben eines **Justizzentrums Bremen** bereits realisiert werden. Die Zusammenarbeit der Gerichte wird in diesem Rahmen weiterentwickelt.

Die **Benchmark-Projekte** der Gerichte genießen eine hohe Akzeptanz und ermöglichen es, Optimierungspotenziale nach dem Prinzip des Lernens vom Besten zu erschließen. Die Projekte werden in 2010/2011 fortgeführt und ausgedehnt mit dem Ziel, allen bremischen Gerichten und Staatsanwaltschaften in Kooperation mit dem Land Niedersachsen eine Teilnahme an länderübergreifenden Vergleichsringen zu ermöglichen.

Ebenfalls fortgesetzt wird das **Projekt zur Analyse der Auslagen in Rechtssachen**. Untersuchungsergebnisse liegen in Betreuungs- und Insolvenzsachen vor. Weitere Untersuchungen werden sich mit den Kosten in Unterbringungssachen und der Prozesskostenhilfe befassen.

Schwerpunkte der **Personal- und Organisationsentwicklung** bilden u.a. die Förderung der Managementkompetenzen in den Gerichten, die Führungskräftebildung, die Verbesserung der Fortbildung, die Durchführung von Organisationsuntersuchungen und die Weiterentwicklung der Methoden der Personalauswahl.

Modernisierungsvorhaben im Bereich der Informationstechnologie liegen im Ausbau der **elektronischen Kommunikation** sowie der Unterstützung der Geschäftsprozesse, insbesondere durch Implementierung von **Dokumenten-Management-Systemen**.

Im justiziellen Kernbereich stellen sich weitere Schwerpunkte dar, u.a. in dem Handlungskonzept zur Vermeidung von Jugendgewaltkriminalität (ressortübergreifendes **Projekt „Stopp der Jugendgewalt“**), der einvernehmlichen Streitschlichtung durch **gerichtsnahe Mediation**, der Sicherung zügiger Entscheidungen in den **Hartz IV-Verfahren** der Sozialgerichte sowie dem Erreichen angemessener Verfahrensdauern in den **landgerichtlichen Strafverfahren**.

Für den Justizvollzug bleibt die **Sanierung und Modernisierung der Justizvollzugsanstalt** weiterhin das zentrale Vorhaben, welches sich nach umfassenden Planungen mittlerweile in der ersten Bauphase befindet.

Pilotprojekte des **Gender Budgeting** sind im Produktplan Justiz schließlich für den Bereich der öffentlichen Finanzierungen durch Zuwendungen initiiert. Die beiden Pilotprojekte betreffen den Täter-Opfer-Ausgleich sowie die Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen durch Ableistung gemeinnütziger Arbeit usw.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den Produktplan Justiz stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Justiz"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	90.031	92.018	91.603	93.586	97.653	4.067	4,3	°
davon: Personalausgaben (Produktplan)	59.541	62.034	61.176	62.126	64.416	2.290	3,7	61.584
zugeordnete Anteile an Versorgung	30.490	29.985	30.428	31.460	33.237	1.777	5,6	°
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) 1)	1.224	1.305	1.289	1.323	1.272	-51	-3,9	1.182
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	48.637	47.546	47.442	46.965	50.653	3.687	7,9	°
Sonstige konsumtive Ausgaben	42.137	39.995	41.381	39.221	38.718	-503	-1,3	41.777
dar.: Auslagen in Rechtssachen 3)	20.799	23.226	24.430	24.450	22.811	-1.639	-6,7	27.237
Öffentliche Rechtsberatung	403	403	403	403	489	85	21,1	490
Aufwendungen für Gefangene (incl. Drittmittel)	91	3.747	3.795	3.338	3.238	-100	-3,0	3.293
Alternativer Strafvollzug / Haftvermeidung	853	761	820	819	828	8	1,0	942
Erstattungen an Länder (Nds., HH)	1.066	1.235	1.211	1.300	1.556	256	19,7	1.534
An JUDIT, Entgelte für Dienstleistungen 4)	9.600	1.176	0	0	10	10	°	0
Sonstiges	9.325	9.447	10.722	8.910	9.786	876	9,8	8.280
Investitionsausgaben	2.546	3.728	3.272	5.625	5.329	-295	-5,2	4.935
dar.: Sanierung Justizvollzugsanstalt	278	1.177	1.242	3.555	3.561	6	0,2	4.214
Sicherungsmaßnahmen in Gerichtsgebäuden	178	409	269	182	134	-48	-26,1	0
Fachgerichtszentrum u. Justizzentrum II	0	0	105	269	40	-230	-85,3	0
Sonstige Bauinvestitionen	426	111	1.181	749	898	149	19,9	251
Entgelte für Dienstleistungen (JUDIT, fidatas)	1.362	1.607	0	0	0	0	°	0
Sonstiges	302	424	475	870	697	-173	-19,9	470
Gesamtausgaben	134.714	135.741	136.256	138.431	141.700	3.269	2,4	°

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

3) Anschlag 2010 einschließlich Portokosten der Gerichte und Staatsanwaltschaften

4) aufgelöst per 31.12.2005

Benchmarkingergebnisse

Für den Produktbereich **Justizvollzugsanstalt** werden Daten für 2008 abgebildet. Die Zahl der Bediensteten je 100 Gefangene (11-D-01; hier nur Daten für 2007 verfügbar) liegt in Bremen wie schon im Vorjahr leicht unter Bundesdurchschnitt, obwohl die noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Gebäudestruktur sowie die Tatsache, dass in Bremen alle Haftarten vollstreckt werden, einen vergleichsweise höheren personellen Aufwand erforderlich machen. Insbesondere im Vergleich mit den beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin wird der bremische Justizvollzug mit deutlich geringerem Personaleinsatz betrieben.

Bei den Tageshaftkosten (11-B-01) liegt Bremen leicht über dem Durchschnitt (Rang 7). Im Vergleich der Stadtstaaten rangiert Bremen an zweiter Stelle. Hamburg belegt auch 2008 wieder den Spitzenplatz mit den höchsten Tageshaftkosten je Gefangenen. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen - vgl. oben - ist das Bremer Ergebnis positiv zu bewerten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bspw. im Bereich der laufenden Energiekosten nicht unerhebliche Einsparpotenziale für die Justizvollzugsanstalt Bremen gegeben sind, die aber erst im Zuge der Sanierung und Modernisierung der Anstaltsgebäude verwirklicht werden können. Auch die Belegungszahlen haben Einfluss auf die Höhe der Haftkosten je Tag und Gefangenen. Die in den Haftkosten enthaltenen fixen Kosten einschließlich der Kosten für die in den Justizvollzugsanstalten vorzuhaltende Infrastruktur führen je nach Belegungsgrad der Anstalten zu unterschiedlichen Belastungen im Tageshaftkostensatz. Vollbelegung ermöglicht in der Regel günstigere Kostensätze. Insofern ist es von Bedeutung, dass sich die Gefangenzahlen für das gesamte Bundesgebiet in den letzten Jahren rückläufig darstellen, wovon die einzelnen Bundesländer aber in sehr unterschiedlichem Maße betroffen sind. Im Vergleich der Jahre 2004 und 2008 sind in Hamburg die höchsten Rückgänge in den Gefangenzahlen von rd. 29 % zu verzeichnen. Bremen liegt mit knapp 16 % an dritter Stelle, während Berlin (4,5 %) sowie Bayern (0,9 %) und NRW (0,8 %) im Vergleich 2004/2008 am unteren Ende rangieren. Der Vergleich der Tageshaftkosten zeigt, dass es Bremen trotz erheblicher Rückgänge bei den Gefangenzahlen gelungen ist, eine vergleichsweise günstige Kostenrelation zu erzielen.

Die Daten für die Kennzahlen bei den **Gerichten** und **Staatsanwaltschaften** resultieren gleichfalls aus dem Jahre 2008. Bezogen auf die Ermittlungsverfahren je 100 Tsd. Einwohner sind die Stadtstaaten signifikant höher belastet als die anderen Bundesländer (11-E-01). Die Quoten für Hamburg und Berlin liegen dabei noch höher als für Bremen, was auf eine noch stärkere Kriminalitätsbelastung hindeutet.

Auch die Eingangszahlen der Gerichte weisen darauf hin, dass die Stadtstaaten gemessen an ihrer Einwohnerzahl eine besondere Verfahrenslast zu tragen haben. Allein die Zivilverfahren erster Instanz vor dem Landgericht (11-G-01) bewegen sich in etwa im Bundesdurchschnitt. Die Verwerfungen bei den Verfahren vor den Verwaltungsgerichten (11-H-01) und den Sozialgerichten (11-J-01) sind darauf zurückzuführen, dass die Zuständigkeit für die so genannten Hartz-IV - Verfahren (Verfahren nach SGB II und SGB XII) in Bremen bis 2008 anders als in den anderen Bundesländern nicht bei den Sozialgerichten, sondern bei den Verwaltungsgerichten lag.

Eine genauere Betrachtung der Leistungsfähigkeit der bremischen Justiz im Ländervergleich wird durch die folgenden Übersichten zu den ressourcenintensiven Bereichen der Amtsgerichte, des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft ermöglicht. Zu beachten ist, dass die Rangfolge bei diesen Übersichten anders als sonst in diesem Benchmarking-Bericht üblich eine positive bzw. negative Bewertung enthält. Sowohl der geringste Wert (z. B. bei der Quote der streitigen Urteile) als auch der höchste Wert (z. B. bei den Erledigungsquoten) können ausschlaggebend für Rangplatz 1 sein. Diese auch in bundesweiten Übersichten für den Justizbereich übliche Wertung wurde hier übernommen, um Missverständnissen und Irritationen, die sich aus einer Angleichung bzw. Umkehrung der Rangfolge ergeben würden, vorzubeugen.

Bewertet werden:

- Viele Erledigungen je Richter → positiv,
- kurze Verfahrensdauer in Monaten → positiv,
- hohe Vergleichsquote (Anteil der Vergleiche an allen Erledigungen) → positiv,
- hoher Anteil streitiger Urteile an allen Erledigungen → negativ,
- hohe Rechtsmittelerfolgsquote (Anteil erfolgreicher Berufungen an allen Erledigungen) → negativ.

Amtsgerichte Bremen nach ausgewählten Indikatoren:

2008 BP = Best Practice-Wert	Zivilsachen				Familiensachen				Strafsachen ⁴⁾			
	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Richter	1	689,6	689,6	613,9	7	424,8	492,9	420,3	5	429,6	458,0	414,9
durchschnittl. Verfahrensdauer in Monaten ¹⁾	7	4,3	3,7	4,5	5	8,0	6,6	8,0	14	4,9	2,9	4,0
Quote Vergleiche/ Erledigungen ²⁾	4	17,1%	20,3%	14,5%	14	18,1%	28,9%	22,4%				
Quote streitige Urteile/ Erledigungen	1	16,1%	16,1%	25,2%								
Rechtsmittelerfolg ³⁾	1	28,9%	28,9%	54,2%								

Quelle: Berliner Übersicht/ eigene Auswertung

¹⁾ In Familiensachen: durchschnittliche Verfahrensdauer in Ehesachen; ab 2006 in Scheidungssachen

²⁾ In Familiensachen bezieht sich die Vergleichsquote auf abgetrennte Folgesachen und allein anhängige andere Familiensachen (Anteil der Vergleiche an den Erledigungen, die den Kindes- oder Ehegattenanteil, das Güterrecht, die Ehewohnung oder den Haushalt betreffen).

³⁾ Urteilaufhebungsquote an allen streitigen Urteilen in der Berufungsinstanz.

⁴⁾ Spruchkörper insgesamt.

Im Leistungsvergleich der Bundesländer erzielen die bremischen Amtsgerichte schon seit Jahren gute Werte. In Zivilsachen konnten die Spitzenergebnisse der Jahre 2006/2007 bei den qualitativen Indikatoren „Quote streitiger Urteile“ und „Rechtsmittelerfolg“ auch in 2008 wiederholt werden. Ähnliches gilt für die Erledigungsquote. In 2008 wurden durchschnittlich 689,6 Verfahren je Richter erledigt. Damit rangiert Bremen auch in der Produktivität – ebenso wie im Vorjahresvergleich – auf Platz 1. Den Anteil der durch Vergleich erledigten Zivilverfahren konnten die Bremer Amtsgerichte auf 17,1 % steigern und belegen mit Rang 4 einen ebenfalls sehr guten Platz im oberen Leistungsdrittel. Auch bei der Verfahrensdauer in Zivilsachen konnten deutliche Verbesserungen realisiert werden. Während 2006 aufgrund der hohen Verfahrensbelastung nur Rangplatz 16 (= durchschnittl. Verfahrensdauer: 5,7 Monate) zu erreichen war, schneiden die Bremer Amtsgerichte in 2008 mit Rangplatz 7 (durchschnittl. Verfahrensdauer: 4,3 Monate) überdurchschnittlich gut ab.

In Familiensachen hat sich die Erledigungsquote seit 2006 erhöht, sowohl in Bremen wie auch im Bundesdurchschnitt. Die Bremer Amtsgerichte erreichen mit 424,8 Verfahrenserledigungen je Richter Rangplatz 7 und liegen damit leicht über dem Durchschnitt der Bundesländer. Die Verkürzung der Verfahrensdauer von 10,2 Monaten in 2006 auf 8,0 Monate in 2008 ergibt für die Bremer Amtsgerichte eine Verbesserung um zwei Plätze auf Rang 5 im Ländervergleich. Bei der Vergleichsquote ist die vergleichsweise schlechte Positionierung der Bremer Amtsgerichte (Rang 14) nicht unbedingt aussagekräftig, da die Vergleichsquoten in Familiensachen generell rückläufig sind.

In Strafsachen ist es den Amtsgerichten in Bremen im Wesentlichen gelungen, die sehr guten Ergebnisse der Vorjahre zu halten. Die Zahl der Verfahrenserledigungen je Richter liegt mit 429,6 Verfahren über dem bundesdurchschnittlichen Wert (414,9) und ergibt für die Bremer Gerichte Rangplatz 5 (2007: 457,3 Erledigungen = Rangplatz 2). Die durchschnittliche Verfahrensdauer hat sich aufgrund der fortdauernd hohen Verfahrensbelastung allerdings deutlich erhöht. Sie lag in 2006 noch bei 4,1 Monaten und damit im Bereich des Bundesdurchschnitts. Nach einem vorjährigen Anstieg auf 5,1 Monate konnte die Verfahrensdauer in 2008 wieder leicht zurückgeführt werden (4,9 Monate).

Landgericht Bremen nach ausgewählten Indikatoren:

2008 BP = Best Practice-Wert	Zivilsachen I. Instanz				Zivilsachen II. Instanz				Strafsachen I. Instanz				Strafsachen II. Instanz			
	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Richter	2	196,4	197,8	171	11	163,7	211,4	177,7	15	10,0	21,1	13,9	16	100,0	208,2	160,7
durchschnittl. Verfahrensdauer in Monaten	15	9,9	6	8,3	6	5,7	4,6	5,5	16	11,5	5,5	6,3	16	9,8	3,5	4,3
Quote Vergleiche/ Erledigungen	5	27,0%	31,7%	24,4%	6	13,4%	17,9%	11,5%								
Quote streitige Urteile/ Erledigungen	1	20,1%	20,1%	26,0%	2	22,7%	19,6%	30,7%								
Rechtsmittelerfolg ¹⁾	3	46,7%	44,4%	56,2%												

Quelle: Berliner Übersicht/ eigene Auswertung

¹⁾ Urteilsaufhebungsquote an allen streitigen Urteilen in der Berufungsinstanz.

Das Landgericht Bremen zeichnet sich in Zivilsachen seit Jahren durch eine besonders hohe Produktivität aus. Mit 196,4 erstinstanzlichen Erledigungen je Richter kann das Landgericht Bremen in 2008 an die sehr guten Vorjahreswerte anknüpfen. Bei den zweitinstanzlichen Verfahrenserledigungen wird am aktuellen Rand allerdings nur Rang 11 erreicht. Vorbehaltlich näherer Analyse wird hier vor allem die hohe Verfahrensbelastung verbunden mit einem hohen Verfahrensbestand (siehe auch unten zur Verfahrensdauer) als ursächlich angesehen. Den in qualitativer Hinsicht ausgezeichneten Leistungsstand belegen die ebenfalls seit Jahren guten Ergebnisse bei der Urteils-, Vergleichs- und Rechtsmittelerfolgsquote, die in 2008 einmal mehr bestätigt werden. Die aktuell wie auch in der Mehrjahresbetrachtung überdurchschnittliche Verfahrensdauer ist Folge der hohen Verfahrensbelastung.

Die Vergleichswerte in erstinstanzlichen Strafsachen sind wegen ihrer statistisch gesehen geringen Größe nicht sehr aussagekräftig. Darüber hinaus fallen in großstädtischen Bereichen wie in Bremen mehr so genannte "Umfangsverfahren" an als in Landgerichtsbezirken mit mittleren und kleinen Städten. Die vom Landgericht Bremen in 2008 erzielten Ergebnisse sind u.a. durch Umfangsverfahren beeinflusst.

Staatsanwaltschaft Bremen nach ausgewählten Indikatoren:

2008	Rg.	HB	BP	Ø
Erledigungen je Dezernent (StA/AA)	4	1.100,2	1.310,5	1.035,1
durchschnittl. Verfahrensdauer in Monaten	11	2,1	1,3	1,7

Quelle: Berliner Übersicht

Wie in den Vorjahren stellt sich die Erledigungsquote der Staatsanwaltschaft Bremen auch in 2008 als überdurchschnittlich dar. Dabei gehörte die Staatsanwaltschaft Bremen schon nach den Feststellungen der Sachverständigenkommission und unter Zugrundelegung der Erledigungszahlen von 1994 bis 2000 zur Spitzengruppe. Die Staatsanwaltschaft Bremen hat diese Positionierung in den Folgejahren nicht nur halten, sondern zum Teil sogar Platz 1 im Länderranking erreichen können. Die vergleichsweise lange Verfahrensdauer ist ebenso wie die hohe Zahl an Eingängen und Beständen Ausdruck der hohen Belastung der Staatsanwaltschaft Bremen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Betrachtet man die Benchmarkingergebnisse insgesamt, so ist wie in den Vorjahren festzustellen, dass die Justiz in Bremen trotz einer Reihe von ungünstigen Rahmenbedingungen ganz überwiegend erheblich überdurchschnittliche Leistungsergebnisse erbringt. Ziel ist es, diesen Stand in der Zukunft zu halten und sich dabei weiterhin mit den anderen Ländern messen zu lassen.

Die gewählte Darstellungsform der Ländervergleiche soll in Folgeberichten beibehalten werden. Zusätzliche Vergleiche auf Basis von Daten der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) werden angestrebt.

Die Kosten- und Leistungsrechnung ist im Justizressort nahezu vollständig eingeführt. So sind 97% der Einnahmen und 91% der Ausgaben in der KLR abgebildet (berechnet auf Basis des Haushalts-Ist 2009). Die noch fehlenden Bereiche sollen in 2010 vervollständigt werden, so dass dann eine flächendeckende Kosten- und Leistungsrechnung im Justizressort umgesetzt ist.

Ländervergleichsdaten stehen bislang ausschließlich für den Bereich Amtsgerichte zur Verfügung. Eine vom Land Nordrhein-Westfalen erstellte Auswertung liegt für die Jahre 2002 bis 2004 vor. Zur Zeit wird unter Federführung von Bremen ein aktueller Ländervergleich aufgebaut. Hierzu wurden Länderdaten für Zivilsachen der Amtsgerichte für die Jahre 2006 bis 2008 erhoben. An diesem Datenaustausch sind Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein beteiligt. Im November sind diese Länder in Bremen zusammengekommen, um die vorliegenden Auswertungen zu analysieren. In Nachbereitung dieser Besprechung findet zur Zeit eine Aktualisierung des Ländervergleichs statt.

Weiterhin liegen Ländervergleichsdaten zu den durchschnittlichen Ausgaben einer rechtlichen Betreuung vor.

2008		
Durchschnittl. Zahlung je Betreuung*	Bremen	642 €
	Stadtstaaten gesamt	721 €
	Bundesländer gesamt	523 €
Rang	Bremen im Stadtstaatenvergleich	1
	Bremen im Ländervergleich	14

* ohne Gemeinkosten der Amtsgerichte

Quellen: Auswertung des ISG Köln zur Evaluation des 2. BtÄndG, Justizstatistik

Die Ausgaben der rechtlichen Betreuung liegen in den Stadtstaaten insgesamt deutlich über denjenigen der übrigen Länder. Im Vergleich der Stadtstaaten fallen allerdings in Bremen die geringsten Ausgaben je Betreuung an.

Ziel	Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
					Min	Ø	Max																		
Z1-3	11-A-01	Inhaftierte insgesamt je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				95	113	147	72	97	85	80	97	88	79	53	74	84	87	.	89		5
Z1-3	11-A-02	Inhaftierte weiblich je 100.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2008				11	11	13	7	13	9	7	11	9	0	4	5	4	12	8	1	9	6
Z1-3	11-A-03	Inhaftierte männlich je 100.000 Einwohner	Anzahl	2008				184	220	287	140	185	163	155	188	170	162	104	144	166	165	.	180		5
Z1-3 Z1-4	11-B-01	Tageshaftkosten ohne Baukosten	Euro	2008				99,6	133,0	86,5	80,0	66,1	100,4	91,5	78,8	95,3	108,2	103,4	107,5	106,5	78,7	.	85,9		7
Z1-3 Z1-4	11-C-01	Kosten für den Strafvollzug je Einwohner/-in	Euro	2008				34,4	54,9	46,5	21,1	23,5	31,0	26,7	28,0	30,7	31,1	20,0	29,0	32,8	22,7	.	28,0		3
Z1-2	11-D-01	Bedienstete je 100 Inhaftierter im Strafvollzug	Anzahl	2007				49,8	69,6	54,3	44,9	40,6	52,4	59,2	47,2	51,3	61,8	56,1	64,9	55,3	50,8	54,2	51,2	50,1	13
Z1-3 Z1-4	11-E-01	Ermittlungsverfahren, Js Verfahren ohne Abgabe innerhalb der StA je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				8.497	8.884	8.829	4.579	4.526	6.227	5.977	6.507	6.597	6.049	5.806	7.002	6.972	5.087	5.963	5.562	5.929	3
Z1-1	11-F-01	Amtsgerichte: Familiensachen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				804	779	704	558	583	713	748	843	770	971	737	614	566	470	591	529	686	3
Z1-1	11-F-02	Amtsgerichte: Zivilsachen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				1.822	2.356	2.877	1.219	1.307	1.729	1.404	1.805	1.609	1.605	1.424	1.320	1.282	1.236	1.205	1.170	1.549	3
Z1-1	11-F-03	Amtsgerichte: Strafverfahren, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				1.551	1.243	1.607	705	938	890	917	1.164	829	1.058	847	1.348	1.086	1.077	930	916	1.006	2
Z1-1	11-G-01	Landgerichte: Zivilsachen I. Instanz, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				453	955	650	408	472	521	380	476	385	442	353	367	347	339	288	313	446	6
Z1-1	11-G-02	Landgerichte: Strafsachen I. Instanz, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				19	18	25	12	16	21	15	20	14	21	13	15	18	13	14	17	17	5
Z1-1	11-H-01	Verwaltungsgerichtsverfahren, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				549	202	341	110	130	164	219	263	102	103	125	271	233	145	215	169	190	1
Z1-1	11-I-01	Finanzgerichtsverfahren, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				81	91	.	51	48	59	87	83	44	63	41	191	35	56	75	47	65	5
Z1-1	11-J-01	Sozialgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				227	410	777	323	.	371	428	400	395	415	393	713	806	696	832	740	399	15
Z1-1	11-K-01	Arbeitsgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				663	706	741	438	.	577	430	581	447	517	408	479	477	466	566	521	442	3

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Sport

Vorbemerkungen

Es ist trotz wiederholter An- und Rückfragen bei den Benchmarking-Teilnehmern noch nicht gelungen, die Datenlücken komplett zu schließen; die Stadt Essen hat sich vollständig aus dem Datenvergleich zurückgezogen.

In diesem Bericht werden erstmals die internationalen und nationalen geförderten Titelträger dargestellt. Die lückenhafte Darstellung lässt hier aber noch keine ausreichende Vergleichsmöglichkeit zu (12-A-08 bis 12-A 10).

Die Ausgaben für Sport werden in diesem Bericht als Gesamtausgaben dargestellt. Eine differenzierte Darstellung der Leistungsförderung ist aufgrund der unterschiedlichen Handhabung der Städte nicht möglich.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Der Aufgabenschwerpunkt betrifft die Steuerung des Sportbereichs mit den Schwerpunkten Sportinfrastruktur, Sportförderung und Sportbetrieb und die Gewährleistung des Bäderbetriebes durch die Bremer Bäder GmbH.

Gleichlautende Ziele wurden im Produktgruppenhaushalt festgeschrieben.

Die jeweilige Zielerreichung wird ausnahmslos durch Kennzahlen belegt.

Z1	Sport
Z1-1	Anpassung der Sportinfrastruktur und der Nutzungsintensität von Sportstätten u. a. unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
Z1-2	Optimierung von Sportflächen und Sportgebäuden mit dem Ziel, freiwerdende Mittel für die Modernisierung von Sportstätten zu nutzen
Z1-3	Entwicklung der in die Verantwortung der Vereine übergebenen Sportplätze/-hallen
Z2	Bäder
Z2-1	Sicherung des Schwimmangebots
Z2-2	Konsolidierung und Ausbau des Besucheraufkommens
Z2-3	Verstetigung des konsumtiven Zuschussbedarfs

Alle Befunde über die Zukunft des Sports, insbesondere unter den Bedingungen des demographischen Wandels zeigen, dass die klassischen Motive, die die wettkampfbetonten Elemente des Sports betonen, an Bedeutung verlieren werden.

Stattdessen rangieren die Sportangebote, die dem Freizeit- und Gesundheitssport zuzuordnen sind, wie Wohlbefinden, Spaß, Ausgleich, Entspannung, Gesundheit und Fitness an der Spitze der Prioritätenskala.

Angesichts der beschriebenen Tendenzen eines Wandels in der Sportnachfrage der Bevölkerung ergeben sich für den Bereich der Sportinfrastruktur neue Herausforderungen. Die vorhandenen Sportanlagen in Bremen müssen daher bei einem erweiterten Sportangebot unter den Bedingungen des demographischen Wandels zukünftig weniger in ihrer Quantität als in ihrer Qualität (Multifunktionalität, Ästhetik, Kleinräumigkeit) dem geänderten Bedarf angepasst werden.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den PPI Sport stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Sport"	Ist					Veränderungen		Anschlag 2010 2)
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	%	
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	1.509	1.417	1.377	1.337	1.217	-120	-9,0	°
davon: Personalausgaben (Produktplan)	1.258	1.177	1.140	1.105	982	-122	-11,1	1.011
zugeordnete Anteile an Versorgung	251	240	238	232	234	2	1,0	°
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 1)	29	28	29	25	22	-3	-11,8	24
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	43.613	42.098	39.641	43.925	44.264	340	0,8	°
Sonstige konsumtive Ausgaben	8.681	8.041	9.034	8.912	11.090	2.178	24,4	8.661
nachr.: davon Wettmittel	787	293	1.072	752	2.373	1.621	215,4	0
dar.: Städtische Sportanlagen	4.183	3.612	3.980	4.520	6.564	2.044	45,2	4.358
Bremer Bäder	3.583	3.361	3.774	3.278	3.425	147	4,5	3.203
Übungsleiter	914	1.069	1.281	1.113	1.100	-13	-1,2	1.100
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	6.149	6.775	5.690	3.154	4.054	900	28,5	2.369
nachr.: davon Wettmittel	1.494	2.159	1.960	263	414	151	57,4	910
dar.: Städtische Sportanlagen	4.060	2.764	2.199	1.964	2.508	544	27,7	1.120
Bremer Bäder	2.089	4.011	3.491	1.190	1.546	356	29,9	1.248
Gesamtausgaben	16.340	16.234	16.101	13.403	16.360	2.958	22,1	°
nachr.: davon Wettmittel	2.281	2.452	3.032	1.015	2.787	1.772	174,5	910

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2010 einschließlich refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Sport

Es wird deutlich, dass Bremen eine quantitativ umfangreiche Sport-Infrastruktur für seine Bürgerinnen und Bürger vorhält.

Bremen liegt bei den Sportplätzen und –hallen in der Relation zur Einwohnerzahl (12-A-02 und 12-A-03) wieder im vorderen Bereich der Vergleichsstädte. Bei den Ausgaben für Sport (ohne Bäder, 12-A-01) hat Bremen dagegen die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben der Vergleichsstädte.

Auch bei der Versorgung mit Kunstrasenplätzen (12-A-04) nimmt Bremen einen vorderen Platz ein. Mit den finanziellen Mitteln des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung konnten neben einer Leichtathletikkampfbahn in 2009 weitere Anlagen in Bremen errichtet werden.

Die Anzahl der in kommunaler Verwaltung befindlichen Sportplätze und –anlagen blieb unverändert (12-A-05).

Der Organisationsgrad (in Sportvereinen) sowohl der männlichen, als auch der weiblichen Bevölkerung liegt auf dem Durchschnittsniveau der Vergleichsstädte (12-A-06 und 12-A 07).

Bäder

Die Bremer Kennzahlen zum Bäderbereich (12-B-01 bis 09) beziehen sich auf Bäder, die von der Bremer Bäder GmbH bzw. dem Produktplan Sport verantwortet werden.

Danach ist es Bremen wieder gelungen, mit vergleichsweise geringen öffentlichen Zuschüssen das Schwimmbangebot zu sichern (12-B-06 bis 12-B-08). Mit einem Kostendeckungsgrad von 74,7 % im Jahr 2008 erreicht Bremen ein Spitzenergebnis unter den Vergleichsstädten (12-B-09).

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Es ist festzustellen, dass Bremen im Vergleich zu anderen Städten mit relativ geringen Haushaltsmitteln ein quantitativ gutes Angebot an Sport-Infrastruktur zur Verfügung stellt.

Für den Bäderbereich ist eine sehr günstige Position Bremens mit einem großen Angebot bei vergleichsweise geringen Ausgaben festzuhalten.

Das Schließen der Datenlücken sowie ein verlässlicher Datenbestand sind für das Ressort von hohem Interesse.

Das Sportressort nimmt an dem bundesweiten Vergleichsring der KGSt teil. Die erste Arbeitssitzung fand im Januar 2010 statt. Es ist noch nicht abzusehen, ob und in welchem Umfang diese Daten in den folgenden Benchmarking-Berichten einfließen können.

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max															
Z1-1	12-A-01	Ausgaben für Sport (ohne Bäder) je Einwohner/-in	Euro	2008			15,5	25,7	.	.	39,2	49,0	.	70,6	.	28,4	19,5	.	68,7	37,0	8 von 8	
	12-A-02	Sportplätze (kommunal): Einwohner/-innen je Anlage	Anzahl	2008			1.941	5.257	6.702	5.527	4.268	3.184	.	4.806	74.085	5.418	2.944	.	3.440	4.836	11 von 11	
	12-A-03	Sporthallen (kommunal): Einwohner/-innen je Anlage	Anzahl	2008			3.200	2.972	6.795	25.472	2.829	3.468	.	3.747	3.143	3.226	6.246	.	11.084	4.413	8 von 11	
	12-A-04	Kunstrasenplätze: Einwohner/-innen je Platz	Anzahl	2008			42.097	161.048	15.782	146.467	61.892	12.948	.	44.219	.	142.408	102.438	39.940	.	30.440	7 von 10	
	12-A-05	Sportvereine: in Vereinsverwaltung befindliche kommunale Sportplätze und -anlagen	Anzahl	2008			84	54	20	38	98	18	.	43	.	60	55	.	120	59	3 von 10	
	12-A-06	Sportvereine: Organisationsgrad der männlichen Bevölkerung	%	2008			31,4	28,3	21,1	28,8	26,2	25,3	.	26,8	.	22,4	16,3	.	37,0	25,0	2 von 10	
	12-A-07	Sportvereine: Organisationsgrad der weiblichen Bevölkerung	%	2008			19,2	20,1	11,6	17,9	14,9	13,9	.	19,3	15,5	13,4	13,3	.	18,8	15,3	3 von 11	
	12-A-08	Sportförderung: Internationale Titel	Anzahl	2008			6	70	34	.	21	27	.	35	.	14	.	.	24	29	8 von 8	
	12-A-09	Sportförderung: Internationale Plätze 2 und 3	Anzahl	2008			9	42	78	.	38	21	.	42	.	30	.	.	22	35	8 von 8	
	12-A-10	Sportförderung: Nationale Titel	Anzahl	2008			31	238	.	78	66	.	.	88	.	86	.	.	165	107	7 von 7	
Z2-1	12-B-01	Bäder: Einwohner/-innen je Bad	Anzahl	2008			42.097	70.861	51.114	34.463	55.015	29.133	.	51.022	39.892	58.638	39.399	65.901	46.039	50.061	8 von 12	
Z2-1	12-B-02	Bäder: Einwohner/-innen je Hallenbad (ohne Kombibäder)	Anzahl	2008			109.451	126.538	92.558	53.261	123.784	36.417	.	132.657	74.085	83.071	64.024	146.446	74.814	88.342	5 von 12	
Z2-1	12-B-03	Bäder: Einwohner/-innen je Freibad (ohne Kombibäder)	Anzahl	2008			273.628	354.306	131.717	117.173	.	194.221	.	110.548	86.433	498.427	102.438	146.446	119.702	162.359	3 von 11	
Z2-1	12-B-04	Bäder: Einwohner/-innen je Kombibad	Anzahl	2008			182.418	295.255	856.160	585.867	165.045	582.664	.	663.287	.	332.284	.	659.006	.	500.606	8 von 9	
Z2-2	12-B-05	Bäder: Besuche je Bad	Anzahl	2008			132.636	200.000	91.239	.	97.502	105.000	.	166.164	.	124.118	77.156	.	116.528	118.962	3 von 9	
Z2-3	12-B-06	Bäder: Zuschuss je Besuch	Euro	2008			2,0	.	6,5	.	5,8	2,8	.	4,7	.	0,5	4,3	.	6,8	4,5	7 von 8	
Z2-3	12-B-07	Bäder: Zuschuss je Einwohner/-in	Euro	2008			6,3	.	11,6	2,2	10,4	10,0	.	15,2	.	1,0	8,4	.	17,2	9,7	7 von 9	
Z2-3	12-B-08	Bäder: Zuschuss je Bad	Euro	2008			265.692	.	594.582	76.294	569.667	292.400	.	776.923	.	61.294	330.769	.	792.308	446.731	7 von 9	
Z2-3	12-B-09	Bäder: Kostendeckungsgrad	%	2008			74,7	.	33,0	.	20,5	48,0	.	48,6	.	42,0	.	.	58,7		1 von 7	

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Bildung

Vorbemerkungen

Das Benchmarking für den Produktplan Bildung setzt sich zusammen aus einem lückenlosen Ländervergleich auf der Basis von Materialien des Statistischen Bundesamtes und der KMK-Statistik (jeweils inkl. Privatschulen).

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Umsetzung von Maßnahmen zur Schulentwicklung mit den Zielen: - Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg - Verbesserung der Qualität von Schule - Weiterentwicklung integrativer Pädagogik und Unterrichtsorganisation - Stadtteilbezogene Kooperation der für Kinder, Jugendliche und ihre Familien arbeitenden Einrichtungen
Z2	Reduzierung der Wiederholerquoten
Z3	Fortschreibung einer Innovations- und Qualitätsentwicklung im Schulbereich als Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung
Z4	Fortsetzung des Ausbaus der bestehenden Schulen zu Ganztagschulen
Z5	Weiterentwicklung der „Eigenverantwortung“ von Schule (wirtschaftlich und inhaltlich) auf der Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den PPI Bildung stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Bildung" 1)	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	%	2010 4)
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung)	420.145	412.363	414.053	423.326	440.009	16.683	3,9	°
davon: Personalausgaben (Produktplan)	294.188	284.838	281.959	282.820	288.132	5.311	1,9	285.456
dar.: zugeordnete Anteile an Versorgung	125.957	127.525	132.094	140.506	151.877	11.371	8,1	°
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) 2)	5.502	5.454	5.422	5.427	5.240	-187	-3,5	4.938
dar.: Lehrer (Stadtgemeinde Bremen)	4.347	4.260	4.157	4.085	4.087	2	0,0	°
Personalausgaben je VZÄ (in €)	53.469	52.228	52.002	52.109	54.986	2.877	5,5	°
Sonstige konsumtive Ausgaben 3)	177.015	183.687	184.330	190.521	204.267	13.746	7,2	203.287
dar.: Gesetzliche Aufgaben	107.548	108.256	109.402	113.835	119.898	6.063	5,3	123.806
dar. Pers. erst. Bremerhaven	81.536	79.486	80.320	84.040	88.436	4.396	5,2	92.463
Schulbetrieb Stadtgemeinde Bremen	49.942	53.487	52.391	54.306	62.851	8.545	15,7	58.168
Inhaltliche (Neu-)Gestaltung der Schulen	12.394	15.053	16.633	16.373	15.415	-958	-5,9	15.674
dar. Ganztagschulen	3.758	4.639	5.446	6.818	7.999	1.181	17,3	10.205
Weiterbildung	2.164	2.135	1.137	1.277	1.314	37	2,9	1.450
Steuerungsebene (einschließlich Entgelte Performa)	4.967	4.756	4.767	4.730	4.789	59	1,2	4.189
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	25.640	24.964	21.689	22.977	23.559	582	2,5	22.215
dar.: Immobille Investitionen	18.360	18.929	15.639	15.116	15.887	771	5,1	15.295
Mobile Investitionen	7.280	6.035	6.050	7.861	7.672	-189	-2,4	6.920
Gesamtausgaben	622.800	621.014	620.072	636.823	667.835	31.011	4,9	°

1) Bis 2007 inkl. Landeszentrale für politische Bildung

2) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

3) Die konsumtiven Ausgaben 2005 beinhalten Ausgaben im Treuhandfonds **Bildungsinfrastruktur**.

4) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Der Ländervergleich für den Produktplan Bildung zeigt, dass die Stadtstaaten hier eine besondere Rolle spielen. Offenbar treten Problemlagen im Politikbereich Bildung verstärkt in den Städten (hier Stadtstaaten) auf und erfordern besondere (Betreuungs-) Maßnahmen, was sich dann im Benchmarking vor allem beim Personalkostenvergleich niederschlägt. Um dieser Besonderheit Rechnung zu tragen, wurde in diesem Benchmarking-Bericht 2009 eine Spalte „Stadtstaaten“ eingefügt.

Die Gesamtausgaben pro Schüler/in (21-A-01) entsprechen im Berichtsjahr 2006 erstmalig dem Bundesdurchschnitt und lagen (bei einem Plus von lediglich 100 €) deutlich unter den entsprechenden Werten der Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Sowohl in Hamburg als auch in Berlin sind die Gesamtausgaben je Schüler/in gegenüber dem Vorjahr um 200 € gestiegen.

Interessant ist ein Blick auf die längerfristige Entwicklungsreihe: Während in Bremen die Gesamtausgaben seit dem Jahre 2000 von 5.000 € (Rang 2) auf aktuell 4.900 € (Rang 8) gesunken sind, stieg der Bundesdurchschnitt im selben Zeitraum von 4.300 auf nunmehr 4.900 € pro Schüler/in.

Bei den Personalausgaben pro Schüler/in (21-A-02) liegen die Bremer Werte leicht über dem Bundesdurchschnitt, bei den Sachausgaben pro Schüler/in (21-A-03) dagegen leicht unter dem Bundesdurchschnitt. In beiden Vergleichen liegen die entsprechenden Werte der Stadtstaaten Berlin und Hamburg deutlich darüber.

Die Schüler-Lehrer-Relation (SLR) liegt auch 2008 in Bremen sowohl im allgemeinbildenden als auch im berufsbildenden Bereich deutlich über den entsprechenden Werten der Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Die SLR ist in Bremen gegenüber dem Vorjahr zwar deutlich von 17,4 auf 16,9 gesunken, liegt aber immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 16,6 und stellt den sechsthöchsten Wert im Bundesländervergleich dar. Im Vergleich der beiden Städte ergibt sich, dass die SLR in Bremen mit 17,0 etwas höher ist als in Bremerhaven mit 16,6.

Ganztagsbetreuungsquoten im Ländervergleich (vgl. Prüfauftrag aus dem Benchmarking-Bericht 2008) sind aufgrund der länderspezifisch unterschiedlichen Ausprägungen und der deswegen sehr weitfassten Definition schwierig zu vergleichen. Qualitative Unterschiede in der Betreuung sind im Ländervergleich nicht vergleichbar abbildbar.

Im Rahmen des KGSt-Vergleichsrings wurden im Benchmarking-Bericht 2008 Daten für 2006 abgebildet. Neuere Daten liegen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vor. An der Aktualisierung wird gearbeitet.

Wie bereits im Benchmarking-Bericht 2008 erfolgt eine geschlechtsspezifische Darstellung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte, der Schulleitungen sowie der Absolventinnen und Absolventen nach Schulabschluss.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Insgesamt hat bei den finanzwirksamen Kennziffern eine weitere Angleichung an den Bundesdurchschnitt stattgefunden.

Im weiteren Verfahren soll geprüft werden, inwiefern Daten zu den beiden Themenbereichen Privatschulen und/oder Migration in Folgeberichte einfließen können.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *		HB	HH	BE	Stadtstaaten	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Max																			
21-A-01	Gesamtausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	Euro	2006			4.900	5.900	5.800	.	5.000	5.000	4.800	4.700	4.500	4.700	4.300	4.700	4.600	4.500	5.300	5.500	5.800	4.900	8
21-A-02	Personalausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	Euro	2006			4.200	4.600	4.900	.	4.100	3.900	3.800	3.700	3.600	3.900	3.600	3.700	3.800	3.600	4.200	4.700	4.800	3.900	5
21-A-03	Sachausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	Euro	2006			500	800	700	.	500	600	500	600	600	500	400	500	500	600	600	500	600	600	12
21-B-01	Schüler/-innen je Lehrkraft (alle Schularten)	Anzahl	2008			16,9	15,7	15,0	15,4	15,9	17,0	18,2	17,0	17,6	16,9	16,7	17,8	15,6	15,9	14,9	13,5	12,2	16,6	6
21-B-02	Schüler/-innen je Lehrkraft an allgemein bildenden Schulen	Anzahl	2008			15,0	14,2	13,7	14,0	14,8	15,5	17,0	15,8	16,1	15,4	14,7	16,4	13,7	13,2	12,7	11,1	10,6	15,1	7
21-B-03	Schüler/-innen je Lehrkraft an beruflichen Schulen	Anzahl	2008			24,7	22,5	21,7	22,3	20,4	25,9	24,1	22,6	26,6	25,2	26,5	25,2	26,7	28,6	23,1	26,5	18,1	23,9	9
21-C-01	Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/-in an allgemein bildenden Schulen	Anzahl	2008			1,62	1,53	1,72	1,65	1,62	1,50	1,55	1,48	1,47	1,55	1,58	1,44	1,77	1,80	1,81	1,87	1,88	1,56	7
21-D-01	Absolventen/Absolventinnen der allgemein bildenden Schulen mit Hochschulreife	%	2008			32,7	39,5	40,0	38,8	25,2	22,3	27,7	23,3	29,2	27,2	27,4	25,3	42,8	52,7	38,2	34,2	41,0	28,9	8
21-D-02	Abgänger/-innen der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss: Anteil an der altersgleichen (15 bis unter 17 J.) Bevölkerung	Anzahl	2008			8,2	8,9	10,6	9,8	5,6	6,5	7,0	7,4	6,8	7,2	6,7	11,8	10,6	17,9	11,8	12,1	9,4	7,4	9
21-E-01	Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	%	2008			46,4	50,1	45,3	46,8	48,1	36,0	47,7	40,2	54,1	43,8	51,9	40,9	41,6	55,6	40,0	37,9	43,7	45,4	7
21-F-01	Quote der Klassenwiederholungen: alle Schüler und Schülerinnen	%	2008			2,6	1,8	3,1	.	1,4	3,2	2,3	2,0	2,0	2,0	2,0	1,8	1,6	3,0	1,4	3,1	1,8	2,2	5
21-F-02	Quote der Klassenwiederholungen: Schülerinnen	%	2008			2,3	1,7	2,7	.	1,1	2,9	2,0	1,6	1,7	1,7	1,8	1,4	1,3	2,6	1,1	2,6	1,6	1,8	5

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Geschlechterverhältnisse (Anteile in %) an öffentlichen und privaten Schulen 2008/09

	Grundschule			GS (inkl. Freie Waldorf)			Gymnasium			sonst. Schulen im Sekundarbereich I			Förderschulen			Berufliche Schulen			
	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	
Schüler/-innen																			
Bremen	21.922	51,2	48,8	10.110	52,5	47,5	23.923	48,1	51,9	10.047	53,9	46,1	2.745	60,0	40,0	27.392	54,9	45,1	
Bund	.	50,9	49,1	.	49,9	50,1	.	46,9	53,1	.	53,9	46,1	.	63,4	36,6	.	55,0	45,0	
Lehrkräfte																			
Bremen		12,4	87,6		41,0	59,0		46,1	53,9		41,6	58,4		32,2	67,8		57,5	42,5	
Bund		12,3	87,7		40,2	59,8		45,7	54,3		34,9	65,1		24,5	75,5		54,7	45,3	
Schulleitungen																			
Bremen		26,0	74,0		80,0	20,0		73,3	26,7		53,8	46,2		50,0	50,0		90,9	9,1	

	Ohne Abschluss			Hauptschulabschluss			Mittlerer Bildungsabschluss			Allgemeine Hochschulreife (Abitur)		
	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w	gesamt	m	w
Absolventen/-innen												
Bremen	530	58,7	41,3	1.516	58,9	41,1	3.325	50,7	49,3	2.575	44,5	55,5
Bund	.	61,4	38,6	.	57,3	42,7	.	50,0	50,0	.	44,0	56,0

Quelle: Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf der Grundlage von: StaBA: Fachserie 11

Kultur

Vorbemerkungen

Zentrales, im Mittelpunkt der letztjährigen Prüfaufträge stehendes, aktuell gleichwohl noch nicht vollständig gelöstes Problem für Vergleichsbetrachtungen zu Kosten und Leistungen des Bereichs „Kultur“ ist die abstrakte Formulierung der zentralen Ziele des Produktplans. Zwar bestehen mit der Koalitionsvereinbarung und dem Masterplan 2006/2011 programmatische Grundlagen für inhaltliche Schwerpunktsetzungen. Die Umsetzung auf der zentralen Zielebene weist allerdings nicht durchgängig den Konkretisierungsgrad auf, der eine Meßbarmachung der Ziele und ihrer Erreichung ermöglicht. Unstrittig ist, dass die von der Benchmarking-AG als dringend eingestufte Lösung dieses Problems dabei durch z. T. schwer fassbare Indikatoren – wie z. B. fachliche Akzeptanz und Medienresonanz – erschwert wird.

Infolge der nur schwer messbaren Zielsetzungen bestehen derzeit auf zentraler Ebene weder im Benchmarking noch auf den parallelen Darstellungsebenen des Produktgruppen-Haushaltes direkte Bezüge zu einem Kennzahlenspektrum, das im Prinzip gute Voraussetzungen für aussagefähige Informationen in vielen Bereichen der Aufgabenwahrnehmung des Ressorts bietet. Das Fachressort weist darauf hin, dass diese notwendige Überarbeitung des Kennzahlensystems aufgrund der fachspezifischen Schwierigkeiten nur in Teilschritten erfolgen kann. Nach einem ersten Schritt, bei dem im Rahmen des Produktgruppenplans für 2010/2011 zunächst die schnell nachvollziehbaren Kennzahlen für die Messung der Zielerreichung definiert wurden, sollen in einem nächsten Schritt für die schwer fassbaren Bereiche – auch im Abgleich mit anderen Bundesländern und Fachbereichen – Kennzahlen definiert werden.

Zwar basiert die überwiegende Zahl der verfügbaren Vergleichswerte auf Länderdaten, die häufig belastbare Aussagen nur im Stadtstaaten-Vergleich zulassen. Ergänzend stehen jedoch zunehmend auch Ergebnisse aus Vergleichsringen sowie die inzwischen eingeräumte Möglichkeit – ohne Anspruch auf die Verfügbarkeit von Vergleichsdaten – auf rein (stadt-)bremische Kennzahlen zurückzugreifen, zur Verfügung.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Die fachpolitischen Ziele des Bereichs bleiben gegenüber dem Benchmarking-Bericht des Vorjahres unverändert. In Vorbereitung des Produktgruppenhaushaltes 2010/2011 wurden die bisherigen Zielsetzungen lediglich um den zu leistenden Beitrag aller Kultureinrichtungen zur Haushaltskonsolidierung sowie um eine ausführliche Nennung der hierfür zu ergreifenden Maßnahmen (Anpassung von Organisationsstrukturen; gemeinsame Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben; Vernetzung von Einrichtungen / Angeboten „mit denen des Umlandes, Bremerhavens und gegebenenfalls darüber hinaus“ etc.) ergänzt. Grundlagen der fachpolitischen Ausrichtung „sind die strategischen und fachpolitischen Ziele des vom Senat beschlossenen Masterplans für die Kulturentwicklung Bremens 2006-2011“ mit den „darin dargestellten Steuerungsmaßnahmen“ und „Priorisierungen ausgewählter Entwicklungsfelder“. Fazit: „Bremen soll zu einem attraktiven kulturellen Standort ausgebaut und gemeinsam mit den bremischen Kulturinteressierten kulturell zukunftsfähig aufgestellt werden.“ Ausgangslage, Fortschritte und Zielgrößen der Entwicklung sind dabei derzeit noch nicht in allen Bereichen des Produktplans so bestimmbar oder messbar wie es wünschenswert wäre.

Z1	Profilierung der kulturellen Landschaft (insbesondere Museen und freie Szene)
Z2	Stärkung der Ausstrahlungs-, Anziehungs- und Bindungskräfte Bremens durch kulturelle Angebote

Haushalt und Personal

Nach zwischenzeitlichen Absenkungen haben die konsumtiven Ausgaben des Kulturressorts im Haushaltsjahr 2009 wieder das Niveau des Jahres 2005 übertroffen. Vor allem der Bereich „Theater und Musik“ und die Museen liegen dabei am aktuellen Rand sogar relativ deutlich über den verausgabten Ist-Beträgen der Vorjahre. Die Steigerungen im Bereich Theater und Musik sind dabei für 2008 und 2009 zu großen Teilen auf die teilweise Erstattung der Kosten für Tarifierhöhungen zurückzuführen. Bei den Museen wird der in der Vergangenheit kontinuierliche Anstieg der laufenden Ausgaben gemessen an den Anschlagwerten im laufenden Haushaltsjahr weiter fortgesetzt. Der Anstieg 2010 ist dabei allerdings fast ausschließlich durch eine Eckwerterhöhung infolge der Echtmieten-Einführung (1.186 T€) begründet. Die deutlichen Steigerungen der Investitionsausgaben des Bereichs sind 2009 überwiegend und 2010 ausschließlich auf die zeitlich begrenzten Zuschüsse des Landes für den Erweiterungsbau der Kunsthalle zurückzuführen.

Ausgabepositionen Produktplan "Kultur"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	9.268	9.062	9.113	9.281	9.734	453	4,9	
davon: Personalausgaben (Produktplan)	6.535	6.541	6.542	6.411	6.690	279	4,4	6.164
zugeordnete Anteile an Versorgung	2.734	2.521	2.571	2.870	3.044	174	6,1	
dar.: Museen	2.341	2.315	2.338	2.253	2.418	165	7,3	2.407
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	121	122	121	112	117	6	5,0	69
- Museen	44	44	44	43	46	2	5,6	
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	54.024	53.534	53.944	57.400	57.039	-360	-0,6	
- Museen	53.210	52.610	53.747	52.148	53.017	869	1,7	
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	67.439	64.948	65.586	66.366	67.513	1.146	1,7	66.537
dar.: Kommunale Kulturarbeit	5.727	6.050	5.948	5.888	5.868	-20	-0,3	5.417
Theater und Musik	33.083	32.786	31.905	34.660	35.179	519	1,5	32.941
Museen	10.465	10.555	10.611	11.158	11.603	445	4,0	12.527
Stadtbibliothek	9.173	8.837	8.097	8.023	8.266	243	3,0	8.266
Sonstiges	8.992	6.720	9.025	6.637	6.596	-41	-0,6	7.385
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	614	716	2.864					
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	5.711	7.137	6.793	5.857	7.926	2.069	35,3	10.698
dar.: Theater und Musik	1.541	1.124	2.007	1.646	1.528	-118	-7,2	1.405
Museen 3)	3.130	4.270	2.928	3.167	5.422	2.255	71,2	8.204
Sonstiges	1.040	1.743	1.858	1.044	976	-68	-6,5	1.089
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile			572					
Gesamtausgaben	82.419	81.148	81.492	81.504	85.173	3.669	4,5	

1) Beschäftigungsvolumen 2005-2009: einschließlich refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben: ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen: ohne refinanzierte Stellen

3) Einschließlich "Zuschuss für Erweiterungsbau Kunsthalle" (2009: 1,2 Mio. €; 2010: 5 Mio. €)

Benchmarkingergebnisse

Die pro Einwohner im Stadtstaat Bremen verausgabten öffentlichen Mittel für kulturelle (und kirchliche) Angelegenheiten bewegten sich nach deutlicher Aufstockung im Jahre 2003 sowie anschließender schrittweiser Reduzierung sowohl 2006 als auch 2008 (Fortschreibung mit bremen-internen Auswertungen in der Systematik der Bundesstatistik) nur noch leicht über dem Niveau des Jahres 2002 (+ 3,3 %). Im aktuellsten Jahr verfügbarer Vergleichswerte (2006) lagen die **einwohnerbezogenen Kulturausgaben** in beiden bremischen Städten zusammen bei rd. 120 € und damit knapp unter dem Vergleichswert Hamburgs (123 €) sowie deutlich unter dem Niveau Berlins (160 €).

Für Vergleiche mit dem übrigen Bundesgebiet sind aufgrund der Strukturunterschiede zwischen Stadtstaaten und Flächenländern Relationen der Kulturausgaben zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt aussagefähiger: Mit einem **BIP-Anteil** von 0,31 % lagen die Ausgaben des Stadtstaates für kulturelle Angelegenheiten hier im Jahr 2006 marginal über dem Länderdurchschnitt (einschließlich Gemeinden; 0,30 %) und relativ deutlich über dem Vergleichswert Hamburgs (0,26 %), wobei die Mehrausgaben gegenüber Hamburg ausschließlich durch den Bereich „Theater und Musik“ verursacht wurden, dem wiederum knapp 60 % der bremischen Kulturausgaben zuzurechnen sind.

Ebenfalls nur mit dem Berechnungsstand 2006 verfügbar ist der auf Kulturberufe entfallende **Erwerbstätigenanteil**, der in Bremen (3,1 %) zwar erwartungsgemäß deutlich über dem Flächenländerniveau (Länder insgesamt: 2,3 %), jedoch noch wesentlich deutlicher unter den Vergleichswerten von Hamburg (5,9 %) und vor allem von Berlin (7,5 %) liegt.

Für einzelne **Aufgabenbereiche** des Kulturressorts sind im Städte- bzw. Ländervergleich folgende Kosten- und/oder Leistungskennzahlen feststellbar:

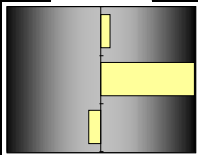
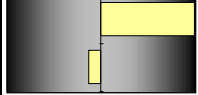

- Die Museen des Landes Bremen weisen gemessen an der Einwohnerzahl eine im Ländervergleich stark überdurchschnittliche Besucherzahl (2,2) auf, die nur von Berlin (4,1) übertroffen wird und dabei – ablesbar an der Positionierung Hamburgs (1,3) im Mittelfeld der übrigen Länder – nicht durch stadtstaaten-spezifische Besonderheiten begründet ist. Vergleichswerte zu den Kosten der Museen und ihrer Besucherstruktur werden von der amtlichen Statistik nicht angeboten.
- Mit einem Angebot von 3,9 Plätzen je 1.000 Einwohner fallen die Kapazitäten der bremischen Theater im Ländervergleich zwar durchschnittlich aus (Rang 6), übertreffen dabei jedoch relativ deutlich die Bestandszahlen der Stadt Hamburg. Die Nutzungsintensität 2008 bildete mit rd. 52 Besuchen je 100 Einwohner einen auch von den beiden anderen Stadtstaaten nicht erreichten Spitzenwert. Allerdings wird dieser Besucherzuspruch durch überdurchschnittliche Anstrengungen der öffentlichen Hand flankiert: Sowohl pro Einwohner (56 €; Rang 1) als auch pro Besuch (109 €; Rang 4) weisen die Theater in Bremen Zuweisungsbedarfe auf, die sehr hoch und dabei auch höher als in den beiden anderen Stadtstaaten ausfallen. Umgekehrt bleibt der Anteil des Einspielergebnisses an den Betriebsausgaben (14 %; Rang 11) nach wie vor deutlich hinter dem Länderdurchschnitt zurück (Quelle: jeweils Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins).

Bemerkenswert ist, dass die beiden bremischen Städte zu diesem Gesamtergebnis in sehr unterschiedlicher Weise beitragen. In der Stadt Bremen fällt sowohl die Besucherfrequenz (37 je 100 Einwohner) als auch der Zuweisungsbetrag je Einwohner (47 €) im Vergleich mit Hamburg und Berlin leicht und im Vergleich mit den übrigen Großstädten sogar deutlich unterdurchschnittlich aus. Für Bremerhaven weist die Statistik des Bühnenvereins hingegen Relationen aus, die die stadtbremischen Vergleichswerte z. T. dramatisch übersteigen: Pro Einwohner fallen die Besucherzahlen der Seestadt demnach um das fast 3 ½ fache höher aus als in der Stadt Bremen, die Zuweisungen um mehr als das Doppelte.

- Die Zahl der Benutzer/innen von Bibliotheken, bei denen aufgrund von Abgrenzungsproblemen öffentliche und wissenschaftliche Einrichtungen zusammengefasst betrachtet werden, konnte in Bremen im Jahr 2008 – nach deutlichen Rückgängen in den Vorjahren (2007: - 13 % gegenüber 2005) – zunächst wieder stabilisiert werden (+ 0,2 %). Angesichts bundesweit deutlich stärker steigender Benutzerzahlen (+ 4,9 %) fielen die bremischen Bibliotheken im Länderranking damit allerdings dennoch auf Rang 4 – hinter Niedersachsen, Berlin und Bayern – zurück. Der ursprünglich deutliche Vorsprung bei der Nutzerintensität gegenüber dem Bundesdurchschnitt hat sich innerhalb von drei Jahren mehr als halbiert.

Ungebrochen ist hingegen der Trend höherer Entleihungszahlen pro Bibliotheks-Benutzer/in: Mit knapp 60 Entleihungen (+ 20 % gegenüber 2005) können die bremischen Einrichtungen hier inzwischen den zweithöchsten Wert aller Bundesländer – nach Hamburg – verzeichnen. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt fällt die Zahl der Ausleihungen pro Nutzer aktuell bereits um rd. 45 % höher aus (2005: 30 %). Überdurchschnittliche Werte bei den Entleihungen werden dabei auch im Städtevergleich für die Stadt Bremen (vgl. nachfolgende Tabelle) bestätigt.

Produktplan 22 Kultur: Kennziffern aus Vergleichsringen

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *		Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Median	Ø Städte*	Rang Bremen
					Min	Max						
22-F-03	Bibliotheken: Entleihungen je Einwohner/in	Anzahl	2008			6,4	3,4	12,4	4,7	6,0	.	
22-G-02	Musikschulen: Zuschuss je Belegung	Euro	2008			599	181	599	392	419	.	
22-G-03	Volkshochschulen: Zuschuss je Belegung	Euro	2008			53,6	27,2	115,4	53,6	59,2	.	

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

** Beteiligte Städte: Bremen, Dortmund, Frankfurt/Oder (bis 2005), Kamenz (ab 2006), Schwerte, Witten

- Nach wie vor werden die Ausgaben der bremischen Musikschulen in stark unterdurchschnittlichem Umfang durch Unterrichtsgebühren der Schüler/innen gedeckt. Zwar wurde im Jahr 2008 mit 36,0 % der bisher höchste Kostendeckungsgrad der Einrichtungen erzielt. Die Differenz zum Bundesdurchschnitt (48,4 %) hat sich damit allerdings um einen weiteren Prozentpunkt erhöht. Nur drei Länder (Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern) weisen aktuell noch geringere Finanzierungsanteile aus Unterrichtsgebühren auf.

Zum Anteil jugendlicher Schüler/innen (bis zu 19 Jahren) in Musikschulen an der altersgleichen Einwohnerzahl, die Aufschluss über den Nutzungs- bzw. Versorgungsgrad dieser für die Musikerziehung maßgeblichen Altersgruppe gibt, liegen aktuellere Auswertungen derzeit noch nicht vor. Die bremischen Musikschulen weisen hier seit Beginn der statistischen Erfassung (2000) im Ländervergleich die geringsten Werte aus.

- Unverändert weit über dem Länderdurchschnitt und deutlich vor dem nächstfolgenden Bundesland (Nordrhein-Westfalen) liegen in Bremen – trotz durchschnittlicher eigener Einnahmen - die öffentlichen Zuweisungen für die Volkshochschulen. Mit 7,4 € pro Einwohner wurden in Bremen im Jahr 2008 um 54 % höhere Finanzierungen aus öffentlichen Mitteln geleistet als im Durchschnitt des übrigen Bundesgebietes (knapp 5 €). Die Überdurchschnittlichkeit dieses Betrages im Stadtstaaten-Vergleich beträgt 30 % (Berlin) bzw. 164 % (Hamburg).

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Das Kulturressort wurde im Benchmarking-Bericht 2008 gebeten, die Ziele des Bereichs bis zur Erstellung des nächsten Benchmarking-Berichts „auf Basis des Masterplans und der Koalitionsvereinbarung zu konkretisieren und ihnen adäquate Indikatoren zuzuordnen, die es ermöglichen, den Ressourceneinsatz und Erfolg zu kontrollieren. Die Definition zumindest einzelner Detailziele und Aufgabenschwerpunkt könnte hierfür geeignete Anknüpfungspunkte bieten, wobei an die Stelle fehlender Städte- und Ländervergleichsdaten auch rein bremische oder an Durchschnittswerten orientierte Zielgrößen treten können“. Angesichts der diesbezüglich unveränderten Ausgangslage ist es erforderlich, diese Bitte, die zwischenzeitlich auch wieder in einen entsprechenden Prüfauftrag des Senats aufgenommen wurde, uneingeschränkt zu erneuern.

Das Fachressort und die Benchmarking-AG haben – aufgrund des auf beiden Seiten hohen Interesses an der Erzielung von Fortschritten bei der Umsetzung der Prüfaufträge - verabredet, im ersten Halbjahr 2010 einen gemeinsamen Versuch zur Meßbarmachung der Ziele und zur Verknüpfung mit dem verfügbaren Kennzahlenspektrum des Bereichs zu unternehmen.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Ø	Max															
22-E-01	Theaterbesuche je 100 Einwohner/-innen	Anzahl	2007		36,7	51,5	50,5	42,1	<u>4,7</u>	87,1	69,9	54,2	84,3	29,5	62,1	94,7	92,2	57,4	11		
22-E-02	Öffentliche Theater: Plätze je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2007		3,1	2,9	5,2	5,3	<u>2,7</u>	5,7	5,7	7,3	4,2	2,8	6,3	9,6	8,4	5,3	10		
22-E-03	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Einwohner/-in	Euro	2007		46,5	46,6	47,2	51,0	<u>31,9</u>	98,2	70,3	86,2	91,8	46,4	109,5	98,6	123,3	65,4	11		
22-E-04	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Besuch	Euro	2007		126,6	<u>90,5</u>	93,4	121,0	674,3	112,7	100,5	159,1	108,9	157,6	176,2	104,1	133,7	113,9	6		
22-E-05	Einspielergebnis	%	2007		15,3	25,0	27,6	11,7	<u>4,5</u>	17,5	22,3	18,8	15,2	18,2	14,8	26,6	22,4	22,2	9		

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
22-A-01	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten: Anteil am BIP	%	2006		0,31	0,26	0,67	0,27	0,24	0,26	0,22	0,24	0,26	<u>0,19</u>	0,22	0,41	0,48	0,76	0,52	0,51	0,30	7		
22-A-02	Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik: Anteil am BIP	%	2006		0,18	0,13	0,32	0,12	0,10	0,11	0,09	0,12	0,10	<u>0,02</u>	0,09	0,07	0,22	0,27	0,22	0,23	0,13	6		
22-B-01	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten je Einwohner/-in	Euro	2006		120,4	123,0	160,3	85,0	80,5	87,3	54,2	67,8	64,4	<u>51,6</u>	53,3	81,5	92,9	158,4	104,7	102,5	84,2	4		
22-B-02	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten je Einwohner/-in: Veränderung in den letzten 2 Jahren	%	2006		-5,9	-7,7	-4,0	-1,1	10,2	9,5	-2,7	4,7	5,7	<u>-16,9</u>	2,0	-4,6	4,6	0,1	-5,2	-8,8	1,4	13		
22-C-01	Erwerbstätige in Kulturberufen	%	2006		3,1	5,9	7,5	2,3	2,3	2,5	1,4	2,2	2,0	1,4	1,7	1,3	1,5	2,1	<u>1,2</u>	1,5	2,3	3		
22-D-01	Museumsbesuche je Einwohner/-in	Anzahl	2007		2,2	1,3	4,1	1,3	1,5	0,8	0,9	0,9	1,1	<u>0,7</u>	1,0	1,3	1,9	1,9	1,0	1,8	1,3	2		
22-E-01	Theaterbesuche je 100 Einwohner/-innen	Anzahl	2007		51,8	51,5	50,5	22,8	22,8	19,8	20,8	19,7	<u>15,3</u>	18,3	19,9	19,2	45,4	50,1	35,6	37,5	25,7	1		
22-E-02	Öffentliche Theater: Plätze je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2007		3,9	2,9	5,2	2,9	2,8	2,2	2,7	2,5	<u>1,5</u>	2,2	3,0	2,6	15,9	6,3	5,0	9,0	3,4	6		
22-E-03	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Einwohner/-in	Euro	2007		55,6	46,6	47,2	23,2	19,7	28,7	17,3	21,5	<u>14,9</u>	21,8	20,0	17,3	36,0	47,3	31,8	39,4	25,4	1		
22-E-04	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Besuch	Euro	2007		107,2	90,5	93,4	102,0	86,3	145,1	82,9	109,3	97,0	119,0	100,5	90,1	<u>79,2</u>	94,4	89,4	105,2	98,7	4		
22-E-05	Einspielergebnis	%	2007		14,0	25,0	27,6	16,8	23,1	13,1	17,5	16,4	14,4	13,9	13,6	11,9	14,8	22,3	<u>10,4</u>	16,0	18,5	11		
22-F-01	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		160,1	128,1	176,1	149,8	160,2	126,2	177,6	123,1	107,2	<u>70,6</u>	131,2	100,0	132,7	122,2	93,4	130,8	138,0	4		
22-F-02	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Entlehnungen je Benutzer/-in	Anzahl	2008		59,7	66,3	42,9	46,8	37,4	33,0	<u>27,9</u>	44,6	32,7	37,0	50,8	43,9	37,1	56,8	43,4	34,4	41,1	2		
22-G-01	Musikschulen: Anteil der Unterrichtsgebühren an den Ausgaben	%	2008		36,0	39,2	52,5	54,2	46,2	62,6	54,0	43,6	49,4	51,9	65,1	39,6	35,2	37,6	<u>29,9</u>	34,8	48,4	13		
22-G-03	Musikschulen: Anteil der Schüler/-innen an der altersgleichen (bis unter 19 Jahre) Bevölkerung	%	2006		<u>1,8</u>	2,5	5,2	8,3	5,0	5,0	4,6	4,8	4,8	2,2	3,9	6,6	5,7	6,0	5,3	5,3	5,3	16		
22-H-01	Volkshochschulen: Einnahmen je Einwohner/-in	Euro	2008		7,6	4,7	4,1	8,4	8,3	7,6	14,0	6,3	5,3	6,9	8,1	<u>1,5</u>	2,5	2,9	2,2	2,8	7,0	5		
22-H-02	Volkshochschulen: öffentliche Zuschüsse je Einwohner/-in	Euro	2008		7,4	2,8	5,7	4,5	4,3	5,3	5,9	6,6	3,4	4,7	4,7	2,3	3,6	<u>2,2</u>	2,7	3,1	4,8	1		

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Hochschulen und Forschung

Vorbemerkungen

Der Wissenschaftsbereich wird bereits seit mehreren Jahren über Zielvereinbarungen und Kennzahlen gesteuert. Umfangreiches Zahlenmaterial – auch in der Zeitreihe – liegt aufgrund von Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes vor. Ein lückenloser Großstadtvergleich ist somit auch für das Jahr 2006 möglich. Den Produktplan 24 kennzeichnet ein dynamische Entwicklung. Diese wird besonders deutlich bei der Betrachtung der Datenreihen ab 1998 im Anlagenband.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu einem profilierten und exzellenten Wissenschaftsstandort sowie Erschließung und Nutzung des Potentials der Metropolregion Bremen - Oldenburg
Z1-1	Stärkung der hervorragenden und transferrelevanten Bereiche in den Wissenschaftsschwerpunkten und Positionierung der Universität Bremen als eine international anerkannte Forschungsuniversität
Z1-2	Ausbildung hoch qualifizierter Nachwuchskräfte in exzellenten und innovativen Wissenschaftsfeldern
Z1-3	Stabilisierung des hohen Drittmittelvolumens und Verstärkung der Transferleistungen
Z1-4	Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung der Hochschulen insbesondere durch eine Steigerung der Absolventenzahlen und eine Verkürzung der Studiendauer
Z1-5	Weiterentwicklung der innovativen wissenschaftlichen Kernbereiche mit den stärksten Wachstums- und Beschäftigungseffekten
Z1-6	Schaffung zukunftssträchtiger neuer Arbeitsplätze durch Wissenschaft und Wissenstransfer als Voraussetzung zur Bewältigung des Strukturwandels und der demographischen Entwicklung
Z1-7	Bereitstellung eines Arbeitskräftepotentials mit hohem Qualifikationsniveau und Gewinnung neuer Einwohner/innen
Z1-8	Umsetzung der Ziele des Gender-Mainstreaming; insbesondere verstärkte Frauenförderung

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den PPI Hochschulen und Forschung stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan "Hochschulen und Forschung"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 ³⁾	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	2.958	2.923	2.939	2.992	3.079	86	2,9	°
davon: Personalausgaben (Produktplan) 1)	2.289	2.211	2.327	2.444	2.505	61	2,5	2.214
zugeordnete Anteile an Versorgung	480	543	398	548	573	25	4,6	°
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	189	168	213	0	0	0	°	0
nachr.. Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) 2)	39	41	41	42	37	-5	-10,8	34
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	58.721	53.775	57.430	58.339	67.000	8.661	14,8	°
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	207.681	254.886	264.369	269.609	279.600	9.990	3,7	276.960
dar.: UNI/HOS - Zuschüsse Personalausgaben	79.965	68.210	68.035	127.373	130.541	3.169	2,5	124.172
Pers.kostenzusch. (AIP-Ant.) f. d. Umsetz. des HGP	0	57.730	59.393	0	0	0	°	0
UNI/HOS - Zuschüsse Versorg.bezüge/Beihilfen	27.975	29.672	30.226	32.040	34.562	2.522	7,9	36.450
UNI/HOS - Zuschüsse Sachausgaben	33.332	33.457	34.807	34.546	35.538	992	2,9	33.660
BAföG-Zuschüsse Tertiärbereich	13.482	13.314	12.083	12.760	14.983	2.222	17,4	15.680
Forschungsförderung	44.539	42.857	42.545	48.757	48.620	-136	-0,3	51.208
Hochschulpakt 2020 u. Verbesserung der Lehre				9.107	10.153	1.045	11,5	11.206
Sonstiges	6.228	5.986	5.260	5.026	5.202	176	3,5	4.584
sonst. zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	2.160	3.659	12.018	0	0	0	°	0

Ausgabepositionen Produktplan "Hochschulen und Forschung"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 ³⁾	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	144.679	72.988	55.417	48.075	48.261	185	0,4	43.834
dar.: Budgetaufstockung UNI (HGP)	33.369	0	0	0	0	0	°	0
Hochschulbauförderung (HBF)	63.232	47.827	27.485	17.118	16.749	-369	-2,2	11.066
BAföG-Darlehen (Ausgleich der Unterdeckung)	1.964	1.882	2.353	1.866	3.199	1.334	71,5	3.292
Zuschüsse zu den Invest. Uni/HOS/Sonstiges	15.265	14.960	15.965	29.092	28.312	-779	-2,7	29.476
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	30.850	8.319	9.614	0	0	0	°	0
Gesamtausgaben	355.318	330.796	322.724	320.677	330.939	10.262	3,2	°

1) Versorgungsbezüge der Hochschulen ab H'h. 2005 ff. bei den konsumtiven Ausgaben ausgewiesen.

2) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

3) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Der Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung ist in Bremen im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr von 51,2 auf 44,2 Studierende je 1.000 Einwohner/innen gesunken (24-A-01). In Hamburg und Berlin ist der Studierendenanteil nunmehr im dritten Jahr in Folge leicht zurückgegangen. Mit der aktuellen Entwicklung in Bremen ist – entgegen den Vorjahren – ein Rückschritt zu verzeichnen hinsichtlich der Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte. Vom Fachressort werden bereits für die Statistik 2007 wieder höhere Werte erwartet.

Auch die seit dem Jahr 2000 kontinuierlich steigende Versorgungsquote für auswärtige Studierende (24-B-01), die die in der Kapazitätsplanung des HGP IV abgesenkte Eigennutzungsquote (oberzentrale Funktion) reflektiert, ist 2006 leicht zurückgegangen.

Die Absolvent/innenquote (das Verhältnis der jeweils aktuellen Absolvent/innendaten eines Jahres zu den Studienanfängerzahlen im 1. Hochschulsemester vor 4 Jahren) (24-C-01) war in den Jahren 2003 und 2004 geradezu eingebrochen und zeigte sich für 2005 mit gut 50 % bereits leicht erholt. 2006 hat hier eine erhebliche Steigerung stattgefunden auf nunmehr fast 60 %. Als Gründe sind die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende und die Fristen für die Erlangung des Diplomabschlusses vor Umstellung auf BA/MA-Abschlüsse zu nennen.

Allerdings ist die Absolventenquote in fast allen Vergleichsstädten in 2006 gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so dass Bremen nun auf Platz 8 rangiert. Im Durchschnitt der Städte ist ein Blick auf die Zeitreihe interessant: Zwischen 1998 und 2005 ging die Absolvent/innenquote von gut 72 % kontinuierlich auf knapp 61 % in 2005 zurück, bevor nun eine Steigerung auf gut 63 % erfolgte.

Die Absolvent/innen-Zahlen pro Professor/in (24-C-02) sind auch im Jahre 2006 gestiegen und zwar – wie bereits im Vorjahr - deutlich stärker als im Durchschnitt der Städte. Somit konnte die in den beiden vorangegangenen Benchmarkingberichten angekündigte Verbesserung der Relation tatsächlich erreicht werden. Gleichwohl wird an einer weiteren Verbesserung der Erfolgsquote gearbeitet.

Die Grundmittelausstattung wurde sowohl auf die Einwohner/innenzahlen (24-D-01) als auch auf die Absolvent/innenzahlen (24-D-02) bezogen. Im Ergebnis fällt auf, dass Bremen wie in den Vorjahren bei den Grundmitteln pro Einwohner/in den geringsten Wert im Verhältnis zu den Vergleichsstädten aufweist und bei den Grundmitteln je Absolvent/in von einer Mittelfeldposition nunmehr auf den 12. Rang zurückgefallen ist.

Die Stärken Bremens im Drittmittelbereich werden in der Kennzahlendarstellung auch für 2006 besonders deutlich: Bezogen auf die Professor/innen (24-E-01) wurden wieder mehr Drittmittel akquiriert als im Vorjahr und Bremen nimmt nach wie vor einen der obersten Ränge ein. Werden die Drittmittel bezogen auf die Grundmittel (24-E-02), so belegt Bremen sogar den Spitzenplatz im Rahmen der Vergleichsstädte. Dies ist wiederum ein Hinweis auf die konstant hohe Effizienz und Effektivität im Forschungsbereich.

Im Produktplan 24 erfolgen bereits seit dem Jahr 1998 Kennzahlenvergleiche im Rahmen des von der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) im Auftrage der norddeutschen Länder durchgeführten Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleichs (AKL). Durch das Projekt, an dem derzeit neben Bremen noch Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein beteiligt sind, können gleichartige Hochschulen auf Lehreinheitsebene und zum Teil he-

runtergebrochen bis auf Studiengangsebene, hinsichtlich ausgewählter Indikatoren miteinander verglichen werden. Die im Zwei-Jahres-Rhythmus erhobenen Daten ermöglichen eine hochschulinterne und hochschulübergreifende Betrachtung auch im Zeitverlauf und sind damit für Zwecke des Controllings, der Steuerung und der Qualitätssicherung in den Hochschulen geeignet. Sie können zudem Impulse für die Qualitätsentwicklung in den zunehmend autonomen und im Wettbewerb miteinander stehenden Hochschulen setzen.

Gender Mainstreaming

Während 2006 bei den Studierenden insgesamt und bei den Studienanfänger/innen der Anteil von Frauen in Bremen noch – knapp – unter dem der Männer liegt, ist die Zahl der Absolventinnen leicht höher als die der erfolgreichen männlichen Prüfungskandidaten. Diese Tendenz entspricht dem Städtedurchschnitt.

In Bremen sind rund 40,6 % derjenigen, die im Jahr 2006 promoviert haben, weiblich.

Das Fachressort weist darauf hin, dass bei 5 der 12 Vergleichsstädte die Anzahl der Promotionen unter 500 liegt. In diesen Fällen führen bereits kleine Veränderungen in der geschlechterspezifischen Zusammensetzung zu großen Schwankungen bei den Kennzahlen. Aus diesem Grunde wird vom Nachweis dieser Kennzahl im Benchmarking-Bericht abgeraten.

Beim Anteil der Professorinnen nimmt Bremen zwar hinter Berlin, Frankfurt und Hamburg einen vorderen Platz ein, allerdings ist die Quote mit weniger als 19 % sehr gering. Mit einer nennenswerten Veränderung ist – trotz entsprechender Förderprogramme – allerdings auch erst langfristig zu rechnen, da eine Berufung von Frauen nur bei einer Wiederbesetzung freiwerdender und bei neu geschaffenen Stellen möglich ist.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Anhand der Kennzahlen und deren Entwicklung im Zeitverlauf wird wiederum deutlich, dass die Zielerreichung im Wissenschaftsbereich insgesamt stringent verfolgt wird. Besonders die Stärke im Drittmittel- bzw. Forschungsbereich wird durch das vorgelegte Datenmaterial belegt.

Defizite in der Lehre, die in den vorangegangenen Benchmarking-Berichten deutlich wurden, konnten gemindert werden (s. steigende Absolvent/innenquote). Zu beachten ist hierbei, dass das verfügbare Zahlenmaterial sich auf 2006 (bzw. auf die Entwicklung bis 2006) bezieht und seitdem erfolgte Veränderungen im Lehrbetrieb, die vor allem durch die weitreichende Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge beruhen, bislang nur geringe Auswirkungen zeigen. Insofern ist davon auszugehen, dass Folgeberichte eine positive Entwicklung für Bremen und auch für die Vergleichsstädte insgesamt erwarten lassen.

Mit Beginn der Legislaturperiode 2007-2011 erfolgten darüber hinaus Schwerpunktsetzungen im Wissenschaftsbereich zugunsten der Lehre und der Betreuung der Studierenden.

Im weiteren Verfahren sollen Vergleichsdaten aus Dresden in kommende Benchmarking-Berichte einfließen und es soll eine Darstellung der Studienanfängerzahlen unter Berücksichtigung des Hochschulpaktes geprüft werden.

Ziel	Städte-/ Stadtstaatenvergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Land Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max															
Z1-2 Z1-5 Z1-6 Z1-7	24-A-01	Studierende je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2006				44,2	33,9	36,9	50,5	.	44,3	<u>31,2</u>	67,7	64,5	69,7	69,4	64,3	45,6	47,2	9 von 12
Z1-7	24-B-01	Versorgungsquote für auswärtige Studierende	%	2006				38,9	22,6	29,5	55,4	.	27,5	32,2	56,8	<u>19,4</u>	60,1	60,8	61,6	38,8	42,4	6 von 12
Z1-4	24-C-01	Absolventenquote	%	2006				59,9	62,7	71,3	62,0	.	78,7	<u>41,7</u>	58,3	62,0	67,8	57,0	65,4	50,6	63,2	8 von 12
Z1-4 Z1-5 Z1-6	24-C-02	Absolventen/Absolventinnen je Professur	Anzahl	2006				5,2	<u>3,4</u>	4,9	5,1	.	4,7	3,8	4,3	4,2	6,1	4,7	4,5	4,3	4,6	2 von 12
Z1-4	24-D-01	Grundmittel je Einwohner/in	Euro	2006				<u>255</u>	276	306	333	.	521	304	456	552	438	465	662	543	392	12 von 12
Z1-4	24-D-02	Grundmittel je Absolvent/in	1.000 Euro	2006				<u>58,1</u>	77,3	69,0	63,5	.	99,5	126,5	72,1	76,2	59,3	62,6	91,5	113,8	77,2	12 von 12
Z1-1 Z1-3 Z1-6 Z1-7	24-E-01	Drittmittel je Professur	1.000 Euro	2006				129,2	<u>55,9</u>	100,3	61,0	.	70,4	92,4	91,7	136,4	82,0	58,5	136,9	157,7	98,0	4 von 12
Z1-3	24-E-02	Drittmittel je Grundmittel	%	2006				42,9	21,1	29,8	19,0	.	<u>15,2</u>	19,5	29,4	42,8	22,5	20,0	33,0	32,6	27,7	1 von 12

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Geschlechterverhältnis (Anteile in %) in unterschiedlichen Phasen und Bereichen der wissenschaftlichen Ausbildung 2006

Stadt	Studienanfänger/innen		Studierende		Absolvent/innen		Promotionen		Professor/innen	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Stuttgart	38,9	61,1	37,6	62,4	41,1	58,9	16,8	83,2	11,1	88,9
München	48,2	51,8	49,0	51,0	51,6	48,4	42,9	57,1	11,1	88,9
Berlin	49,9	50,1	49,4	50,6	52,5	47,5	45,7	54,3	20,5	79,5
Bremen	48,9	51,1	48,0	52,0	52,3	47,7	40,6	59,4	18,9	81,1
Hamburg	49,2	50,8	49,5	50,5	51,9	48,1	47,7	52,3	19,2	80,8
Frankfurt	57,1	42,9	53,8	46,2	57,3	42,7	41,8	58,2	20,3	79,7
Hannover	46,2	53,8	47,6	52,4	51,2	48,8	48,0	52,0	18,2	81,8
Essen	55,4	44,6	48,8	51,2	57,9	42,1	34,8	65,2	14,4	85,6
Dortmund	44,8	55,2	42,9	57,1	51,3	48,7	26,5	73,5	17,9	82,1
Düsseldorf	56,7	43,3	54,8	45,2	61,9	38,1	45,8	54,2	14,2	85,8
Köln	51,7	48,3	49,8	50,2	54,2	45,8	39,0	61,0	16,0	84,0
Leipzig	54,9	45,1	55,2	44,8	58,1	41,9	54,9	45,1	18,0	82,0
Durchschnitt	50,1	49,9	49,2	50,8	53,2	46,8	43,0	57,0	17,0	83,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung (Studienanfänger/innen, Absolvent/innen, Professor/innen)

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1, Tabelle 1 (Studierende)

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.2, Tabelle 2 (Prüfungen)

Bemerkung: Bei 6 der 12 Vergleichsstädte liegt die Zahl der Promotionen gesamt unter 500. In diesen Fällen führen bereits kleine Veränderungen in der geschlechterspezifischen Zusammensetzung zu großen Schwankungen bei den Kennzahlen.

Zudem steht das Promotionsrecht allein den Universitäten und gleichgestellten Hochschulen zu, so dass hier faktisch wegen der geringen Zahl promotionsberechtigter Hochschulen in den Städten nicht ein Städte-, sondern ein Hochschulvergleich stattfindet, der wiederum noch von der fachlichen Ausrichtung abhängig ist.

Arbeit

Vorbemerkungen

Die Aufgaben des Produktplans Arbeit sind breit gefächert. Sie reichen von Fragen der Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik über das Arbeitsrecht, die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts bis zum sozialen Entschädigungsrecht.

In den vergangenen Jahren hat sich das Ressort vergeblich bemüht, eine Erweiterung des Kreises der beteiligten Städte für das Benchmarking zur Arbeitsförderung zu erreichen. Es sind vor allem folgende Gründe, die die Zurückhaltung anderer Städte hinsichtlich einer Beteiligung erklären:

Seit Einführung des SGB II ist der Umfang von durch die Kommunen eingesetzten Mitteln und Programmen für Arbeitsförderung deutlich zurückgegangen. Damit ist das notwendige kritische Programm- und Finanzvolumen für ein Benchmarking häufig nicht mehr gegeben. Zudem existiert kein bundeseinheitlich gültiges Set von Kennziffern für kommunale oder Landesarbeitsmarktförderung. Der Bildung von standardisierten, überregional anwendbaren Kennziffern sind wegen der Zusätzlichkeit und Heterogenität der regionalen Förderansätze enge Grenzen gesetzt. Nachdem Hamburg trotz Zusage im laufenden Benchmarkingverfahren auch in diesem Jahr seine Beteiligung ausgesetzt hat, wird ein Vergleich auf Städte- und Landesebene (31-A-01 bis 31-A-11) zukünftig nicht mehr als sinnvoll erachtet. Daher wird ab dem Berichtsjahr 2010 auf die Darstellung von Vergleichsdaten im Städte- und Ländervergleich in der vorliegenden Struktur verzichtet. Zukünftig soll eine bremsische Zeitreihe zur Ausschöpfungsquote als Wirksamkeitsindikator (z.Zt. Kennziffer 31-A-05) in die Kommentierung aufgenommen werden. Auf Landesebene wird beginnend mit dem vorliegenden Benchmarkingbericht die Bedeutung der ESF-Kofinanzierung der bremsischen Arbeitsmarktpolitik hervorgehoben und die diesbezüglichen Berichts- und Controllingpflichten ausgewiesen.

Die Kennzahlen und Daten zum Aufgabenbereich Soziale Sicherheit (31-B-01 und 31-B-02 sowie 31-C-01 bis 31-C-06) stehen auch in diesem Jahr vollständig zur Verfügung.

Die Arbeitslosenquoten der Länder und Vergleichsstädte, die nicht alleine vom Ressort zu beeinflussen sind, werden bei den Zentralen Strukturkennziffern (Teil III des Berichts) aufgeführt.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Im letzten Bericht wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Zuschnitt des Produktplan Arbeit um den Aufgabenbereich "Arbeitschutz, technischer Verbraucherschutz und Eichwesen" verschlankt wird. Diese Aufgaben wurden in die Zuständigkeit des Bereiches Gesundheit verlagert und werden in dieser Zuordnung im vorliegenden Benchmarking-Bericht ausgewiesen. Der Produktplan Arbeit ist inhaltlich auf die Wahrnehmung der nachfolgend aufgeführten Aufgabenschwerpunkte konzentriert:

Z1	Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte und den Arbeitssuchenden bei der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu helfen
Z1-1	Sicherung vorhandener und Schaffung zusätzlicher Beschäftigung, Unterstützung der Betriebe bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer
Z1-2	Förderung von Frauen im Beruf
Z1-3	Bekämpfung von Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit
Z2	Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Beruf und Gesellschaft, Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts
Z2-1	Förderung, und Sicherung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft
Z2-2	Gewährung von Leistungen des Sozialen Entschädigungsrechts (Renten und Heilbehandlungen), besonders für Opfer von Gewalttaten

Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist es, den Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte und den Arbeitssuchenden bei der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu helfen (Z1). Arbeitsmarktpolitik soll präventiv ausgerichtet sein und gleichzeitig der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Der Schwerpunkt der Arbeitsförderung liegt auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote verfolgen damit vorrangig das Ziel, die Bedingungen zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung zu verbessern.

Die Förderung von Frauen im Beruf, in der Ausbildung und in den Programmen der Arbeitsmarktpolitik (Z1-2) soll eine gleichberechtigte Teilnahme am Arbeitsleben ermöglichen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll im Sinne der Doppelstrategie des Gender Mainstreaming verbessert werden.

Unterschiedliche Qualifizierungsangebote sowie finanzielle Eingliederungshilfen im Bereich der Beschäftigungsförderung stehen im Mittelpunkt der Förderangebote. Die Bekämpfung von Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit bleibt besonderer Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik (Z1-3).

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt liegt im Bereich des Schwerbehindertenrechts (Z2). Durch ein entsprechendes Feststellungsverfahren nach dem SGB IX erwächst schwerbehinderten Menschen eine Reihe von Nachteilsausgleichen. Damit soll eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleistet werden. Insbesondere dienen die Leistungen aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen (Z2-1).

Mit den Leistungen des Opferentschädigungsgesetzes (Z2-2) soll die Lebenssituation von Menschen, die Opfer einer Gewalttat geworden sind, verbessert werden. Den Opfern wird die Behandlung der gesundheitlichen Schäden und ein materieller Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitsverletzung gewährt.

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den Produktplan Arbeit stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan	"Arbeit"	Ist					Veränderungen		Anschlag 2010 (2)
		2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	%	
		Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)		17.505	16.385	15.908	16.289	11.380	-4.909	-30,1	°
davon:	Personalausgaben (Produktplan)	13.086	12.268	11.755	11.767	6.777	-4.990	-42,4	6.411
	zugeordnete Anteile an Versorgung	4.419	4.117	4.153	4.522	4.603	81	1,8	°
nachr.:	Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	248	239	230	224	131	-94	-41,8	131
	Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	52.702	51.395	51.023	52.442	51.922	-520	-1,0	°
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)		44.814	43.157	49.856	39.484	31.491	-7.993	-20,2	33.766
dar.:	Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	29.435	27.656	34.820	25.159	17.540	-7.619	-30,3	18.678
davon:	Europäischer Sozialfonds (ESF)	21.102	23.317	29.777	20.647	12.836	-7.811	-37,8	14.826
	Landesmittel	8.333	4.339	5.043	4.512	4.705	193	4,3	3.852
	Soziale Sicherheit	14.644	14.825	14.313	13.620	13.951	330	2,4	15.088
	Arbeitsschutz, techn. Sicherheit, Eichwesen 3)	695	639	683	669	0	-669	0,0	0
	Sonstiges	40	37	40	35	0	-35	-100,0	0
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)		1.050	1.263	1.568	1.082	833	-249	-23,0	972
Gesamtausgaben		63.369	60.805	67.332	56.854	43.704	-13.151	-23,1	°

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 e incl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

3) Bis 2008 einschließlich Arbeitsschutz, techn. Sicherheit, Eichwesen

Benchmarkingergebnisse

Arbeitsförderung

Aufgrund der eingangs geschilderten Datenlücke Hamburgs ist nur eine begrenzte Auswertung im Städtevergleich möglich. Systematisch vergleichbar sind die beiden Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie die Städte München und Bremen. Die ermittelten Werte von geförderten Personen und eingesetzten Finanzmitteln beziehen sich auf arbeitsmarktpolitische Programme für arbeitslose Personen. Angebote für Beschäftigte, etwa im Bereich beruflicher Qualifizierung, bleiben aufgrund einer nicht vergleichbaren Datenlage unberücksichtigt.

Beschäftigungsfördernde Maßnahmen sind primär auf die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt ausgerichtet. Diese Orientierung drückt sich in der Kennziffer „Eingliederungsquote“ (31-A-01) aus. Stadt und Land Bremen nehmen diesbezüglich mit ca. 19 % eine mittlere Position zwischen Berlin (21,2 %) und München (16,1 %) ein. Dennoch ist unübersehbar, dass die Eingliederungsquoten im Jahresvergleich 2007 zu 2008 in Bremen um mehr als 20 % und in München um über 30 % gesunken sind.¹ Berlin konnte die Quote um ca. 12 % verbessern.

Bei der Betrachtung des unmittelbar auf die Geförderten bezogenen Finanzindikators „eingesetzte Mittel je Teilnehmer/-in“ (31-A-02) weisen Stadt und Land Bremen einen deutlich geringeren Betrag auf als Berlin und München. In 2008 wurden die Mittel pro geförderter Person in Bremen (Stadt sowie Land) um mehr als 20 % reduziert, wohingegen Berlin seinen Mittelansatz nur um ca. 2 % reduziert und München einen prozentualen Mittelzuwachs von ca. 20 % aufweist. Dies ist, wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt, auf das insgesamt zurückgehende Mittelvolumen, insbesondere der Landesmittel zurückzuführen.

Die gegensätzliche Entwicklung bezüglich des Mitteleinsatzes wird bei der Betrachtung der Kennzahl „Mitteleinsatz je Einwohner/in“ (31-A-04) besonders deutlich. Hier setzt München statistisch ein ca. 2,5-faches Mittelvolumen im Vergleich zur Stadt Bremen ein. Den mit Abstand größten Mitteleinsatz weist jedoch Berlin mit einem etwa fünffach so hohen Wert im Vergleich zum Land Bremen auf.

Bei der Frage nach dem Anteil der arbeitslosen Personen, die über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erreicht werden (Ausschöpfungsquote 31-A-05), ergibt der Vergleich, dass in Berlin mit 35,5 % deutlich mehr arbeitslose Personen von der Förderung des Landes erreicht werden als in Bremen mit 11,0 %. Hier hat sich das Verhältnis im Vergleich zum Vorjahr zu Ungunsten Bremens entwickelt: Berlin konnte seine Quote um 4,7 Prozentpunkte verbessern, während sie in Bremen um 7,2 Prozentpunkte sank. München konnte seine Quote um ca. 1,2 Prozentpunkte erhöhen, während sie in der Stadt Bremen um 6,6 Prozentpunkte sank.

Mit der Kennziffer Frauenförderquote (31-A-06) wird der Anteil von Frauen an allen geförderten Personen in Beschäftigungsmaßnahmen dargestellt. Damit wird sowohl dem Gender Mainstreaming Rechnung getragen wie auch dem Beschluss des Senats entsprochen, die vorhandenen Kennzahlensysteme stärker mit den fachpolitischen Zielen zu verknüpfen. Im Bereich Arbeit ist gerade die Förderung von Frauen im Beruf, in der Ausbildung und in den Programmen der Arbeitsmarktpolitik explizit genanntes Ziel (Z1-2). Im Vergleich zu München mit einer Frauenförderquote von 46,4% steht die Stadt Bremen mit 40,8% vergleichsweise schlecht da. Zudem ist der Bremer Wert im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 Prozentpunkte gesunken.

¹ Die Stadt München legt Wert auf die Feststellung, dass aus methodischen Gründen nur der Programmbereich „Zweiter Arbeitsmarkt / Soziale Betriebe“ in die Erhebung eingegangen. Er ist unterdurchschnittlich vermittlungstark (Kennziffer 31-A-01) und überdurchschnittlich kostenintensiv (31-A-03).

Der Europäische Sozialfonds (ESF) in der bremischen Arbeitsmarktpolitik

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist die bei weitem wichtigste Finanzierungsquelle der Arbeitsmarktpolitik des Landes, die im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) umgesetzt wird. In der laufenden Förderperiode werden die ESF-Mittel in einem eigenen Operationellen Programm (OP) des Landes umgesetzt. Aus dem ESF werden ca. 85 % der Mittel finanziert, die aus dem bremischen Haushalt für aktive Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt werden. Für den aktuellen Programmzeitraum 2007 - 2013 stehen 89 Mio. € an ESF - Mitteln zur Verfügung; dies entspricht bei linearer Verteilung ca. 12,7 Mio. € p.a. Durch Restmittel aus der vorangegangenen Förderperiode liegen die tatsächlichen Mittelansätze der Jahre 2007 und 2008 jedoch über dem förderperiodengemäßen Anschlag.

Das BAP ist nach folgenden vier operativen Fonds gegliedert:

Fonds 1: Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch flankieren - Beschäftigungspotentiale ausbauen

Fonds 2: Kompetenzen der Menschen fördern - Individuelle Arbeitsmarktchancen stärken

Fonds 3: Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen - Teilhabe an Beschäftigung ermöglichen

Fonds 4: Schwerbehinderte Menschen fördern - Integration unterstützen

Im BAP werden die ESF-Mittel mit einem Anteil von ca. 83 % in den 4 größten Programmen „Bremen Produktiv und Integrativ“ (Beschäftigungsförderung), „Bremer Fachkräftinitiative“ (Qualifizierung), „Arbeitsmarktorientierte Beratung“ und „Ausbildung und Jugend“ eingesetzt.

ESF- und BAP - Programmstruktur sind eng aufeinander abgestimmt. Auch das Controlling und Berichtswesen erfolgt in einer inhaltlich und zeitlich parallelen Struktur. Für den ESF erfolgt die Berichtslegung gegenüber dem regionalen ESF-Begleitausschuss und der Europäischen Kommission, für das BAP ist die Staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit der Adressat der Berichterstattung.

Die wesentlichen fachlichen Berichts- und Controllinganforderungen beziehen sich auf

- die Entwicklung der Rahmenbedingungen inkl. der sozioökonomischen Entwicklung der Region,
- den finanziellen Input (Mittelbindung, Abrechnung),
- den Output als fachliche Ergebnisse gemäß der Indikatoren des Operationellen Programms.

Mit diesem Benchmarkingbericht werden erstmals drei Kennziffern eingeführt, die das ESF-Mittelvolumen Bremens in Beziehung zur Einwohnerzahl sowie zur Zahl der arbeitslosen und beschäftigten Personen setzen und in einer mehrjährigen Zeitreihe darstellen. Als ESF-Ansatz wurden die Anschläge jeweils einer Förderperiode zugrunde gelegt, also für das Jahr 2006 die Förderperiode 2000 - 2006, für 2007 und 2008 die Förderperiode 2007 - 2013. Finanzielle Überschneidungen zweier Förderperioden bleiben unberücksichtigt.

ausgewählte ESF - Indikatoren in €	2006	2007	2008
ESF-Mittel je Einwohner/-in	28,3	18,1	18,5
ESF-Mittel je arbeitsloser Person	393,7	291,1	331,7
ESF-Mittel je beschäftigter Person	69,1	43,0	42,9

Es wird deutlich, dass im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 ein deutlicher Rückgang an Mitteln pro Referenzgröße festzustellen ist.

Soziale Sicherheit

Obwohl die Anzahl der Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz 2007 (31-B-02) in Bremen leicht gesunken ist und sich bundesweit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegt, sind die einwohnerbezogenen Ausgaben (31-B-01) gestiegen. Sowohl in Bremen als auch in Berlin sind die Ausgaben jeweils angestiegen, während Hamburg - entgegen der bundesweiten Entwicklung - 2007 erneut geringfügig niedrigere Ausgaben ausweist. Bremen nimmt nach Berlin wiederum den zweithöchsten Platz bei den Ausgaben ein.

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Erst- und Änderungsanträgen von schwerbehinderten Menschen (31-C-04) nimmt lediglich in Schleswig-Holstein noch weniger Zeit in Anspruch als in Bremen. Im Vorjahresvergleich verbesserte Bremen die Bearbeitungsdauer um 0,2 Monate. Bremen hat mit Baden-Württemberg den zweitbesten Wert.

Bei den Ausgaben der Integrationsämter aus der Ausgleichsabgabe als begleitende Hilfe zum Erhalt der Arbeitsplätze Schwerbehinderter nähert sich das Integrationsamt Bremen mit knapp 260 € je Pflichtarbeitsplatz (31-C-05) zwar noch nicht dem Bundesdurchschnitt an, im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben Bremens jedoch um rd. 12 Euro pro Pflichtarbeitsplatz. Das Ressort begründet diesen Umstand damit, dass in Bremen wieder vermehrt institutionelle Förderung betrieben wird. Dazu zählt u.a. die finanzielle Förderung von Einrichtungen für behinderte Menschen, die nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, zum Beispiel von Werkstätten für behinderte Menschen oder von Wohnheimen. Aufgrund der Neuregelung zur Verteilung der Ausgleichsabgabe müssen die Länder ab 2009 nur noch 20 Prozent des Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den Bund abführen. Die Ausgleichsabgabe, die von den sozialversicherungspflichtigen Arbeitgebern im Bundesland des Hauptfirmensitzes aufgebracht werden, ermöglichen einen Belastungsausgleich unter den Arbeitgebern, d.h. die Abgabe begünstigt diejenigen unter ihnen, die ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung der schwerbehinderten Menschen nachkommen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Das Ressort hat wiederholt versucht, den Kreis der beteiligten Städte bei den Kennzahlen zur Arbeitsmarktpolitik zu erweitern. Trotz aller Bemühungen wird es jedoch auf absehbare Zeit keine Verbesserung der Datenlage geben. Daher hat sich die Begleit-AG mit dem Ressort darauf verständigt, ab dem nächsten Bericht neben den Kennzahlen für die soziale Sicherheit nur noch eine Darstellung von Kernaussagen zur bremischen Arbeitsmarktpolitik vorzunehmen. Dies beinhaltet den Anteil der durch die Förderung erreichten arbeitslosen Personen (Ausschöpfungsquote) und die Fortschreibung der bereits in diesem Bericht vorgelegten Zeitreihe ausgewählter ESF-Kennziffern.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Land Bremen	Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Ø	Max																
Z 1	31-A-01	Eingliederungsquote in den ersten Arbeitsmarkt aus Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen	%	2008			19,3	18,8	.	21,2	16,1	.	x	x
Z 1	31-A-02	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) je Teilnehmer/in	Euro	2008			1.185	1.207	.	1.479	2.734	.	x	x	
Z 1	31-A-03	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) je arbeitsloser Person	Euro	2008			130	116	.	524	508	.	x	x	
Z 1	31-A-04	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) je Einwohner/in	Euro	2008			7,2	5,8	.	35,7	14,8	.	x	x	
Z 1	31-A-05	Ausschöpfungsquote: Anteil der Geförderten an arbeitslosen Personen	%	2008			11,0	9,6	.	35,5	18,6	.	x	x	
Z 1-2	31-A-06	Frauenförderquote	%	2008			41,0	40,8	.	41,7	46,4	.	x	x	
n. AFGJS	31-A-10	Eingliederungshilfe gem. SGB II/ eHb-Quote: Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65)	%	2008			15,7	14,5	12,0	18,8	5,5	.	x	x	
n. AFGJS	31-A-11	Eingliederungshilfe gem. SGB II/ Fördermittelquote: Eingesetzte Fördermittel (EGT der ARGEn) je eHb	Euro	2008			1.261	1.240	1.116	1.335	801	.	x	x	

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
Z 2-2	31-B-01	Opferentschädigungsrecht: Ausgaben je 1.000 Einwohner/innen	Euro	2007			3.215	2.663	3.370	1.168	<u>1.075</u>	2.181	2.129	2.077	1.514	1.246	1.229	2.929	2.023	1.224	1.965	1.429	1.786	2
Z 2-2	31-B-02	Opferentschädigungsrecht: Anträge je 10.000 Einwohner/innen		2007			8,1	3,2	5,0	2,7	<u>1,5</u>	2,5	2,9	3,3	2,0	3,4	2,7	5,0	2,9	2,2	2,4	2,5	2,8	1
Z 2	31-C-01	Schwerbehinderte Menschen: Anteil an der Bevölkerung	%	2007			9,5	8,9	11,3	9,8	8,8	11,3	9,0	9,5	10,1	12,1	10,5	11,1	11,0	9,1	<u>8,5</u>	9,2	9,7	9
Z 2-1	31-C-02	Schwerbehinderte Menschen: Beschäftigungsquote der öffentlichen Arbeitgeber	%	2007			5,9	6,1	6,7	5,6	5,8	7,5	5,1	6,3	5,1	6,3	5,5	5,6	6,6	5,4	<u>5,0</u>	5,7	6,0	7
Z 2-1	31-C-03	Schwerbehinderte Menschen: Beschäftigungsquote der privaten Arbeitgeber	%	2007			3,5	3,2	3,7	3,7	3,4	4,0	3,6	4,2	3,4	3,4	3,3	3,2	3,5	3,0	<u>2,7</u>	3,5	3,7	6
Z 2	31-C-04	Schwerbehinderte Menschen: Bearbeitungsdauer bei Erst- und Änderungsanträgen	Monate	2007			2,6	3,3	6,9	2,6	2,8	3,3	3,0	2,8	3,4	4,1	<u>2,4</u>	3,5	4,4	5,6	3,6	3,1	3,8	14
Z 2	31-C-05	Integrationsamt: Ausgaben je Pflichtarbeitsplatz	Euro	2007			<u>259,6</u>	283,9	380,4	424,6	317,8	431,3	375,5	337,8	401,7	392,0	375,2	429,3	413,2	343,5	405,0	306,5	365,4	16
Z 2-1	31-C-06	Integrationsamt: Kündigungsanträge in Bezug auf je 100 mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze	Anzahl	2007			3,1	2,5	2,8	2,3	<u>2,2</u>	2,9	2,8	2,5	2,8	4,1	2,6	4,3	4,0	3,7	4,2	4,3	2,7	7

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Jugend

Vorbemerkungen

Der Produktbereich „Hilfen für Junge Menschen und Familien“ gliedert sich in die Bereiche Förderung von Familien und jungen Menschen, Kindertagesbetreuung, Wiederherstellung / Stärkung der Familie als Lebensort, Betreuung und Unterbringung außerhalb der Familie, Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschuss und Unterhaltsausfallleistungen.

Im Benchmarking werden schwerpunktmäßig die Bereiche Kindertagesbetreuung und Erziehungshilfe dargestellt. Die tabellarischen Darstellungen wurden um die Kennzahlen gekürzt, bei denen zum wiederholten Male aufgrund des Scheitern des Vergleichs keine Vergleichsdaten vorliegen. Dies sind alle Kennzahlen zu der Kindertagesbetreuung im Städtevergleich bis auf „Kindertagesbetreuung Betreuungsquote von 0 bis unter 3 Jahre (41-C-04)“ sowie „Betreuungsquote von 3 bis unter 6 Jahre (41-C-05)“. Bei den Kennzahlen 41-H-03 bis 41-H-05 aus dem Bereich Erziehungshilfe liegen auf Grund eines EDV-Problems keine bremsischen Daten vor. Da dieses nach Auskunft des Ressorts auch noch im Jahr 2010 der Fall sein wird, werden diese Kennzahlen aus dem Benchmarking vorläufig gestrichen. Da aber für den wichtigen Politikbereich der Kindeswohlsicherung alle drei Kennzahlen, die die Aufgaben je Fall darstellen, bedeutsam sind, sollen sie (nach 2010) schnellstmöglich wieder aufgenommen werden.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Förderung von Familien und jungen Menschen
Z1-1	Kinder- und Jugendförderung
Z2	Kindertagesbetreuung
Z2-1	Sicherstellung der Tagesbetreuung für 3 bis unter 6-jährige
Z2-2	Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren
Z2-3	Ausbau und Qualifizierung der Kindertagespflege
Z3	Wiederherstellung und Stärkung der Familie als Lebensort
Z3-1	Beratung und Unterstützung von Familien und Erziehungsberechtigten in besonderen Lebenssituationen und zur Stärkung der Erziehungskompetenz
Z3-2	Hilfen zur Integration von behinderten Kindern
Z3-3	Teilstationäre Hilfen zur Unterstützung und Unterhaltung der Familien als Lebensort
Z3-4	Beratung und Unterstützung von jungen Menschen zur Entwicklung von Eigenständigkeit und Eigenverantwortung
Z4	Betreuung und Unterbringung außerhalb der Familie
Z4-1	Kindeswohlsicherung in aktuellen Gefährdungssituationen
Z4-2	Sicherstellung der Erziehung und Entwicklung von Kindern und jungen Menschen bis zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie oder Verselbständigung
Z5	Andere Aufgaben der Jugendhilfe
Z6	Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschuss- und Unterhaltsausfallleistungen
Z6-1	Erhöhung der Rückholquote

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte werden im Abschnitt „Soziales“ dargestellt.

Benchmarkingergebnisse

Kindertagesbetreuung

In diesem Bericht werden im Bereich der Kindertagesbetreuung vor allem die aus der Statistik des Statistischen Bundesamtes entnommenen Vergleichskennzahlen dargestellt. Das Ressort teilte mit, dass die Bemühungen, gemeinsam mit Vergleichspartnern eigene valide Vergleichsdaten zu entwickeln, vorläufig als gescheitert betrachtet werden müssen.

Bei der Betreuungsquote von unter drei-jährigen Kindern liegt Bremen mit 14,0 % auf dem 8. Rang von 12 Städten im Städtevergleich. In den vergangenen Jahren seit 2006 hat sich diese Quote ausgehend von 10,4 um ca. ein Drittel erhöht. Gleichzeitig ist auch der Durchschnitt aller Städte - von rd. 22% auf rd. 25% - deutlich gesteigert worden.

Bei der Betreuungsquote der 3-6-jährigen liegt Bremen mit 87,8% knapp unter dem Durchschnitt aller Städte (89,7%).

Diese Alterskohorte hat einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, der, wenn er geltend gemacht wird, auch erfüllt wird. Die genannte Betreuungsquote ist ein Indiz für die Inanspruchnahme durch die Eltern.

Mit Beginn des Kindergartenjahres 2008-2009 wurden über die „Schwerpunktmittel Kindertagesbetreuung“ des Senats die Kindergärten in der Stadtgemeinde Bremen insgesamt mit einem verbesserten Personalschlüssel ausgestattet. Durch weitere Ergänzungsmittel des fachpolitischen Schwerpunktprogramms des Senats wurden zudem Einrichtungen mit besonderen Anforderungs- und Leistungsprofilen entsprechend ihrer Schwerpunktprofile mit zusätzlichem Personal ausgestattet.

Das Ressort und die Benchmarking- Arbeitsgruppe haben sich darauf verständigt, zukünftig eine Kennzahl zur Personalausstattung im Bereich der Kinderbetreuung mit auszuweisen, um die Wirkung dieser Ressourcenverbesserung im Vergleich einschätzen zu können. Im Bericht der Bertelsmann-Stiftung zum Benchmarking der Kindertagesbetreuung („Ländermonitoring“) wurden für die Jahre 2006-2008 Quoten für Kinder pro Fachkräfte ermittelt, die auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes länderbezogen berechnet wurden. Bei den unter drei-jährigen Kindern gibt es mit 4,7 in Bremen eine höhere Personalausstattung, als im Mittel der westlichen Bundesländer (5,2).

Zusätzlich zu den Bemühungen der letzten Jahre, einen Vergleichsring zur Kindertagesbetreuung dauerhaft zu etablieren, wurde im letzten Jahr eine Anfrage an die Stadtstaaten mit der Bitte um Auskunft zu Versorgungsquoten und Kosten der Kindertagesbetreuung gestartet. Die Bereitstellung der angefragten Daten wurde abhängig gemacht von einer vorherigen Verständigung über exakte Definitionen und methodische Vorgehensweisen (das aber ist schon im Vergleichsring gescheitert); die vorgelegten Daten wurde z. T. gegenseitig nicht akzeptiert und einer Veröffentlichung nicht zugestimmt, so dass verwertbare Ergebnisse nicht vorgelegt werden können.

Unterhaltsvorschuss

Die Rückholquote (das Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen) konnte im Land Bremen im Bereich des Unterhaltsvorschusses zwischen 2007 und 2008 von 10% auf 11% gesteigert werden. Bremen hat damit weiter den geringsten Wert aller Bundesländer. In diesem Bereich sollten weitere Anstrengungen zur Verbesserung unternommen werden.

Erziehungshilfe

Datenquelle für die Kennzahlen im Bereich Erziehungshilfe ist die Erhebung des IKO-Vergleichsringes der Großstadtjugendämter. (Datenbasis 2007). Der Vergleichsring ermöglicht einen interkommunalen Vergleich der Fall- bzw. Leistungsdichte sowie der Ausgaben zu den im SGB VIII normierten Hilfen zur Erziehung. Das Ressort sieht sich auf Grund derzeitiger EDV-Probleme vorerst nicht mehr in der Lage, die Ausgaben je Fall zu ermitteln. Die dazugehörigen Kennzahlen entfallen daher¹. Eine Annäherung ist jedoch im Rahmen des Vergleichs der Entwicklung in den Hilfedichten und den Kosten je Jugendeinwohner möglich.

¹ Die Kostendaten für den IKO Vergleichsring wurden bis zum Vergleichsjahr 2006 manuell im Verfahren PUToG im Einzelfall erfasst, da die Haushaltsabflüsse sich aufgrund der Abrechnungsverfahren nicht unmittelbar den Hilfearten, Hilfezeiträumen

In den Vergleichsstädten sind im Zeitraum von 2005 bis 2007 die Kosten je Jugendeinwohner bei gleichzeitigem Anstieg der Hilfedichten insbesondere im ambulanten und teilstationären Bereich deutlich gestiegen. In diesem Leistungssegment betrug der Anstieg der Durchschnittskosten 44,5 %. Die durchschnittliche Kostensteigerung in den stationären Hilfen betrug im selben Zeitraum 5,0 %.

In Bremen liegt der Anstieg der Hilfedichte von 2005 bis 2007 in den ambulanten und teilstationären Hilfen bei 38,3 %, in den stationären Hilfen bei 3,9 %. Zu außergewöhnlichen Entgeltsteigerungen ist es in den Vergleichsjahren nicht gekommen, die Entwicklung der Hilfedichte dürfte sich also in der Entwicklung der Kosten (periodengerecht und für die im Vergleichsring betrachteten Hilfearten) widerspiegeln - erhöht um eine moderate Steigerung bei den Entgelten im Rahmen von Tarifanpassungen. Die Kostensteigerung wird damit in etwa im Durchschnitt liegen. Die Hilfedichte in der ambulanten und teilstationären Betreuung sind im Vergleichsring in den vergangenen 3 Jahren stark angestiegen. Auch in Bremen hat es (nach dem Fall „Kevin“ im Jahr 2006) einen Anstieg um ca. 38% auf 17,7 Fälle pro 1000 Jugendeinwohner/innen gegeben. Bei der stationären Betreuung gab es in Bremen ebenfalls einen Anstieg zwischen 2006 und 2007, wobei dieser Wert allerdings zwischen 2005 und 2006 stark abgenommen hatte.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Im letzten Benchmarking-Bericht wurde mit dem Ressort das Ziel verabredet, dass entsprechend der politischen Schwerpunktsetzung im Aufgabenfeld Kindertagesbetreuung die Bremer Daten im Rahmen des Städtevergleichs vorgelegt werden sollen. Das setzte jedoch voraus, dass der Vergleichsring fortgeführt und von den beteiligten Städten einer Veröffentlichung der Daten zugestimmt wird. Dieses Ziel kann nach derzeitigem Stand nicht mehr erreicht werden.

Das Fachressort wird gebeten, im Bereich der Erziehungshilfe einen Zeitpunkt zu benennen, zu dem die bestehenden EDV-Probleme gelöst und Kennzahlen wieder zur Verfügung stehen werden.

und Einzelfällen zuordnen lassen. Mit Einführung der Software OK.JUG in der Jugendhilfe wurde das manuelle Erfassungssystem nicht mehr bedient, da die Arbeitskapazitäten für die Implementierung der Software, die Erfassung der Fälle und die Umstellung auf eine Zahlung aus diesem System benötigt wurden und werden. Sobald alle Zahlungen aus diesem System geleistet werden, können die Kosten wieder in der erforderlichen Qualität ermittelt werden.

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Ø	Max															
Z2-2	41-C-04 Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2008		14,0	20,1	40,4	11,7	<u>5,4</u>	13,1	10,3	20,3	.	15,4	39,0	22,4	23,3	24,6	8 von 12		
Z2-1	41-C-05 Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre	%	2008		87,8	<u>78,8</u>	93,4	89,4	90,7	89,0	89,3	90,1	.	94,1	94,8	88,6	94,4	89,7	11 von 12		

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
Z2-2	41-C-04 Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 0 bis unter 3 Jahre	%	2008		12,7	20,1	40,4	13,6	13,2	14,2	<u>9,1</u>	9,3	15,0	14,1	11,6	44,8	44,9	36,5	52,7	38,9	17,6	13		
Z2-1	41-C-05 Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre	%	2008		86,2	<u>78,8</u>	93,4	94,0	88,9	91,6	86,0	90,2	95,4	92,7	84,0	94,8	94,1	94,6	93,7	95,9	90,7	13		
	41-C-06 Kitas: Ganztagsinanspruchnahmeäquivalent pro Vollzeitbeschäftigungsäquivalent (Gruppentyp 1: 0 bis unter 3 Jahre)	1 : x	2008		4,7	5,4	.	5,4	4,8	4,6	5,6	7,4	4,6	<u>3,5</u>	4,7	7,4	5,7	6,4	6,6	6,3	6,0	11		
Z2	41-F-01 Tageseinrichtungen für Kinder: Ausgaben je Einwohner/-in	Euro	2007		144,3	205,1	<u>2,8</u>	143,5	125,3	192,1	126,9	150,3	153,6	124,7	119,4	190,7	145,0	195,8	163,3	155,0	144,2	10		
Z2	41-F-02 Tageseinrichtungen für Kinder: reine Ausgaben je Einwohner/-in	Euro	2007		138,3	203,8	<u>2,6</u>	128,9	111,8	170,0	113,3	125,2	140,8	116,5	104,6	161,3	130,8	167,4	136,1	138,0	126,6	6		
	41-G-01 Jugendhilfe: Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Jugendhilfeverwaltung	%	2007		3,5	2,7	25,8	5,5	2,6	<u>1,8</u>	2,1	5,3	3,7	12,5	3,2	4,4	9,4	4,9	5,8	6,9	4,4	11		
Z1-1	41-G-02 Jugendarbeit: Gesamtausgaben (§§ 11 und 12 SGB VIII SGB) je 1.000 Einwohner/-innen	Euro	2007		4,5	<u>0,1</u>	9,2	2,3	2,1	6,4	5,8	3,6	5,0	8,2	4,8	6,1	5,8	4,0	4,4	4,1	5,7	9		
Z1-1	41-G-03 Jugendarbeit: Gesamtausgaben (§§ 11 und 12 SGB VIII SGB) je 1.000 Jugendeinwohner/-innen	Euro	2007		23,5	<u>0,7</u>	52,0	10,6	9,7	30,7	26,4	16,7	23,3	42,2	22,2	34,5	32,6	23,6	26,4	24,3	27,6	10		
Z6-1	41-I-01 Unterhaltsvorschuss: Rückholquote (Verhältnis von Einnahmen zu den Ausgaben)	%	2008		<u>11,0</u>	14,0	13,0	27,0	32,0	16,0	22,0	18,0	25,0	20,0	21,0	15,0	13,0	15,0	14,0	13,0	18,0	16		

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Soziales

Vorbemerkungen

Die Kommentierung des Produktplans Jugend und Soziales erfolgt wie gewohnt aufgrund der politischen Bedeutung, des Mittelvolumens und der klaren Abgrenzungsmöglichkeit getrennt nach den Bereichen Soziales (PPL 41 ohne 41.01) und Jugend (41.01).

Der Produktbereich Soziales gliedert sich in die Bereiche Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II und XII, Hilfen und Leistungen für Zuwanderer, Hilfen zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit sowie Hilfen für Erwachsene mit Behinderung.

Nach Aussage des Ressorts sind die hier im Benchmarking dargestellten Leistungsbereiche nur bedingt steuerbar, da es sich größtenteils um gesetzliche Leistungen handelt, die dem Grunde und (oft auch) der Höhe nach nicht beeinflusst werden können.

Neben den Daten zu Transferleistungen sind aber im Sinne eines Benchmarking auch Daten zur Leistungserstellung von Relevanz. Hierzu liegen bisher keine als vergleichbare Daten operationalisierten Informationen vor. Das Fachressort betont, dass Prozesse, Organisationsformen und auch Informationen zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, hier vor allem zur Qualifikation, im Großstädtebenchmarking qualitativ mit betrachtet werden, insbesondere in Form eines jeweils themenbezogenen Fachaustausches. Das Fachressort kommt deshalb zu dem Schluss, dass umfassende mit Zahlen/Daten hinterlegte Vergleiche aufgrund unterschiedlicher Strukturen hier kaum möglich sind. Aus Sicht der Benchmarking-AG besteht hinsichtlich des methodischen Vorgehens und der Herstellung von Vergleichbarkeit weiteres Verbesserungspotential.

In diesem Bericht werden schwerpunktmäßig die Bereiche Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II und XII sowie Hilfen zur Pflege dargestellt. Der Kennzahlenvergleich zu dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde eingestellt. Der Verzicht auf die Fortführung des Vergleichs wurde von den Städten mit mangelnden Steuerungsmöglichkeiten in diesem Aufgabenbereich begründet.

Für den Ländervergleich im Bereich Hilfen für Erwachsene mit Behinderung, der auf der Basis der Daten des Vergleichs der überörtlichen Träger erstellt wird, konnten trotz eines bereits 2-jährigen Berichtszeitraumes keine aktuellen Vergleichsdaten vorgelegt werden, weil diese bei Berichtslegung noch nicht freigegeben waren. Die Benchmarking-AG verzichtet daher auf eine erneute Kommentierung der aus dem Jahre 2006 stammenden Vergleichsdaten. Der Städtevergleich für diesen Bereich konnte aufgrund mangelnder Beteiligung nicht weiter aufrecht erhalten werden, so dass die tabellarische Darstellung um die entsprechenden Kennzahlen gekürzt wurde.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II und XII
Z1-1	Unterstützung derjenigen, die nicht dazu in der Lage sind, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu sichern, so dass ihnen ein Leben in Würde möglich ist.
Z1-2	Unterstützung derjenigen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, soweit dieses im Rahmen der kommunal zu erbringenden Leistungen zu erfolgen hat.
Z1-3	Ausgestaltung der Hilfen und Leistungen, die laufend oder einmalig zur Gewährleistung des Existenzminimums erforderlich sind; effektive und verlässliche Organisation der Entscheidungen dazu; effektive und verlässliche Übermittlung von Leistungen.
Z1-4	Selbsthilfekräfte stärkende und vorrangige Hilfemöglichkeiten systematisch und effizient nutzen.
Z2	Hilfen und Leistungen für Zuwanderer
Z2-1	Gewährung von existenzsichernden Leistungen an Asylbewerber und Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Z2-2	Orientierung des Unterkunftsbestandes möglichst eng am Bedarf

Z2-3	Förderung der Integration von Zuwandern
Z3	Hilfen zur Pflege
Z3-1	Gewährleistung von ambulanten, teilstationären und stationären Leistungen für Menschen, deren Pflege-sachleistungsbedarf durch die Pflegekasse nicht abgedeckt wird sowie bedarfsdeckende Hilfen für nicht pflegeversicherte Personen und Personen unterhalb Pflegestufe 1.
Z3-2	Vorrang der ambulanten und teilstationären Versorgung vor stationärer Versorgung unter Beachtung der Notwendigkeit zu stationärer Versorgung.
Z3-3	Sicherstellung einer kostengünstigen ambulanten Versorgung durch „Hilfmix“ von Pflegeleistungen und Nachbarschaftshilfen.
Z4	Hilfen zur Gesundheit
Z4-1	Sicherstellung der Gesundheitsversorgung von Leistungsberechtigten nach dem SGB XII, die keinen Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) oder keinen bzw. keinen ausreichenden Anspruch auf Leistungen aus einer privaten Krankenversicherung haben.
Z5	Hilfen für Erwachsene mit Behinderung
Z5-1	Hilfen und Leistungen für geistig, körperlich, seelisch und mehrfach behinderte Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung auf besondere Hilfen zur Eingliederung in die Gesellschaft angewiesen sind.

Haushalt und Personal

Die Übersicht wird für das gesamte Ressort erstellt, weil eine Aufteilung von Einzelpositionen zumindest in den Bereichen der zentralen Steuerung nicht möglich erscheint.

Nach dem Jahr 2004 (Ausgliederung von Kita Bremen) wurde im Produktplan 41 der Personalbestand erhöht, womit insbesondere der Bereich der Jugendhilfe besonders gestärkt werden sollte.

Die konsumtiven Ausgaben im Bereich Soziales sind während der vergangenen 5 Jahre bis auf 748.836Tsd. € gestiegen.

Ausgabepositionen Produktplan "Jugend und Soziales"	Ist					Veränderungen		Anschl.NT
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	62.863	60.938	60.983	63.691	63.859	167	0,3	49.394
davon: Personalausgaben (Produktplan)	53.872	51.977	51.473	53.762	53.174	-588	-1,1	49.394
zugeordnete Anteile an Versorgung	8.991	8.962	9.510	9.929	10.685	756	7,6	°
<i>nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) (1)</i>	<i>1.085</i>	<i>1.085</i>	<i>1.100</i>	<i>1.122</i>	<i>1.116</i>	-6	-0,6	<i>701</i>
<i>Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)</i>	<i>49.665</i>	<i>47.912</i>	<i>46.802</i>	<i>47.922</i>	<i>47.663</i>	-258	-0,5	°
Sonstige konsumtive Ausgaben	659.944	663.566	682.258	702.346	748.836	46.490	6,6	749.870
davon: Konsumtive Ausgaben Bereich Soziales (3)	489.144	493.309	499.171	498.607	514.807	16.200	3,2	515.139
Konsumtive Ausgaben Bereich Jugend	135.560	138.371	144.900	164.642	184.438	19.795	12,0	184.210
Personalkostenzuschuss an Kita Bremen	35.240	31.886	38.187	39.096	49.591	10.495	26,8	50.521
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	14.942	10.687	6.903	5.075	7.018	-1.828	-26,5	5.863
davon: ISP/AIP	308	139	955					
Investive Ausgaben Bereich Soziales (3)	10.658	8.880	4.356	3.727	2.644	-1.082	-29,0	2.782
Investive Ausgaben Bereich Jugend	3.976	1.667	1.592	1.349	4.374	3.025	224,3	3.081
Gesamtausgaben	737.749	735.191	750.144	771.112	819.713	48.600	6,3	°

(1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschließlich refinanzierte Stellen

(2) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

(3) einschließlich zentrale Ausgaben für das Gesamtressort

Benchmarkingergebnisse

Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II und XII

Im Städtevergleich spiegelt sich die Situation Bremens als Kommune mit einer für Westdeutschland hohen Arbeitslosigkeit in den Kennzahlen zum Bezug der verschiedenen Arten von existenzsichernden Leistungen wider.

Als zusammenfassende Kennzahl dient seit 2006 die Transferleistungsdichte (41-K-01), bei der die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen der verschiedenen Be-

zugsarten (SGB XII 3. und 4. Kapitel, SGB II) zusammengenommen in Relation zur Bevölkerung gesetzt wird. Im Jahr 2008 lag Bremen mit rd. 147 Bezieherinnen und Beziehern pro 1.000 Einwohner/-innen bei dieser Kennzahl knapp hinter den Weststädten Duisburg, Dortmund, Hannover und Essen. Den höchsten Wert erreicht die einzige ostdeutsche Kommune Leipzig mit ca. 162. Gegenüber dem Jahr 2006 ist der Wert der Transferleistungsdichte in Bremen von damals 154 Empfänger/-innen um ca. 4 % zurückgegangen. Der durchschnittliche Wert der Transferleistungsdichte aller Städte liegt 2008 um ca. 15% niedriger als 2006. Die Anzahl der Transferleistungsempfänger/-innen entwickelt sich, wenn auch zeitversetzt, im Grunde analog zu den strukturellen Kennzahlen wie Arbeitslosigkeit und Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Verbesserung der ökonomischen Lage und deren Auswirkung auf den Arbeitsmarkt im Bundesvergleich zwischen 2005 und bis 2008 führte auch in Bremen, wenn auch nur moderat, zu einer Entspannung der Sozialsysteme. Die Auswirkungen der aktuellen Konjunkturkrise werden sich voraussichtlich zeitverzögert in den Zahlen zum Jahr 2009/2010 niederschlagen.

Die Werte von einzelnen Transferarten stellen sich für Bremen im Vergleich entsprechend dar, wobei die sehr hohe Anzahl von Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt (41-M-01) und bei der Grundsicherung im Alter (41-N-01) auffällt. Dieser Befund basiert auf der strukturellen Ursache eines hohen Durchschnittsalters der Bevölkerung, denn innerhalb der Gruppe der über 65-Jährigen weist Bremen einen eher mittleren Wert von Hilfeempfänger/-innen bei der Grundsicherung auf.

Eher gering fallen die durchschnittlichen Kosten pro Leistungsempfänger bzw. Bedarfsgemeinschaft aus. Bei den Kosten für die Unterkunft z.B. liegen nur in zwei Kommunen die Ausgaben pro Bedarfsgemeinschaft unter denen Bremens (41-O-01).

Hilfe zur Pflege

Bei den Ausgaben der stationären Hilfe zur Pflege sind im Gegensatz zu den vergangenen Jahren keine Leistungen des 3. Kapitels des SGB XII (stationäre Hilfe zum Lebensunterhalt) mehr enthalten. Die Bereinigung konnte durch das neue ADV-Verfahren OPEN PROSOZ erfolgen. Der Rückgang der Ausgaben (41-S-05 und 41-S-06) ist mit dieser Bereinigung zu begründen.

Ein Vergleich der Kennzahlen 2007/2008 im ambulanten Bereich der Hilfe zur Pflege ist durch die Umstellung der ADV-Systeme in Bezug auf die Anzahl der Hilfeempfänger/-innen nur eingeschränkt möglich, da die Zahlen der Hilfeempfänger/-innen nicht vollständig valide waren. Dieses betrifft insbesondere die Anzahl der Hilfeempfänger/-innen im Bereich der ambulanten Pflege je 1.000 Einwohner/-innen (41-S-02) sowie die Ausgaben je Hilfeempfänger/-in (41-S-03), aber auch die Ausgaben im Bereich der ambulanten und stationären Hilfe je Einwohner/-in (41-S-01).

Hilfen für Menschen mit Behinderung

Die im letzten Bericht erstmalig im Städtevergleich vorgelegten Daten zur Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen können aufgrund mangelnder Beteiligung der einzelnen Städte im vorliegenden Bericht nicht mehr weiter ausgewiesen werden. Das Benchmarking musste in diesem Bereich trotz der Bemühungen Bremens zur weiteren Aufrechterhaltung aufgrund zu großer Unterschiede in der Datenstruktur der Vergleichspartner eingestellt werden.

Der Berichtszeitraum für den Vergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe zu Hilfen für Erwachsene mit Behinderungen beträgt zwei Jahre, so dass für den Benchmarkingbericht ohnehin lediglich alle zwei Jahre aktualisierte Daten vorgelegt werden können. Nach Angaben des Ressorts werden die für dieses Jahr angekündigten, neuen Daten aufgrund von Verzögerungen bei der Datenerhebung jedoch erst zur nächsten Berichtserstellung vorliegen. Aufgrund dessen wird auf eine erneute Kommentierung der aus 2006 stammenden Vergleichsdaten in diesem Bericht verzichtet.

Hilfen zur Gesundheit

Im Bereich Hilfen zur Gesundheit können lediglich zur Anzahl der Leistungsempfänger/-innen (41-T-01) sowie zu den Gesamtausgaben je Leistungsempfänger/-in (41-T-02) Aussagen getroffen werden. Auffällig ist, dass die Gesamtausgaben je Leistungsempfänger/-in in Bremen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 11 % gesunken sind. Die Bremer Gesamtausgaben entwickeln sich damit analog zu den durchschnittlichen Gesamtausgaben aller Städte im Vergleichsring, die gegenüber 2008 ebenfalls um rd. 11 % zurückgegangen sind.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Begleit-AG empfiehlt zu prüfen, wie eine bessere Vergleichbarkeit der Prozesse zur Leistungserstellung hergestellt werden kann, um ggf. entsprechende Kennzahlen für einen Städte- und/oder Ländervergleich zu entwickeln. Darüber hinaus stellt das Ressort einen Vergleich zu ehrenamtlichem Engagement in Aussicht. Die Aufnahme entsprechender Kennzahlen wird daher für einen der nächsten Berichte zu prüfen sein.

Die Benchmarking-AG ist der Auffassung, dass im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen angesichts des Mittelvolumens und dessen steigender Tendenz mittelfristig erneut versucht werden soll, im Städtevergleich valide Vergleichsdaten zu erstellen, die über die auf Länderebene berichteten Kennzahlen und Daten hinausgehen.

Produktplan 41: Soziales (ohne Jugend)

Stand: 21.01.2010

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max															
Z1-1 Z1-2	41-K-01	Transferleistungsdichte	je 1.000 EW	2008			146,6	124,2	.	152,0	153,7	120,3	151,3	121,7	151,6	129,3	162,3	<u>63,8</u>	76,6	122,6	6 von 12	
Z1-2	41-L-01	Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			130,2	109,8	170,9	134,9	140,9	105,4	138,8	103,5	133,4	114,3	155,8	<u>52,5</u>	65,8	125,6	7	
Z1-2	41-L-02	Empfängerinnen von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2008			127,2	107,7	162,8	133,3	141,1	101,6	133,8	100,5	126,5	111,8	149,2	<u>52,5</u>	66,3	121,5	6	
Z1-2	41-L-03	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) je 1.000 Einwohnern	Anzahl	2008			133,4	112,0	179,3	136,6	140,8	109,7	144,1	106,7	140,7	117,0	162,9	<u>52,6</u>	65,3	129,9	7	
Z1-1	41-M-01	Empfänger/-innen lfd. Leistungen a.v.E. nach SGB XII 3. Kap. (HLU) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			2,35	1,77	.	3,11	1,47	<u>0,84</u>	1,63	1,74	2,23	1,72	0,89	1,76	1,20	1,74	2 von 12	
Z1-1	41-N-01	Empfänger/-innen lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			14,1	12,6	.	14,0	11,4	14,0	10,9	16,4	16,0	13,3	<u>5,6</u>	9,5	9,6	12,2	3 von 12	
Z1-1	41-N-02	Empfängerinnen lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2008			15,8	13,9	.	15,7	13,8	15,0	13,2	14,8	16,7	15,2	<u>6,0</u>	10,2	10,0	13,3	2 von 12	
Z1-1	41-N-03	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) je 1.000 Einwohnern	Anzahl	2008			12,3	11,3	.	12,2	8,8	13,0	8,4	18,1	15,2	11,2	<u>5,1</u>	8,7	9,1	11,1	4 von 12	
Z1-1	41-N-04	Empfänger/-innen lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) im Alter von 65 Jahren und älter je 1.000 altersgleicher Einwohner/-inner	Anzahl	2008			43,9	47,8	.	45,3	35,1	53,9	35,8	62,1	56,0	54,0	<u>16,5</u>	42,4	35,1	44,6	7 von 12	
Z1-2	41-O-01	Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) je Bedarfsgemeinschaft SGB II	Euro	2008			4.164	4.587	4.313	4.318	3.833	4.675	4.381	5.063	.	4.851	<u>3.378</u>	5.221	4.664	4.410	10 von 12	
Z1-2	41-O-02	Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) je Leistungsempfänger/-in	Euro	2008			2.216	2.479	2.376	2.192	<u>1.940</u>	2.519	2.218	2.650	.	2.534	1.976	2.936	2.467	2.381	9 von 12	
Z1-1	41-P-01	Ausgaben SGB XII 3. Kap. a.v.E. (HLU) je Leistungsempfänger/-in	Euro	2008			5.986	8.094	.	4.369	<u>4.057</u>	4.759	5.323	12.000	6.919	6.698	5.864	7.390	5.419	6.809	6 von 12	
Z1-1	41-Q-01	Ausgaben SGB XII 4. Kap. a.v.E. (GSiAE) je Leistungsempfänger/-in SGB XII	Euro	2008			4.907	5.115	.	5.113	<u>4.298</u>	5.694	4.746	4.746	5.363	5.221	4.427	6.063	5.291	5.174	8 von 12	
Z1-2	41-R-01	Kommunale Leistungen nach SGB II je Einwohner/-in	Euro	2008			295	283	421	305	280	272	322	287	.	302	318	<u>164</u>	170	309	6 von 12	
Z1-2	41-R-02	Kommunale Leistungen nach SGB II je Leistungsempfänger/-in	Euro	2008			2.269	2.579	2.461	2.257	<u>1.988</u>	2.579	2.317	2.768	.	2.639	2.041	3.122	2.587	2.471	9 von 12	
Z3-1	41-S-01	Hilfe zur Pflege/ Ambulante und stationäre Hilfe: Ausgaben je Einwohner/-in	Euro	2008			69,1	65,9	.	85,8	97,5	79,0	107,9	133,9	83,7	79,9	<u>13,1</u>	.	57,0	.	8 von 11	
Z3-1 Z3-2 Z3-3	41-S-02	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Hilfeempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			2,2	3,2	.	2,0	1,4	1,9	1,5	3,8	2,9	2,3	1,7	1,1	<u>1,0</u>	2,2	5 von 12	
Z3-1 Z3-2 Z3-3	41-S-03	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Ausgaben je Hilfeempfänger/-in	Euro	2008			9.967	11.462	.	7.348	5.009	6.067	6.771	14.411	8.672	4.427	<u>3.757</u>	23.735	13.277	10.413	5 von 12	
Z3-1	41-S-04	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Hilfeempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			4,0	3,0	.	5,3	6,8	4,9	7,5	2,5	4,7	3,6	<u>2,0</u>	.	2,9	4,0	6 von 11	
Z3-1	41-S-05	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben je Hilfeempfänger/-in	Euro	2008			11.627	9.264	.	13.271	13.322	14.220	12.871	29.596	12.136	19.305	<u>3.216</u>	.	14.605	13.716	9 von 11	
Z3-1	41-S-06	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben je Einwohner/-in	Euro	2008			47,1	28,0	.	70,6	90,4	69,3	97,1	74,8	57,2	69,9	<u>6,6</u>	.	42,4	55,5	8 von 11	

CG

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
				Min	Ø	Max															
Z4-1	41-T-01	Hilfen zur Gesundheit: Leistungsempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		3,9	.	.	3,5	2,4	4,3	2,3	6,4	6,4	.	1,4	2,7	2,5	3,5	4 von 10	
Z4-1	41-T-02	Hilfen zur Gesundheit: Gesamtausgaben je Leistungsempfänger/-in	Euro	2008		5.805	.	.	9.363	6.430	6.683	6.783	5.956	7.605	.	4.040	6.506	6.547	6.714	9 von 10	

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Länderdurchschnitt *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Ø Länder	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
Z5-1	41-U-03	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: stationäres Wohnen: LE** je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2006		3,0	2,8	1,7	2,0	2,2	2,2	2,8	2,5	.	2,4	2,1	3,8	2,5	2,4	2 von 12
Z5-1	41-U-04	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: stationäres Wohnen: Brutto-Ausgaben je LE**	Euro	2006		40.320	40.478	.	.	36.491	37.933	35.390	40.114	.	31.792	22.720	23.839	25.130	35.561	2 von 10
Z5-1	41-U-05	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Werkstätten für behinderte Menschen: LE** je 1.000 altersgleicher EW**	Anzahl	2006		4,9	2,5	2,8	3,7	.	3,5	4,6	4,9	.	4,2	5,0	4,5	.	.	4,7	5,3	5,2	4,3	4 von 13
Z5-1	41-U-06	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Werkstätten für behinderte Menschen: Brutto-Ausgaben je LE**	Euro	2006		12.725	16.210	9.977	.	.	13.698	13.274	13.241	.	15.660	9.211	7.085	11.351	12.365	6 von 10
Z5-1	41-U-07	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Tagesförderung: LE** je 1.000 altersgleicher EW**	Anzahl	2006		1,2	0,8	0,6	0,5	.	0,3	0,3	.	.	0,9	.	0,5	.	.	0,2	0,7	0,5	0,4	1 von 11
Z5-1	41-U-08	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Tagesförderung: Brutto-Ausgaben je LE**	Euro	2006		19.677	24.130	16.538	.	.	22.864	21.282	.	.	20.224	17.159	16.609	16.745	19.503	5 von 9
Z5-1	41-U-09	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: ambulantes Wohnen: LE** je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2006		1,7	2,3	1,7	0,6	.	1,2	0,4	1,2	.	0,5	0,6	0,4	0,7	0,9	3 von 11
Z5-1	41-U-10	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: ambulantes Wohnen: Brutto-Ausgaben je LE**	Euro	2006		10.724	7.694	3.325	.	3.612	x	x

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

** LE: Leistungsempfänger/in; "altersgleiche EW": Einwohner/-innen von 18 bis unter 65 Jahren

Gesundheit

Vorbemerkungen

Die Arbeiten am Benchmarking-Bericht des Vorjahres wurden zum Anlass genommen, das Set der Ressortkennzahlen auf ihre Erweiterbarkeit hin zu überprüfen und die Beschreibung der Ressortziele bzw. Aufgabenschwerpunkte zu überarbeiten. Auf dieser Grundlage erfolgt die Berichterstattung erneut mit dem Schwerpunkt im Bereich Krankenhausversorgung.

Gleichwohl konnten die Bemühungen des Fachressorts, einen in der Entwicklung und Erprobung befindlichen Kerndatensatz zum Maßregelvollzug in die Bewertungen einzubeziehen, mittlerweile zu einer Weiterentwicklung des Benchmarkings für diesen Produktplan führen. Insofern werden nunmehr für diese Fachaufgabe erstmalig Daten für 2007 auf Stadtstaatenebene ausgewiesen und kommentiert, die hinsichtlich ihrer Validität jedoch noch nicht vollständig belastbar sind. Demgegenüber besteht keine Aussicht mehr auf den noch im letzten Benchmarking-Bericht erwogenen Datenvergleich für die Hafengesundheitsämter, da dieser Ansatz vom Arbeitskreis Küstenländer nicht weiter verfolgt wird.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Z1	Wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser im Land Bremen zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen, eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern
Z1-1	Konkretisierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen für Bremen und Bremerhaven
Z1-2	Sicherung der oberzentralen Funktion der Krankenhäuser mit einem hohen Versorgungsgrad auch niedersächsischer Patienten/-innen zur Erhaltung der medizinischen Maximalversorgung und der Arbeitsplätze
Z2	Nutzung von Möglichkeiten für verstärkte Kooperationen und Expansionen mit dem Ziel ausgeglichener Budgets
Z3	Fortführung der Regionalisierung der psychiatrischen Versorgung, Ausbau der Behandlungsplätze in der Forensik und Differenzierung des therapeutischen Angebotes.
Z4	Fortsetzung der bremischen Drogenpolitik mit den Säulen Prävention, gesundheitliche und soziale Hilfen, Schadensbegrenzung sowie repressiven Elementen
Z5	Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz und Gesundheitshilfe durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, insbesondere durch die Förderung gesunder Lebens- und Umweltbedingungen, Gesundheitsbildung- und -vorsorge und Aufsicht über Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens
Z6	Ausbau der Kooperation zwischen Bremen und Niedersachsen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes
Z7	Durchführung der staatlichen Aufgaben des sozialen, technischen und gesundheitlichen Arbeitsschutzes, der technischen Sicherheit und des Eichwesens.
Z7-1	Schaffung eines leistungsfähigen Arbeitsschutzsystems, das die Gesundheit der Arbeitnehmer erhält, schützt und fördert.
Z7-2	Schutz der Arbeitnehmer vor negativen Einwirkungen und Überbeanspruchung, Schutz der Benutzer von technischen Arbeitsmitteln und Anlagen, bei Medizinprodukten auch der Patienten.
Z7-3	Verbraucherschutz beim Erwerb messbarer Güter und Dienstleistungen, Gewährleistung von Messsicherheit im Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz sowie in ähnlichen Bereichen des öffentlichen Interesses

Eine im letzten Jahr vollzogene Aufgabenverlagerung aus dem Produktplan Arbeit wurde sowohl bei der Zielbeschreibung als auch bei der Budgetdarstellung berücksichtigt.

Haushalt und Personal

Ausgabepositionen Produktplan "Gesundheit"	Ist					Veränderungen		Anschatz
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	19.830	19.477	19.632	20.593	27.165	6.572	31,9	°
davon: Personalausgaben (Produktplan)	15.516	15.307	15.289	16.214	22.452	6.238	38,5	21.120
zugeordnete Anteile an Versorgung	4.315	4.170	4.342	4.379	4.713	334	7,6	°
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) (1)	263	270	269	293	360	67	22,8	301
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	58.967	56.593	56.897	55.284	62.340	7.056	12,8	°
Sonstige konsumtive Ausgaben	11.540	12.631	12.626	12.959	13.856	897	6,9	14.623
dar.: Gesundheitsämter/Gesundh.förd./-schutz/-hilfe	5.724	5.799	5.699	6.032	6.153	121	2,0	6.108
LMTVet	2.454	2.511	2.295	2.385	2.344	-41	-1,7	3.095
Zuschuss LUA	1.760	1.808	2.054	2.031	2.204	174	8,6	2.076
Schuldendiensthilfen/Krankenhausfinanzierung	1.410	1.357	1.280	1.124	1.069	-55	-4,9	1.048
Drogen-/Suchtkrankenhilfe	0	1.156	1.298	1.388	1.365	-23	-1,6	1.224
Sonstiges	191	0	0	0	721	721	°	1.071
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	29.067	31.823	27.016	28.528	30.168	1.640	5,7	27.932
dar.: Kurzfristige Invest. an Kliniken	15.771	15.740	15.509	15.765	15.854	89	0,6	15.935
Mittel- u. langfristige Invest. an Kliniken	9.500	8.339	4.876	6.055	9.605	3.550	58,6	7.017
Schuldendiensthilfen/Krankenhausfinanzierung	2.444	6.138	5.338	5.500	2.944	-2.556	-46,5	4.283
Sonstiges	1.352	1.606	1.292	1.208	1.764	556	46,0	697
Gesamtausgaben	60.437	63.931	59.274	62.079	71.189	9.109	14,7	°

(1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

(2) Personalausgaben ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Im Vergleich zu den Benchmarking-Berichten der Vorjahre verstetigt sich die Stellung Bremens unter den Bundesländern. Allerdings weisen die Kennzahlen „Investitionen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)“ sowie „Bettennutzung“ auch im Berichtsjahr besondere Entwicklungen auf, die nachfolgend aufgegriffen werden.

Bei der Versorgungsquote auswärtiger Patienten und Patientinnen (Z1-2) nimmt das Land Bremen erneut mit deutlichem Abstand die Spitzenposition unter allen Bundesländern ein. Die Versorgungsquote stellt einen Wanderungsindex dar, der die Patientenbewegungen zwischen den Bundesländern saldiert. Am Beispiel Bremens: Eine Versorgungsquote von aktuell 145,3 % bedeutet, dass auf 100 im Bundesgebiet behandelte Bremer/innen gut 145 im Bundesland Bremen insgesamt behandelte Patienten kommen. Je höher dieser Wert, desto größer – relativ gesehen – ist der saldierte „Wanderungsgewinn“ aus anderen Bundesländern, insbesondere also aus dem nahen Niedersachsen. Bremen nimmt hier nach wie vor eine ausgeprägte oberzentrale Funktion wahr, die erfahrungsgemäß im Gleichklang mit den beiden anderen Stadtstaaten ist. Festzustellen ist jedoch, dass in Hamburg 2007 eine durchaus nennenswerte Expansion erfolgte (126,9 % nach 124,8 %), Berlin (111,6 %) und Bremen hingegen nahezu stagnierten.

Diese hohe Versorgungsquote hat zur Folge, dass eine – im Verhältnis zur Einwohnerzahl – überproportionale Zahl von Planbetten sowie entsprechende KHG-Investitionen (Z1-1) eingesetzt werden. Der Anstieg des Investitionsniveaus (je Planbett) der Stadtstaaten im Jahr 2008 (um 312 auf 6.835 € je Planbett) fiel deutlich höher aus als der Bundesdurchschnitt (um 70 auf 5.780 € je Planbett). Der Anstieg der Investitionen für das Land Bremen (plus 324 auf 5.364 € je Planbett) kann insofern als stadtstaatenkonform bewertet werden. Der noch im letzten Benchmarking-Bericht hervorgehobene Ausgabenrückgang im Jahr 2007, der mit einer geringeren Haushaltsmittelausstattung begründet wurde, ist teilweise kompensiert.

Die durch die hohe Versorgungsquote bedingte Anzahl der Planbetten führt – unbereinigt – weiterhin zu einem weit überdurchschnittlichen Wert bei den KHG-Investitionen je Einwohner/in. Dieser relativiert sich, wenn die Kennziffer entsprechend bereinigt wird, um den Einfluss der hohen Versorgungsquote auf diese Kennziffer zu neutralisieren. Nach diesem neu berechneten Maßstab

wird mit 32,7 € weiterhin eine Position zwischen Hamburg (45,0 €) und Berlin (26,0 €) eingenommen (Bundesdurchschnitt: 32,7€).

Ebenfalls hervorzuheben ist die erneute Abweichung, die für das Land Bremen im Vergleich zum Bundestrend bei der Bettennutzung (Z1) ausgewiesen wird. Hier werden, nach dem überproportionalen Rückgang des Vorjahres (74,7 %; Rang 14 der Länder), in 2007 erste Effekte des Bettenabbaus in Bremen erkennbar, der nicht nur mit 77,7 % zu einer Rangverbesserung (auf 10) geführt hat, sondern nun auch wieder einen Wert knapp über dem Bundesdurchschnitt von 77,2 % bedeutet. Nach Aussagen des Ressorts dürfte sich dieser Trend auch 2008 grundsätzlich fortsetzen.

Mit den Ländern Berlin und Hamburg konnte sich Bremen im Bereich des Maßregelvollzuges auf die im vorliegenden Bericht erstmals aufgeführten Kennzahlen verständigen (Stadtstaatenvergleich). Basis ist der in der Erprobung befindliche bundesweite Kerndatensatz Maßregelvollzug. Da es zwischen den Ländern aber weiterhin erhebliche Abstimmungsbedarfe zu den im Kerndatensatz aufzunehmenden Daten gibt, dürfte sich die Erprobungsphase mindestens über weitere zwei bis drei Jahre erstrecken. Es bestehen aufgrund der Zuständigkeit der Länder unterschiedliche landesgesetzliche Regelungen für den Maßregelvollzug. In der Folge führt das unter anderem zu landesspezifischen Definitionen und unterschiedlichen Zuordnungen von Daten. Insofern können bis zu einer abschließenden Klärung und einer damit angestrebten bundesweiten Bereinigung unterschiedlicher Erfassungs- und Zuordnungsmethoden keine abschließend verlässlichen Vergleichsdaten für ein Benchmarking im Maßregelvollzug dargestellt werden. Unter diesem Vorbehalt stehen auch die im vorliegenden Jahresbericht aufgeführten Daten der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Datenlage der aufgeführten Kennziffern ist gut. Lediglich die Validität der für Niedersachsen ausgewiesenen Daten hinsichtlich der KHG-Investitionen bedarf einer intensiveren Plausibilitätsprüfung durch das Ressort. Naturgemäß sind für den Bereich der Krankenhausversorgung nur Länder- und keine Städtevergleiche möglich.

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *																	HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																																
Z1-2	51-A-01	Versorgungsquote auswärtiger Patienten und Patientinnen	%	2007				145,3	126,9	111,6	103,3	101,8	97,4	94,1	100,2	95,5	103,5	95,2	87,9	100,2	101,2	96,4	99,7	100,0	1													
Z1-1	51-B-01	KHG-Investitionen je Planbett	Euro	2008				5.364	9.612	5.663	5.833	7.067	6.936	4.692	4.346	4.951	4.866	6.928	6.665	8.127	4.574	6.400	9.157	5.780	11													
Z1-1	51-B-02	KHG-Investitionen je Einwohner/in - unbereinigt-	Euro	2008				47,6	57,1	29,0	28,8	38,1	36,0	23,3	28,7	29,4	26,4	33,1	42,6	43,8	25,4	40,8	52,7	32,7	3													
Z1-1	51-B-03	KHG-Investitionen je Einwohner/in - bereinigt-	Euro	2008				32,7	45,0	26,0	27,9	37,5	37,0	24,8	28,6	30,8	25,5	34,8	48,4	43,7	25,1	42,3	52,8	32,7	9													
Z1	51-C-01	Zugelassene Betten je 1.000 Einwohner/innen (Bettenindex, unbereinigt)	-	2008				8,9	6,9	6,1	5,6	6,2	6,0	5,3	7,1	6,6	6,7	5,7	6,4	6,3	6,5	7,3	6,5	6,3	1													
Z1	51-C-02	Zugelassene Betten je 1.000 Einwohner/innen (Bettenindex, bereinigt)	-	2008				6,1	5,4	5,5	5,5	6,0	6,1	5,7	7,1	6,9	6,5	6,0	7,3	6,3	6,4	7,6	6,5	6,3	9													
Z1	51-D-01	Durchschnittliche Verweildauer (incl. Psychiatrie)	Tage	2007				7,9	8,6	8,3	8,3	8,2	8,2	8,3	8,5	8,1	8,1	8,4	8,5	7,7	8,3	8,2	8,4	8,3	15													
Z1	51-E-01	Bettennutzung (incl. Psychiatrie)	%	2007				77,7	78,9	82,0	74,5	76,8	76,4	81,1	75,7	72,9	83,8	80,9	79,1	80,0	79,6	77,8	77,7	77,2	10													
	51-F-01	Durchschnittliche Belegung im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 63 StGB: Patienten/-innen je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				13,8	9,4	13,8	x	x												
	51-F-02	Durchschnittliche Belegung im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 64 StGB: Patienten/-innen je 100.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				3,7	2,2	2,0	x	x												
	51-F-03	Durchschnittliche Unterbringungsdauer im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 63 StGB	Tage	2008				2.181	2.459	2.550	x	x												
	51-F-04	Durchschnittliche Unterbringungsdauer im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 64 StGB	Tage	2008				858	765	490	x	x												

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Umwelt, Bau, Verkehr, Europa und Entwicklungszusammenarbeit

Vorbemerkungen

Angesichts des einvernehmlichen Interesses der Beteiligten wurden sowohl die Zielhierarchie als auch das Kennzahlen-Set des Ressorts überarbeitet. Um jedes Ziel mit einer Kennzahl hinterlegen zu können, wurden für Bereiche, in denen zurzeit noch keine Vergleichszahlen vorliegen, bremeninterne Zeitreihen ergänzend aufgenommen.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Das Ressort ist verantwortlich für Bau, Planung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung umweltpolitischer Belange, wie dem Natur-, Klima-, Ressourcen- und Immissionsschutz. Darüber hinaus ist das Ressort verantwortlich für die Vertretung Bremens bei der Europäischen Union und die Entwicklungszusammenarbeit. Es besteht der Anspruch, lebenswerte, moderne Städte zu erhalten und weiter zu entwickeln, in denen Mensch und Natur in Einklang leben und Umwelt- und Klimaschutz Priorität besitzen.

Z1	Erhaltung, Verbesserung und Weiterentwicklung der Bedingungen für den ÖPNV und den Straßenverkehr
Z1-1	Umweltverträgliche Gestaltung der Verkehrspolitik
Z1-2	Nachhaltige Entwicklung der städtischen Infrastruktur
Z2-3	Sicherstellung einer ausreichenden und wirtschaftlichen Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrseleistungen im ÖPNV und Verbesserung der Erreichbarkeit im Straßenverkehr
Z2	Lenkung städtebaulicher Entwicklung und Gestaltung der Stadt
Z2-1	Ausrichtung der Baupolitik an ökologischen und energetischen Aspekten
Z2-2	Beitrag zum ausgeglichenen Wohnungsmarkt und Verbesserung der Wohnqualität
Z3	Schutz, Pflege und Entwicklung der Umwelt und weitere Verbesserung der Lebens- und Standortqualität
Z3-2	Weitere Ausgestaltung einer klimaschonenden Energieversorgung
Z3-3	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
Z4	Vertretung Bremens auf Europaebene
Z4-1	Sicherung der spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Landes Bremen auf EU-Ebene
Z4-2	Förderung nachhaltiger Entwicklung in Entwicklungsländern gemeinsam mit Partnern

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte für den Produktplan 68 stellen sich wie folgt dar:

Ausgabepositionen Produktplan 68	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	%	2010 (2)
	Tsd. €							Tsd. €
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	62.954	66.603	65.177	68.600	70.400	1.800	2,6	°
davon: Personalausgaben (Produktplan)	40.643	42.437	40.809	43.486	43.748	262	0,6	41.288
zugeordnete Anteile an Versorgung	22.311	24.166	24.368	25.114	26.652	1.538	6,1	°
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	777	817	792	808	780	-28	-3,4	650
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	52.289	51.965	51.542	53.842	56.082	2.240	4,2	°
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	145.128	128.663	126.223	129.589	126.893	-2.696	-2,1	151.311
dar.: Verlust der BSAG (nur Anschlag; IST im PPL 92)								39.216
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	106.197	105.620	103.787	89.316	87.195	-2.121	-2,4	110.539
Gesamtausgaben	314.278	300.885	295.187	287.506	284.488	-3.017	-1,0	°

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Verkehrsbereich:

Die Kennzahlen des Verkehrsbereichs wurden der VDV¹-Statistik, den Geschäftsberichten der ÖPNV-Unternehmen bzw. dem Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg entnommen. Generell ist anzumerken, dass Bremen ein verhältnismäßig kleines Straßenbahn-Angebot aufweist (Bremen hat nach Duisburg die zweitgeringste Straßenbahnstreckenlänge). Dies ist insofern von Belang, als Busse in der Nachfrage der Fahrgäste grundsätzlich schlechter als Straßenbahnen abschneiden (sog. "Schienenbonus" von ca. 20 %).

Angebotsseitig ist festzustellen, dass die Stadt Bremen einwohnerbezogen ein Drittel weniger ÖPNV-**Nutzwagenkilometer** anbietet als der Durchschnitt der Vergleichsstädte. Korrespondierend weist auch die einwohnerbezogene Nutzungsintensität des bremischen ÖPNV (**Personenkilometer**) stark unterdurchschnittliche Werte auf, wobei sich sowohl die angebotsorientierten als auch die nachfrageorientierten Ergebnisse in den letzten Jahren nur marginal veränderten: Die gefahrenen Nutzwagenkilometer nahmen im Zeitraum 2005 bis 2007 einwohnerbezogen um ca. 1 % ab, während die gefahrenen Personenkilometer um 0,7 % anstiegen.

Der **Verlustrausgleich je Fahrgast** weist in Bremen ein um 40 % höheres Niveau als der Durchschnitt der Vergleichsstädte auf. Jede Fahrt eines Fahrgastes wurde somit in Bremen 2007 aus dem öffentlichen Haushalt mit 58 Cent unterstützt (Durchschnitt der Großstädte: 41 Cent). Bemerkenswert ist jedoch die Entwicklung seit 2005. In nur zwei Jahren konnte der Verlustrausgleich je Fahrgast von 74 Cent in 2005 um 21 % auf 58 Cent in 2007 gesenkt werden. Ebenfalls um 21 % konnte im gleichen Zeitraum der ÖPNV-**Verlustrausgleich je Einwohner** gesenkt werden (von 131 € auf 104 €), wobei Bremen bei dieser Kennzahl 2007 nur ein marginal erhöhtes Niveau zum Vergleichsstädtedurchschnitt aufwies und nur drei Vergleichsstädte geringere Zuschüsse leisteten.

Weitere Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste und damit verbundenen Ertragssteigerung sowie umfangreiche Kostensenkungsprogramme werden durchgeführt. Bereits im Jahr 2008 konnten damit die Fahrgastzahlen um weitere 2 % auf ca. 100 Mio. gesteigert und der Verlustrausgleich um 0,2 Mio. € auf ca. 56,9 Mio. € gesenkt werden. Für eine weitergehende relevante Erhöhung der Nachfrage wäre laut Fachressort ein deutlicher Ausbau des Straßenbahnnetzes notwendig.

Baubereich:

Der Zielerreichungsgrad eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes (Z2-2) ist aufgrund eines in Bremen fehlenden Mietenspiegels schwierig abzubilden. Näherungsweise werden deshalb die **Vergleichsmieten** aus dem Mietenspiegel des IVD² für eine 3-Zimmerwohnung in mittlerer Lage (Durchschnitt aus den letzten 5 Jahren) als Kennzahl herangezogen. Bremen liegt am oberen Rand der vergleichbaren Städte (Ruhrgebiet, Hannover).

Der für die Stadt Bremen zu verzeichnende deutliche Rückgang der Bautätigkeit von 1.318 **Baufertigstellungen** in 2006 auf 665 Baufertigstellungen in 2008 entspricht dem Bundestrend und hat vielfältige Ursachen, wie z.B. die demographische Entwicklung, die Abschaffung der Eigenheimzulage und die verstärkte Inanspruchnahme des Altbaubestands. Einzig Berlin und Köln zeigen einen positiven Trend und steigen von 3.126 auf 3.833 Baufertigstellungen (+23 %) respektive von 2.973 auf 3.250 Baufertigstellungen (+9 %). Im Falle Berlins hat jedoch gleichzeitig die Anzahl der fertig gestellten Gebäude abgenommen (-15 %).

Bei der Anzahl der **Wohngeldempfängerhaushalte** liegt die Stadt Bremen unter den Vergleichsstädten im Mittelfeld. Auf die Einwohnerzahl bezogen, gibt es in Bremen 7,66 Wohngeldempfänger-Haushalte auf 1.000 Einwohner. Damit liegt Bremen im oberen Bereich, wohingegen München den geringsten Anteil an Wohngeldempfängerhaushalten vorweist (2,61 je 1.000 Einwohner). Da das Wohngeld ein Sozialindikator mit Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung ist, passt dieser Unterschied ins Bild.

¹ Verband Deutscher Verkehrsunternehmen

² Immobilienverband Deutschland

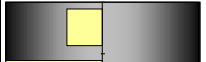





Umweltbereich:

Bei der Kennzahl „**Erreichung der 100 % Bestickhöhe nach dem Generalplan Küstenschutz**“ (in % Deichlänge und km) (Z3-2) ist ein Vergleich nur beschränkt aussagefähig. Die Küstenschutzlinien in Niedersachsen und Schleswig-Holstein bestehen größtenteils aus massiven Erddeichen, für deren Erhöhung und Verstärkung andere Maßstäbe als für die stadtnahen Deiche in Bremen angesetzt werden müssen. Die Genehmigungsverfahren können dort schneller abgewickelt werden und die Baumaßnahmen werden auf langen Abschnitten durchgeführt. Der Vergleich mit Hamburg hingegen zeigt, dass Bremen einen erheblichen Nachholbedarf hat, dem mit der Umsetzung des im Mai 2007 beschlossenen „Generalplan Küstenschutz Niedersachsen / Bremen“ begegnet werden wird.

Im Jahr 1997 wurde ein **Vergleichsring Grünflächen** in Großstädten beim IKONET der KGSt gebildet. Der Vergleichsring besteht aus acht Großstädten. In diesem Vergleichsring werden Kennzahlen gebildet, die für die politische und wirtschaftliche Steuerung der öffentlichen Grünflächen notwendig sind.

Die nachfolgend dargestellten wesentlichen Werte aus dem Vergleich 2008 zeigen deutlich, dass Bremen den geringsten Aufwand in der Grünflächenpflege, bei den Straßenbäumen und den Spielplätzen betreibt:

Stand: 08.12.2009

Ziel	Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *		Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Median	Ø Städte*	Rang Bremen
				Min	Max						
68-D-01	Fläche Grün- und Parkanlage je EW	qm	2008			13,4	9,4	25,9	12,8	16,1	5
68-D-02	Öffentliche Grün- und Parkanlagen: Unterhaltungskosten je EW	Euro	2008			6,4	6,4	24,8	12,6	12,8	7
68-D-03	Öffentliche Grün- und Parkanlagen: Unterhaltungskosten je qm	Euro	2008			0,48	0,48	1,99	0,91	1,00	7
68-D-04	Unterhaltungskosten pro m2 Spiel- und Bolzplatz	Euro	2008			1,4	1,4	5,8	3,5	4,1	7
68-D-05	Unterhaltungskosten je Straßenbaum	Euro	2008			23,7	23,7	56,0	28,7	34,8	7
68-D-06	Fläche je Vollzeitstelle Außenbereich	ha	2008			12,6	4,2	12,6	6,9	8,9	1

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

** Beteiligte Städte: Berlin, Bremen (ohne Bremen-Nord), Düsseldorf, Hannover, Kiel, Stuttgart, Wuppertal

Damit die Erreichung der klimapolitischen Ziele des Ressorts auch anhand aussagefähiger Indikatoren gemessen werden kann, wurde 2008 in einem ersten Schritt das Kennzahlenset um bremeninterne Vergleichszeitreihen zum Car-Sharing und zur CO₂-Reduktion durch die Förderprogramme des Landes ergänzt. Während der Car-Sharing-Vergleich mit anderen Städten sowohl wegen der Heterogenität des Angebots als auch der unterschiedlichen Stadt-Umland-Nutzungen auch zukünftig nicht zu erwarten ist, scheint eine mittelfristige Erweiterung der Kennzahlen zur CO₂-Reduktion möglich. Durch das vom Senat beschlossene Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 wurde hierfür die Grundlage geschaffen.

Die Kennzahl „**Car-Sharing**“ (Z1-1) gibt an, wie viele von 10.000 Einwohner im Land Bremen Car-Sharing nutzen. Mit Car-Sharing lassen sich zum einen nennenswerte CO₂-Einsparungen erreichen, zum anderen bedeutet der Verzicht auf ein eigenes Kfz im privaten wie beruflichen Bereich Stellplatzeinsparung und Verminderung des Parkraumdrucks. Trotz der stetig steigenden Zahlen (von 47 auf 68 Nutzer/-innen je 10.000 Einwohner im Zeitraum 2004 bis 2008, was einem Plus von über 40 % entspricht) sind die Potenziale von Car-Sharing bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Die Kennzahl „**CO₂-Reduktion**“ (Z3-1) gibt die Menge der Reduzierung der CO₂-Emissionen an, die durch das bremische Programm zum Wärmeschutz und zum Ersatz von Elektroheizungen erreicht wurde. Damit spiegelt die Zahl nicht nur die Aktivitäten von Hauseigentümern wider, ihre Gebäude bzw. Heizungsanlagen im Sinne des Klimaschutzes zu verbessern, sondern auch die Mittelausstattung dafür. Infolge der Aufstockung des Programms in 2007 konnte das zuletzt (2004 bis 2006) rückläufige Volumen der CO₂-Reduktion erhöht werden. 2008 jedoch sank die programmbezogene CO₂-Reduktion erneut (-20 %).

Europa und Entwicklungszusammenarbeit:

Bei den für den Bereich definierten Zielen handelt es sich überwiegend um politisch übergeordnete Zielsetzungen, denen Kosten- und Leistungskennzahlen nur in begrenztem Umfang zugeordnet werden können.

Hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung im Bereich „Europaangelegenheiten“ (Z4-1) steht als Kennzahl für Ländervergleiche lediglich die **Stellenzahl der Landesvertretung** bei der EU zur Verfügung. Das zuständige Fachressort weist darauf hin, dass – im Unterschied zu anderen Länderbüros in Brüssel – die bremische EU-Vertretung als Teil der Europaabteilung an der inhaltlichen Gestaltung der europapolitischen Positionen des Landes beteiligt ist und EU-bezogene Aufgaben der Senatskanzlei übernehme. Im Übrigen sei aufgrund zunehmender Bedeutung der Entscheidungen in Brüssel generell eine Aufstockung der Personalkapazitäten in den Ländervertretungen zu beobachten. Mit knapp 9 Stellen wird der absolute Personalbestand der bremischen Vertretung derzeit nur noch von Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland unterschritten. Ein Vergleich anhand einwohnerbezogener Betrachtungen erscheint wenig sinnvoll, da die Anzahl der zu bearbeitenden Vorgänge und Verfahren nicht in Abhängigkeit zu der jeweiligen Größe des Bundeslandes steht.

Für Zwecke der „**Entwicklungszusammenarbeit**“ (Z4-2) wurden im Jahr 2008 in den bremischen Haushalten ca. 0,8 Mio. € verausgabt. Mit 1,19 € leistete Bremen im Ländervergleich (Durchschnittswert: 0,55 €) damit einwohnerbezogen den zweithöchsten Beitrag an Entwicklungsländer nach Hamburg.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die Bemühungen des Fachressorts, die Aufgabenbreite durch eine modifizierte Ziel- bzw. Aufgabenbeschreibung umfassender abzubilden, sind zu begrüßen. Es besteht Einvernehmen, dass entsprechende Weiterentwicklungen auch im Bereich der Kennzahlen fortzusetzen sind.

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max															
Z1-3	68-A-01	Nutzwagenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/-in	km	2007				39,7	66,6	67,6	39,3	<u>26,5</u>	80,0	38,9	47,8	68,9	53,6	.	71,8	53,4	59,9	9 von 12
Z1-3	68-A-02	Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/-in	km	2007				912	970	1.180	1.041	<u>536</u>	1.690	901	1.103	1.350	1.344	.	1.707	1.577	1.208	10 von 12
Z1-3	68-A-03	Streckenlänge Straßenbahn / Stadtbahn	km	2007				69,1	100,7	190,0	73,6	<u>56,6</u>	146,5	75,8	122,2	119,7	142,3	.	71,2	120,1	107,3	11 von 12
Z1-3	68-A-04	Verlustrausgleich ÖPNV-Unternehmen je Fahrgast	Euro	2007				0,58	<u>0,21</u>	0,41	0,48	0,78	0,24	0,59	0,44	0,55	0,48	.	.	0,47	0,41	3 von 11
Z1-3	68-A-05	Verlustrausgleich ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/-in	Euro	2007				104,2	<u>45,6</u>	107,4	105,8	93,7	89,6	126,2	113,8	165,0	121,4	.	.	146,2	103,0	8 von 11
Z2-2	68-B-01	Wohnungs(kalt)mieten in € je m² Wohnfläche für eine 3-Zimmer-Wohnung (ca. 70 m² Wohnfläche, mittlerer Wohnlage, 5-Jahresdurchschnitt)	Euro	2008				5,6	7,7	5,4	<u>5,3</u>	5,4	7,4	5,4	8,0	5,3	7,5	.	9,9	8,3		7 von 12
Z3-2	68-B-02	Durchschnittliche Jahresabfallgebühr (Mindestgebühr) je Haushalt	Euro	2008				<u>127,3</u>	250,5	187,0	175,0	184,9	264,6	132,2	226,8	178,8	234,2	.	145,8	172,2	189,9	12 von 12
Z2-2	68-B-03	Baufertigstellungen neuer Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				1,2	2,1	1,1	1,3	1,0	1,2	1,1	3,2	<u>0,9</u>	3,3	2,1	3,7	2,2	1,9	8
Z2-2	68-B-04	Wohngeldempfängerhaushalte je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				7,7	7,2	6,8	7,4	7,3	8,2	6,2	5,6	8,0	5,6	.	<u>2,6</u>	4,6	6,3	3 von 12

Ziel	Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
					Min	Ø	Max																		
Z1-1	68-A-08	Car-Sharing-Nutzer/-innen pro 10.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008				68	x	x
Z3-2	68-C-01	Küstenschutz: Erreichung der 100 % Bestickhöhe nach dem Generalplan Küstenschutz	%	2009				41,6	96,0	x	x
Z3-2	68-C-02	Küstenschutz: Erreichung der 100 % Bestickhöhe nach dem Generalplan Küstenschutz	km Deichlänge	2009				33,3	99,6	x	x
Z3-1	68-E-01	CO2-Reduktion durch energiepolitische Breitenförderprogramme	1.000 t	2008				103,3	x	x
Z4-1	68-F-01	Stellen der Vertretungen der Länder bei der EU in Brüssel	Anzahl	2009				8,7	13,0	9,0	25,0	31,0	14,8	19,5	27,0	12,0	<u>5,7</u>	13,0	11,8	8,0	13,7	11,0	8,8	14,5	14
Z4-2	68-F-02	Leistung der Bundesländer für Entwicklungszusammenarbeit je Einwohner/-in	Euro	2008				1,19	3,04	0,44	0,52	0,41	0,69	0,12	0,95	0,54	0,31	0,09	0,05	<u>0,04</u>	0,26	0,06	0,15	0,55	2

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Wirtschaft

Vorbemerkungen

Für den Produktplan kann unverändert auf ein relativ breites Spektrum von Kennzahlen zurück gegriffen werden, das mögliche Zielgrößen und Ausgangslagen des Fachressorts abbildet und dabei auch im Länder- bzw. Städtevergleich darstellbar ist. Im Rahmen des nachfolgenden Jahresberichts wird dieses Kennzahlen-Spektrum, das nach Abstimmung zwischen Bereich und Benchmarking-AG gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist, abgebildet und kommentiert.

Gemäß Prüfauftrag wurden ausgehend vom „Strukturkonzept Land Bremen 2015“ die fachpolitischen Ziele angepasst und die verfügbaren Kennzahlen zugewiesen. Wie bisher finden die Betrachtungen zu Relationen von Ressourceneinsatz und bewirkten bzw. zu bewirkenden Veränderungen gesamtwirtschaftlicher Daten (Effizienz der Leistungserbringung des Bereiches) auf differenzierterer Ebene (Programme; Einzelfallförderungen) statt und können daher im Benchmarking-Bericht nicht abgebildet werden. Bezüge der unter „Benchmarking-ergebnisse“ dargestellten Positionierungen Bremens im Städte- und/oder Ländervergleich zu den Aktivitäten des Ressorts sind ohne diese Differenzierungen nicht unmittelbar herzustellen.

Eine Kostenträger-Systematik liegt im Ressort vor, kann jedoch noch nicht für Kosten-Leistungs-Betrachtungen genutzt werden.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Das Ergebnis von Wirtschaftspolitik wird anhand von Kennziffern wie Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Erwerbstätigkeit dargestellt. Politik kann diese Größen mittelbar über die Ausgestaltung entwicklungsbestimmender Faktoren wie Investitionen, Forschung und Entwicklung, Beschäftigungspotentiale und Talente sowie über wirtschaftsrelevante Rahmenbedingungen beeinflussen. Der Senator für Wirtschaft und Häfen verfolgt dementsprechend die Zielsetzung, wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundliche Voraussetzungen zu schaffen, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und damit Unternehmen anzuregen, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen.

Sowohl im Produktgruppen-Haushalt als auch im Rahmen des Benchmarkings wurde das Zielsystem des Bereichs zwischenzeitlich überarbeitet, wobei das zentrale, übergeordnete Ziel nunmehr wie folgt formuliert wird: Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll.

Z1	Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze
Z1-1	Schaffung von wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundlichen infrastrukturellen Rahmenbedingungen
Z1-2	Innovationsförderung in wachstumsorientierten Zukunftsfeldern
Z1-3	Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur; Festigung des industriellen Bestandes; Stärkung des Dienstleistungsbereiches
Z1-4	Verbesserung der Standortbedingungen für KMU
Z1-5	Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte/Stadteilzentren sowie Stärkung des Tourismus in Bremen und Bremerhaven

Der Bitte, Möglichkeiten zur Aufnahme des Zieles „Sicherstellung der Effizienz der Wirtschaftsförderung“ mit entsprechenden Kennzahlen zu prüfen, konnte unter Berücksichtigung der vollzogenen Neustrukturierungen im Bereich der Wirtschaftsförderung für den aktuellen Benchmarking-Bericht noch nicht entsprochen werden.

Haushalt und Personal

Die kameralen Daten des Bereichs dokumentieren insbesondere die zum Haushaltsjahr 2008 vollzogene Integration der vorhergehenden Mittelanteile des Anschlussinvestitionsprogramms (AIP) in die regulären Eckwerte des Produktplans. Die deutlichen Schwankungen im Niveau der sonstigen konsumtiven und der investiven Ausgaben seit 2007 spiegeln damit nicht nur Veränderungen in den übrigen Ausgabenbereichen sondern auch die in den Einzeljahren unterschiedlichen Verpflichtungen zur Finanzierung von Maßnahmen und vor allem zur Tilgung bestehender Vorfinanzierungen des AIP wider.

Die Personalausgaben des Wirtschaftsressorts weisen auch unter Berücksichtigung der zunächst separat geführten und ab 2008 integrierten Beschäftigten für die Planung, Durchführung und Dokumentation des AIP in den vergangenen Jahren ein insgesamt steigendes Niveau auf. Knapp 24 % der Personalausgaben entfielen dabei 2009 auf die dem Bereich zuzurechnenden Versorgungsanteile.

Ausgabepositionen Produktplan "Wirtschaft"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung; ISP/AIP)	8.279	8.035	7.930	8.025	8.443	418	5,2	
davon: Personalausgaben (Produktplan)	5.992	5.585	5.698	6.191	6.458	267	4,3	5.708
zugeordnete Anteile an Versorgung	1.625	1.692	1.710	1.834	1.985	151	8,2	
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	663	757	522					
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	110	102	105	116	111	-6	-4,8	86
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	54.470	54.598	54.422	53.182	58.261	5.079	9,6	
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	42.088	44.167	41.943	36.270	34.028	-2.242	-6,2	29.915
dar.: zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	16.970	18.666	17.435					
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	193.316	173.926	115.607	142.337	122.083	-20.254	-14,2	89.017
dar.: zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	136.351	89.809	56.548					
Gesamtausgaben	243.684	226.128	165.480	186.632	164.554	-22.078	-11,8	

1) Beschäftigungsvolumen 2005-2009: einschließlich refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben: ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen: ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Die zentralen Strukturkennziffern zur Beschreibung der wirtschaftlichen Situation sowie die den Zielen zugewiesenen Kennziffern stellen sich wie folgt dar:

- Das **Bruttoinlandsprodukt** der Stadt Bremen verzeichnet im aktuellsten datenmäßig erfassten Fünf-Jahres-Zeitraum (2002/2007) den vierthöchsten Anstieg aller Vergleichsstädte und konnte damit im Jahr 2007 die zuvor langjährige Lücke zum Städtedurchschnitt nahezu schließen. Nur Leipzig, Duisburg und Hannover können positive Entwicklungen ihrer regionalen Wirtschaftsleistung vorweisen. Im Stadtstaatenvergleich konnte der Niveaurückstand des Landes zu Hamburg (pro Einwohner) von 21 % (2002) auf 17 % (2008) verkürzt werden.
- Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum konnte bis zum Jahr 2007 nicht mit einem parallelen Anstieg der **Beschäftigung** verbunden werden: Trotz BIP-Zunahme um 14,6 % sank die Zahl der Erwerbstätigen in der Stadt Bremen im Zeitraum 2002/2007 um 0,5 %. Von den übrigen bundesdeutschen Großstädten verzeichneten Stuttgart und Hannover (jeweils – 0,3 %) annähernd vergleichbar ungünstige Arbeitsplatzentwicklungen. Im aktuelleren Vergleichszeitraum 2003/2008 weist die Stadt Bremen bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit + 0,7 % zwar eine deutlich positivere Entwicklung auf, liegt aber noch unter dem Städtedurchschnitt von + 2,2 %. Die **Arbeitsplatzdichte** (gemessen an der jeweiligen Einwohnerzahl) lag in der Stadt Bremen bei den Erwerbstätigen insgesamt 2007 um 3 % unter dem – insbesondere durch Frankfurt (922 Erwerbstätige je 1.000 Einwohner) nach oben verzerrten - Städtedurchschnitt. Die Arbeitsplatzdichte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entsprach im Jahr 2008 dem Städtedurchschnitt.

Wirtschaftswachstum ohne Beschäftigungseffekte bedeutet eine Zunahme der **Produktivität**. Tatsächlich konnte Bremen beim erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im aktuellsten Fünf-Jahres-Zeitraum sowohl im Städtevergleich (nach Hannover und Duisburg) als auch im Ländervergleich (nach dem Saarland und Sachsen) die jeweils dritthöchsten Zuwachsraten verzeichnen. Angesichts ihrer Bedeutung als Maßstab für den Modernisierungsgrad der regionalen Wirtschaft und für die Zukunftsfähigkeit ihrer Arbeitsplätze ist als positiv zu bewerten, dass die Produktivität damit in Bremen im Städtevergleich überdurchschnittlich ausfällt (2007: + 2,5 %; 2001: - 4,1 %) und auch den Abstand zum besonders wirtschaftsstarken Stadtstaat Hamburg innerhalb von nur sechs Jahren (2001/2007) um rd. 8 %-Punkte (auf 10 %) verringern konnte.

Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum der Zukunft sollen durch die **Schaffung von wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundlichen infrastrukturellen Rahmenbedingungen** gesichert werden. Wirkungsweise und Erfolge der hierauf gerichteten Maßnahmen sind allerdings kaum zu quantifizieren. Vergleichsbetrachtungen sind praktisch nur hinsichtlich der Bereitstellung von **Gewerbeflächen** anzustellen: Eine nur alle vier Jahre erhobene Statistik weist dabei aus, dass Bremen im Städtevergleich nach einem Rückgang im Zeitraum 2000/2004 wieder nahezu den Gewerbeflächenbestand des Jahres 2000 erreicht hat. Damit weist Bremen seit 1996 konstant den zweithöchsten Gewerbeflächenbestand (pro Einwohner) aller bundesdeutschen Großstädte auf. Vergleichszahlen zur Vergabe und Nutzung der Gewerbeflächen (z. B. Arbeitsplätze je Hektar) liegen nicht vor.

Bei den **Gewerbemeldungen** ist der Saldo der Zuzüge und Fortzüge relativ ausgeglichen und hält sich damit im Städtedurchschnitt. Der Saldo aus Neuerrichtungen und Aufgaben fiel allerdings nur in Duisburg, Essen und Stuttgart ungünstiger aus (jeweils einwohnerbezogener Durchschnitt der Jahre 2006/2008). Mit 32 **Insolvenzverfahren** je 10.000 Einwohner (Durchschnitt 2004/2008) verzeichnete die Stadt Bremen im Städteranking den vorletzten Platz (vor Leipzig). Die **ausländischen Direktinvestitionen** weisen am aktuellen Rand rückläufige Tendenz (2007: - 7,1 %; Länderdurchschnitt: + 4,4 %) und mit 3.700 € pro Einwohner (Rang 7) im Ländervergleich ein unterdurchschnittliches Engagement ausländischer Investoren auf.

Der **Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP** erreichte 2006 in Bremen - wie bereits in den Vorjahren - den niedrigsten Wert aller Bundesländer.

Zur Beurteilung der Entwicklung und des Standes der **FuE-Orientierung** der bremischen Wirtschaft liegen der Benchmarking-AG derzeit lediglich relativ veraltete Ländervergleichswerte vor. Danach waren in Bremen im Jahr 2005 zwar insgesamt mehr Beschäftigte pro Einwohner in der Forschung und Entwicklung tätig (Rang 4) als in Hamburg (Rang 5), jedoch weniger als in Berlin und sogar in den Flächenländern Baden-Württemberg und Bayern. Die **FuE-Aufwendungen** des bremischen Wirtschaftssektors lagen 2005 - nach den mit Abstand deutlichsten Einbrüchen aller Länder gegenüber 2003 (- 31,8 %) - einwohnerbezogen um rd. 28 % unter dem Länderdurchschnitt.

Im Bereich der **sektoralen Wirtschaftspolitik**, die Erfolge auch über eine Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur erzielen soll, besteht anhaltender Handlungsbedarf. Im **Verarbeitenden Gewerbe** bewegt sich die Produktivität bremischer Unternehmen im Mittelfeld aller Vergleichsstädte und nur leicht unter dem Großstädtedurchschnitt. Bei der Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Sektors je Erwerbstätigen wurde im Zeitraum 2002/2007 Rang 9 vor Hamburg, Essen und der Stadt Frankfurt erreicht. Im **Dienstleistungsbereich** verzeichnete die Stadt Bremen im Jahr 2007 im Städtevergleich eine um 9 % unterdurchschnittliche Arbeitsplatzdichte (Rang 9 aller 13 Vergleichsstädte) und nur ein leicht überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum im davorliegenden Fünf-Jahres-Zeitraum. Trotz des starken Sektors „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ (Rang 1) erreichte der Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen erwerbstätigen Personen in Bremen 2007 nur Rang 11 unter den Großstädten.

Für Effekte der **Investitions- und Existenzgründungsförderung**, die vor allem die Standortbedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen verbessern sollen, bestehen - zumindest derzeit noch - keine belastbaren Städte- oder Ländervergleiche. Aus den Daten des Produktgruppenhaushalts des Ressort ergibt sich, dass im Jahr 2008 durch investitionsförder-

de Maßnahmen (GA und LIP) landesweit 555 Arbeitsplätze neu geschaffen und 707 Arbeitsplätze gesichert wurden (Planwerte 2010 und 2011: jeweils 190 neue und 600 gesicherte Arbeitsplätze). 571 Arbeitsplätze sind nach Angaben des Bereichs durch Hilfen bei Existenzgründungen 2008 neu entstanden und auch in den kommenden Jahren in etwa die Zielgröße der entsprechenden Fördermaßnahmen darstellen. Im Städtevergleich ergibt sich allerdings, dass die für die Stadt Bremen ausgewiesene Zahl der **Gewerbeneuerrichtungen** (82 je 10.000 Einwohner) die zweitniedrigste aller 13 bundesdeutschen Großstädte (vor Stuttgart) darstellt.

Einziges im Benchmarking verfügbare Kennzahl zur Beurteilung der Einkaufsattraktivität der Innenstädte und Stadtteile bundesdeutscher Großstädte im Verhältnis zu ihrem jeweiligen Umland ist die sogenannte „**Zentralitätskennziffer Einzelhandel**“, die Aufschluss über die Relationen der Kaufkraftzu- und -abflüsse gibt. Dauerhaft rangiert die Stadt Bremen – mit relativ konstanter Quote – hier im Mittelfeld aller Großstädte (seit 1999: Rang 5 oder 6) und dabei relativ deutlich vor den beiden anderen Stadtstaaten. Nach wie vor unzureichend fällt im Städtevergleich hingegen die Entwicklung im **Beherbergungsgewerbe** aus: Trotz tourismusfördernder Maßnahmen und trotz Erschließung neuer Besucherpotenziale durch den Ausbau der Flugverbindungen wird die Zahl der **Übernachtungen** in stadtbremischen Beherbergungsbetrieben sowohl im längerfristigen Vergleich (2004/2008) als auch aktuell (2008) nur in den drei Ruhrgebietsstädten Essen, Dortmund und Duisburg unterschritten. Nicht auszuschließen ist, dass hierzu auch die Anzahl der angebotenen **Gästebetten** beiträgt, die bei entsprechender Zielgruppenorientierung nachfrageauslösende Funktionen ausüben könnte, jedoch in der Stadt Bremen – mit durchschnittlicher Auslastung - einwohnerbezogen ebenfalls nur im letzten Drittel des Städterankings angesiedelt ist.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Der Bereich hat in Anpassung an die programmatischen Grundlagen seiner Tätigkeiten eine Überarbeitung der fachpolitischen Ziele vorgenommen, die nunmehr stärker auf die vom Wirtschaftsressort zu gestaltenden bzw. zu beeinflussenden Rahmenbedingungen der regionalen Wirtschaft ausgerichtet sind. Das im Rahmen der Städte- und Ländervergleiche zur Verfügung stehende Kennzahlen-Set kann nur punktuell Maßstäbe zur vorfindbaren Ausgangslage bzw. zu Erfolgen der durchgeführten Infrastruktur- und sonstigen Fördermaßnahmen liefern. Tiefergehende Evaluierungen erfolgen nach Ressortangaben auf der Ebene von Fachprogrammen, größeren zusammenhängenden Maßnahmen oder auch einzelnen Projekten.

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max															
Z1	71-A-01	Gewerbeflächen je 10.000 Einwohner/-innen	ha	2008			37,9	.	10,0	27,9	51,1	17,9	23,8	18,2	28,1	24,9	24,3	<u>8,7</u>	13,1	18,8	2 von 12	
Z1	71-A-02	Gewerbeflächen: Veränderung in den letzten 4 Jahren	%	2008			3,8	.	-2,3	<u>-15,1</u>	1,9	-0,9	-10,7	4,7	0,3	-3,0	48,5	-2,1	-2,1	-0,4	3 von 12	
Z1-1	71-B-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person	Euro	2007			70.904	78.967	52.841	60.742	64.650	83.374	67.757	84.358	65.893	67.543	<u>47.018</u>	78.160	76.574	69.206	6	
Z1-1	71-B-02	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			15,2	6,8	<u>3,9</u>	8,5	15,5	9,4	11,2	9,2	19,0	11,1	11,8	13,3	12,3	9,6	3	
Z1-4	71-B-03	Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person im Verarbeitenden Gewerbe	Euro	2007			91.210	88.082	74.399	75.648	101.767	80.758	69.114	126.404	.	95.025	<u>67.964</u>	112.924	111.183	93.824	6 von 12	
Z1-4	71-B-04	Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person im Verarbeitenden Gewerbe: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			32,5	<u>6,9</u>	37,6	42,6	54,4	36,7	28,8	30,8	.	43,1	140,5	58,1	44,6		9 von 12	
Z1-5	71-C-01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige Personen im Dienstleistungsbereich je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2007			467	523	406	419	<u>329</u>	700	437	822	613	568	476	590	605	512	9	
Z1-5	71-D-01	Erwerbstätige Personen im Dienstleistungsbereich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			3,4	6,1	7,4	7,2	6,2	4,4	3,6	2,7	<u>2,2</u>	5,7	9,4	2,3	4,4	5,1	10	
Z1-5	71-E-01	Erwerbstätige Personen in den Dienstleistungsbereichen: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	%	2007			78,6	84,5	86,3	84,0	<u>73,8</u>	85,4	82,3	89,1	84,5	86,2	83,9	81,9	77,2	84,0	11	
Z1-5	71-E-02	Erwerbstätige Personen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	%	2007			29,4	29,3	23,5	26,5	27,3	27,9	24,4	28,2	22,5	28,3	22,4	21,5	<u>19,5</u>	25,3	1	
Z1-5	71-E-03	Erwerbstätige Personen in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	%	2007			19,7	27,1	22,7	25,4	<u>16,2</u>	31,2	25,4	38,4	26,6	26,5	26,9	29,5	27,2	26,8	12	
Z1-5	71-E-04	Erwerbstätige Personen bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	%	2007			29,5	28,1	40,0	32,1	30,3	26,4	32,6	<u>22,5</u>	35,3	31,3	34,6	30,8	30,5	31,9	10	
Z1-6	71-F-01	Zentralitätskennziffer Einzelhandel		2008			125,0	118,0	109,4	130,9	117,4	137,8	128,5	125,8	130,5	120,4	111,4	<u>98,3</u>	109,9		6	
Z1-6	71-G-01	Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben je Einwohner/-in	Anzahl	2008			2,5	4,3	5,2	1,4	<u>0,8</u>	5,8	1,9	8,2	3,6	4,3	3,6	7,5	4,6	4,6	10	
Z1-6	71-G-02	Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben je Einwohner/-in: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	Anzahl	2008			2,3	3,9	4,6	1,3	<u>0,7</u>	5,0	1,7	7,6	3,1	4,3	3,6	6,9	4,2	4,2	10	
Z-1-6	71-H-01	Gästebetten in Beherbergungsbetrieben je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			14,8	22,4	28,4	9,3	<u>5,5</u>	36,9	11,5	50,6	25,7	25,0	22,6	36,9	28,2	26,2	10	
Z1-6	71-H-02	Gästebetten: durchschnittliche Auslastung der letzten 5 Jahre	%	2008			43,7	53,2	50,3	38,4	36,2	42,0	42,6	44,2	<u>35,8</u>	46,9	44,0	54,1	42,5	47,9	7	
Z1-3	71-I-01	Gewerbeneuerrichtungen je 10.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			82,0	112,4	107,2	106,0	86,2	119,6	97,0	175,2	82,3	109,5	116,0	133,4	<u>79,4</u>	110,6	12	
Z1-4	71-J-01	Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	%	2008			52,8	<u>23,9</u>	38,6	43,8	26,4	47,0	29,4	48,6	41,9	53,3	47,0	65,0	54,9	43,4	4	

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Ziel	Ländervergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert * Ø																	Bundesgebiet	Rang HB*
					Min	Max	HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST		
Z1-7	71-K-01	FuE-Personal (alle Sektoren): Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2005		7,4	6,5	8,0	10,3	8,0	6,5	4,6	4,3	3,7	2,7	2,8	<u>2,5</u>	2,7	4,8	2,6	4,2	5,8	4
Z1-7	71-K-02	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors je Einwohner/-in	Euro	2005		339	537	434	1.022	739	695	359	298	292	85	126	<u>55</u>	57	214	65	181	469	7
Z1-7	71-K-03	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors: Veränderung in den letzten 2 Jahren	%	2005		<u>-31,8</u>	8,1	-6,5	12,5	1,2	1,5	-25,1	4,7	-1,9	-10,9	10,7	-11,2	18,9	8,0	23,3	-0,5	1,6	16
Z1-4	71-L-01	Ausländische Direktinvestitionen je Einwohner/-in	Euro	2007		3.748	18.330	6.513	4.446	6.968	13.938	2.010	7.147	2.547	3.528	2.629	828	1.687	845	2.431	<u>754</u>	5.578	7
Z1-4	71-L-02	Ausländische Direktinvestitionen: Veränderung im Vergleich zum Vorjahr	%	2007		-7,1	<u>-11,5</u>	32,4	1,7	2,9	11,3	-8,4	2,6	8,1	58,7	2,8	21,3	4,4	12,8	24,4	29,5	4,4	14
Z1-4	71-M-01	Bruttoanlageinvestitionen: Anteil am BIP	%	2006		<u>13,6</u>	24,1	16,0	18,2	21,4	16,1	17,1	15,5	18,1	15,4	18,4	22,3	25,1	19,3	17,5	21,0	18,2	16
Z1-7	71-N-01	Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		2,2	6,2	2,6	14,0	10,8	4,4	4,2	4,3	3,2	2,9	2,1	1,4	<u>1,1</u>	2,4	1,5	2,7	6,0	12
Z1-7	71-N-02	Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner/-innen: Durchschnitt der letzten 3 Jahre	Anzahl	2008		2,3	5,7	2,8	13,0	11,0	4,9	3,6	4,5	3,1	3,0	2,1	1,6	<u>1,1</u>	2,2	1,4	2,7	5,9	11
Z1-2	71-O-01	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2008		<u>33,5</u>	34,0	36,4	38,1	40,3	37,3	43,9	38,6	43,7	37,8	49,7	47,1	50,9	45,9	44,8	47,1	40,7	16
Z1-2	71-O-02	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2008		41,9	36,7	<u>35,9</u>	37,9	35,9	38,4	37,2	39,8	36,8	37,0	37,9	39,6	39,3	39,7	41,9	42,9	38,2	2
Z1-2	71-O-03	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	%	2008		24,6	29,3	27,8	24,1	23,8	24,3	18,9	21,6	19,6	25,2	12,4	13,3	<u>9,9</u>	14,4	13,3	10,0	21,1	4
Z1-2	71-P-01	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		0,8	4,4	4,1	-0,5	1,0	-1,3	0,0	-1,4	-1,3	0,3	0,8	-4,1	-4,9	-4,7	-4,2	<u>-6,0</u>	-0,9	5
Z1-2	71-P-02	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		6,0	12,4	6,5	5,0	7,7	5,1	<u>4,8</u>	5,2	5,9	6,2	8,3	6,1	5,1	6,2	5,8	6,3	6,0	9
Z1-2	71-P-03	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		-4,1	1,6	-7,1	4,7	4,9	-2,8	-0,3	-1,6	4,7	-6,7	-6,6	2,4	-3,8	1,3	<u>-18,0</u>	-1,6	0,2	12

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Häfen

Vorbemerkungen

Der Produktplan „Häfen“ weist für Vergleichsbetrachtungen nach ansonsten üblicher Systematik der bremischen Benchmarking-Berichterstattung eine besondere Ausgangslage auf. Die bremischen Häfen können nur mit Städten außerhalb des üblichen Benchmarkkreises verglichen werden, da nur dieser Vergleichsrahmen der nationalen und internationalen Wettbewerbssituation entspricht.. Andererseits werden große Teile der Aufgabenstellungen des Häfenbereichs außerhalb des Kernhaushaltes wahrgenommen, so wie es auch an anderen Hafenstandorten der Fall ist, so dass wesentliche, z. T. betriebsbezogene Kennziffern der Leistungserbringung nicht vorliegen bzw. aufgrund der unterschiedlichen „Hafenfinanzierung“ im Vergleich nicht genutzt werden können. Die Daten des Benchmarkings bieten so lediglich einen Überblick über die Entwicklung des bremischen Hafenumschlages im nationalen und europäischen Vergleich. Im Rahmen des Produktgruppen-Controllings werden die abgebildeten Ist-Daten dabei auch mit Planwerten verknüpft.

Zur Darstellung regionalwirtschaftlich relevanter Größen, insbesondere Arbeitsplätze und Wertschöpfung, weist der Bereich darauf hin, diese seien - aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Integration der Häfen - nicht allein dem Produktplan „Häfen“ zuzuordnen, ihre Quantifizierung sehr schwierig und aufwendig und dementsprechend die gesamtwirtschaftliche Wirkung der bremischen Häfen nicht jährlich zu ermitteln.

Die kurzfristigen massiven Einbrüche des Welthandels und der daran geknüpften Hafenumschlagszahlen infolge der dramatischen Wirtschafts- und Finanzmarkt-Krise sind in den Vergleichsdaten noch nicht abgebildet.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Analog zum Produktplan „Wirtschaft“ wurden auch für den Häfenbereich die zentralen Zielsetzungen z. T. neu definiert und richten sich damit nunmehr ebenfalls statt auf regionalwirtschaftliche Kennzahlen ausschließlich auf die Schaffung erforderlicher Rahmenbedingungen. Nach Einschätzung des Ressorts trägt diese Zielsetzung der gesamtwirtschaftlichen Einbindung der Häfen Rechnung. Die Gewährleistung eines reibungslosen Hafenbetriebes und somit die Integration der Häfen in den „weltweiten“ Güterverkehr stehe im Mittelpunkt der Bemühungen.

Z1	Gewährleistung eines reibungslosen Hafenbetriebes Sicherung des weltweiten Güterverkehrs, eines schnellen Umschlages und einer marktorientierten Distribution durch Neubau und Modernisierung von Anlagen
Z2	Stärkung der Funktionen des Landes als (international nachgefragte) Seehafen- und Logistikregion
Z3	Sicherung bzw. Steigerung des Fluggastaufkommens

Für alle Ziele – und die daraus abgeleiteten Teilziele – gilt, dass Quantifizierungen im Rahmen eines regional ausgerichteten Benchmark praktisch nicht möglich sind. Inwieweit Veränderungen des letztlich allein quantifizierbaren Hafenumschlages auf die nachfrageorientierte Gestaltung der Rahmenbedingungen zurückzuführen sind und welche regionalen Beschäftigungs- bzw. Umsatzeffekte hieraus resultieren, kann mit dem vorgegebenen Verfahren nicht beurteilt werden.

Haushalt und Personal

In der nachfolgenden Tabelle sind die im Kernhaushalt gebuchten Ausgabenbeträge des Bereichs „Häfen“ abgebildet. Erkennbar sind z. T. beträchtliche Veränderungen zwischen einzelnen Haushaltsjahren, die im Wesentlichen auf schwankende konsumtive und investive Zahlungen an die Sondervermögen zurückzuführen sind.

Ausgabepositionen Produktplan "Häfen"						Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung)	13.886	13.192	13.197	13.240	13.951	711	5,4	
davon: Personalausgaben (Produktplan)	7.634	7.212	7.302	7.316	7.739	423	5,8	6.891
zugeordnete Anteile an Versorgung	6.252	5.980	5.895	5.924	6.212	288	4,9	
nachr.: Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	139	133	138	134	131	-3	-2,5	116
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	54.921	54.226	52.913	54.617	59.231	4.614	8,4	
Sonstige konsumtive Ausgaben	17.778	17.519	14.226	3.741	2.957	-784	-21,0	3.471
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	54.703	61.952	48.727	37.953	30.076	-7.877	-20,8	57.477
dar.: zugeordnete ISP-/AIP-Anteile		9.638						
Gesamtausgaben	86.367	92.663	76.150	54.934	46.984	-7.950	-14,5	

1) Beschäftigungsvolumen 2005-2009: einschließlich refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben: ohne zugeordnete Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen: ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Seehafenumschlag

Die vor dem Einbruch Ende des Berichtsjahres 2008 noch ungebrochene Dynamik der Umschlagszahlen in den bremischen Häfen spiegelt sich in der Entwicklung der **Container-Verkehre** wider. Bremen bleibt der viertgrößte europäische Containerhafen innerhalb der aus Hamburg, Antwerpen und Rotterdam gebildeten sog. „Nord-Range“. Mit einer Zunahme der Tonnage im Containerverkehr um deutlich über 70 % im Fünf-Jahres-Zeitraum 2003/2008 weisen die bremischen Häfen in dieser Vergleichsbetrachtung den Spitzenwert, d. h. die deutlich positivsten Zuwachsraten auf. Knapp drei Viertel des über Bremen abgewickelten Gesamtumschlages im Seeverkehr entfallen auf containerisierte Transporte – kein anderer nordwesteuropäischer Hafenstandort erreicht entsprechende Containerisierungsgrade.

Auch gemessen am arbeitsintensiven **nicht-containerisierten Stückgut** zählt Bremen zu den bedeutendsten Häfen Nordeuropas. Mit über 10 Mio. t wurden 2008 13,5 % des Gesamtumschlages der bremischen Häfen in dieser Ladungskategorie abgewickelt, deren mittelfristiges Wachstum in Bremen (2003/2008: + 42 %) in den Vergleichshäfen nur von Dünkirchen und dem – bedeutend kleineren – Ghent übertroffen wurde. Den geringsten Umschlagsanteil der ausgewählten Vergleichshäfen weisen die bremischen Häfen hingegen beim **Massengut** auf (12,8 %). Da der bremische Massengutumschlag zum überwiegenden Teil auf den lokalen Verbrauch ausgerichtet ist, wirken sich in dieser Ladungskategorie auch klimatische Rahmenbedingungen (z. B. milde Winter) stark auf den Umschlag aus. Die Umschlagsmenge schwankt hier bereits längerfristig zwischen knapp 9 Mio. t und rd. 11 Mio. t jährlich.

Beim **Automobilumschlag** konnten 2008 zwar die hohen Zuwachsraten dieses Bereichs aus den Vorjahren nicht mehr erreicht werden. Dennoch blieben die bremischen Häfen mit knapp 2 Millionen Fahrzeugen (Units) und deutlichem Abstand zu anderen Häfen der zweitgrößte nordeuropäische Umschlagplatz nach Zeebrügge, das 2008 sogar einen leichten Rückgang der Umschlagzahlen hinnehmen musste und in mittelfristiger Sicht (Wachstum über fünf Jahre) von Bremen deutlich überflügelt wurde (54 % gegenüber 35 %).

Binnenschifffahrt

Die zwangsläufig anderen und ausschließlich nationalen Vergleichsregionen für die im vergangenen Jahr in den Berichtskreis aufgenommenen **Umschlagwerte** der Binnenschifffahrt

in Bremen umfassen auch mehrere der in den übrigen Produktplan-Berichten ausgewiesenen Großstädte über 500.000 Einwohner. Der Güterumschlag der Binnenschifffahrt fällt in Bremen dabei, insbesondere im Vergleich zu den Binnenhäfen an der „Rheinschiene“, zwar deutlich geringer aus als in anderen Binnenhäfen, erweist sich mit Jahreswerten zwischen 5 Mio. t und gut 6 Mio. t allerdings als dauerhaft relativ stabil. Neben den bedeutenden Binnenhäfen in Duisburg und Köln weisen im Bundesgebiet nur Hamburg, Mannheim und Ludwigshafen größere Umschlagmengen als Bremen auf. Die bremische Entwicklung des Güterumschlags in der Binnenschifffahrt fiel im verfügbaren Fünf-Jahres-Zeitraum (2003/2008) dabei exakt städtedurchschnittlich aus. Im Jahr 2008 lag der Rückgang mit – 8 % allerdings etwas höher als in den Vergleichsstädten (- 4 %), was auch hier auf die Ladungskategorie Massengut und deren überwiegend regionale Ausrichtung zurückzuführen ist.

Flughäfen

Die erwarteten Effekte der deutlich erweiterten Flugverbindungen vom Flughafen der Stadt Bremen finden zwischenzeitlich ihren Niederschlag in der amtlichen Statistik. Trotz dieser positiven Entwicklung lagen die **Fluggastzahlen** in Bremen im Berichtsjahr 2008 – insbesondere aufgrund der fehlenden Drehkreuzfunktionen des Verkehrsflughafens – mit 4,5 Passagieren pro Einwohner unverändert deutlich unter dem von Frankfurt, Düsseldorf und München dominierten Städtedurchschnitt. Der Anstieg der einwohner-bezogenen Passagierzahlen im Fünf-Jahres-Zeitraum 2003/2008 (+ 52 %), der nahezu komplett am aktuellen Rand erzielt werden konnte (2006/2008: + 45 %), stellt jedoch den zweitbesten Wert aller verglichenen Verkehrsflughäfen (nach Berlin) dar. Die fehlende Drehkreuzfunktion des Bremer Flughafens zeigt sich sehr deutlich bei der mittelfristigen Betrachtung der über den bremischen Flughafen beförderten **Frachtmenge**. Aufgrund der von den Frachtcarriern gewählten Distributionsstruktur ist hier ein deutlicher Einbruch (2003/2008: - 34 %) zu konstatieren.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Vor allem im Containerverkehr über die bremischen Häfen und beim Fluggastaufkommen konnten 2008 in Bremen die auch im überregionalen Vergleich ausgesprochen dynamischen Entwicklungen fortgesetzt bzw. sogar forciert werden. Noch unklar ist, wie Bremen in diesen und in den übrigen Bereichen des Hafengeschäftes unter den Vorzeichen der weltweiten Wirtschaftskrise auch im Jahr 2009 im Städtevergleich bestehen und seine Marktanteile sichern konnte.

Hinsichtlich der Abbildung des Produktplanes „Häfen“ im Rahmen der jährlichen Benchmarking-Berichte ist festzustellen, dass die bisherigen Bemühungen um eine ergänzende Abbildung regionalwirtschaftlicher Effekte der Aufgabenwahrnehmung aufgrund der Integration der Häfen in die globalen Verkehrsströme nach Ressort einschätzung nicht mehr aufrecht zu erhalten sind. Im Benchmarking-Bericht 2010 ist daher eine deutliche Verkürzung der Darstellungen für den Bereich anzustreben, die sich im Wesentlichen auf die stichwortartige Kommentierung der Umschlags- und Flughafen-Entwicklungen konzentrieren sollte.

Produktplan 81: Häfen

Stand: 22.12.2009

Ziel	Seehäfen		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø			Brem. Häfen	Hamburg	Amsterdam	Antwerpen	Brake	Dünkirchen	Emden	Ghent	Le Havre	London	Rotterdam	Rouen	Wilhelms-haven	Zee-brücke	Ø Häfen	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max																
	81-A-01	Containerumschlag (Tonnen)	1.000 t	2008			54.933	95.067	3.905	101.362	2	1.675	.	442	24.617	8.315	106.999	1.187	.	21.203	34.976	4 von 12	
	81-A-02	Containerumschlag (Tonnen): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			72,3	47,9	479,4	65,2	<u>-93,1</u>	9,0	.	81,9	28,7	75,0	50,9	13,2	.	72,8	56,3	5 von 12	
	81-A-03	Containerumschlag (Tonnen): Anteil am Gesamtumschlag	%	2008			73,7	67,7	4,1	53,5	<u>0,0</u>	2,9	.	1,6	30,7	15,7	25,4	5,2	.	50,5	33,6	1 von 12	
	81-B-01	Containerumschlag (TEU)	1.000 TEU	2008			5.448	9.737	435	8.663	0	215	.	63	2.450	1.167	10.784	142	.	2.210	3.442,8	4 von 12	
	81-B-02	Containerumschlag (TEU): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			70,8	58,6	866,7	59,1	<u>-100,0</u>	32,7	.	117,2	23,4	101,6	51,0	11,8	.	118,2	59,5	5 von 12	
	81-C-01	Nicht-containerisiertes Stückgut	1.000 t	2008			10.063	2.847	6.300	21.365	1.982	14.350	.	4.797	1.799	8.269	25.161	1.465	<u>44</u>	12.666	8.547	5 von 13	
	81-C-02	Nicht-containerisiertes Stückgut: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			41,8	10,1	-1,0	4,3	-2,1	50,4	.	43,5	<u>-37,9</u>	-8,1	34,7	-19,9	-22,8	7,6	16,1	3 von 13	
	81-C-03	Nicht-containerisiertes Stückgut: Anteil am Gesamtumschlag	%	2008			13,5	2,0	6,6	11,3	34,5	24,9	.	17,7	2,2	15,6	6,0	6,5	<u>0,1</u>	30,1	8,9	6 von 12	
	81-D-01	Automobilumschlag	1.000 Units	2008			2.079,0	<u>181,0</u>	461,0	962,0	.	.	1.015,0	.	.	.	210,0	.	.	2.126,0	1.004,9	2 von 7	
	81-D-02	Automobilumschlag: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			54,0	<u>-21,3</u>	149,2	11,7	.	.	36,6	.	.	.	15,4	.	.	34,7	37,2	2 von 7	
	81-E-01	Massengutumschlag	1.000 t	2008			9.528	42.461	84.563	66.662	<u>3.758</u>	41.665	.	21.788	53.763	36.381	288.938	20.039	40.262	8.156	55.228	11 von 13	
	81-E-02	Massengutumschlag: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			<u>-3,8</u>	7,7	44,7	9,2	19,2	6,8	.	9,2	8,7	-2,4	21,1	5,6	2,9	24,9	15,6	13 von 13	
	81-E-03	Massengutumschlag: Anteil am Gesamtumschlag	%	2008			<u>12,8</u>	30,2	89,2	35,2	65,4	72,2	.	80,6	67,1	68,7	68,6	88,3	99,9	19,4	57,5	12 von 13	

Ziel	Binnenhäfen		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø			Brem. Häfen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Frankfurt	Köln	Ludwigs-hafen	Magde-burg	Mannheim	Stuttgart	Ø Häfen	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max														
	81-F-01	Binnenschifffahrt: Güterumschlag	Mio t	2008			5,9	12,2	3,7	2,2	51,3	2,4	3,8	14,7	7,6	2,5	8,7	<u>1,1</u>	9,7	6 von 12	
	81-F-02	Binnenschifffahrt: Veränderung des Güterumschlags in den letzten 5 Jahren	%	2008			13,5	35,6	27,6	<u>-12,0</u>	11,5	-11,1	11,8	11,4	7,0	8,7	26,1	0,0	13,5	4 von 12	

Ziel	Flughäfen		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin ¹⁾	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln ²⁾	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
					Min	Ø	Max															
	81-G-01	Flughäfen: Fluggäste je Einwohner/in	Anzahl	2008			4,5	7,2	6,2	<u>3,9</u>	.	31,1	.	80,5	10,8	10,4	4,7	26,1	16,6	15,0	10	
	81-G-02	Flughäfen: Veränderung der Fluggastzahlen in den letzten 5 Jahren	%	2008			52,3	35,3	61,4	.	.	27,4	.	<u>10,7</u>	12,4	33,5	25,1	42,7	31,4	28,3	2 von 10	
	81-G-03	Flughäfen: Frachtmenge je 1.000 Einwohner/innen	t	2008			<u>1,4</u>	20,1	6,5	.	.	120,8	.	3.070,4	14,4	585,6	860,9	198,8	34,1	318,3	10 von 10	
	81-G-04	Flughäfen: Veränderung der Frachtmengen in den letzten 5 Jahren	%	2008			<u>-34,3</u>	50,5	-24,0	.	.	44,7	.	143,9	13,6	10,5	4.624,5	67,2	13,4	110,1	10 von 10	

Finanzen/Personal

Vorbemerkungen

Der Produktplan Finanzen/Personal ist dadurch gekennzeichnet, dass er die Ebenen des Querschnittsressorts und des personalintensiven Fachressorts umfasst. Auf beiden Ebenen wurden in den letzten Jahren vermehrt Anstrengungen unternommen, sich bundesweit bzw. innerhalb der Stadtstaaten zu vergleichen. Bei den Themenkomplexen Haushalt (z. B. Länderanalyse), Personal (z. B. Stadtstaaten-Benchmarking) und Steuerverwaltung (z. B. AG Kennzahlen) werden seit Jahren die Vergleichbarkeit der eigenen Daten überprüft und verbessert sowie die Ergebnisse mit den übrigen Ländern verglichen und teilweise veröffentlicht.

Ziele und Aufgabenschwerpunkte

Die Ziele des Produktplanes sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu beachten ist, dass ein Großteil der Ziele den Produktplan als Querschnittsressort abbildet und somit keine typischen Ressortziele darstellt. Für die Sicherstellung der Einhaltung dieser Ziele können im Ressort zwar Grundlagen geschaffen werden, der Grad der Zielerreichung kann jedoch nicht allein vom Handeln der Finanzbehörde beeinflusst werden.

Bei der Zuordnung der Kennzahlen zu den Detailzielen der Steuerverwaltung ist zudem zu beachten, dass sich die Ziele gegenseitig beeinflussen und insgesamt in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen sollten. So ist eine Kennzahl in diesem Bereich fast immer mehreren Detailzielen zuzuordnen.

Z1	Sanierung der bremischen Haushalte
Z1-1	Sicherstellung des bremischen Eigenbeitrages
Z1-2	Unterstützung der bremischen Ansprüche auf Schuldenhilfen und strukturelle Einnahmeverbesserungen (BVerfG und Föderalismusreform)
Z2	Aufbau eines modernen Finanzmanagementsystems einschließlich Umstellung auf kaufmännisches Rechnungswesen
Z3	Weiterentwicklung der Verwaltungsmodernisierung
Z4	Weiterentwicklung der Personalverwaltung zu einem zukunftsorientierten Personalmanagement
Z4-1	Ausrichtung der Personalstruktur an den Herausforderungen des demografischen Wandels
Z4-2	Sicherstellung einer differenzierten Personalstruktur, insbesondere unter dem Gender-Gesichtspunkt
Z4-3	Erhöhung des Teilzeitanteils zur Beschäftigungssicherung und Ermöglichung individueller Lebensgestaltung
Z5	Optimierung einer effizienten und kundenorientierten Steuerverwaltung
Z5-1	Sicherstellung der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages (insbesondere die Gleichmäßigkeit der Besteuerung)
Z5-2	Beachtung des wirtschaftlichen Ressourceneinsatzes
Z5-3	Beachtung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit

Haushalt und Personal

Die kameralen Ausgangswerte sind im Folgenden dargestellt:

Ausgabepositionen Produktplan "Finanzen/Personal"	Ist					Veränderungen		Anschlag
	2005	2006	2007	2008	2009	2008 - 2009	2010 (2)	
	Tsd. €					%	Tsd. €	
Personalausgaben (incl. Versorgung, ISP/AIP)	100.966	100.368	100.416	98.876	105.429	6.554	6,6	°
davon Personalausgaben (Produktplan)	76.764	75.444	74.614	71.616	76.017	4.402	6,1	75.671
zugeordnete Anteile an Versorgung	24.173	24.904	25.783	27.260	29.412	2.152	7,9	°
zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	28	21	18					
nachr. Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquival.) (1)	1.583	1.622	1.606	1.567	1.567	0	0,0	1.407
Personalausgaben (Produktplan) je VZÄ (in €)	48.494	46.510	46.458	45.703	48.508	2.806	6,1	°
Sonstige konsumtive Ausgaben (incl. ISP/AIP)	20.095	26.570	26.332	14.844	18.616	3.772	25,4	13.731
dar.: sonst. zugeordnete ISP-/AIP-Anteile	0	139	142					
Investitionsausgaben (incl. ISP/AIP)	5.208	4.469	2.126	892	736	-156	-17,5	534
Gesamtausgaben	126.269	131.407	128.874	114.612	124.781	10.170	8,9	°

1) Beschäftigungsvolumen Ist 2005-2009 einschl. refinanzierte Stellen

2) Personalausgaben 2010 ohne zuzuordnende Versorgungsanteile; Beschäftigungsvolumen ohne refinanzierte Stellen

Benchmarkingergebnisse

Die **Sanierung der Bremischen Haushalte (Z1)** lässt sich anhand von Kennzahlen zu Haushaltsdaten der Länder (inkl. Gemeinden) beurteilen. Insbesondere die Entwicklung der Primärausgaben verdeutlicht den Eigenbeitrag des Stadtstaates Bremen. 2008 sind die Primärausgaben je Einwohner/in (91-B-01) durchgängig in allen Bundesländern angestiegen. Erwartungsgemäß lagen die Primärausgaben je Einwohner/in der Stadtstaaten über den Werten aller Flächenländer. Dies ist auf die großstädtischen Ausgabenbedarfe, die oberzentralen Infrastrukturen und die Versorgungsfunktion zurückzuführen. Nach Hamburg (5.447 €) und Berlin (5.417 €) belegt Bremen mit 5.238 € je Einwohner/in den 3. Rang. Im Bundesdurchschnitt betragen die Primärausgaben je Einwohner/in 4.265 €. Bei der Veränderung der Primärausgaben in den letzten 5 Jahren (91-B-02) verzeichnete Bremen (-7,7 %) hinter Sachsen-Anhalt (-9,1 %) den stärksten Rückgang. In der Mehrzahl der Bundesländer stiegen die Primärausgaben dagegen in den letzten fünf Jahren, im Bundesdurchschnitt um 5,6 %. Erstmals seit 10 Jahren weist Bremen beim Primärsaldo (91-B-03) einen positiven Wert aus.

Für das Ziel „**Aufbau eines modernen Finanzmanagementsystems**“ (Z2) ist es der Senatorin für Finanzen auch in diesem Jahr nicht gelungen, Kennzahlen vorzulegen. Künftig beabsichtigt das Ressort, das Ziel „**Weiterentwicklung der Verwaltungsmodernisierung**“ (Z3) mittels der Kennzahlen „Jährliche Einsparungen durch BVW-Vorschläge“ und „Mitarbeiterkapazität für Zentrale Verwaltungsmodernisierungsprojekte“ zu messen. Vergleichsdaten sollen ab nächstem Jahr zur Verfügung stehen.

Die **Weiterentwicklung der Personalverwaltung zu einem zukunftsorientierten Personalmanagement (Z4)** wird insbesondere anhand von Kennzahlen über die Personalentwicklung und -struktur im Städte- und Ländervergleich gemessen. Bei der Interpretation der bremischen Daten ist allerdings zu berücksichtigen, dass es methodische Abgrenzungsschwierigkeiten bei der Zuordnung der Beschäftigten zu Land oder Stadtgemeinde gibt.




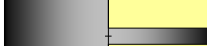

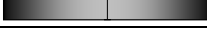
Eine Kennzahl für die Effizienz des Personals ist die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro 1.000 Einwohner/in. Im Ländervergleich liegt Bremen (91-C-01) hier mit 33,9 Beschäftigten um ca. 10 % über dem Durchschnitt aller Bundesländer. Lediglich die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt weisen noch höhere Werte auf.

Anders sieht es im kommunalen Bereich aus. Hier weist Bremen bei der Zahl der öffentlich Bediensteten (91-A-01), wie auch schon im Vorjahr, die niedrigste Zahl mit 9,4 Beschäftigten pro 1.000 Einwohner/in aus. Dieser Wert liegt um rd. 27 % unter dem Mittelwert der Vergleichsstädte. Dieses ist allerdings zum Teil durch Abgrenzungsprobleme zu erklären. Die Kennzahlen zur Personalstruktur, dazu zählen u. a. Alter, Geschlecht und Anteil Schwerbehinderter, bewegen sich auf

Vorjahresniveau. Die Ausbildungsquote (91-A-04) liegt bei 9,7 % und deutlich über dem Mittelwert der Vergleichsstädte.

Produktplan 91 Finanzen/ Personal: Kennziffern aus Vergleichsringen

Stand: 09.11.2009

Ziel	Städtevergleich		Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø*			Stadt Bremen	Minimum	Maximum	Median	Ø Städte*	Rang Bremen
					Min	Ø	Max						
Z1	91-A-01	Beschäftigte im kommunalen Bereich je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2008				9,4	9,4	15,3	.	12,8	.
Z4-2	91-A-02	Beschäftigte im kommunalen Bereich: Anteil Frauen	%	2008				61,8	53,4	64,7	.	59,5	.
Z4-2	91-A-03	Beschäftigte im kommunalen Bereich: Anteil Schw erbehinderte	%	2008				8,7	6,1	9,3	.	7,2	.
Z4	91-A-04	Ausbildungsquote im kommunalen Bereich	%	2008				9,7	3,1	9,7	.	4,7	.
Z4-1	91-A-05	Durchschnittsalter der Beschäftigten im kommunalen Bereich	Jahre	2008				47,8	43,1	47,8	.	44,8	.
Z4	91-A-06	Krankheitsquote nach Kalendertagen im kommunalen Bereich	%	2008				.	5,7	6,8	.	6,3	.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

** Beteiligte Städte: Bremen, Düsseldorf, Köln, Stuttgart, Dortmund, München (ab 2006)

Die Steuerverwaltung hat ein breites Spektrum von Kennzahlen, mit denen sie das Ziel **Optimierung einer effizienten und kundenfreundlichen Steuerverwaltung (Z5)** misst. Hierzu zählt auch die Kennzahl Ausgaben für Personal der Finanzämter (91-D-01). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben für Bremen um 1 € je Einwohner/in auf 53 € gesunken. Dagegen sind sie in Hamburg und Berlin gestiegen. In Berlin sogar um knapp 6 € je Einwohner/in. Im Bundesdurchschnitt sind die Ausgaben konstant geblieben.

Die Kennzahl Ausgaben-Ertragsquote in der Betriebsprüfung (91-G-05) gibt Auskunft darüber, welcher prozentuale Anteil der Erträge für Personal aufgewendet wird. Ebenso wie in Hamburg hat sich auch in Bremen die Kennzahl im Vergleich zum Vorjahr positiv entwickelt, wohingegen sich der Berliner Wert deutlich verschlechtert hat. Mit Ausnahme von Brandenburg weisen alle Flächenländer Ost und das Saarland einen schlechteren Wert als Bremen und Berlin aus.

Bei der Ausbildungsquote (91-I-01) hat sich Bremen vom neunten auf den elften Rang verschlechtert. Dieses ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass 2008 keine neuen Auszubildenden eingestellt wurden.

Neu aufgenommen werden soll in dem nächsten Benchmarking-Bericht die Kennzahl „Anteil der Frauen an den Führungskräften in den Finanzämtern“. Für Bremen liegt der Anteil bei 44 %.

Zusammenfassung und weiteres Verfahren

Die für den Produktplan vorliegenden Kennzahlen ermöglichen einen guten Überblick über Ausgangslagen und Fortschritte bei den vom Ressort bisher verfolgten Zielsetzungen. Obgleich dies für den Aufbau eines modernen Finanzmanagementsystems (Z2) immer noch nicht gilt, da bisher für diesen Bereich keine Kennzahlen vorliegen. Die Begleit-AG bittet das Finanzressort zum nächsten Bericht um eine Stellungnahme, ob die Möglichkeit besteht, rein bremische Daten darzustellen, wenn es nicht gelingt, Vergleichszahlen aus den anderen Bundesländern zu erheben.

Für den Haushalt 2010 hat das Finanzressort den Produktplan 96 „IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen“ eingerichtet und entsprechende Ziele benannt. Im Rahmen eines IT-Controllings soll ein Kennzahlensystem aufgebaut werden. Erfasst werden sollen u. a. die IT-Kosten pro Arbeitsplatz und die Kundenzufriedenheit. Das Ressort versucht, mit den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin und Niedersachsen ein Benchmarking durchzuführen.

Produktplan 91: Finanzen und Personal

Stand: 13.11.2009

Ziel	Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
				Min	Ø	Max																		
Z1	91-B-01	Primärausgaben (ohne Geberanteil im LFA) je Einwohner/in	Euro	2008			5.238	5.447	5.417	4.000	4.401	4.405	<u>3.828</u>	4.086	4.008	3.923	4.074	4.505	4.582	4.457	4.401	4.386	4.265	3
Z1	91-B-02	Primärausgaben (ohne Geberanteil im LFA): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			-7,7	5,7	1,0	7,2	14,0	8,2	4,7	4,8	8,4	3,4	11,5	2,6	-4,6	-2,8	<u>-9,1</u>	0,5	5,6	15
Z1	91-B-03	Primärsaldo je Einwohner/in	Euro	2008			284	504	617	398	196	265	322	348	83	<u>-17</u>	72	572	612	622	616	572	350	11
Z1	91-C-01	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Vollzeitäquivalent der Beschäftigten (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) je 1.000 EW	Anzahl	2008			33,9	30,7	33,5	31,5	28,9	31,7	29,9	29,1	32,0	30,1	<u>28,2</u>	34,3	31,9	31,9	35,6	33,6	30,7	3
Z4-2	91-C-02	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil weiblich	%	2008			53,0	<u>50,5</u>	59,2	57,1	50,9	55,4	54,6	54,6	52,2	50,6	54,8	64,3	62,6	62,8	65,4	62,9	56,0	12
Z4-2	91-C-03	Erfüllung der Beschäftigtenquote von Schwerbehinderten durch die Obersten Landesbehörden	%	2007			6,2	5,6	7,1	5,1	5,2	7,3	4,8	5,5	5,0	5,8	5,0	5,1	5,5	5,1	<u>4,0</u>	4,8	.	3
Z5-2	91-D-01	Steuerverwaltung insgesamt: Ausgaben für Personal der Finanzämter je 1.000 Einwohner/innen	Euro	2008			53.104	62.053	72.320	44.000	46.683	50.890	48.880	48.194	48.978	46.614	48.771	44.377	47.508	44.069	45.494	<u>40.329</u>	48.418	3
Z5-2	91-E-01	EU-Umfrage Interventionsquote: Kosten der Steuerverwaltung in Prozent der Einnahmen	%	2008			1,5	<u>0,8</u>	2,4	1,3	1,5	1,4	2,2	1,4	1,9	1,4	1,9	2,6	4,2	2,9	3,2	3,0	1,6	10
Z5-2	91-E-02	EU-Umfrage Interventionsquote: Kosten der Steuerverwaltung je Einwohner/in	Euro	2008			100,6	122,1	117,8	73,8	84,7	107,1	77,8	84,2	81,0	73,7	77,0	67,6	74,9	67,3	<u>65,5</u>	65,6	83,2	4
Z5-2	91-F-01	Veranlagung natürlicher Personen: durchschnittliche Personalausgaben je Steuerfall	Euro	2008			70,6	74,0	83,1	49,0	<u>47,7</u>	51,1	54,5	53,7	58,0	54,7	60,4	53,7	61,2	52,2	56,8	52,4	.	3
Z5-1	91-G-01	Betriebsprüfung: Prüfungsturnus Großbetriebe	Jahre	2008			4,0	4,7	<u>3,8</u>	4,3	4,0	4,0	4,3	4,6	4,0	4,7	4,5	3,9	4,0	3,9	4,4	4,1	4,3	11
Z5-1	91-G-02	Betriebsprüfung: Prüfungsturnus Mittelbetriebe	Jahre	2008			12,7	13,1	10,4	13,8	14,4	14,4	10,8	16,2	11,3	12,2	11,2	11,6	<u>10,1</u>	12,1	12,5	11,7	13,3	6
Z5-2	91-G-03	Betriebsprüfung: Personalausgaben je geprüfter Betrieb	Euro	2008			3.321	3.775	3.392	2.468	2.913	3.080	2.192	3.116	2.035	2.316	<u>1.876</u>	2.360	2.242	2.403	2.544	2.268	.	3
Z5-2	91-G-04	Betriebsprüfung: Zur Verfügung stehende Zeit je Prüfung	h	2008			138,1	148,9	127,1	100,7	108,3	126,0	94,0	104,9	83,2	96,4	<u>79,8</u>	101,1	95,9	104,7	115,5	106,6	.	2
Z5-2	91-G-05	Betriebsprüfung: Ausgaben-Ertragsquote	%	2008			7,0	3,0	7,6	3,2	3,0	2,5	<u>1,9</u>	2,7	3,9	9,4	5,0	5,0	10,3	8,5	10,1	8,5	.	7
Z5-2	91-H-01	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: durchschnittliches Mehrergebnis je Sonderprüfer/in	1.000 Euro	2008			876	732	748	1.037	1.198	800	566	908	574	935	430	408	<u>389</u>	498	800	943	815	6
Z5-1	91-H-02	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: durchgeführte Prüfungen je Sonderprüfer/in	Anzahl	2008			<u>33,4</u>	52,5	49,3	49,8	58,5	52,5	50,9	45,8	50,4	54,0	36,8	56,9	57,0	40,2	60,9	50,9	49,8	16
Z5-1	91-H-03	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: geprüfte Betriebe	%	2008			1,5	<u>1,2</u>	2,1	1,4	1,4	1,9	1,9	2,1	2,1	2,3	1,3	2,6	2,5	2,2	3,3	2,3	1,8	12
Z4	91-I-01	Ausbildungsquote im Bereich der Steuerverwaltung	%	2008			3,2	5,1	4,6	5,2	5,9	8,8	3,1	4,1	10,2	6,4	4,8	<u>0,7</u>	1,3	3,0	1,6	3,9	4,9	11
Z5-1	91-J-01	Lohnsteuer-Außenprüfung: Prüfungsturnus bei den Arbeitgebern mit 100 und mehr Arbeitnehmern	Jahr	2008			3,2	3,6	4,8	5,1	4,2	4,1	3,9	4,9	4,2	<u>2,8</u>	3,4	3,8	4,4	5,4	5,2	4,9	4,4	15
Z5-2	91-J-02	Lohnsteuer-Außenprüfung: durchschnittliches Mehrergebnis je Lohnsteuer-Außenprüfer/in	1.000 Euro	2008			355	297	190	315	436	580	274	449	267	275	344	177	<u>113</u>	136	164	188	356	4

Quellenangaben und Anmerkungen: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die Zeitreihen der Kennziffern sind im Anlagenband dargestellt.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

V. Prüfaufträge

V. Prüfaufträge

Bürgerschaft

Das Fachressort wird gebeten zu prüfen, ob ein rein bremischer Vergleich zu den Fraktionszuschüssen als Zeitreihe in den Benchmarking-Bericht ab 2010 aufgenommen werden kann.

Bundesangelegenheiten

Die bereits im Vorjahresbericht geäußerte Bitte, als Einstieg in Ländervergleiche über Kostenträger-Strukturen eine Abstimmung mit der Vertretung des Landes Hamburg zu suchen, wird erneuert.

Bildung

Im weiteren Verfahren wird das Fachressort gebeten zu prüfen, inwiefern Daten zu den beiden Themenbereichen Privatschulen und/oder Migration in Folgeberichte einfließen können.

Kultur

Angesichts der diesbezüglich unveränderten Ausgangslage wird das Kulturressort gebeten, die Ziele des Bereichs bis zur Erstellung des nächsten Benchmarking-Berichts zu konkretisieren und ihnen adäquate Indikatoren zuzuordnen, die es ermöglichen, den Ressourceneinsatz und Erfolg zu kontrollieren.

Die vom Fachressort und der Benchmarking-AG getroffene Verabredung, im ersten Halbjahr 2010 einen gemeinsamen Versuch zur Messbarmachung der Ziele und zur Verknüpfung mit dem verfügbaren Kennzahlenspektrum des Bereichs zu unternehmen, dient der Erfüllung dieses Prüfauftrages.

Hochschulen und Forschung

Das Fachressort wird im weiteren Verfahren gebeten zu prüfen, ob eine Darstellung der Studienanfängerzahlen unter Berücksichtigung des Hochschulpaktes möglich ist.

Jugend

Das Fachressort wird gebeten, im Bereich der Erziehungshilfe einen Zeitpunkt zu benennen, zu dem die bestehenden EDV-Probleme gelöst und Kennzahlen wieder zur Verfügung stehen werden.

Das Ressort und die Benchmarking-Arbeitsgruppe haben sich darauf verständigt, zukünftig eine Kennzahl zur Personalausstattung im Bereich der Kinderbetreuung mit auszuweisen, um die Wirkung dieser Ressourcenverbesserung im Vergleich einschätzen zu können.

Soziales

Die Begleit-AG empfiehlt zu prüfen, wie eine bessere Vergleichbarkeit der Prozesse zur Leistungserstellung hergestellt werden kann, um ggf. entsprechende Kennzahlen für einen Städte- und/oder Ländervergleich zu entwickeln. Darüber hinaus stellt das Ressort einen Vergleich zu ehrenamtlichem Engagement in Aussicht. Die Aufnahme entsprechender Kennzahlen wird daher für einen der nächsten Berichte zu prüfen sein.

Das Ressort wird gebeten zu prüfen, ob im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen angesichts des Mittelvolumens und dessen steigender Tendenz mittelfristig erneut versucht werden soll, im Städtevergleich valide Vergleichsdaten zu erstellen, die über die auf Länderebene berichteten Kennzahlen und Daten hinausgehen.

Häfen

Da nach Einschätzung des Bereichs Bemühungen um eine ergänzende Abbildung regionalwirtschaftlicher Effekte der Aufgabenwahrnehmung (Prüfauftrag des Vorjahres) aufgrund der Integration der Häfen in die globalen Verkehrsströme nicht mehr aufrecht zu erhalten sind, ist zu prüfen, ob und in welcher Form im Rahmen der Fortschreibung der Benchmarking-Berichte eine deutliche Verkürzung der Darstellungen für den Bereich (z. B. ausschließliche stichwortartige Kommentierung der Umschlags- und Flughafen-Entwicklung) vorzunehmen ist.

Finanzen

Die Bitte, das Ziel „Aufbau eines modernen Finanzmanagementsystems“ mit Kennzahlen zu hinterlegen, wird erneuert. Das Ressort wird gebeten, zum nächsten Benchmarking-Bericht Stellung zu beziehen, ob rein bremische Daten dargestellt werden können, wenn es nicht gelingt, Vergleichskennzahlen aus den anderen Bundesländern zu erheben.

VI. Benchmarking der Stadt Bremerhaven

VI. Benchmarking der Stadt Bremerhaven

Das Aufgabengebiet „Benchmarking“ hat der Magistrat der Stadt Bremerhaven bereits Anfang 2004 an zentraler Stelle (Magistratskanzlei) institutionalisiert und gewährleistet dadurch, die Vergleichsaktivitäten in ein strategisches Gesamtkonzept zu integrieren und somit die Koordinierung und Transparenz der Informationen sicherzustellen. Bremerhaven verfügt seither über einen festen Stamm von sog. Benchmark-Städten, mit denen sich die Stadt seit ihrer Mitarbeit an den bremischen Benchmarking-Berichten regelmäßig vergleicht und die auch im vorliegenden Bericht die Basis für die nachfolgenden Vergleiche zu zentralen Strukturkennziffern darstellt. Die jährliche Aktualisierung der Kennziffern ermöglicht in zunehmendem Maß die Darstellung zeitlicher Entwicklungen.

Ebenfalls ist die Arbeit in Vergleichsringen für die Bremerhavener Verwaltung sehr hilfreich, um in methodisch festgelegten und nachvollziehbaren Verfahren, z. B. geleitet durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), von den Erfahrungen anderer Städte zu profitieren. Mit großem Interesse wird jedes neue Angebot zur Beteiligung an einem Vergleichsring geprüft und oftmals genutzt. Teilnahme und Ergebnisauswertung obliegen dabei den fachlich zuständigen Stellen, eine übergeordnete Bewertung durch die Verwaltungsspitze ist ebenso sichergestellt.

Weitere Vergleichs- und Auswertungsmöglichkeiten bieten sich für die Bremerhavener Verwaltung auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), die hier bereits seit 2002 flächendeckend in Form einer Ist-Vollkostenrechnung vollzogen wird. Es werden aktuell insgesamt 440 Kostenstellen und 696 Kostenträger, die sich auf 170 Kostenträgergruppen und 41 Organisationseinheiten verteilen, bebucht. Über diese Anzahl von Kostenträgern hinaus sind für einige Bereiche noch weitergehende Unterkostenträger definiert worden, da sie besondere Auswertungsziele verfolgen. Zu den Kostenträgern werden 902 Leistungsdaten (Mengen) erfasst, von denen wiederum 577 für die Berechnung von Kennzahlen genutzt werden. Die restlichen dienen bei weitergehenden Analysen und Bewertungen als zusätzliche Leistungsinformation. Für alle 41 Organisationseinheiten werden Standardberichte erstellt, in zehn Ämtern wird zudem eine Plankostenrechnung generiert. Überdies werden auf Anfrage der Ämter Sonderberichte zur Verfügung gestellt.

Zusammenfassend lässt sich herausstellen, dass die vielfältigen Möglichkeiten der Vergleichsarbeit stets im Interesse der Bremerhavener Verwaltung sind, dabei aber auf ein angemessenes Verhältnis zum damit verbundenen Aufwand Wert gelegt wird. Die Zusammenarbeit in der Begleit-AG stellt in dieser Hinsicht ein wichtiges Element dar, um die Vergleiche Bremerhavens mit seinen Benchmark-Städten auf Grundlage umfassender und gesicherter Daten weiter betreiben und vertiefen zu können.

Diesen Prozess sukzessive fortzuentwickeln, ist nicht allein Wunsch der Stadt Bremerhaven, sondern führt auch zu entsprechenden Überlegungen in der Begleit-AG. Daher ist, auch vor dem Hintergrund des in den letzten Berichten immer wieder angesprochenen Bremen-Bremerhaven-Vergleichs, mit dem nachfolgenden VII. Abschnitt erstmalig eine Analyse besonderer Kennzahlen der beiden Stadtgemeinden im Zwei-Städte-Staat Bremen dokumentiert.

Städtevergleich	Einheit	Jahr	BHV: Abweichung vom Ø *			Bremer- haven	Bottrop	Darmstadt	Gera	Heilbronn	Offenbach a.M.	Oldenburg	Osnabrück	Regens- burg	Rostock	Wilhelms- haven	Wolfsburg	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
			Min	Ø	Max															
A-A-01	Bevölkerungsveränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008		-3,4	-2,0	2,2	<u>-5,7</u>	1,0	-0,7	1,1	-1,2	3,5	1,2	-3,5	-2,0	-0,5	0,6	10	
A-A-02	Bevölkerungsveränderung männlich in den letzten 5 Jahren	%	2008		-2,8	-2,0	2,7	<u>-5,7</u>	1,5	-0,5	1,6	-0,8	3,6	1,0	-2,8	-2,4	-0,3	1,1	10	
A-A-03	Bevölkerungsveränderung weiblich in den letzten 5 Jahren	%	2008		-4,0	-1,9	1,6	<u>-5,8</u>	0,5	-1,0	0,7	-1,6	3,3	1,4	-4,1	-1,6	-0,7	0,2	10	
A-B-01	Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		-2,5	-2,4	0,1	<u>-4,4</u>	4,6	3,2	5,7	3,5	8,0	4,1	-4,1	7,0	2,4	1,5	10	
A-B-02	Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		-4,5	-4,7	0,2	-5,2	-0,7	1,6	-1,2	-0,9	-0,3	-0,8	<u>-5,5</u>	-2,6	-1,8	-2,3	9	
A-C-01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)		2008		1,48	1,34	1,44	1,33	1,36	1,54	1,24	1,24	<u>1,22</u>	1,33	1,39	1,32	1,34	1,27	2	
A-D-01	Bevölkerungsdichte	EW/qkm	2008		1.452	1.170	1.166	662	1.222	2.650	1.557	1.363	1.655	1.108	761	<u>591</u>	1.131	1.682	4	
A-E-01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	%	2008		13,2	13,4	13,3	<u>9,3</u>	14,1	14,7	13,1	12,3	11,9	9,7	11,6	12,5	12,4	12,4	5	
A-E-02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	%	2008		64,9	65,7	68,2	65,6	65,7	67,8	68,6	67,8	69,1	67,5	64,2	<u>63,7</u>	66,8	66,3	10	
A-E-03	Altenquote (65 Jahre und älter)	%	2008		21,9	20,9	18,5	25,0	20,2	<u>17,5</u>	18,4	19,8	19,0	22,8	24,3	23,7	20,8	21,3	5	
A-F-01	Ausiänderanteil	%	2008		10,6	9,2	15,0	<u>1,5</u>	19,9	25,4	7,4	8,2	10,9	3,9	5,3	11,8	10,6	13,0	6	
A-H-02	Verbraucherinsolvenzen je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008		1,3	1,5	1,4	2,4	2,1	4,4	2,8	2,1	<u>0,8</u>	2,6	3,5	1,4	2,2	2,7	11	
A-I-01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	Euro	2007		18.296	17.387	18.291	15.098	25.425	16.655	17.625	18.460	19.004	<u>14.465</u>	16.184	18.384	17.864	21.143	5	
A-I-02	Primäreinkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	Euro	2007		17.778	19.112	22.880	14.651	29.071	19.570	20.649	21.229	23.080	<u>14.540</u>	16.757	22.471	20.125	23.403	9	

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle B: Beschäftigung

Stand: 29.01.2010

Städtevergleich	Einheit	Jahr	BHV: Abweichung vom Ø *			Bremer- haven	Bottrop	Darmstadt	Gera	Heilbronn	Offenbach a.M.	Oldenburg	Osnabrück	Regens- burg	Rostock	Wilhelms- haven	Wolfsburg	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
			Min	Ø	Max															
B-A-01	Arbeitsplatzdichte: erwerbstätige Personen am Arbeitsplatz je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2007			548	394	851	533	767	542	635	714	1.035	514	528	910	668	594	7
B-B-01	Erwerbstätige Personen am Arbeitsplatz: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			4,7	3,0	0,7	0,1	2,6	-2,6	1,5	2,5	4,0	1,2	-4,3	3,1	1,7	-0,5	1
B-C-01	SV Beschäftigte (Wohnort) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			283	308	338	329	334	323	308	311	342	325	267	359	321	308	11
B-C-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich je 1.000 Einwohner	Anzahl	2007			306	360	364	347	375	346	316	339	370	320	271	427	345	333	11
B-C-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2007			238	241	299	303	275	287	284	267	299	312	241	262	279	268	12
B-D-01	SV Beschäftigte (Wohnort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			1,8	2,3	1,6	-5,9	3,3	-1,4	3,0	2,1	6,8	1,0	-3,5	-0,5	1,2	1,3	6
B-D-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			-4,7	-3,0	-3,6	-9,9	-3,4	-8,2	-2,3	-3,5	2,7	-7,2	-9,4	-5,0	-4,6	-5,0	7
B-D-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			-6,5	-1,9	-2,6	-11,8	-3,9	-7,5	-1,6	-2,9	-0,1	-6,5	-9,7	-4,4	-4,7	-1,8	8
B-E-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			401	265	615	364	498	377	425	506	741	384	315	826	482	437	7
B-E-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich je 1.000 Einwohner	Anzahl	2007			441	328	654	353	526	435	417	559	859	362	342	1.084	531	506	6
B-E-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Anzahl	2007			331	190	547	374	453	319	403	436	617	384	269	432	405	354	9
B-F-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2008			6,6	2,9	0,6	-2,4	3,4	-2,1	4,4	2,2	7,5	2,8	-0,7	6,2	3,2	0,7	2
B-F-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			3,5	-3,5	-5,2	-4,0	-2,1	-4,6	-1,5	-3,8	6,2	-6,2	-5,8	2,2	-1,4	-4,1	2
B-F-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			-2,3	-2,1	0,5	-8,2	0,6	-3,5	1,4	0,6	3,8	-3,2	-5,0	-0,4	-0,8	-0,5	8
B-G-01	Anteil der Einpendler/-innen über Gemeindegrenzen an den SV Beschäftigten	%	2008			47,1	55,8	69,9	44,4	63,2	70,7	51,6	59,7	67,1	39,6	39,3	63,1	58,1	43,2	9
B-G-02	Anteil der Auspendler/-innen über Gemeindegrenzen an den SV Beschäftigten (Wohnort)	%	2008			24,9	62,0	45,3	38,5	45,2	65,8	33,3	34,3	28,6	28,6	28,3	15,1	37,0	19,3	11
B-G-03	Pendlersaldo insgesamt		2008			13.554	-5.069	39.364	3.492	19.953	6.390	18.660	31.956	53.355	11.923	3.915	56.311	21.150	70.620	7
B-G-04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	Anzahl	2008			295	-162	450	95	328	143	274	387	539	154	153	565	334	295	6
B-H-01	Akademikerquote (Wohnort)	%	2007			5,6	7,4	21,6	10,4	7,7	8,9	13,3	12,8	18,4	13,7	5,6	9,3	12,0	12,7	12
B-H-02	Akademikerquote (Arbeitsort)	%	2007			6,7	5,8	20,2	9,8	7,6	14,5	10,4	9,7	13,2	13,7	6,7	13,7	12,0	11,9	10
B-I-01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	%	2008			0,7	0,9	0,4	0,5	0,3	0,4	0,7	2,2	0,2	0,4	0,5	0,1	0,6	0,4	4

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Städtevergleich	Einheit	Jahr	BHV: Abweichung vom Ø *			Bremer- haven	Bottrop	Darmstadt	Gera	Heilbronn	Offenbach a.M.	Oldenburg	Osnabrück	Regens- burg	Rostock	Wilhelms- haven	Wolfsburg	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
			Min	Ø	Max															
C-A-01	Arbeitslosenquote	%	2008			18,3	9,9	8,8	16,5	<u>6,7</u>	12,5	10,8	9,0	7,1	15,1	13,5	7,9	11,2	11,4	1
C-A-02	Arbeitslosenquote Frauen	%	2008			18,2	9,8	8,6	17,1	7,3	12,4	10,2	8,8	<u>6,8</u>	14,3	13,3	9,3	11,2	10,9	1
C-B-01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008			46,2	<u>45,7</u>	46,5	51,6	51,7	47,3	47,4	48,4	47,1	46,7	47,3	52,8	47,9	46,2	11
C-B-02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008			10,5	11,6	10,0	9,0	9,2	8,5	9,9	10,4	7,8	12,1	<u>6,9</u>	9,6	10,0	8,4	3
C-B-03	Anteil der 55jährigen und älter an den Arbeitslosen insgesamt	%	2008			<u>9,3</u>	11,1	10,7	14,6	12,6	10,1	9,9	11,7	12,2	10,5	10,8	11,0	11,0	10,9	12
C-B-04	Anteil Langzeitarbeitslose (1 Jahr und mehr) an allen Arbeitslosen	%	2007			47,1	44,7	44,6	47,9	<u>31,2</u>	39,0	39,9	39,2	33,2	38,0	47,4	47,2	41,7	44,2	4

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

Tabelle D: Wirtschaftskraft

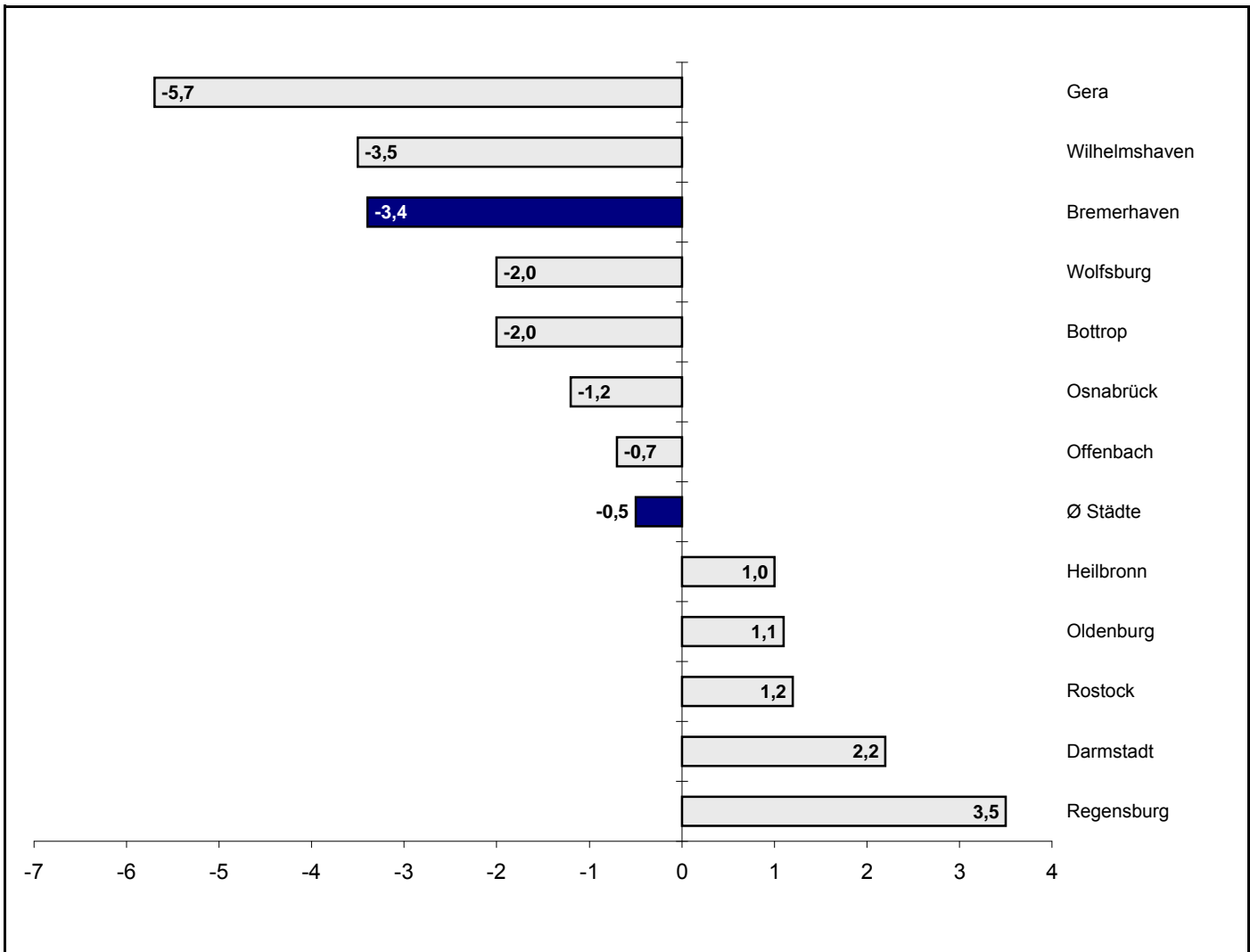
Stand: 29.01.2010

Städtevergleich	Einheit	Jahr	BHV: Abweichung vom Ø *			Bremer- haven	Bottrop	Darmstadt	Gera	Heilbronn	Offenbach a.M.	Oldenburg	Osnabrück	Regens- burg	Rostock	Wilhelms- haven	Wolfsburg	Ø Städte*	Stadt Bremen	Rang BHV*
			Min	Ø	Max															
D-A-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner/-in	Euro	2007			31.943	16.476	52.874	22.276	43.892	37.231	34.641	40.453	70.591	26.812	30.508	77.274	40.473	42.125	8
D-B-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen): Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			16,9	9,4	5,7	3,0	-4,2	1,8	8,7	11,4	28,6	15,9	9,5	15,7	11,2	14,6	2
D-C-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person	Euro	2007			58.300	41.860	62.120	41.814	57.203	68.672	54.512	56.654	68.190	52.125	57.748	84.908	60.566	70.904	5
D-D-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person: Veränderung in den letzten 5 Jahren	%	2007			11,7	6,3	4,9	2,9	-6,7	4,5	7,1	8,6	23,7	14,5	14,5	12,3	9,3	15,2	5
D-E-01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			-0,16	0,09	-0,36	-0,32	0,08	0,37	-0,21	-0,35	-0,53	-0,29	0,00	-0,19	-0,18	-0,04	5
D-E-02	Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgaben (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			0,17	0,77	2,39	0,34	0,68	3,13	2,16	2,12	2,46	1,65	0,26	1,30	1,56	1,61	12
D-F-01	Insolvenzverfahren (Durchschnitt der letzten 5 Jahre) je 10.000 Einwohner/-innen	Anzahl	2008			15	19	15	23	19	33	27	21	11	35	42	17	23	32	10

Quellenangaben: s. Kapitel 8.1 im Hauptband. Die dem Bericht beiliegende CD enthält die Zeitreihen der Kennziffern mit ausführlichen Anmerkungen.

* Methodische Anmerkungen: vgl. Kapitel 1.3

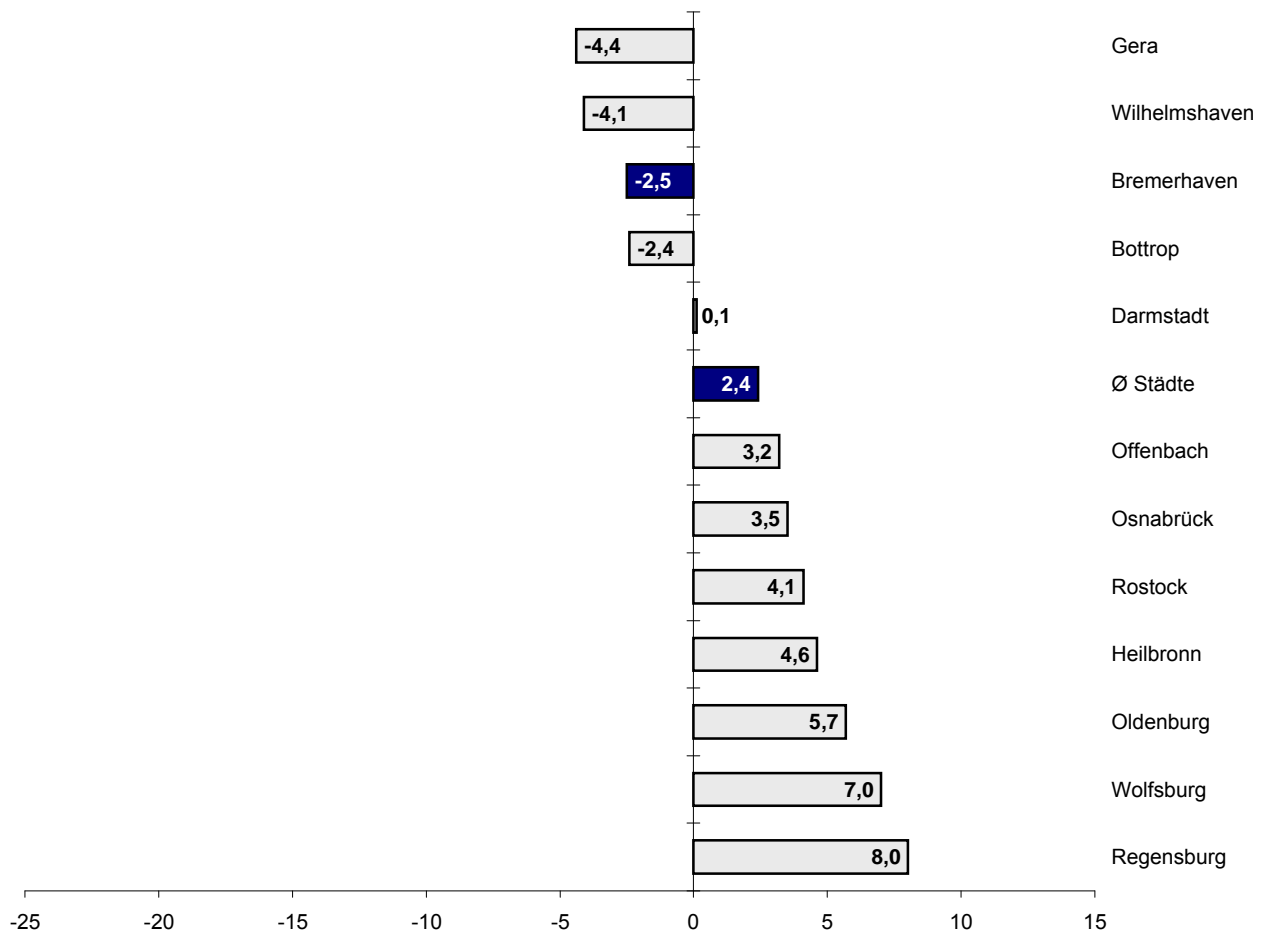
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Einwohnerentwicklung der letzten 5 Jahre in %)	2003 - 2008	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10



Im Gegensatz zu den vergangenen Berichten hat sich der Bevölkerungsrückgang im aktuellen Fünf-Jahres-Zeitraum nicht weiter verlangsamt. Mit - 3,4 % (nach zuvor - 2,2 %) nimmt Bremerhaven dennoch weiterhin den 10. Rang unter den Vergleichsstädten ein, negativ übertroffen lediglich von den Städten Wilhelmshaven und Gera.

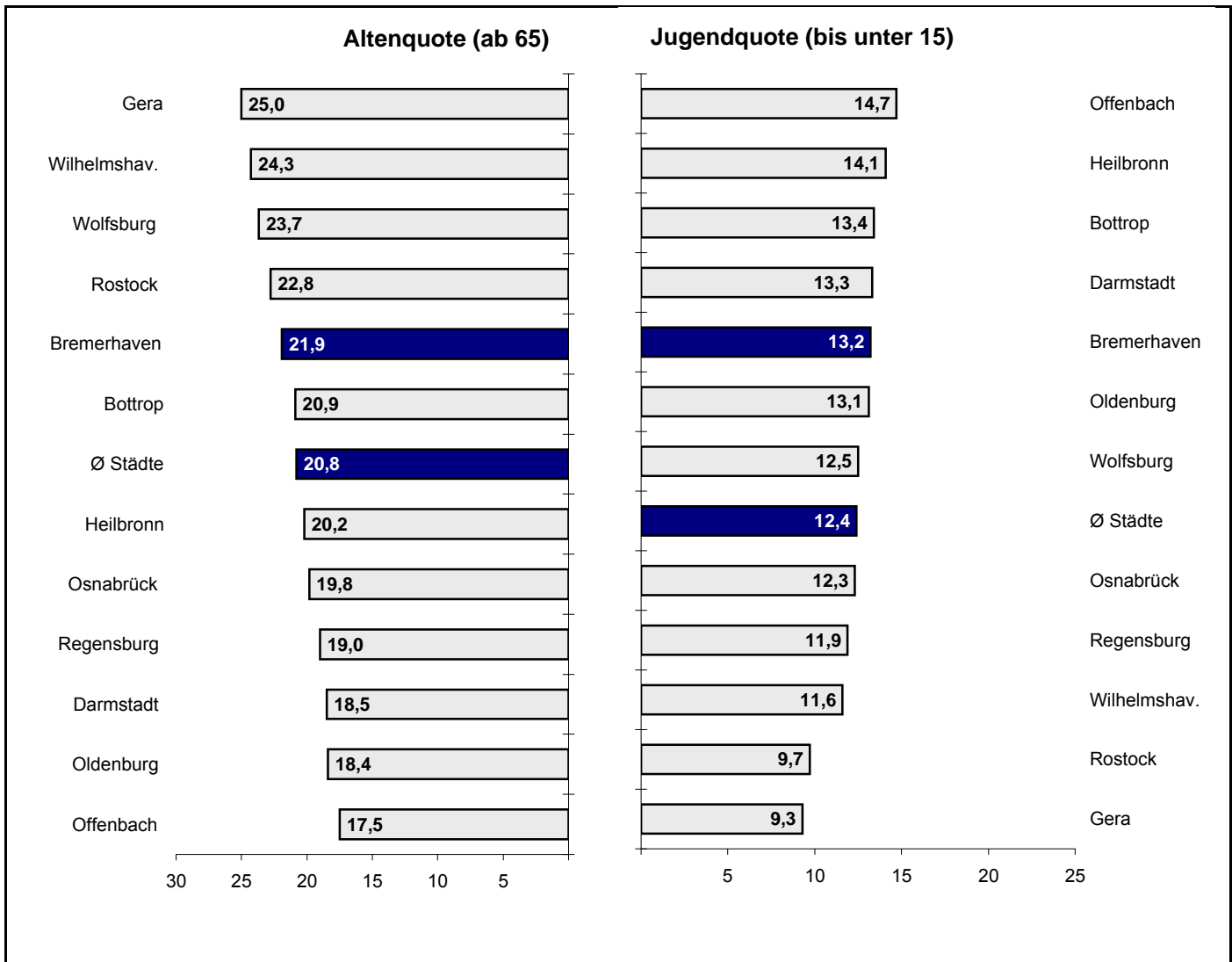
In dem Wert Bremerhavens schlagen sich insbesondere die seit 2004 kontinuierlich zu verzeichnenden Einwohnerverluste Bremerhavens verstärkt nieder, die lediglich am aktuellen Rand wieder abnehmen. Im Übrigen stellt sich die Position der Städte mit Bevölkerungsgewinnen bzw. -verlusten wie in den vorigen Berichtsjahren dar. Lediglich der Trend in der Stadt Rostock, zwei Jahre zuvor noch mit negativen Werten ausgewiesen, ist weiterhin überproportional positiv, so dass nunmehr bereits der 3. Rang (Vorjahr: 5. Rang) erreicht wird.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner)	2008	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10



Parallel zu dem sich beschleunigenden Rückgang der Einwohnerzahl weist Bremerhaven für 2008 mit - 2,5 einen im Vergleich zu den Vorjahren wiederum negativeren Wert beim Wanderungssaldo aus (2007: - 1,8; 2006: - 1,6). Damit hat sich die Stadt wieder erheblich vom Durchschnittsniveau entfernt. Die Analogie zur mittelfristigen Gesamtentwicklung der Bevölkerungszahlen ist offensichtlich: Auch beim Gesamtwanderungssaldo weisen Wilhelmshaven und Gera noch negativere Werte als Bremerhaven aus.

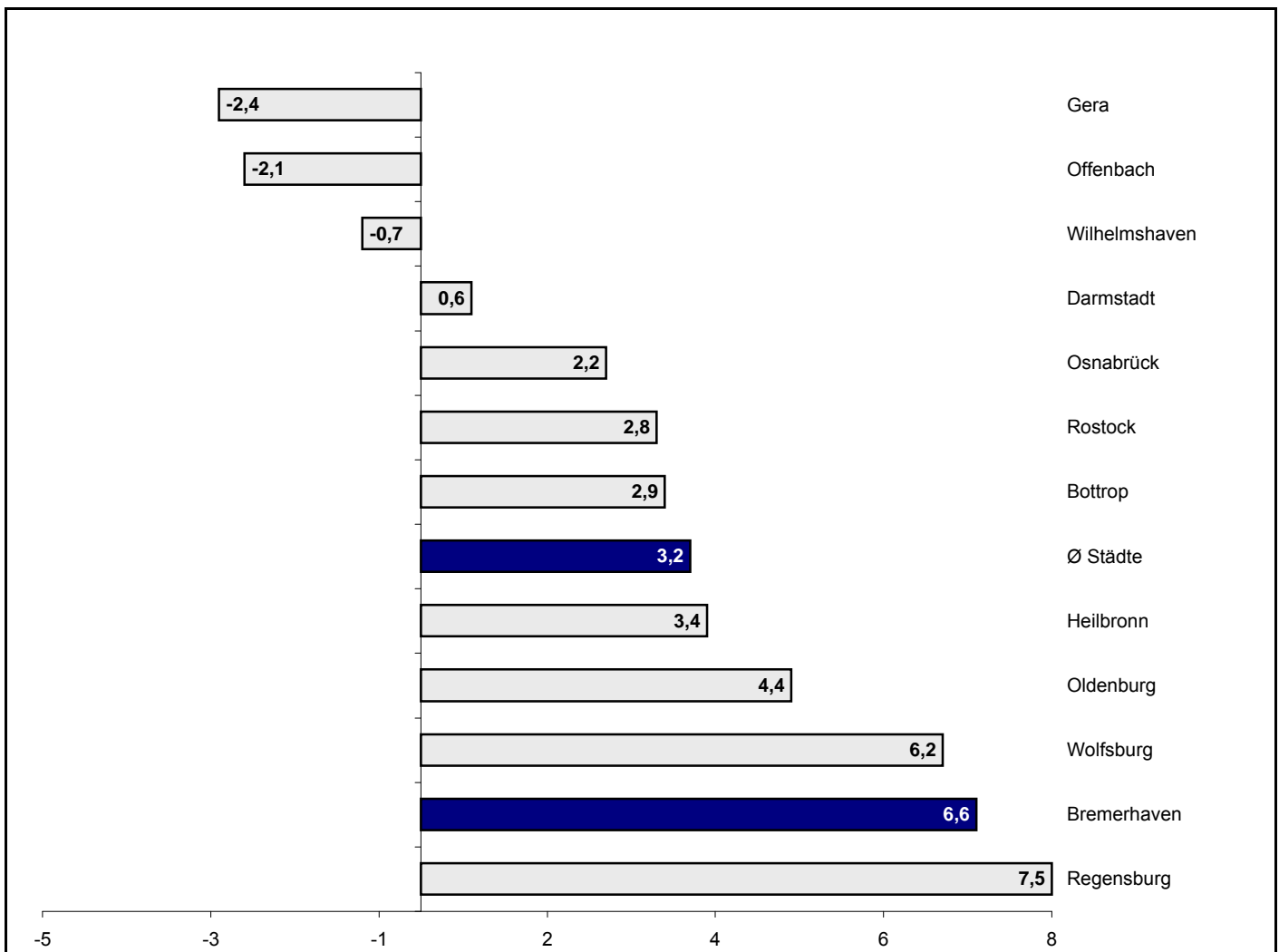
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Jugend- und Altenquote in %)	2008	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10



Nach 21,5 % im Jahr 2006 und 21,7 % im Jahr 2007 setzt sich der Anstieg der Altenquote in 2008 kontinuierlich fort, so dass nunmehr 21,9 % zu verzeichnen sind. Diese Entwicklung entspricht grundsätzlich dem durchschnittlichen Trend in den Vergleichsstädten. Bemerkenswert ist gleichwohl, dass der Abstand zur Stadt Bremen, die für 2008 eine Altenquote von 21,3 ausweist, aktuell nur noch 0,6 %-Punkte beträgt; vor zwei Jahren waren es noch 0,8 %-Punkte.

Vergleichsweise etwas beschleunigt verläuft in der Stadt Bremerhaven der Rückgang der Jugendquote, die aktuell mit 13,2 % noch 0,8 %-Punkte über dem Städtedurchschnitt liegt. Noch fünf Jahre zuvor betrug diese Differenz 1,3 %-Punkte. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass Darmstadt, Rostock und Gera steigende Jugendquoten verzeichnen können, was - angesichts ebenfalls steigender Altenquoten - andererseits auch zu einem überdurchschnittlichen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials am aktuellen Rand führt.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitsplatzentwicklung* der letzten 5 Jahre in %)	2003 - 2008	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10

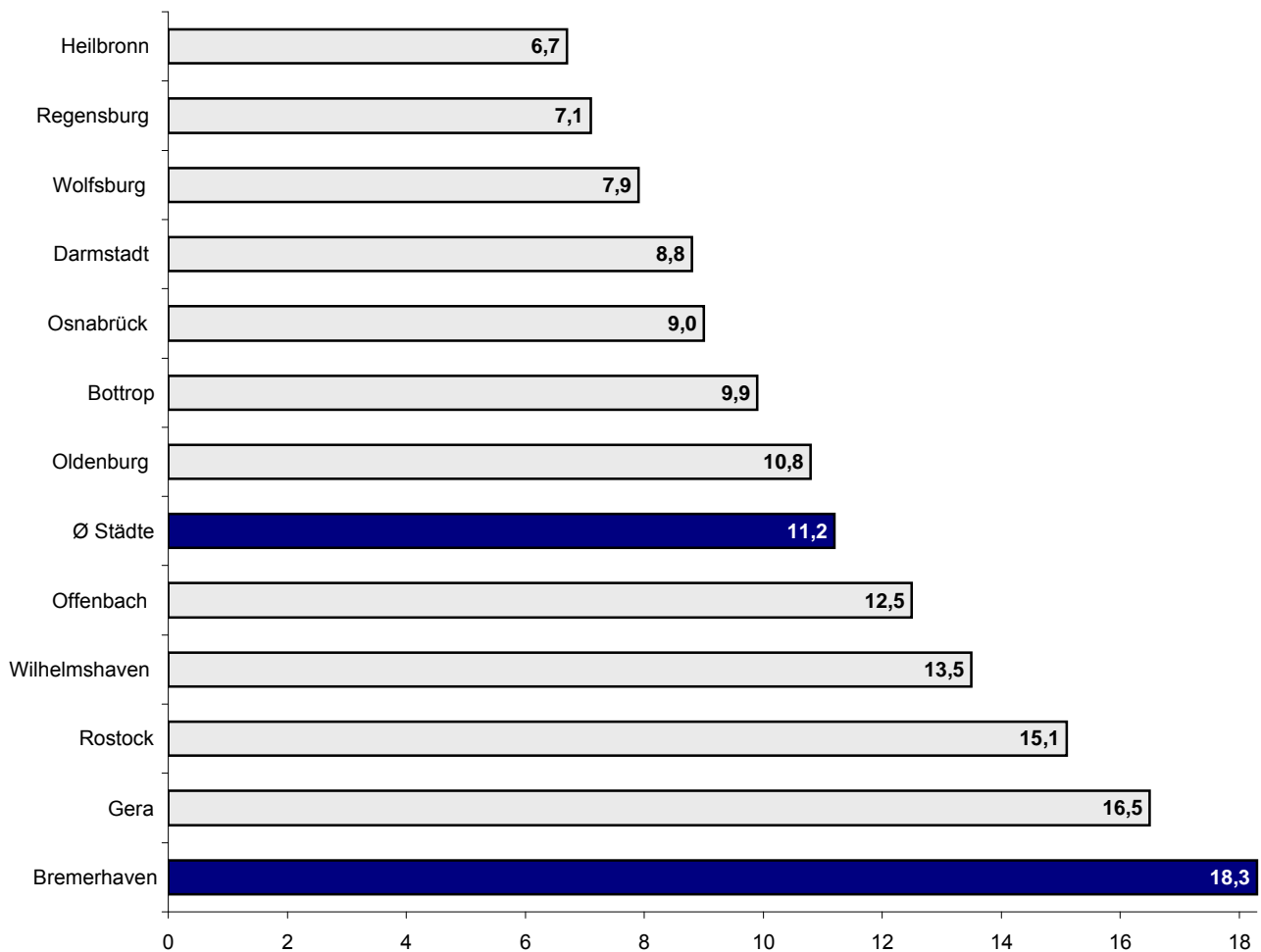


*) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

Die bereits im Vorjahr hervorgehobene günstige Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort vollzog sich in Bremerhaven im Zeitraum 2003 - 2008 wiederum noch positiver, denn der Durchschnittswert der Benchmarking-Städte (3,2 %) wurde mit 6,6 % signifikant übertroffen. Mit dem zweiten Jahr in Folge, in der diese überdurchschnittliche Arbeitsplatzentwicklung nunmehr verzeichnet werden kann, verstetigt sich der Aufholprozess des Bremerhavener Arbeitsmarktes allmählich, wenngleich die negativen Aspekte ebenfalls nicht von der Hand zu weisen sind (vgl. auch nächste Seite).

Im Vergleich ebenfalls hervorzuheben ist, dass es sich bei den Städten mit überdurchschnittlicher Beschäftigungsentwicklung (neben Bremerhaven noch Regensburg, Wolfsburg, Oldenburg und Heilbronn) um die gleichen Städte handelt wie im Vorjahr. Gleichzeitig wird für Rostock mit 2,8 % im Referenzzeitraum erstmals ein positiver Wert ausgewiesen.

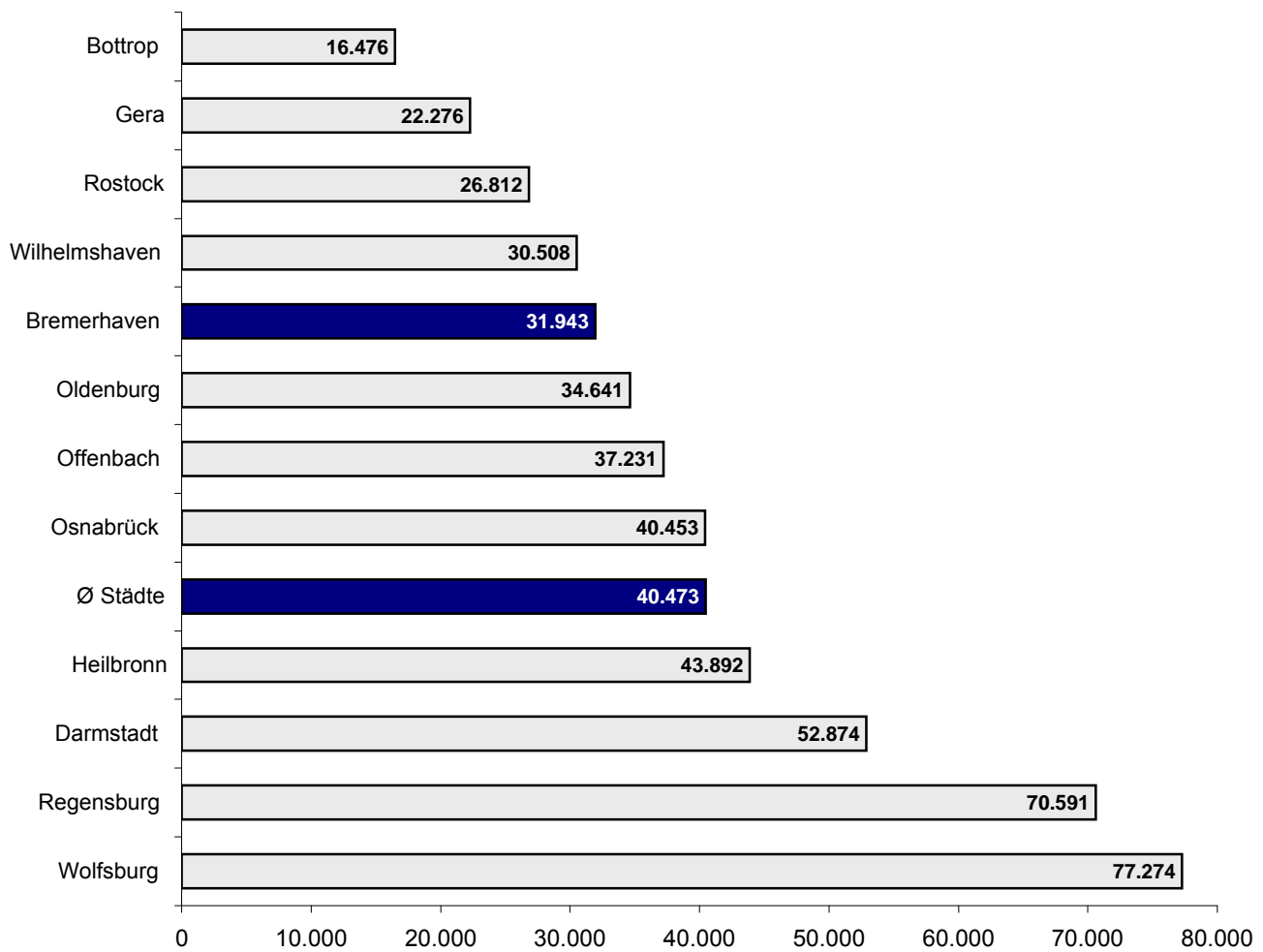
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Arbeitslosenquote in %) *	2008	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10



*) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Ein im Vorjahresvergleich etwas stärkerer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Bremerhaven (- 1,9 %-Punkte) als im Städtedurchschnitt (- 1,6 %-Punkte) und in der Stadt Bremen (- 1,3 %-Punkte) kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Entwicklung auf dem Bremerhavener Arbeitsmarkt auch für 2008 eher negativ darstellt. Bemerkenswert ist allenfalls, dass sowohl der Anteil der älteren Arbeitslosen (55 und älter) wie auch der Frauenanteil nennenswert hinter dem Städtedurchschnitt zurückbleiben.

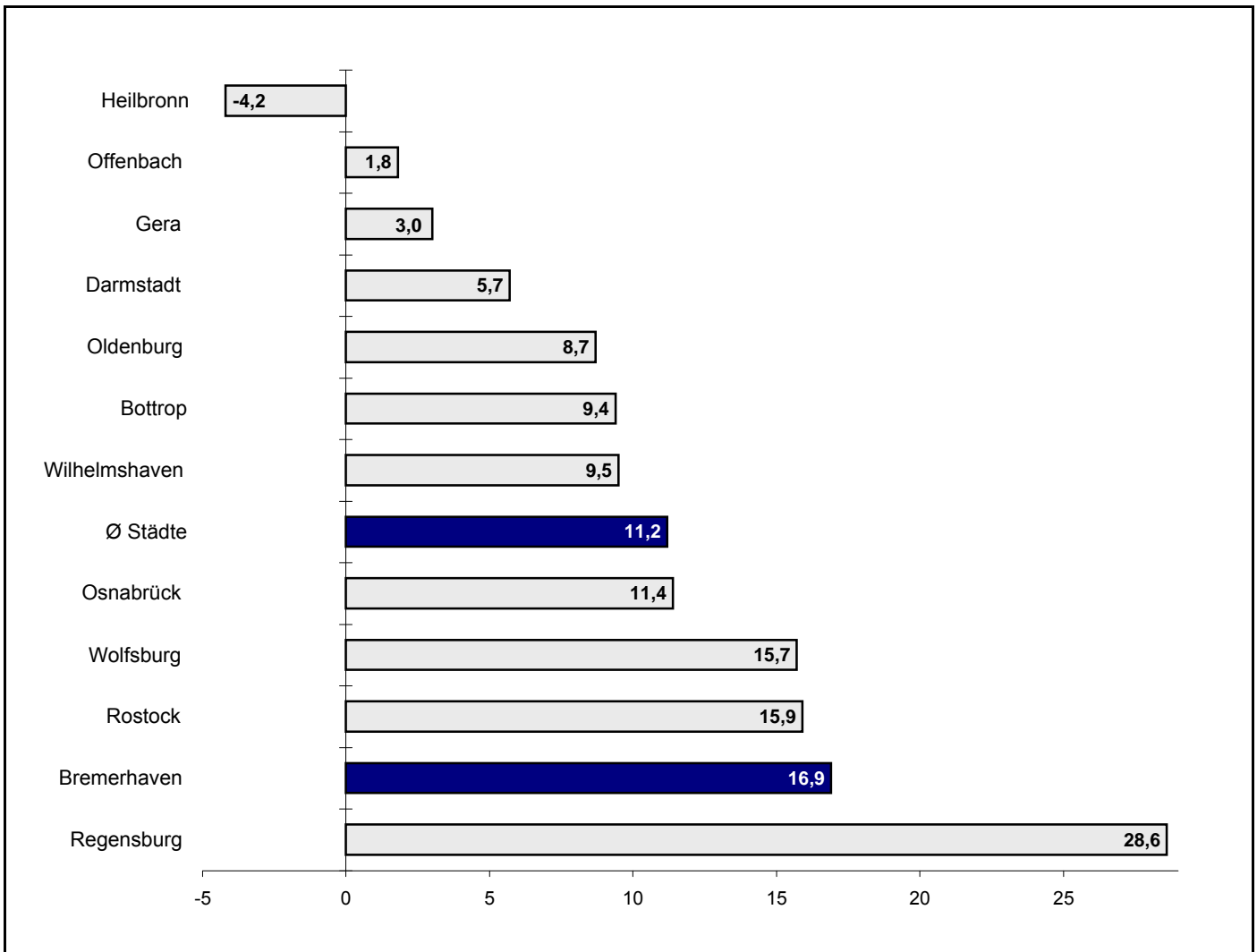
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Bruttoinlandsprodukt; nominal in € je Einwohner)	2007	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10



Mit 31.943 Euro ermittelt sich für die Stadt Bremerhaven ein Bruttoinlandsprodukt (nominal), das um gut 20 % unter dem Durchschnitt der Vergleichsstädte liegt. Diese Betrachtung ist allerdings insofern einzuschränken, als erneut eine erhebliche Bandbreite zwischen den beiden "Schwergewichten" Wolfsburg und Regensburg einerseits sowie Bottrop andererseits besteht.

Im Referenzjahr, dem letzten vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, konnten für alle Städte Zuwächse beim BIP verzeichnet werden. Obwohl der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr in Bremerhaven etwas hinter dem durchschnittlichen Wachstum zurückblieb, hat sich an dem 8. Rang innerhalb des Gesamtgefüges nichts geändert.

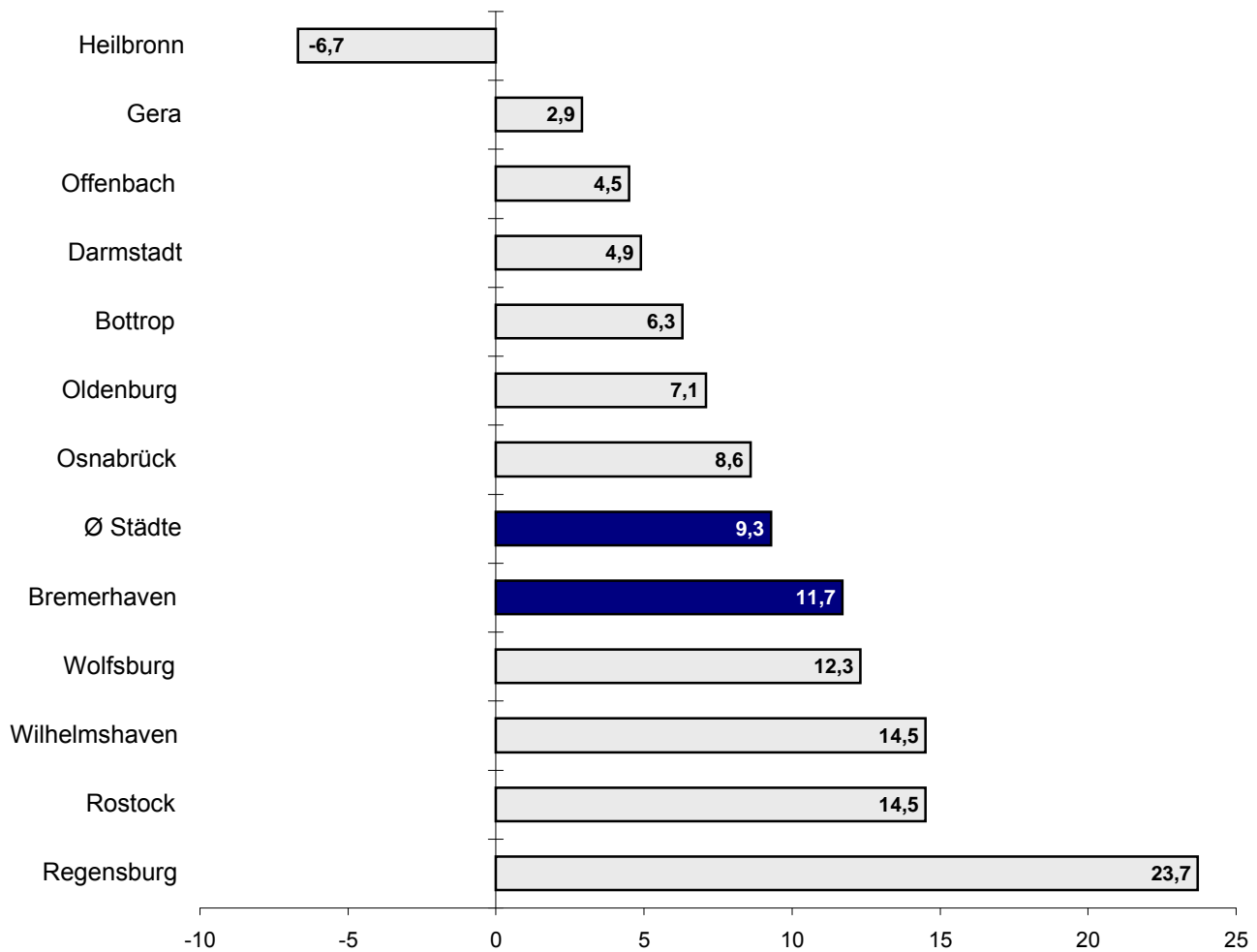
Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung des nominalen BIP; in %)	2002 - 2007	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10



Einen erneut überproportionalen Zuwachs verzeichnet die Stadt Bremerhaven bei der mittelfristigen Entwicklung des einwohnerbezogenen Bruttoinlandprodukts. Für den Zeitraum 2002 bis 2007 wird erneut das zweitbeste Ergebnis unter den Vergleichsstädten ausgewiesen. Mit 16,9 % (Vorjahr: 15,1 %) übersteigt dieser Zuwachs auch erneut den Vergleichswert der Stadt Bremen (14,6 %), dessen Basis gleichwohl deutlich höher ist.

In der Gesamtbewertung sind die kontinuierlich überproportionalen BIP-Zuwächse in Regensburg hervorzuheben, die zudem auf sehr hohem Niveau erfolgen. Auf der anderen Seite stellt sich die Wirtschaftsdynamik Heilbronn wie bereits in den vorhergehenden Jahren deutlich unterproportional dar. Kein eindeutiger mittelfristiger Trend lässt sich hingegen für Wolfsburg - mit stets erheblich schwankenden Veränderungswerten - feststellen, was als Hinweis auf die erhebliche Konjunkturabhängigkeit der Stadt gewertet werden kann.

Benchmarking		Benchmarking - AG		
(Entwicklung der Produktivität* in %)	2002 - 2007	MK Brhv./StaLa	Vergleich	23.03.10



*) nominales BIP je Erwerbstätigen

Nachdem für die Stadt Bremerhaven in den beiden Vorjahren Spitzenplätze bei der Entwicklung der Produktivität ausgewiesen werden konnten, hat sich der Abstand zu den Vergleichsstädten im aktuellen Berichtszeitraum nennenswert verringert, so dass nunmehr ein Platz im oberen Mittelfeld eingenommen wird. Zudem hebt sich die Zuwachsrate mit 11,7 % in den Jahren 2002 bis 2007 nicht mehr so signifikant vom Durchschnittswert der Vergleichswerte (9,3 %) ab, wie es in den Vorjahren der Fall war.

Dennoch kann diese Kennzahl für Bremerhaven weiter als positiv gewertet werden; allerdings bedarf es begleitend auch noch einer überdurchschnittlich positiven Arbeitsplatzentwicklung, damit eine noch bessere Stellung des Standortes Bremerhaven im Städte- und Regionenwettbewerb erzielt werden kann.

VII. Städtevergleich Bremen/ Bremerhaven

VII. Städtevergleich Bremen / Bremerhaven

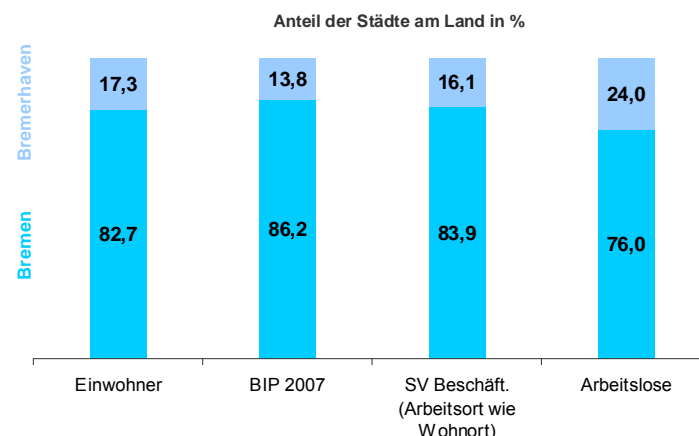
In der nachfolgenden Betrachtung werden die beiden bremischen Städte anhand von zentralen Strukturkennziffern miteinander, aber auch mit Städten ungefähr gleicher Größenordnung verglichen, da ein alleiniger direkter Vergleich der beiden bremischen Städte aufgrund der unterschiedlichen Größenordnung nur bedingt sinnvoll ist: Der Anteil Bremerhavens am Land liegt bei den zentralen Strukturkennzahlen aktuell bei 13,8 % bis 17,3 %. Auf die Stadt Bremen entfällt ein Anteil von 82,7 % bis 86,2 %, so dass die nachfolgende Betrachtung über die zusätzliche Ebene, wie sich die beiden bremischen Städte zu Vergleichsstädten verhalten, an Aussagekraft gewinnt.

Als Vergleichsstädte der Stadt Bremen wurden dabei - auch wenn Berlin sicherlich eine Sonderrolle einnimmt - die zwölf Städte, die in den letzten Jahren mehr als 500.000 Einwohner aufwiesen, herangezogen.

Senatorin für Finanzen, Referat 20



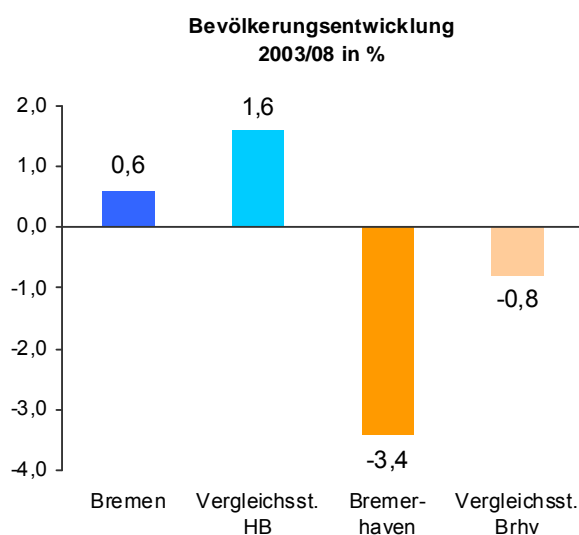
Städtevergleich Bremen - Bremerhaven 2008



Für Bremerhaven wurden neben Städten mit vergleichbarer Größe und zentralörtlicher Funktion mit Rostock und Wilhelmshaven auch zwei Küstenstädte in die Liste der elf Vergleichsstädte aufgenommen. Bei der Berechnung des Durchschnittswertes der jeweiligen Vergleichsstädte wurde ein Mittelwert über die berechneten Indikatoren gelegt, um für diese Auswertung alle Vergleichsstädte – unabhängig von ihrer Größe – gleichgewichtig zu werten. Auf die üblichere Berechnungsart über den Quotienten der aufsummierten Einzelwerte wurde verzichtet, da dadurch große Städte mit Sonderentwicklungen den Durchschnittswert zu sehr dominieren.

Einwohner

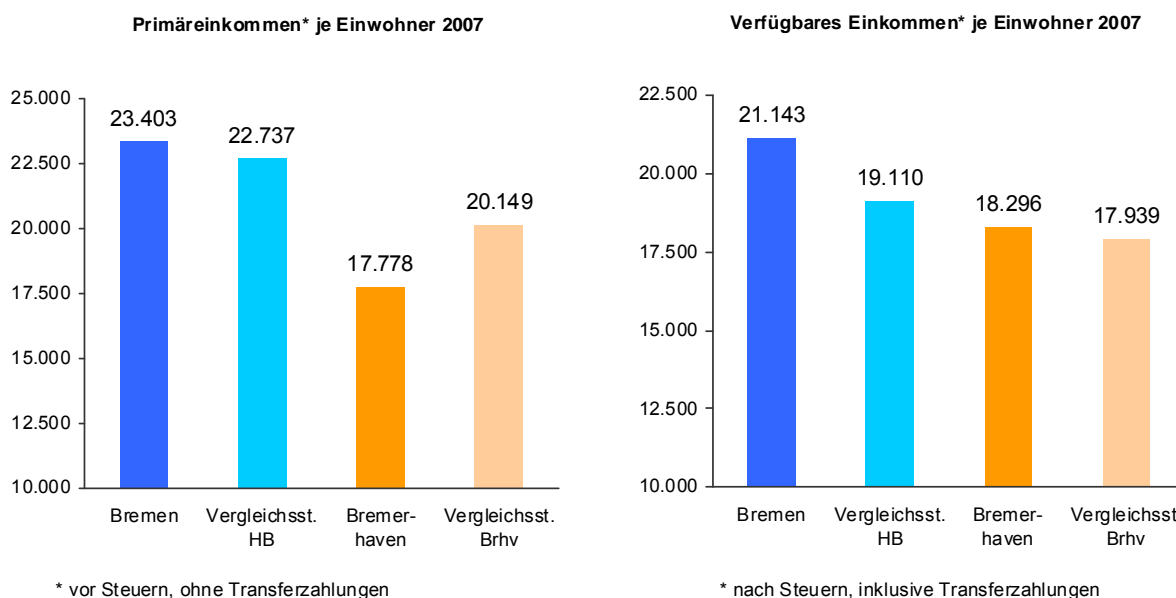
Die Bevölkerungsentwicklung in den letzten fünf Jahren dokumentiert einerseits Unterschiede zwischen den Großstädten über 500.000 Einwohnern inklusive der Stadt Bremen (+ 1,6 %) und den Städten in der Größenordnung Bremerhavens (- 0,8 %). Andererseits fällt die besonders problematische Entwicklung der Stadt Bremerhaven auf, die



in fünf Jahren 3,4 % ihrer Einwohner – und somit deutlich mehr als die Vergleichsstädte – verlor. Auch die Stadt Bremen verfehlte mit einer Bevölkerungszunahme von 0,6 % seit 2003 noch deutlich den Vergleichswert der Großstädte. Im für die Berechnung des Länderfinanzausgleichs wichtigen Vergleich der beiden bremischen Städte insgesamt (- 0,1 %) mit dem Bundesgebiet (- 0,5 %) ergibt sich in diesem Zeitraum jedoch ein positives Bild. Für die Frage, wie viel Potenzial für ein Bevölkerungswachstum zur Verfügung steht, dient – trotz aller statistischer Einschränkungen – die Bevölkerungsdichte. Diese liegt in Bremerhaven mit 1.450 Einwohnern je km² knapp über den Vergleichsstädten (1.280

Einw. je km²) jedoch unter dem Wert der Stadt Bremen (1.680 Einw. je km²), die im Großstädtevergleich (2.620 Einw. je km²) jedoch eine extrem niedrige Einwohnerdichte aufweist. Um den Wert einer durchschnittlichen Großstadt wie Hannover zu erreichen, ist statistisch gesehen in der Stadt Bremen ein Bevölkerungswachstum von beachtlichen 280.000 Einwohnern nötig.

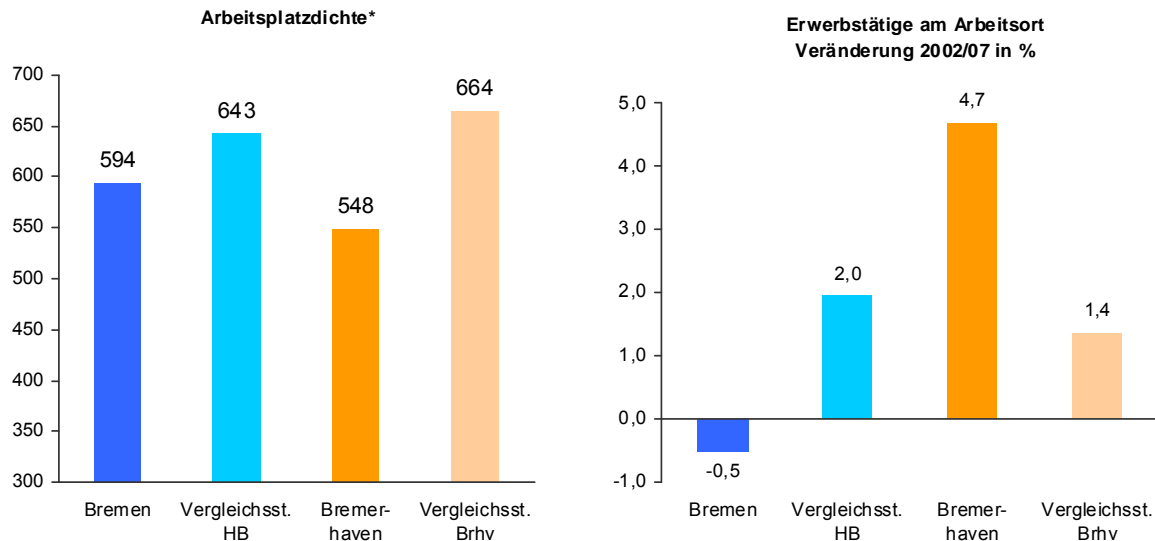
Weitere mit dem Haushalt in Zusammenhang stehende einwohnerbezogene Indikatoren sind die unterschiedlichen Einkommensabgrenzungen, die einerseits den Handlungsbedarf bei der Schaffung von Arbeitsplätzen mit mindestens auskömmlichen Verdienstmöglichkeiten aufzeigen (Primäreinkommen) und andererseits die Kaufkraft der jeweiligen Bürger dokumentieren (verfügbares Einkommen). Bei dem Primäreinkommen - also dem Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen privater Haushalte - verfehlt die Seestadt deutlich den Durchschnittswert der Vergleichsstädte. Letztlich stehen den Bremerhavenern jedoch nach Abzug der Steuern und Sozialbeiträge sowie nach Einberechnung der Transferzahlungen vom Staat mehr Einnahmen zur Verfügung als den Einwohnern der Vergleichsstädte. Die Stadt Bremen weist hingegen offensichtlich ein überproportional hohes Einkommensgefälle auf. Schon vor Einbeziehung der Transferzahlungen verzeichnen die Bremer ein sehr hohes Einkommensniveau (+ 700 € ggü. den Vergleichsstädten). Nach Einbeziehung der Transferleistungen wächst die Differenz zu den Vergleichsstädten sogar auf 2.000 € an.



Ein anderes Bild ergibt sich bei den Privatinsolvenzen, für die Daten ab 2007 (Bremerhaven und Bremen nur 2008) vorliegen. Im Durchschnitt der letzten zwei Jahre gab es bei den jeweiligen Vergleichsstädten 16 bzw. 17 Verfahren je 10.000 Einwohner. Die Stadt Bremen weist jedoch mit über 22 Verfahren deutlich überdurchschnittliche, Bremerhaven mit fast 10 Verfahren je 10.000 Einwohner weit unterdurchschnittliche Werte aus.

Beschäftigung

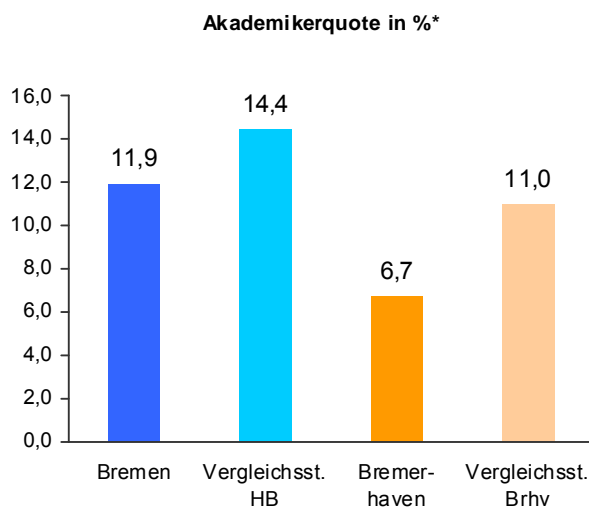
Bei der Arbeitsplatzdichte, also der Zahl der Arbeitsplätze im Stadtgebiet je 1.000 Einwohner, weisen beide bremischen Städte deutlich unterproportionale Werte zu ihren jeweiligen Vergleichsstädten auf.



* Erwerbstätige am Arbeitsort 2007 je 1.000 Einw.

Dabei fällt insbesondere der hohe Wert der Vergleichsstädte Bremerhavens auf, der jedoch von den beiden Autostädten Wolfsburg und Regensburg stark verzerrt wird. In der BMW-Stadt Regensburg gibt es mehr Arbeitsplätze als Einwohner und die VW-Stadt Wolfsburg erreicht eine Arbeitsplatzdichte von 910 Arbeitsplätzen je 1.000 Einwohner. Bei der Entwicklung der Arbeitsplätze (gemessen an den Erwerbstätigen am Arbeitsort) in den letzten fünf Jahren verzeichnete die Stadt Bremen zudem einen negativen Wert (- 0,5 %). Sie befindet sich somit in einem Abkopplungsprozess gegenüber den Vergleichsstädten, die

auf Basis einer höheren Arbeitsplatzdichte auch höhere Zuwachsraten in den letzten Jahren verzeichneten. Bremerhaven hat hingegen mit + 4,7 % einen deutlich überproportionalen Aufholprozess eingeleitet. Keine der Vergleichsstädte verzeichnete in diesem Zeitraum eine ähnlich gute Entwicklung.

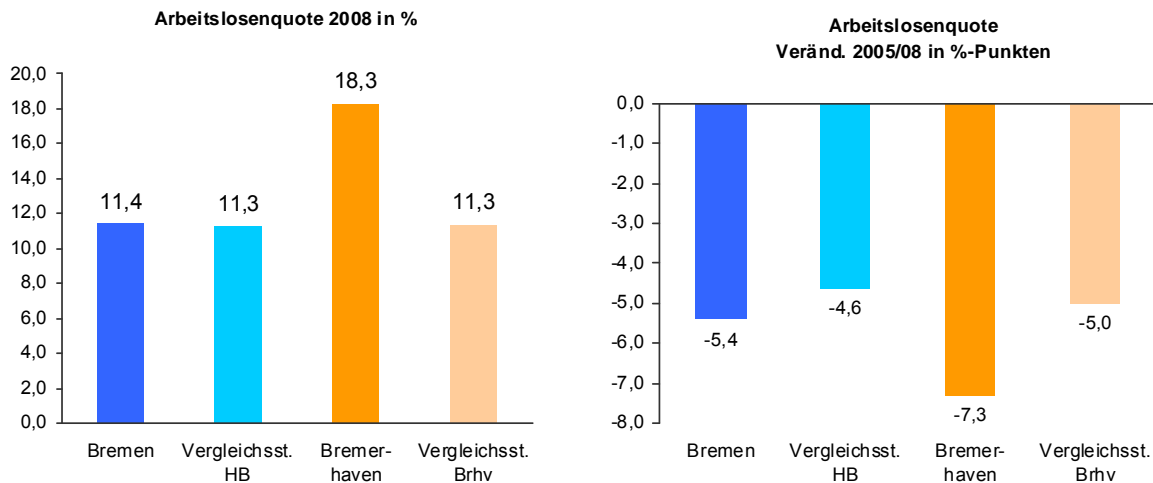


* 2007; SV Beschäftigte am Arbeitsort

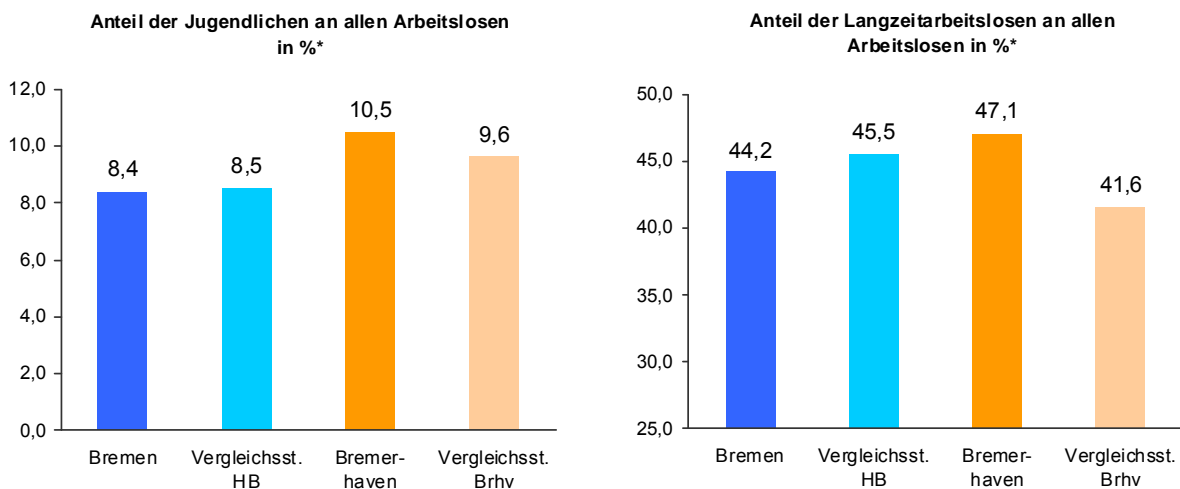
Die Akademikerquote bei den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weist für Bremerhaven einen deutlich unterproportionalen Wert aus und korrespondiert somit mit dem niedrigen Primäreinkommen der Bremerhavener. Die Stadt Bremen verzeichnet zwar zu den Vergleichsstädten ebenfalls einen geringeren Wert. Die Differenz fällt jedoch geringer als im Bremerhavenvergleich aus.

Arbeitslosigkeit

Bei der Arbeitslosenquote verzeichnet Bremerhaven aktuell - trotz eines beachtlichen Aufholprozesses seit der Hartz-IV-Umstellung - mit 18,3 % immer noch einen Negativrekord unter den Vergleichsstädten. Wilhelmshaven (13,5 %) als westdeutsche Vergleichsstadt mit der höchsten Arbeitslosigkeit Gera (16,5 %) weisen schon deutlich geringere Arbeitslosenquoten auf. Die Vergleichsstädte insgesamt liegen bei 11,3 % und damit exakt bei dem Wert, den auch die Vergleichsstädte Bremens aufweisen. Die Stadt Bremen hat aufgrund der guten Entwicklung der letzten Jahre aktuell den Anschluss an den Durchschnitt der Vergleichsstädte geschafft.



Neben der extrem hohen Arbeitslosigkeit fällt in Bremerhaven auch eine ungünstigere Struktur der Arbeitslosigkeit auf. Als besonders schwierig in den Arbeitsmarkt zu integrieren gelten die Langzeitarbeitslosen. Deren Anteil an allen Arbeitslosen ist in Bremerhaven sowohl gegenüber der Stadt Bremen als auch gegenüber den Vergleichsstädten überproportional hoch. Ebenfalls als problematisch anzusehen ist eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, da ein hoher Anteil von Arbeitslosen unter 25 Jahren auch für die Zukunft auf keine Verbesserung der Lage hindeutet. Während die jugendlichen Arbeitslosen in der Stadt Bremen und den Großstädten nur mit einem Anteil von ca. 8,5 % an allen Arbeitslosen vertreten sind, liegt ihr Anteil insbesondere in Bremerhaven (10,5 %), aber auch bei den Bremerhavener Vergleichsstädten (9,6 %) merklich höher.

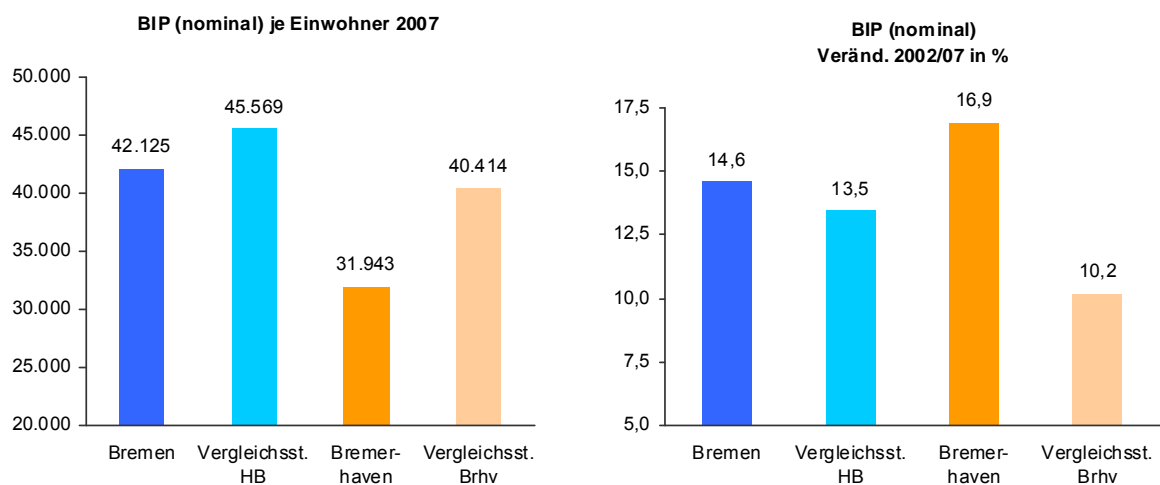


* Stand 2008

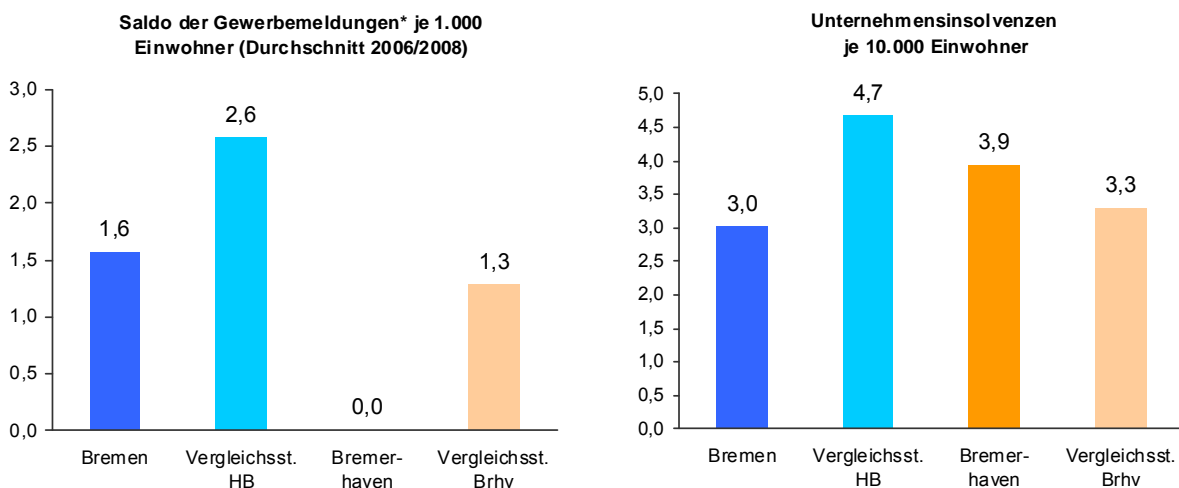
* Stand 2007

Wirtschaftskraft

Die einwohnerbezogene Wirtschaftskraft Bremerhavens fällt eklatant schwächer als in der Stadt Bremen und - auf den ersten Blick - den Vergleichsstädten aus. Zwar konnte Bremerhaven in den letzten fünf Jahren einen Aufholprozess einleiten und die Wirtschaftskraft mit fast 17 % deutlich höher steigern als die Stadt Bremen oder die Vergleichsstädte. Das somit erreichte Niveau betrug 2007 trotzdem nur 80 % der Vergleichsstädte. Wie schon bei der Arbeitsplatzdichte wird der Durchschnitt der Vergleichsstädte bei der einwohnerbezogenen Wirtschaftskraft jedoch massiv von den beiden Autostädten Wolfsburg und Regensburg verzerrt, die beide ähnliche Spitzenwerte wie die Bankenmetropole Frankfurt erreichen. Ohne die verzerrende Wirkung dieser beiden Städte läge der Durchschnitt der Vergleichsstädte bei 33.900 € und somit „nur“ noch um 6 % höher als in Bremerhaven. Auch die Stadt Bremen erreicht bei der Wirtschaftskraft nicht das Niveau der anderen Großstädte, die trotz des leichten Aufholprozesses der Stadt Bremen in den letzten Jahren aktuell ein um über 8 % höheres Niveau der Wirtschaftskraft aufweisen.



Im Durchschnitt der letzten drei Jahre lag der Saldo der Gewerbemeldungen, also die Neuerrichtungen und Zuzüge von Gewerbebetrieben abzüglich der Aufgaben und Fortzüge, in beiden bremischen Städten deutlich unter den Werten der jeweiligen Vergleichsstädte. Bremerhaven verzeichnete sogar als einzige Stadt im Saldo keinen neuen Gewerbebetrieb. Bei den Unternehmensinsolvenzen, die jedoch über die Jahre sehr schwankend ausfallen können, verzeichnet Bremerhaven im Durchschnitt der letzten zwei Jahre einen leicht höheren Wert als der Durchschnitt der Vergleichsstädte und die Stadt Bremen. Trotz des guten Saldos der Gewerbemeldungen fallen die Unternehmensinsolvenzen in den



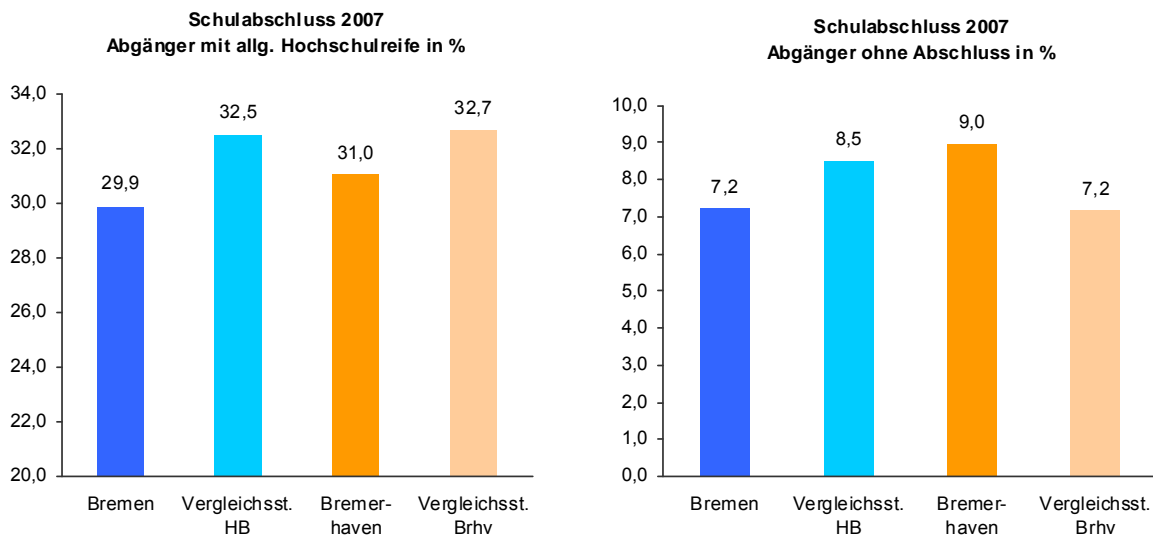
* Neuerrichtungen, Aufgaben, Zuzüge und Fortzüge

* Durchschnitt 2007/08

Großstädten überproportional hoch aus.

Bildung

Bei den Schulabgängern bzw. -absolventen 2007 sind insbesondere zwei Problematiken erkennbar. Zum einen schaffen in beiden Bremischen Städten weniger Schüler die allgemeine Hochschulreife als in den Vergleichsstädten. Zum anderen – und dies korrespondiert mit der relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit in Bremerhaven – verlassen in Bremerhaven überproportional viele Schüler ohne Abschluss die Schule.



VIII. Anlagen

VIII. Anlagen

Aufgeführt sind die Quellenangaben zu den Kennzahlen des Benchmarking-Bericht 2009. Ausführliche Anmerkungen zu den Kennzahlen wie z.B. die Berechnung befinden sich auf der beiliegenden CD.

Nummer	Kennzahl	Quelle
A-A-01	Bevölkerungsveränderung in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-A-02	Bevölkerungsveränderung männlich in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-A-03	Bevölkerungsveränderung weiblich in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-B-01	Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-B-02	Natürlicher Bevölkerungssaldo je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-C-01	Zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-D-01	Bevölkerungsdichte	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-E-01	Jugendquote (0 bis unter 15 Jahre)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-E-02	Erwerbspersonenpotential (15 bis unter 65 Jahre)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-E-03	Altenquote (65 Jahre und älter)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-F-01	Ausländeranteil	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-G-01	Bevölkerungsanteil in Einpersonenhaushalten	Bundesländer: StaBA: Fachserie 1 R3: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Haushalte und Familien. Bremen (Stadt): StaLa Bremen. Städte NRW: LDS NRW: Kreisstandardzahlen. & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-H-01	SGB II Leistungsempfänger (Alg 2, Sozialgeld) je 1.000 Einwohner/-innen (0 bis unter 65 Jahre)	con_sens: Kennzahlenvergleich der 16 großen Großstädte (jeweils die für das aktuelle Berichtsjahr gültige Ausgabe)
A-H-02	Verbraucherinsolvenzen je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-I-01	Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	AK VGR d L: Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2007. Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
A-I-02	Primäreinkommen privater Haushalte je Einwohner/-in	AK VGR d L: Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1995 bis 2007. Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder

Nummer	Kennzahl	Quelle
B-A-01	Arbeitsplatzdichte: erwerbstätige Personen am Arbeitsort je 1.000 Einwohner/-innen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-B-01	Erwerbstätige Personen am Arbeitsort: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
B-C-01	SV Beschäftigte (Wohnort) je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-C-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich je 1.000 Einwohner	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-C-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-D-01	SV Beschäftigte (Wohnort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-D-02	SV Beschäftigte (Wohnort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-D-03	SV Beschäftigte (Wohnort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-E-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort) je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-E-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich je 1.000 Einwohner	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-E-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich je 1.000 Einwohnerinnen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-F-01	SV Beschäftigte (Arbeitsort): Veränderung in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-F-02	SV Beschäftigte (Arbeitsort) männlich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-F-03	SV Beschäftigte (Arbeitsort) weiblich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-G-01	Anteil der Einpendler/-innen über Gemeindegrenzen an den SV Beschäftigten	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-G-01	Anteil der Einpendler/-innen über Landesgrenzen an den SV Beschäftigten	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.

Nummer	Kennzahl	Quelle
B-G-02	Anteil der Auspendler/-innen über Gemeindegrenzen an den SV Beschäftigten (Wohnort)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-G-02	Anteil der Auspendler/-innen über Landesgrenzen an den SV Beschäftigten (Wohnort)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-G-03	Pendlersaldo insgesamt	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-G-04	Pendlersaldo je 1.000 SV Beschäftigten	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder; aktuelles Berichtsjahr: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort.
B-H-01	Akademikerquote (Wohnort)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-H-02	Akademikerquote (Arbeitsort)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
B-I-01	Beschäftigte in Insolvenzverfahren: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
C-A-01	Arbeitslosenquote	Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
C-A-02	Arbeitslosenquote Frauen	Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
C-B-01	Anteil Frauen an den Arbeitslosen insgesamt	Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
C-B-02	Anteil Jugendliche (bis 25 Jahre) an den Arbeitslosen insgesamt	Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
C-B-03	Anteil der 55jährigen und älter an den Arbeitslosen insgesamt	Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
C-B-04	Anteil Langzeitarbeitslose (1 Jahr und mehr) an allen Arbeitslosen	Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
D-A-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner/-in	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
D-B-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen): Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
D-C-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik

Nummer	Kennzahl	Quelle
D-D-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
D-E-01	Gewerbemeldungen: Zuzüge abzgl. Fortzüge (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
D-E-02	Gewerbemeldungen: Neuerrichtungen abzgl. Aufgaben (Durchschnitt der letzten 3 Jahre) je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
D-F-01	Insolvenzverfahren (Durchschnitt der letzten 5 Jahre) je 10.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
01-A-02	Abgeordnete	Bremische Bürgerschaft
01-B-01	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen	Bremische Bürgerschaft
01-B-02	Länderparlamente: Gesamtausgaben ohne Investitionen je Abgeordneten	Bremische Bürgerschaft
01-C-01	Länderparlamente: Verwaltungskosten	Bremische Bürgerschaft
01-C-02	Länderparlamente: Verwaltungskosten je Abgeordneten	Bremische Bürgerschaft
02-A-01	Ausgaben der Rechnungshöfe mit Prüfungsaufgaben ausschließlich im Landesbereich	Rechnungshof
02-A-02	Ausgaben der Rechnungshöfe mit überörtlicher Kommunalprüfung – landesweite Zuständigkeit	Rechnungshof
02-A-03	Ausgaben der Rechnungshöfe mit überörtlicher Kommunalprüfung – begrenzte Zuständigkeit	Rechnungshof
02-B-01	Ausgaben der Rechnungshöfe je Einwohner/-in	Rechnungshof & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
02-B-02	Ausgaben des Rechnungshof Bremen/der städtischen RPÄ (nur kommunale Rechnungsprüfung) je Einwohner/-in	Rechnungshof & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
02-C-01	Rechnungshof: zu prüfendes Ausgabenvolumen je Stelle im Prüfdienst	StaBA: Fachserie 14 R2. 1.-4. Vj.: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte & Rechnungshof
02-C-02	Rechnungshof: Anteil des Prüfdienstes an den Gesamtstellen der RH	Rechnungshof
05-A-01	Stellen der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund
05-A-02	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin	Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund
05-A-03	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin je Stelle	Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund
05-A-04	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: enthaltene Mittel für Veranstaltungen etc.	Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund
05-A-05	Konsumtive Sachausgaben der Vertretungen der Länder beim Bund in Berlin: Anteil der enthaltenen Mittel für Veranstaltungen etc.	Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund

Nummer	Kennzahl	Quelle
07-A-01	Polizeidichte: Polizeibeamte im Vollzug (VZÄ) je 1.000 Einwohner/-innen	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-A-02	Beschäftigte der Polizei (VZÄ) je 1.000 Einwohner/-innen	StaBA: Fachserie 14 R6: Finanzen und Steuern - Personal des öffentlichen Dienst & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-B-01	Straftaten je 100.000 Einwohner/-innen (HZ)	BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-B-02	Straftaten je 100.000 Einwohner/-innen (HZ): 5-Jahresdurchschnitt	BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-B-03	Aufklärungsquote	BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik
07-B-04	Bearbeitete Straftaten bezogen auf die Beschäftigten der Polizei im Vollzug	BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte
07-C-01	Verkehrsunfälle (UHZ) je 100.000 Einwohner/-innen	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-C-02	Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen (VHZ) je 100.000 Einwohner/-innen	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-D-01	Polizeireviere (24h)	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte
07-D-02	Polizeireviere mit eingeschränkten Öffnungszeiten	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte
07-E-01	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz je Einwohner/-in	StaBA: Fachserie 14 R3.1: Finanzen und Steuern - Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-E-02	Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei je Einwohner/-in	StaBA: Fachserie 14 R3.1: Finanzen und Steuern - Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-E-03	Personalkosten je Beschäftigten (VZÄ) der Polizei	StaBA: Fachserie 14 R3.1: Finanzen und Steuern - Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts & StaBA: Fachserie 14 R6: Finanzen und Steuern - Personal des öffentlichen Dienst.
07-F-01	Notrufe über Tel. 110: Ausgelöste Einsätze je 100 Einwohner/-innen	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-F-02	Notrufe: Durchschnittliche Eintreffzeit bei Alarmfahrten	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport bei den Polizeien der Vergleichsstädte
07-G-01	Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens der männlichen Bevölkerung	Bürgerbefragung der Polizei Bremen
07-G-02	Grad des subjektiven Sicherheitsempfindens der weiblichen Bevölkerung	Bürgerbefragung der Polizei Bremen
07-H-01	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Funktionen)	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-H-02	Feuerwehr: Schutzziel 1 (Minuten)	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-I-02	Ist-Zahl der Feuerwehrbeamten je 1.000 Einwohner/-innen	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)

Nummer	Kennzahl	Quelle
07-J-01	Brandeinsätze je 1.000 Einwohner/-innen	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-K-01	Personalfaktor bei der Feuerwehr	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-L-01	Rettungsdienst: Anzahl Rettungswagen (RTW) je 100.000 Einwohner/-innen	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-L-02	Rettungsdienst: Rettungswagen (RTW) - Einsätze je 1.000 Einwohner/-innen	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-L-03	Rettungsdienst: Rettungswagen (RTW) - Besetzstunden	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-L-04	Rettungsdienst: Anzahl Notarzteeinsatzfahrzeuge (NEF) je 100.000 Einwohner/-innen	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-L-05	Rettungsdienst: Notarzteeinsatzfahrzeuge (NEF) - Einsätze je 1.000 Einwohner/-innen	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-L-06	Rettungsdienst: Notarzteeinsatzfahrzeuge (NEF) - Besetzstunden	KGSt-Vergleichsring "Feuerwehren" (Städte >200.000 EW)
07-M-01	Standesämter: Standesbeamte/-beamtinnen je 100.000 Einwohner/-innen	Umfrage des Senators für Inneres und Sport
07-M-02	Standesämter: Beurkundungen je Standesbeamten/-beamtin	Umfrage des Senators für Inneres und Sport
07-N-01	Zulassungswesen: Zulassungsvorgänge je Stelle (VZÄ)	Umfrage des Stadtamtes Bremen
07-N-02	Zulassungswesen: Anzahl zugelassener Fahrzeuge je Stelle (VZÄ)	Umfrage des Stadtamtes Bremen
07-O-01	Statistik: Ausgaben für die Kommunalstatistik je Einwohner/-in	Haushaltspläne der Bundesländer & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
07-O-02	Statistik: Ausgaben für die Landesstatistik je Einwohner/-in	Haushaltspläne der Bundesländer & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-A-01	Inhaftierte insgesamt je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlenaustausch der Bundesländer zum Tageshaftkostensatz, hier: Gesamthafttage & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-A-02	Inhaftierte weiblich je 100.000 Einwohnerinnen	VG 75 & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-A-03	Inhaftierte männlich je 100.000 Einwohner	Zahlenaustausch der Bundesländer zum Tageshaftkostensatz, hier: Gesamthafttage & VG 75 & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-B-01	Tageshaftkosten ohne Baukosten	Zahlenaustausch der Bundesländer
11-C-01	Kosten für den Strafvollzug je Einwohner/-in	Zahlenaustausch der Bundesländer & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-D-01	Bedienstete je 100 Inhaftierter im Strafvollzug	Landesjustizverwaltungen
11-E-01	Ermittlungsverfahren, Js Verfahren ohne Abgabe innerhalb der StA je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlen der sog. "Berliner Übersicht"; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder

Nummer	Kennzahl	Quelle
11-F-01	Amtsgerichte: Familiensachen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlen der sog. "Berliner Übersicht"; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-F-02	Amtsgerichte: Zivilsachen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlen der sog. "Berliner Übersicht"; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-F-03	Amtsgerichte: Strafverfahren, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlen der sog. "Berliner Übersicht"; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-G-01	Landgerichte: Zivilsachen I. Instanz, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlen der sog. "Berliner Übersicht"; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-G-02	Landgerichte: Strafsachen I. Instanz, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlen der sog. "Berliner Übersicht"; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-H-01	Verwaltungsgerichtsverfahren, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Statistik der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Länderübersicht, Nr. 1 und Nr. 2, Allgemeine Kammern und Asylkammern, Eingänge; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-I-01	Finanzgerichtsverfahren, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Statistik der Finanzgerichtsbarkeit, Länderübersicht, Nr. 1 Klagen und Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz zusammen, Eingänge; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-J-01	Sozialgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Zahlen der Länderübersicht über die Geschäftstätigkeit der Sozial- und der Landessozialgerichte; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
11-K-01	Arbeitsgerichtsverfahren: Klagen, Eingänge je 100.000 Einwohner/-innen	Länderdaten zur Tätigkeit der Arbeitsgerichte; verschiedene Jahrgänge & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
12-A-01	Ausgaben für Sport (ohne Bäder) je Einwohner/-in	Senator für Inneres und Sport & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
12-A-02	Sportplätze (kommunal): Einwohner/-innen je Anlage	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-A-03	Sporthallen (kommunal): Einwohner/-innen je Anlage	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-A-04	Kunstrasenplätze: Einwohner/-innen je Platz	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-A-05	Sportvereine: in Vereinsverwaltung befindliche kommunale Sportplätze und -anlagen	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-A-06	Sportvereine: Organisationsgrad der männlichen Bevölkerung	Senator für Inneres und Sport & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder &

Nummer	Kennzahl	Quelle
12-A-07	Sportvereine: Organisationsgrad der weiblichen Bevölkerung	Senator für Inneres und Sport & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
12-A-08	Sportförderung: Internationale Titel	Senator für Inneres und Sport
12-A-09	Sportförderung: Internationale Plätze 2 und 3	Senator für Inneres und Sport
12-A-10	Sportförderung: Nationale Titel	Senator für Inneres und Sport
12-B-01	Bäder: Einwohner/-innen je Bad	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-B-02	Bäder: Einwohner/-innen je Hallenbad (ohne Kombibäder)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-B-03	Bäder: Einwohner/-innen je Freibad (ohne Kombibäder)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-B-04	Bäder: Einwohner/-innen je Kombibad	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder & Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-B-05	Bäder: Besuche je Bad	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-B-06	Bäder: Zuschuss je Besuch	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-B-07	Bäder: Zuschuss je Einwohner/-in	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
12-B-08	Bäder: Zuschuss je Bad	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
12-B-09	Bäder: Kostendeckungsgrad	Eigene Erhebung des Senators für Inneres und Sport
21-A-01	Gesamtausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	StaBA: Bildungsausgaben. Ausgaben je Schüler/-in 2006. Berichtsjahre vor 2006: StaBA: Im Focus: Ausgaben je Schüler/in.
21-A-02	Personalausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	StaBA: Bildungsausgaben. Ausgaben je Schüler/-in 2006. Berichtsjahre vor 2006: StaBA: Im Focus: Ausgaben je Schüler/in.
21-A-03	Sachausgaben je Schüler/-in (alle Schularten)	StaBA: Bildungsausgaben. Ausgaben je Schüler/-in 2006. Berichtsjahre vor 2006: StaBA: Im Focus: Ausgaben je Schüler/in.
21-B-01	Schüler/-innen je Lehrkraft (alle Schularten)	Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
21-B-02	Schüler/-innen je Lehrkraft an allgemein bildenden Schulen	Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
21-B-03	Schüler/-innen je Lehrkraft an beruflichen Schulen	Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
21-C-01	Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/-in an allgemein bildenden Schulen	Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
21-D-01	Absolventen/Absolventinnen der allgemein bildenden Schulen mit Hochschulreife	Aktuelles Jahr: StBA, Fachserie 11 R1. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
21-D-02	Abgänger/-innen der allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss: Anteil an der altersgleichen (15 bis unter 17 J.) Bevölkerung	Aktuelles Jahr: StBA, Fachserie 11 R1. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder

Nummer	Kennzahl	Quelle
21-E-01	Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
21-F-01	Quote der Klassenwiederholungen: alle Schüler und Schülerinnen	StaBA: Fachserie 11 R1: Bildung und Kultur: Allgemeinbildende Schulen.
21-F-02	Quote der Klassenwiederholungen: Schülerinnen	StaBA: Fachserie 11 R1: Bildung und Kultur: Allgemeinbildende Schulen.
21-G-01	Schulverwaltung: Betriebskosten insgesamt je m ² BGF	KGSt-Vergleichsring "Schulverwaltung"
21-G-02	Schulverwaltung: Wärmekosten je m ² BGF	KGSt-Vergleichsring "Schulverwaltung"
21-G-03	Schulverwaltung: Reinigungskosten je m ² BGF	KGSt-Vergleichsring "Schulverwaltung"
21-G-04	Schulverwaltung: Personalkosten Hausmeister je m ² BGF	KGSt-Vergleichsring "Schulverwaltung"
22-A-01	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten: Anteil am BIP	StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1: Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts & AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
22-A-02	Öffentliche Ausgaben für Theater und Musik: Anteil am BIP	StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1: Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts/ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kulturfinanzbericht 2006 (unveröff. Tabellenmaterial) & AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
22-B-01	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten je Einwohner/-in	StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1: Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
22-B-02	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kirchliche Angelegenheiten je Einwohner/-in: Veränderung in den letzten 2 Jahren	StaBA: Fachserie 14, Reihe 3.1: Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts
22-C-01	Erwerbstätige in Kulturberufen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kulturindikatoren
22-D-01	Museumsbesuche je Einwohner/-in	StaBA: Statistisches Jahrbuch & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
22-E-01	Theaterbesuche je 100 Einwohner/-innen	Deutscher Bühnenverein: Theaterstatistik (ab 2005); StaBA: Statistisches Jahrbuch (bis einschl. 2004) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
22-E-02	Öffentliche Theater: Plätze je 1.000 Einwohner/-innen	Deutscher Bühnenverein: Theaterstatistik (ab 2005); StaBA: Statistisches Jahrbuch (bis einschl. 2004) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
22-E-03	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Einwohner/-in	Deutscher Bühnenverein: Theaterstatistik (ab 2005); StaBA: Statistisches Jahrbuch (bis einschl. 2004) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
22-E-04	Öffentliche Theater: Zuweisungen je Besuch	Deutscher Bühnenverein: Theaterstatistik (ab 2005); StaBA: Statistisches Jahrbuch (bis einschl. 2004)
22-E-05	Einspielergebnis	Deutscher Bühnenverein: Theaterstatistik (ab 2005); StaBA: Statistisches Jahrbuch (bis einschl. 2004)

Nummer	Kennzahl	Quelle
22-F-01	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Benutzer/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Hochschulbibliothekszentrum des Landes NRW: DBS - Deutsche Hochschulstatistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder.
22-F-02	Öffentliche und Wissenschaftliche Bibliotheken: Entleihungen je Benutzer/-in	Hochschulbibliothekszentrum des Landes NRW: DBS - Deutsche Hochschulstatistik
22-F-03	Bibliotheken: Entleihungen je Einwohner/-in	Vergleichsring "IKV-Reformbetriebe"
22-G-01	Musikschulen: Anteil der Unterrichtsgebühren an den Ausgaben	StaBA: Statistisches Jahrbuch
22-G-02	Musikschulen: Zuschuss je Belegung	Vergleichsring "IKV-Reformbetriebe"
22-G-03	Volkshochschulen: Zuschuss je Belegung	Vergleichsring "IKV-Reformbetriebe"
22-G-03	Musikschulen: Anteil der Schüler/-innen an der altersgleichen (bis unter 19 Jahre) Bevölkerung	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kulturindikatoren
22-H-01	Volkshochschulen: Einnahmen je Einwohner/-in	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
22-H-02	Volkshochschulen: öffentliche Zuschüsse je Einwohner/-in	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Volkshochschulstatistik (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
24-A-01	Studierende je 1.000 Einwohner/-innen	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
24-B-01	Versorgungsquote für auswärtige Studierende	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik
24-C-01	Absolventenquote	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik
24-C-02	Absolventen/Absolventinnen je Professor	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik
24-D-01	Grundmittel je Einwohner/-in	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
24-D-02	Grundmittel je Absolvent/-in	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik
24-E-01	Drittmittel je Professur	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik
24-E-02	Drittmittel je Grundmittel	Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage der Hochschulstatistik
31-A-01	Eingliederungsquote in den ersten Arbeitsmarkt aus Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
31-A-02	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) je Teilnehmer/-in	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
31-A-03	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) je arbeitsloser Person	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales & Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)

Nummer	Kennzahl	Quelle
31-A-04	Eingesetzte Mittel (Komplementärmittel) je Einwohner/-in	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
31-A-05	Ausschöpfungsquote: Anteil der Geförderten an arbeitslosen Personen	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales & Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitslose nach Gemeinden; Jahreszahlen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
31-A-06	Frauenförderquote	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
31-A-10	Eingliederungshilfe gem. SGB II/ eHb-Quote: Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65)	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
31-A-11	Eingliederungshilfe gem. SGB II/ Fördermittelquote: Eingesetzte Fördermittel (EGT der ARGEn) je eHb	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
31-B-01	Opferentschädigungsrecht: Ausgaben je 1.000 Einwohner/-innen	Jahresstatistik der Versorgungsverwaltungen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
31-B-02	Opferentschädigungsrecht: Anträge je 10.000 Einwohner/-innen	Jahresstatistik der Versorgungsverwaltungen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
31-C-01	Schwerbehinderte Menschen: Anteil an der Bevölkerung	Jahresstatistik der Versorgungsverwaltungen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
31-C-02	Schwerbehinderte Menschen: Beschäftigungsquote der öffentlichen Arbeitgeber	Bundesagentur für Arbeit: Statistik aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 80 Abs. 2 SGB IX
31-C-03	Schwerbehinderte Menschen: Beschäftigungsquote der privaten Arbeitgeber	Bundesagentur für Arbeit: Statistik aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 80 Abs. 2 SGB IX
31-C-04	Schwerbehinderte Menschen: Bearbeitungsdauer bei Erst- und Änderungsanträgen	Jahresstatistik der Versorgungsverwaltungen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
31-C-05	Integrationsamt: Ausgaben je Pflichtarbeitsplatz	Jahresbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Bundesagentur für Arbeit: Statistik aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 80 Abs. 2 SGB IX
31-C-06	Integrationsamt: Kündigungsanträge in Bezug auf je 100 mit schwerbehinderten Menschen besetzten Arbeitsplätze	Jahresbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Bundesagentur für Arbeit: Statistik aus dem Anzeigeverfahren gemäß § 80 Abs. 2 SGB IX
41-C-04	Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 0 bis unter 3 Jahre	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kindertagesbetreuung regional. & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-C-05	Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kindertagesbetreuung regional. & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-C-06	Kitas: Ganztagsinanspruchnahmeäquivalent pro Vollzeitbeschäftigungsäquivalent (Gruppentyp 1: 0 bis unter 3 Jahre)	Forschungsverbund DJI/TU Dortmund: Kindertagesbetreuung in Deutschland.

Nummer	Kennzahl	Quelle
41-F-01	Tageseinrichtungen für Kinder: Ausgaben je Einwohner/-in	StBA: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-F-02	Tageseinrichtungen für Kinder: reine Ausgaben je Einwohner/-in	StBA: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-G-01	Jugendhilfe: Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Jugendhilfeverwaltung	StBA: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen
41-G-02	Jugendarbeit: Gesamtausgaben (§§ 11 und 12 SGB VIII SGB) je 1.000 Einwohner/-innen	Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einnahmen und Ausgaben. Ländertabellen. Einzel- und Gruppenhilfen und andere Ausgaben nach dem SGB VIII nach Ländern & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-G-03	Jugendarbeit: Gesamtausgaben (§§ 11 und 12 SGB VIII SGB) je 1.000 Jugendeinwohner/-innen	Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einnahmen und Ausgaben. Ländertabellen. Einzel- und Gruppenhilfen und andere Ausgaben nach dem SGB VIII nach Ländern & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-H-01	Erziehungshilfe: ambulante und teilstationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner/-innen	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-02	Erziehungshilfe: stationäre Betreuung je 1.000 Jugendeinwohner/-innen	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-03	Erziehungshilfe: Kosten ambulante und teilstationäre Betreuung je Jugendeinwohner/-in	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-04	Erziehungshilfe: Kosten stationäre Betreuung je Jugendeinwohner/-in	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-05	Erziehungshilfe: Gesamtkosten je Einwohner/-in	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-06	Erziehungshilfe ambulant: Sozialpädagogische Familienhilfen je 1.000 Jugendeinwohner/-innen	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-07	Erziehungshilfe stationär: Hilfen in Vollzeitpflege je 1.000 Jugendeinwohner/-innen	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-08	Erziehungshilfe: Quotient der Neufälle aus Hilfen in der Familie/Unterbringung außerhalb der Familie	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-H-09	Erziehungshilfe stationär: Quotient der Neufälle aus Vollzeitpflege/Heim und betreute Wohnformen	IKO-Daten im Vergleichsring HzE der großen Großstädte
41-I-01	Unterhaltsvorschuss: Rückholquote (Verhältnis von Einnahmen zu den Ausgaben)	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
41-K-01	Transferleistungsdichte	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-L-01	Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) je 1.000 Einwohner/-innen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder

Nummer	Kennzahl	Quelle
41-L-02	Empfängerinnen von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) je 1.000 Einwohnerinnen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-L-03	Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) je 1.000 Einwohnern	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-M-01	Empfänger/-innen lfd. Leistungen a.v.E. nach SGB XII 3. Kap. (HLU) je 1.000 Einwohner/-innen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-N-01	Empfänger/-innen lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) je 1.000 Einwohner/-innen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-N-02	Empfängerinnen lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) je 1.000 Einwohnerinnen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-N-03	Empfänger lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) je 1.000 Einwohnern	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-N-04	Empfänger/-innen lfd. Leistungen a.v.E nach SGB XII 4. Kap. (GSiAE) im Alter von 65 Jahren und älter je 1.000 altersgleicher Einwohner/-innen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-O-01	Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) je Bedarfsgemeinschaft SGB II	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
41-O-02	Ausgaben für die Kosten der Unterkunft (KdU) je Leistungsempfänger/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
41-P-01	Ausgaben SGB XII 3. Kap. a.v.E. (HLU) je Leistungsempfänger/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
41-Q-01	Ausgaben SGB XII 4. Kap. a.v.E. (GSiAE) je Leistungsempfänger/-in SGB XII	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
41-R-01	Kommunale Leistungen nach SGB II je Einwohner/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-R-02	Kommunale Leistungen nach SGB II je Leistungsempfänger/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
41-S-01	Hilfe zur Pflege/ Ambulante und stationäre Hilfe: Ausgaben je Einwohner/-in	Eigene Berechnung der Senatorin für Arbeit, Frauen Gesundheit, Jugend und Soziales
41-S-02	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Hilfeempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-S-03	Hilfe zur Pflege/ Ambulante Hilfe: Ausgaben je Hilfeempfänger/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
41-S-04	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Hilfeempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-S-05	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben je Hilfeempfänger/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)

Nummer	Kennzahl	Quelle
41-S-06	Hilfe zur Pflege/ stationäre Hilfe: Ausgaben je Einwohner/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-T-01	Hilfen zur Gesundheit: Leistungsempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-T-02	Hilfen zur Gesundheit: Gesamtausgaben je Leistungsempfänger/-in	Kennzahlenvergleich der großen Großstädte (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
41-U-01	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Betreutes Wohnen: Leistungsempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Benchmarking 2006 der 16 großen Großstädte Deutschlands & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-U-02	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Betreutes Wohnen: Brutto-Ausgaben je Leistungsempfänger/-in	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Benchmarking 2006 der 16 großen Großstädte Deutschlands
41-U-03	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: stationäres Wohnen: Leistungsempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006 & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-U-04	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: stationäres Wohnen: Brutto-Ausgaben je Leistungsempfänger/-in	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006
41-U-05	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Werkstätten für behinderte Menschen: Leistungsempfänger/-innen je 1.000 altersgleicher (18 bis < 65 J) Einwohner/-innen	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006 & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-U-06	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Werkstätten für behinderte Menschen: Brutto-Ausgaben je Leistungsempfänger/-in	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006
41-U-07	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Tagesförderung: Leistungsempfänger/-innen je 1.000 altersgleicher (18 bis < 65 J) Einwohner/-innen	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006 & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-U-08	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: Tagesförderung: Brutto-Ausgaben je Leistungsempfänger/-in	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006
41-U-09	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: ambulantes Wohnen: Leistungsempfänger/-innen je 1.000 Einwohner/-innen	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006 & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
41-U-10	Eingliederungshilfe für Erwachsene mit Behinderungen: ambulantes Wohnen: Brutto-Ausgaben je Leistungsempfänger/-in	con_sens, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS), Kennzahlenvergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Bericht 2005 und 2006
51-A-01	Versorgungsquote auswärtiger Patienten und Patientinnen	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Nummer	Kennzahl	Quelle
51-B-01	KHG-Investitionen je Planbett	Auswertung einer jährlichen Länderumfrage durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
51-B-02	KHG-Investitionen je Einwohner/-in - unbereinigt-	Auswertung einer jährlichen Länderumfrage durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
51-B-03	KHG-Investitionen je Einwohner/-in - bereinigt-	Auswertung einer jährlichen Länderumfrage durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit & Statistische Ämter des Bundes und der Länder & Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales & Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
51-C-01	Zugelassene Betten je 1.000 Einwohner/-innen (Bettenindex, unbereinigt)	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
51-C-02	Zugelassene Betten je 1.000 Einwohner/-innen (Bettenindex, bereinigt)	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
51-D-01	Durchschnittliche Verweildauer (incl. Psychiatrie)	StaBA: Fachserie 12 R6.1.1: Grunddaten der Krankenhäuser (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
51-E-01	Bettennutzung (incl. Psychiatrie)	StaBA: Fachserie 12 R6.1.1: Grunddaten der Krankenhäuser (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
51-F-01	Durchschnittliche Belegung im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 63 StGB: Patienten/-innen je 100.000 Einwohner/-innen	Kerndatensatz im Maßregelvollzug 2008 -Auswertung, Kennzahlen, Relationen & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
51-F-02	Durchschnittliche Belegung im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 64 StGB: Patienten/-innen je 100.000 Einwohner/-innen	Kerndatensatz im Maßregelvollzug 2008 -Auswertung, Kennzahlen, Relationen & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
51-F-03	Durchschnittliche Unterbringungsdauer im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 63 StGB	Kerndatensatz im Maßregelvollzug 2008 -Auswertung, Kennzahlen, Relationen
51-F-04	Durchschnittliche Unterbringungsdauer im Maßregelvollzug auf der Grundlage von § 64 StGB	Kerndatensatz im Maßregelvollzug 2008 -Auswertung, Kennzahlen, Relationen
68-A-01	Nutzwagenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/-in	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) Statistik 2007 & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
68-A-02	Personenkilometer ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/-in	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) Statistik 2007 (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
68-A-03	Streckenlänge Straßenbahn / Stadtbahn	Geschäftsberichte der Verkehrsbetriebe bzw. im Fall der DVG: Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg
68-A-04	Verlustrausgleich ÖPNV-Unternehmen je Fahrgast	Geschäftsberichte der Verkehrsunternehmen bzw. im Fall der DVG dem Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg & Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) Statistik 2007
68-A-05	Verlustrausgleich ÖPNV-Unternehmen je Einwohner/-in	Geschäftsberichte der Verkehrsunternehmen bzw. im Fall der DVG dem Beteiligungsbericht der Stadt Duisburg & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder

Nummer	Kennzahl	Quelle
68-A-08	Car-Sharing-Nutzer/-innen pro 10.000 Einwohner/-innen	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
68-B-01	Wohnungs(kalt)mieten in € je m ² Wohnfläche für eine 3-Zimmer-Wohnung (ca. 70 m ² Wohnfläche, mittlerer Wohnlage, 5-Jahresdurchschnitt)	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
68-B-02	Durchschnittliche Jahresabfallgebühr (Mindestgebühr) je Haushalt	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
68-B-03	Baufertigstellungen neuer Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
68-B-04	Wohngeldempfängerhaushalte je 1.000 Einwohner/-innen	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
68-C-01	Küstenschutz: Erreichung der 100 % Bestickhöhe nach dem Generalplan Küstenschutz	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
68-C-02	Küstenschutz: Erreichung der 100 % Bestickhöhe nach dem Generalplan Küstenschutz	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
68-D-01	Fläche Grün- und Parkanlage je EW	Vergleichsring "Grünflächen in Großstädten" der KGSt
68-D-02	Öffentliche Grün- und Parkanlagen: Unterhaltungskosten je EW	Vergleichsring "Grünflächen in Großstädten" der KGSt
68-D-03	Öffentliche Grün- und Parkanlagen: Unterhaltungskosten je qm	Vergleichsring "Grünflächen in Großstädten" der KGSt
68-D-04	Unterhaltungskosten pro m ² Spiel- und Bolzplatz	Vergleichsring "Grünflächen in Großstädten" der KGSt
68-D-05	Unterhaltungskosten je Straßenbaum	Vergleichsring "Grünflächen in Großstädten" der KGSt
68-D-06	Fläche je Vollzeitstelle Außenbereich	Vergleichsring "Grünflächen in Großstädten" der KGSt
68-E-01	CO ₂ -Reduktion durch energiepolitische Breitenförderprogramme	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
68-F-01	Stellen der Vertretungen der Länder bei der EU in Brüssel	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (ab 2008); Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa (bis einschl. 2006)
68-F-02	Leistung der Bundesländer für Entwicklungszusammenarbeit je Einwohner/-in	Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa (ab 2007); Bevollmächtigte der freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa (bis einschl. 2006) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-A-01	Gewerbeflächen je 10.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-A-02	Gewerbeflächen: Veränderung in den letzten 4 Jahren	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-B-01	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-B-02	Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätiger Person: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-B-03	Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person im Verarbeitenden Gewerbe	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik

Nummer	Kennzahl	Quelle
71-B-04	Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person im Verarbeitenden Gewerbe: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-C-01	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige Personen im Dienstleistungsbereich je 1.000 Einwohner/-innen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-C-02	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige Personen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr je 1.000 Einwohner/-innen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-C-03	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige Personen in Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleistung je 1.000 Einwohner/-innen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-C-04	Arbeitsplatzdichte: Erwerbstätige Personen bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern je 1.000 Einwohner/-innen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-D-01	Erwerbstätige Personen im Dienstleistungsbereich: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-D-02	Erwerbstätige Personen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-D-03	Erwerbstätige Personen in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-D-04	Erwerbstätige Personen bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Veränderung in den letzten 5 Jahren	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-E-01	Erwerbstätige Personen in den Dienstleistungsbereichen: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-E-02	Erwerbstätige Personen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-E-03	Erwerbstätige Personen in Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-E-04	Erwerbstätige Personen bei Öffentlichen und Privaten Dienstleistern: Anteil an allen erwerbstätigen Personen	AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-F-01	Zentralitätskennziffer Einzelhandel	Kemper's Jones Lang LaSalle Retail GmbH, Düsseldorf

Nummer	Kennzahl	Quelle
71-G-01	Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben je Einwohner/-in	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-G-02	Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben je Einwohner/-in: Durchschnitt der letzten 5 Jahre	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-H-01	Gästebetten in Beherbergungsbetrieben je 1.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-H-02	Gästebetten: durchschnittliche Auslastung der letzten 5 Jahre	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-I-01	Gewerbeneuerrichtungen je 10.000 Einwohner/-innen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-J-01	Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-K-01	FuE-Personal (alle Sektoren): Beschäftigte (Vollzeitäquivalent) je 1.000 Einwohner/-innen	BMBF: Bundesbericht Forschung bzw. BMBF: Bundesbericht Forschung und Innovation (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgaben) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-K-02	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors je Einwohner/-in	BMBF: Bundesbericht Forschung bzw. BMBF: Bundesbericht Forschung und Innovation (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgaben) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-K-03	FuE-Aufwendungen des Wirtschaftssektors: Veränderung in den letzten 2 Jahren	BMBF: Bundesbericht Forschung bzw. BMBF: Bundesbericht Forschung und Innovation (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgaben)
71-L-01	Ausländische Direktinvestitionen je Einwohner/-in	Deutsche Bundesbank: Bestandserhebungen über Direktinvestitionen & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder (StaLa Bremen/ Senator für Wirtschaft und Häfen)
71-L-02	Ausländische Direktinvestitionen: Veränderung im Vergleich zum Vorjahr	Deutsche Bundesbank: Bestandserhebungen über Direktinvestitionen (StaLa Bremen/ Senator für Wirtschaft und Häfen)
71-M-01	Bruttoanlageinvestitionen: Anteil am BIP	AK VGR: Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & AK VGR d L: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung (...). Reihe 1: Länderergebnisse und Reihe 2: Kreisergebnisse; Hannover (Stadt): Niedersächsisches Landesamt für Statistik
71-N-01	Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner/-innen	Deutsches Patent- und Markenamt: Jahresbericht (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-N-02	Patentanmeldungen je 10.000 Einwohner/-innen: Durchschnitt der letzten 3 Jahre	Deutsches Patent- und Markenamt: Jahresbericht (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
71-O-01	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	Bundesagentur für Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
71-O-02	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	Bundesagentur für Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
71-O-03	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr): Anteil an allen Beschäftigten in Betrieben	Bundesagentur für Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)

Nummer	Kennzahl	Quelle
71-P-01	Beschäftigte in kleinen Betrieben (1 bis unter 50): Veränderung in den letzten 5 Jahren	Bundesagentur für Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
71-P-02	Beschäftigte in mittleren Betrieben (50 bis unter 500): Veränderung in den letzten 5 Jahren	Bundesagentur für Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
71-P-03	Beschäftigte in großen Betrieben (500 und mehr): Veränderung in den letzten 5 Jahren	Bundesagentur für Arbeit: Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen und Ländern (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
81-A-01	Containerumschlag (Tonnen)	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-A-02	Containerumschlag (Tonnen): Veränderung in den letzten 5 Jahren	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-A-03	Containerumschlag (Tonnen): Anteil am Gesamtumschlag (ohne Automobilumschlag)	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-B-01	Containerumschlag (TEU)	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs, Wilhelmshaven/Brake 2000: Wirtschaftsbericht 2000 Niedersachsens
81-B-02	Containerumschlag (TEU): Veränderung in den letzten 5 Jahren	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs, Wilhelmshaven/Brake 2000: Wirtschaftsbericht 2000 Niedersachsens
81-B-03	Containerumschlag je Kajenmeter	Senator für Wirtschaft und Häfen
81-C-01	Nicht-containerisiertes Stückgut	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-C-02	Nicht-containerisiertes Stückgut: Veränderung in den letzten 5 Jahren	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-C-03	Nicht-containerisiertes Stückgut: Anteil am Gesamtumschlag (ohne Automobilumschlag)	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-D-01	Automobilumschlag	Hafenverwaltungen
81-D-02	Automobilumschlag: Veränderung in den letzten 5 Jahren	Hafenverwaltungen
81-E-01	Massengutumschlag	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-E-02	Massengutumschlag: Veränderung in den letzten 5 Jahren	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-E-03	Massengutumschlag: Anteil am Gesamtumschlag (ohne Automobilumschlag)	Meldungen Hafenverwaltungen gegenüber Ministerium für maritime Angelegenheiten Frankreichs; Wilhelmshaven 2000: Schätzung nach Stat. Bundesamt
81-F-01	Binnenschifffahrt: Güterumschlag	Senator für Wirtschaft und Häfen
81-F-02	Binnenschifffahrt: Veränderung des Güterumschlags in den letzten 5 Jahren	Senator für Wirtschaft und Häfen
81-G-01	Flughäfen: Fluggäste je Einwohner/-in	StaBA: Fachserie 8 R6.2: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
81-G-02	Flughäfen: Veränderung der Fluggastzahlen in den letzten 5 Jahren	StaBA: Fachserie 8 R6.2: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen

Nummer	Kennzahl	Quelle
81-G-03	Flughäfen: Frachtmenge je 1.000 Einwohner/-innen	StaBA: Fachserie 8 R6.2: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
81-G-04	Flughäfen: Veränderung der Frachtmenge in den letzten 5 Jahren	StaBA: Fachserie 8 R6.2: Verkehr. Luftverkehr auf allen Flugplätzen
91-A-01	Beschäftigte im kommunalen Bereich je 1.000 Einwohner/-innen	Vergleichsring "Personal in Großstädten GK 1" (Senatorin für Finanzen)
91-A-02	Beschäftigte im kommunalen Bereich: Anteil Frauen	Vergleichsring "Personal in Großstädten GK 1" (Senatorin für Finanzen)
91-A-03	Beschäftigte im kommunalen Bereich: Anteil Schwerbehinderte	Vergleichsring "Personal in Großstädten GK 1" (Senatorin für Finanzen)
91-A-04	Ausbildungsquote im kommunalen Bereich	Vergleichsring "Personal in Großstädten GK 1" (Senatorin für Finanzen)
91-A-05	Durchschnittsalter der Beschäftigten im kommunalen Bereich	Vergleichsring "Personal in Großstädten GK 1" (Senatorin für Finanzen)
91-A-06	Krankheitsquote nach Kalendertagen im kommunalen Bereich	Vergleichsring "Personal in Großstädten GK 1" (Senatorin für Finanzen)
91-B-01	Primärausgaben (ohne Geberanteil im LFA) je Einwohner/-in	StaBA: Fachserie 14 R2: Finanzen und Steuern - Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
91-B-02	Primärausgaben (ohne Geberanteil im LFA): Veränderung in den letzten 5 Jahren	StaBA: Fachserie 14 R2: Finanzen und Steuern - Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts
91-B-03	Primärsaldo je Einwohner/-in	StaBA: Fachserie 14 R2: Finanzen und Steuern - Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
91-C-01	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Vollzeitäquivalent der Beschäftigten (ohne Krankenhäuser und Hochschulen) je 1.000 EW	StaBA: Fachserie 14 R6: Finanzen und Steuern - Personal des öffentlichen Dienst & Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder
91-C-02	Öffentlicher Dienst der Länder und Gemeinden: Anteil weiblich	bis 2005: StaBA: Fachserie 14 R6: Finanzen und Steuern - Personal des öffentlichen Dienst & StaBA: Fachserie 14 R6: Finanzen und Steuern - Personal des öffentlichen Dienst
91-C-03	Erfüllung der Beschäftigtenquote von Schwerbehinderten durch die Obersten Landesbehörden	Senatorin für Finanzen
91-D-01	Steuerverwaltung insgesamt: Ausgaben für Personal der Finanzämter je 1.000 Einwohner/-innen	Ermittlung im Rahmen der Arbeitsgruppe "Kernkennzahlen" (Senatorin für Finanzen)
91-E-01	EU-Umfrage Interventionsquote: Kosten der Steuerverwaltung in Prozent der Einnahmen	Meldungen der einzelnen Bundesländer zur EU-Umfrage zu Interventionsquote (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) (Senatorin für Finanzen)
91-E-02	EU-Umfrage Interventionsquote: Kosten der Steuerverwaltung je Einwohner/-in	Meldungen der Bundesländer zur Interventionsquote/Einwohner der Bundesländer (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) (Senatorin für Finanzen)
91-F-01	Veranlagung natürlicher Personen: durchschnittliche Personalausgaben je Steuerfall	Ermittlung im Rahmen der Arbeitsgruppe "Kernkennzahlen" (Senatorin für Finanzen)
91-G-01	Betriebsprüfung: Prüfungsturnus Großbetriebe	Meldungen der einzelnen Bundesländer an den Bund zur Bundesstatistik der Betriebsprüfung
91-G-02	Betriebsprüfung: Prüfungsturnus Mittelbetriebe	Meldungen der einzelnen Bundesländer an den Bund zur Bundesstatistik der Betriebsprüfung

Nummer	Kennzahl	Quelle
91-G-03	Betriebsprüfung: Personalausgaben je geprüfter Betrieb	Ermittlung durch die von den Referatsleitern Organisation der Steuerverwaltung eingesetzten Arbeitsgruppe "Kernkennzahlen" (Senatorin für Finanzen)
91-G-04	Betriebsprüfung: Zur Verfügung stehende Zeit je Prüfung	Ermittlung im Rahmen der Arbeitsgruppe "Kernkennzahlen" (Senatorin für Finanzen)
91-G-05	Betriebsprüfung: Ausgaben-Ertragsquote	Ermittlung im Rahmen der Arbeitsgruppe "Kernkennzahlen" (Senatorin für Finanzen)
91-H-01	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: durchschnittliches Mehrergebnis je Sonderprüfer/-in	Statistik über die Umsatzsteuer-Sonderprüfung (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
91-H-02	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: durchgeführte Prüfungen je Sonderprüfer/-in	Statistik über die Umsatzsteuer-Sonderprüfung (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
91-H-03	Umsatzsteuer-Sonderprüfung: geprüfte Betriebe	Meldungen der einzelnen Länder im Rahmen der Arbeitsgruppe "Kernkennzahlen" und Statistik über die Umsatzsteuer-Sonderprüfung (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe)
91-I-01	Ausbildungsquote im Bereich der Steuerverwaltung	Berechnung durch SF auf Basis der jährlichen Zusammenstellung der Einstellungszahlen durch das BMF sowie der Übersichten zur Personallage.
91-J-01	Lohnsteuer-Außenprüfung: Prüfungsturnus bei den Arbeitgebern mit 100 und mehr Arbeitnehmern	Statistik zur Lohnsteuer-Außenprüfung (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) (Senatorin für Finanzen)
91-J-02	Lohnsteuer-Außenprüfung: durchschnittliches Mehrergebnis je Lohnsteuer-Außenprüfer/-in	Statistik zur Lohnsteuer-Außenprüfung (jeweils die für das Berichtsjahr gültige Ausgabe) (Senatorin für Finanzen)